

L 70 000

51

1918-1919

10. XI. - 15. V.

Ämter Politik

A

Allgemein

1.

Fürstentums ausgesprochen. Das Staats-
oberhaupt (Titel: souveräner Fürst und
Regierer des Hauses von und zu Liechten-
stein, Herzog von Troppau und Jägerndorf,
Graf zu Nesselberg) wird ständig durch
einen mit Ministerverantwortlichkeit aus-
gestatteten Landesverweser vertreten, nach-
dem der gegenwärtige seit 12. November
1858 regierende Landesfürst Johann II. in
Wien residiert.

Das Fürstentum Liechtenstein ist als
solches aus der Reichsherrschaft Schellen-
berg und der Reichsgrafschaft Vaduz
herborgegangen, indem diese in den Jahren
1699 und 1712 durch den Fürsten Hans
Adam von und zu Liechtenstein von den
Grafen von Hohenems käuflich erworben
und ihre Vereinigung und Erhebung im
Jahre 1719 mittels Palatinatsdiplom des
Kaisers Karl VI. durchgeführt wurde. Und
diese Verbindung mit einem der ältesten
und glänzendsten Fürstenhäuser wurde für
das Ländchen in der Folge zu einer sehr
wichtigen und nützlichen. So besonders im
Jahre 1806 unter Johann I., dem be-
kannten österreichischen Feldmarschall und
Heerführer, wo es von Napoleon I. gegen
Wunsch und Willen des Fürsten dem neu-
gegründeten Rheinbunde beigezogen wurde
und nach dessen Zerfall im Jahre 1813,
losgelöst vom bisherigen Reichsverbande,
volle Souveränität erlangte. Und was ver-
dankt es alles dem gegenwärtig regierenden
Fürsten?

Liechtenstein.

Angesichts der großen politischen Um-
wälzungen, welche im Gefolge des
Weltkrieges auftreten werden, dürfte
es nicht unangebracht sein, auch eines
Ländchens zu gedenken, welches, obwohl
wenig gekannt und selten genannt, heute
um so mehr Interesse besitzt, als dessen
Souverän den 60. Jahrestag seines Regie-
rungsantrittes begeht: Liechtenstein.
Zwischen Vorarlberg und den
Schweizer Kantonen Graubünden und
St. Gallen eingeteilt, gehört es mit einem
Flächeninhalt von nur 178,4 Quadrat-
kilometer und einer Einwohnerzahl von
10.000 Seelen zu den dreitleinsten Staats-
wesen Europas, bildete aber mit seiner seit
dem Jahre 1868 abgeschafften Militärpflicht
ein Utah und Eldorado im Trübel
des Weltkrieges. Da Liechtenstein auch
ohne eigentliche Staatsschuld ist und
seinem Regenten keine Zivilliste zu
bezahlen braucht, gehören dessen Völker
heute und in Zukunft sicher zu den
benedictenwertesten Staatsbürgern der
Erdenrunde. Begehrlich hat deshalb auch so
mancher in den letzten Jahren über die
Grenzpfeile des kleinen Ländchens geblickt,
nicht ohne daß ihm von dorthin zumeist
eine kräftige Abweisung zuteil geworden
wäre. Liechtenstein bedarf neuer Staats-
bürger nicht; dessen Einwohner, ein freund-
liches gefälliges Völkchen allemannischen
Stammes, finden ihren Unterhalt in Vieh-
zucht, Ackerbau und Gewerbe, wobei die
Wogen des Weltbrandes in wirtschaftlicher
Beziehung wohl auch hieher gestutet sind.
Dies um so mehr, als es bisher durch viele
Staatsverträge mit der Nachbarmonarchie
Österreich verbunden war, mit welcher
es zum Beispiel die Währung, das
Zollwesen, die Verkehrseinrichtungen
und die oberste Rechtspflege teilt.
Änderungen in diesen Belangen, wie
sie in Österreich nünmehr zu gewärtigen
sind, müssen demnach auch Gesetzesände-
rungen in Liechtenstein bewirken. Die Ver-
fassung des Landes ist konstitutionell-
monarchisch, sie beruht auf der Urkunde
vom 26. September 1802 und einigen
folgenden Gesetzen, wonach der Regent die
gesetzgebende Gewalt unter Mitwirkung des
Landtages ausübt; letzterer hat zu Beginn
des Weltkrieges die Neutralität des

Als wahrer Landesvater ist der-
selbe seit seinem Regierungsantritt unab-
lässig bemüht, das kleine, früher in den
ärmlichsten Verhältnissen gestandene Land
durch Unterstützung und Begünstigung der
vorhandenen natürlichen Kräfte dem
Blühen und Gedeihen zuzuführen, so daß
es in dieser Periode tatsächlich einen
größeren Aufschwung genommen, als in
Hundertern von Jahren vorher. Unter ihm
erhielt Liechtenstein im Jahre 1862 an
Stelle der veralteten landständischen Ver-
fassung vom Jahre 1818 eine neue, auf
freiheitlichen Grundätzen aufgebaute, in
welcher unter anderem die Bestimmung
enthalten ist, daß der Landesfürst von den
Staatsentnahmen nichts zu beanspruchen
hat; in seine Regierungszeit fallen
an wichtigeren Reformen die Auflassung
der Militärpflicht, die Neuorganisation
der Landesbehörden bei gleichzeitiger Tren-
nung der Rechtspflege von der Verwaltung,
die Neuordnung des gesamten Schul-
wesens, die Zehentablösung, die Einführung
des Bodenwertkatasters, die Gründung und
Ausgestaltung einer Landesparlasse, die
Schaffung ausgedehnter, selbst in die ent-
ferntesten Alpen führender Straßenzüge,
der Bau einer Eisenbahn, einer Tele-
graphenlinie und eines Fernsprechnetzes
und so weiter. Von sonstigen Einrich-
tungen hat sich die Einführung des Impf-
zwanges sowie einer obligatorischen
Brandschadenversicherung bestens bewährt.
Zudem der Fürst ein größeres Darlehen
unverzinslich vorstreckte, hat er den
Bau von Rheinschutzdämmen zur Verhütung
der vielfachen Ueberschwemmungen möglich
gemacht und damit eine Lebensfrage des
Landes einer glücklichen Lösung zugeführt.
Als Inhaber eines Familienbesitzes, welcher
über mehr als 600 Gemeinden, 40 poli-
tische und 70 Steuerbezirke verschiedener
Länder zerstreut und zwölfmal größer ist
als das Gebiet des Fürstentums, hat er
für Wohlfahrtsinstitutionen, zur Förderung
von Kunst und Wissenschaft, für Bauten
und dergleichen viele Millionen gewidmet.
Ebensoviele Millionen von Menschen in
und um Liechtenstein mögen dem Fürsten
heute zu seinem Jubiläumstage ihr bestes
Gedenken und Wünschen zuwenden.

Yanaa Kos. Buvancic.

13./X. 1918

Uebergreifen der revolutionären Bewegung auf die Schweiz, Holland, Schweden und Spanien.

Der Sieg der Revolution in Deutschland wirft ihre Wellen nach den neutralen Staaten. In Holland nimmt die Bildung von Soldatenräten immer größeren Umfang an. Der Sozialistenführer Troelstra erklärte, die Revolution sei auch nach Holland gekommen, dürfe sich aber nicht in der russischen Richtung vollziehen. Weit ernster klingen die Nachrichten aus der Schweiz. Dort ist ein Generalstreik im Gange, durch den die Bundesregierung gezwungen werden soll, die von den Sozialisten geforderten Reformen kurzerhand einzuführen. In einem Aufruf verweist der Bundesrat darauf, daß die Einrichtungen und Gesetze dem Schweizer Volk die Mittel an die Hand geben, einzig durch seinen Willen jeden Fortschritt und jede Neuerung auf politischem und sozialem Gebiet zu verwirklichen. Daneben trifft die Regierung umfassende militärische Vorkehrungen, wozu die Unterstellung der staatlichen Angestellten unter die Militärgesetze gehört. Bemerkenswert ist, daß der Zentralvorstand des Schweizerischen Soldatenbundes in einem Aufruf erklärt, daß er auf dem Boden verfassungsmäßig fortschrittlicher Entwicklung siehe und jede bolschewistische Propaganda verurteile. In Schweden veröffentlichen die Jungsozialisten das Programm einer Massenaktion zur Herbeiführung einer sozialistischen Republik in Schweden. Wenn nötig, soll zu ihrer Erzwingung ein allgemeiner Ausstand verkündet werden. Wie zu erwarten stand, hat der Umschwung in Deutschland ein lebhaftes Echo in Spanien gesunden, dem klassischen Land der Revolution. Dort sind es vornehmlich politische Forderungen, Einschränkung der Rechte der Krone und Autonomie der Provinzen, die die Gemüter bewegen.

15. XI. 1918

4

* **Dynastische Propaganda in der Schweiz:**
 Aus Zürich wird der „Bud. Korr.“ telegraphiert: Seit einiger Zeit halten sich mehrere bekannte Mitglieder des ungarischen und österreichischen Hochadels in der Schweiz auf, um hier für die Aufrechterhaltung der Monarchie in Ungarn und in Oesterreich und für die Wiedereinsetzung der Dynastie Habsburg eine lebhaftige Propaganda zu entfalten. Auch gibt es propagandistische Antriebe im Interesse der Familie Parma, die an die Spitze eines Staates gestellt werden soll. Da in dieser Propaganda eine Verletzung der strengstbeobachteten Neutralität der Schweiz erblickt wird, wurde von Seiten der Eidgenossenschaften den betreffenden Gästen nahegelegt, ihre Aktion sofort einzustellen, da man sonst gezwungen wäre, sie als lästige Fremde entsprechend zu behandeln. — Unter den in der Schweiz befindlichen ungarischen Aristokraten figurieren auch Prinz Ludwig Windischgrätz und Graf Leopold Berchtold. Wie verlautet, hat sich der Ministerrat mit der Angelegenheit der in der Schweiz agitierenden ungarischen Aristokraten beschäftigt und den Beschluß gefaßt, die im Ausland weilenden Ungarn aufzufordern, sofort in ihre Heimat zurückzukehren; insoferne sie dieser Aufforderung nicht Genüge leisten, soll auf Grund der gesetzlichen Bestimmungen über den Landesverrat ihr Vermögen konfisziert werden. Hierüber wird in den Berner Blättern ein Aufruf veröffentlicht werden. — Aus Wien telegraphiert man: Im Einlaufe der heutigen Sitzung befinden sich unter anderem eine Anfrage des Abgeordneten Staret über die Deutsch-Oesterreich feindliche Tätigkeit des Freiherrn v. Chlumetzky in der Schweiz, die sogar mit deutsch-österreichischem Gelde betrieben wird.

Bedeutfame Erklärungen Radoslawows.

S. Sofia, 29. November. (Bericht der Bulgarischen Telegraphen-Agentur.) Finanzminister Lontschew gab gestern im Sobranje eine Darstellung der Finanzlage Bulgariens.

Hierauf ergriff Ministerpräsident Radoslawow das Wort, um die politische Lage des Landes seit der letzten Session des Sobranje darzulegen. Eine neue Tatsache ist, sagte der Ministerpräsident, der Krieg mit unserem Nachbarn im Norden. Die bulgarische Regierung hat sich stets bemüht, mit Rumänien freundschaftliche Beziehungen zu unterhalten, selbst nach dem tiefen Schmerz, den dieses ihm durch das feindliche Eingreifen im Jahre 1913 und durch die Abtrennung der Dobrudscha bereitet hat. Diese Bemühungen schienen anfänglich so guten Erfolg zu haben, daß im Jahre 1915 bei Eröffnung der Feindseligkeiten mit Serbien die rumänische Regierung in Sofia die formelle Versicherung abgab, daß sie die Neutralität bis zum Ende des europäischen Krieges beobachten werde. Bald jedoch begannen sich von Seiten Rumäniens wenig freundschaftliche Anzeichen bemerkbar zu machen und im Monat August 1916 hatte die bulgarische Regierung, vollkommen unterrichtet darüber, was bei ihrem Nachbarn im Norden vor sich ging, keine Illusionen mehr über dessen Absichten. So mußte sie denn ihre Vorsichtsmaßnahmen treffen und die Verteidigung der bulgarisch-rumänischen Grenze verstärken, wobei sie noch Rumänien versicherte, daß die von ihr getroffenen Maßnahmen nur auf den Schutz bulgarischen Gebietes gegen einen etwaigen Einbruch abzielten. Gegen Ende desselben Monats kam der rumänische Gesandte Derussi, der seit einiger Zeit abwesend gewesen war, nach Sofia und begann das Gerücht zu verbreiten, daß seine Regierung, in dem Wunsch, in guten Beziehungen mit Bulgarien zu bleiben, bereit sei, ihm die im Jahre 1913 annektierte Dobrudscha zurückerstatten gegen die Verpflichtung, für den Fall einer militärischen Aktion Rumäniens gegen Oesterreich-Ungarn eine passive Haltung zu beobachten. Diese heuchlerische Freundschaft, wodurch die Rumänen Zeit zu gewinnen trachteten, um ihre höllischen Pläne gegen Bulgarien durchzuführen, übte in Sofia einige Wirkung, die Regierung jedoch, die den durch diese Machinationen verfolgten Zweck wohl kannte, ließ sich nicht in die Schlinge locken, und als Derussi um eine Audienz beim Ministerpräsidenten Radoslawow ansuchte, lehnte es dieser ab, ihn zu empfangen, denn er hatte selbst eineinhalb Jahre vorher Rumänien und allen Regierungen der Ententemächte, die damals ängstlich vermieden hatten, diese Frage zu erörtern, einen ähnlichen Vorschlag gemacht.

Unterdessen erklärte Rumänien Oesterreich-Ungarn den Krieg und seine Truppen verletzten die bulgarische Grenze. Bulgarien, entschlossen, seinen Bündnisverpflichtungen treu zu bleiben, konnte nicht länger zögern, obwohl es auf zwei Fronten zu kämpfen hatte. Seine Lage ist gegenwärtig in jeder Beziehung befriedigend. Zwar mußten die bulgarischen Behörden Bitolja vor einem Vorstoß der dank der Schwäche der griechischen Politik aus sämtlichen Verbündeten der Entente gebildeten Saloniki-Armee räumen, aber dies ist ein momentanes Zurückweichen, das in Erwartung des Augenblickes, wo man das verlorene Gebiet wieder zurückgewinnen und sogar noch weiter vorstoßen können, zur Verhütung unnötiger Opfer beschlossen wurde. Dieser Augenblick naht, denn die vom Kriegsschauplatz in Rumänien kommenden Nachrichten, wo unsere Truppen bereits die Donau in der ganzen Länge ihres Laufes überschritten haben und die auf Buzarest zurückweichenden rumänischen Truppen verfolgen, lassen erhoffen, daß die dort im Gange befindlichen Operationen sehr bald mit einem glücklichen endgültigen Ausgang abschließen werden.

Der Ministerpräsident kam sodann auf die Vertreibung der Vertreter der verbündeten Mächte in Athen durch den französischen Admiral zu sprechen und sagte: Wir stehen nach wie vor in guten Beziehungen zu der rechtmäßigen Regierung und dem Könige von Griechenland, die ohnmächtig waren, diese Gewalttat zu verhindern, doch sind wir ohne Verbindungen mit ihnen.

Schließlich erklärte Radoslawow, er hoffe, daß in einiger Zeit die verbündeten Regierungen ihren Parlamenten glückliche Nachrichten werden bekanntgeben können, die die Zustimmung aller verbündeten Nationen finden werden.

Die Bewegung im Fürstentum Liechtenstein.

Baduz, 1. Dezember.

Ueber die Bewegung im Fürstentum Liechtenstein erhalten wir nachstehenden Bericht:

In diesem kleinen Staate besteht noch heute und seit 200 Jahren der exotische Anachronismus, daß der Chef der Landesregierung ein Landfremder, meistens ein österreichischer Adelliger ist, der die Regierungsgeschäfte allein besorgt. Wohl besteht die Regierung formell aus einem Kollegium von drei Mitgliedern, wovon die zwei sogenannten Landräte auf Vorschlag dieses fremden Beamten vom Landesfürsten ernannt werden. Diese Landräte werden aber, wie der Regierungschef selber zugab, nie einberufen und die Liechtensteiner haben tatsächlich heute noch eine absolute Regierung, trotz der konstitutionellen Verfassung von 1862.

Gerade während des Krieges hat sich die Unhaltbarkeit des bestehenden Regierungssystems in Ernährungs- und anderen Sachen kraß dargetan. Das Vertrauen in die Regierung war in allen Volksteilen vollständig geschwunden und die Stellung des Chefs der Regierung unhaltbar geworden. In der Landtagssitzung vom 7. November 1918 stellte daher der Regierungschef an den fürstzuehnliegenden Landtag die Vertrauensfrage, die ihm aber verweigert wurde. Hierauf wurde auf seinen Antrag eine neue dreigliedrige Regierung gewählt und der Chef selbst demissionierte und teilte dies dem Landesfürsten mit. Im Volke besteht nun eine große Erregung und es wird verlangt, daß im Landtage nur vom Volk gewählte Abgeordnete sitzen und daß ihre Zahl entsprechend erhöht werde,

daß alle Behörden ihren Sitz im Lande selbst haben. Nach dem jetzt unhaltbar gewordenen Zustand amliert die Rekurrsinstanz in Verwaltungssachen in Wien an der Hofkanzlei des Fürsten, das Berufungsgericht in Zivil- und Strafsachen ist ebenfalls dort und wird zurzeit von Wiener Advokaten besorgt. Der oberste Gerichtshof ist das Oberlandesgericht in Innsbruck! Es wird weiter verlangt, daß die aus liechtensteinischen Bürgern bestehende Regierung parlamentarisch regiere, die Landräte, wie der Vorsitzende der Regierung als Landammann vom Landtage gewählt werden und letzterer auch vom Landesfürsten bestätigt werde. Es soll überhaupt die ganze Verwaltung nationalisiert und die Behörden ins Land verlegt werden. Das kommt in dem Schlagwort: Liechtenstein den Liechtensteinern! zum Ausdruck.

Im Volke besteht der Wunsch nach einer zeitgemäßen Reform der Verfassung im Sinne vorstehender Ausführungen. Große Entrüstung hat im Volke das Vorgehen der alten Landespolitiker beim Landesfürsten erweckt, indem sie einen Protest gegen den obigen Landtagsbeschluß einlegten. Allgemein wird in der Bevölkerung bedauert, daß der Landesfürst nicht die im Lande führenden Politiker der großen Volkspartei in sein Vertrauen zieht, wohl aber den fremden Regierungschef und Leute, die kein Volksvertrauen mehr besitzen. Das ist gegenüber den Volksabgeordneten, die den Beschluß vom 7. November einstimmig faßten, einfach unerklärlich und unhaltbar. Es kann auf diese Weise nicht zum guten Ende führen.

Diese Ratgeber des Fürsten haben es denn auch dahin gebracht, daß der Landesfürst neuerdings den abgetretenen Chef der Regierung unter Mitwirkung des Vollzugsausschusses mit der vorläufigen Weiterführung der Amtsgeschäfte betraute. Dieser Entschluß hat im Volke sehr große Erregung verursacht. Wäre ein solcher Entschluß zustande gekommen, wenn die Krone die Volksvertrauensleute befragt hätte. So wie die Sache jetzt liegt, wird es zum mindesten zur Mandatsniederlegung der Volksabgeordneten kommen, denn die Wähler verlangen dies.

Fürst Johann wohnt bekanntlich in Oesterreich (Wien etc.) und ist während seiner 60jährigen Amtsdauer nur fünfmal zu kurzem Besuche ins Land gekommen. Er hat im übrigen den landsfremden Regierungsverwesern die Leitung des Landes überlassen. Daß durch diesen Umstand die Anhänglichkeit der Bevölkerung nicht gesteigert worden ist, muß jedermann einleuchten. Die wenigsten Liechtensteiner haben je ihren Landesherrn gesehen. Gerade deshalb, weil der Landesfürst so wenig im Lande sich aufhält, wünscht das Liechtensteiner Volk in seiner überwiegenden Mehrheit eigene Bürger an der Regierung, die Land und Volk kennen und für seine Bedürfnisse das nötige Verständnis besitzen.

Die Tätigkeit des Freiherrn von Chlumecy in der Schweiz.

Die Abgeordneten Starck und Genossen haben kürzlich an den Staatsrat die Anfrage gerichtet, ob er geneigt sei, eine strenge Untersuchung wegen der von Freiherrn v. Chlumecy in der Schweiz entfalteten Propaganda einzuleiten und der Nationalversammlung hierüber zu berichten. Der Staatsrat beantwortete gestern nach gepflogenen Einvernehmen mit dem Staatssekretär für Aeußeres die Anfrage folgendermaßen:

„In dem früheren Ministerium des Innern war die Bildung einer besonderen Stelle für Auslandspropaganda beabsichtigt. Es sollte ein Propagandabüro gebildet werden, zu dem das Finanzministerium einen Beitrag von zweieinhalb Millionen Kronen leisten sollte. Mit der Leitung der Propagandastelle sollte Leopold Freiherr von Chlumecy betraut werden. Die organischen Bestimmungen der Propagandastelle sind von der Krone genehmigt, die Mitglieder des Präsidiums ernannt worden. Aber die Regierung hat diese Verfügungen der Krone nicht mehr in Vollzug gesetzt, da indessen der Zusammenbruch Oesterreichs schon erkennbar geworden war. Trotzdem ist Baron Chlumecy auf eigene Verantwortung in die Schweiz gefahren, um dort die Auslandspropaganda zu organisieren, und er hat sich für Propagandaauslagen auf Rechnung des in Aussicht gestellten Kredits von zweieinhalb Millionen Kronen den Betrag von 50,000 Franken unmittelbar vom Finanzministerium überweisen lassen.“

Die Propagandatätigkeit des Barons Chlumecy bestand darin, daß er westschweizerische und französisch-italienische Blätter dafür gewarnt, Artikel zu veröffentlichen, in denen vor den Gefahren der „Balkanisierung“ Oesterreichs gewarnt, der Bestand der Oesterreichisch-ungarischen Monarchie als ein

Interesse der Ententemächte hingestellt wurde. Bei diesem Zwecke hat Freiherr v. Chlumecy einigen Ostschweizer und drei Pariser Zeitungen Geldvorschüsse gegeben und zugesichert, daß er ihnen, falls die Blätter in dem von ihm gewünschten Sinne schreiben, am 15. d. weitere Geldbeträge von 90,000 bis 100,000 Franken zuzuwenden werde. Am 9. November hat Freiherr v. Chlumecy das Ministerium des Aeußeren telegraphisch ersucht, ihm die dazu erforderlichen Geldmittel zu überweisen. Dies ist jedoch auf Anordnung des indessen in Wirklichkeit getretenen Staatsamtes des Aeußeren unterhieben und gleichzeitig hat das Staatsamt des Aeußeren Baron Chlumecy mitteilen lassen, daß er zu keiner politischen oder propagandistischen Tätigkeit mehr bevollmächtigt sei. Freiherr v. Chlumecy hat hierauf seine Tätigkeit eingestellt und einige Zeit nachher Bern verlassen.

* Die Bestrebungen der Habsburger auf die polnische Krone. Aus Zürich wird der „Bud. Korr.“ telegraphiert: Aufsehen erregt die Enthüllung in der „Neuen Zürcher Zeitung“ über die Bestrebungen der Habsburger auf die polnische Krone. Nach Mitteilung von polnischer Seite hat Kaiser Wilhelm bei seinem Wiener Besuch dem Kaiser-König Franz Josef die polnische Krone angeboten. Franz Josef bestätigte dies dem polnischen Kirchenfürsten gegenüber. Später überreichte der deutsche Botschafter Tschirschky eine Note, worin die Vereinigung Galiziens mit Polen unter der Bedingung einer Militärkonvention und eines Wirtschaftsbundes unter deutscher Hegemonie angeboten wird. Sowohl Burian als Tisa und Stürgkh lehnten diese Note ab. Im Oktober 1916 hat der Botschafter Tschirschky die Ablehnung dieser Note dem Ritter von Bilinski mitgeteilt, um gegen die österreichische Regierung Stimmung zu machen.

Berner Bilder.

II.

Bern, 1. Februar.

Dr. Fried über Deutschösterreich.

Dr. A. S. Die Nachricht, daß der Landesrat von Deutschösterreich sich für den Anschluß an das Reich ausgesprochen habe, veranlaßte mich, Dr. A. S. Fried über seine Ansicht auszuholen. Er ist soeben aus Wien zurückgekehrt, war ein entschiedener Gegner der österreichischen Deutschlandpolitik, ist nicht Sozialist: also ist das Urteil dieses Mannes von hohem Interesse.

Dr. Fried ist ohne feste Stellungnahme nach Desterreich gefahren. Aber was er dort gesehen, hat ihn, wie er betäubt über seine Wahrnehmungen erzählt, zur entschiedenen Befürwortung des Anschlusses an das Reich geführt: das sei die einzige Rettung. Das schlimmste in Desterreich sei nicht der wirtschaftliche, sondern der moralische Zusammenbruch. Es sei aus diesem Grunde und auch wegen der Ungewißheit der finanziellen Regulierung keinerlei Initiative mehr vorhanden. Eine große Gefahr sei die offen auftretende Reaktion, der Sieg der Christlichsozialen, die ganz offen die Wiedereinsetzung der Dynastie betreiben. Da stehe es in Deutschland doch besser. Vorausgesetzt natürlich, daß die Vormachtstellung Preußens endgiltig gebrochen sei. Wenn Desterreich sich nicht an das Reich anschließe, werde es eine tschechische Provinz. Warum kann Desterreich nicht wie die Schweiz eine Sonderexistenz führen? Weil der Schweiz Industrie hat und dem Schweizer Handel die Welt offensteht; Desterreich dagegen hauptsächlich Bauernland ohne bedeutende Industrie sei. Letztere kann durch den deutschen Unternehmungsgeist nur gewinnen: wohlverstanden, nicht die Industriellen selbst, aber die

Arbeiter. „Es wird aber auf eine andere Auffassung mit einleuchtenden Gründen gestützt.“ Die Herren sollen einmal nach Wien fahren, meint Dr. Fried.

„Und die Zukunft des Pazifismus?“ Der berühmte Pazifist hat ja die Genugtuung erlebt, daß das hohe Ziel, dessen Begründung und Verfechtung er sein Leben in hingebendster Arbeit gewidmet, der Völkerbund, nun verwirklicht werden soll, und auf den ersten Blick scheint damit die Aufgabe des Pazifismus erledigt. Dr. Fried ist der Ansicht, daß da noch gewaltige Arbeit bevorstehe. Es handelt sich jetzt darum, den Völkerbund im einzelnen auszubauen: fertig ist er noch lange nicht. Es handelt sich aber dann ferner um eine Defensivstellung, da wohl auch auf diesem Gebiete Versuche gegenrevolutionärer Art zu erwarten sind. Das kann noch eine, noch mehrere Generationen beschäftigen!

Die Internationale Sozialisten- Konferenz in Bern.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 8. Februar.

Die Abstimmung über die Resolution, die die Grundsätze für die territorialen Fragen aufstellt, mußte im letzten Augenblick verschoben werden, obwohl die Debatte über diese Frage heute abend abgeschlossen worden ist. In der Nachmittags-sitzung tauchte nämlich ein Antrag Engberg (Schweden) auf, dessen Annahme die wichtigsten Grundsätze der Resolution, die Verwerfung der sogenannten historischen Rechte und angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten als Grundlagen territorialer Entscheidungen, erschüttert hätte. Man erinnert sich, daß um diese Grundsätze bereits ein heftiger Kampf zwischen Klenbogen und Nemeč (Prag) auf der Konferenz ausgefochten worden ist. Nun stellte Engberg im Namen der Schweden den Antrag, die Konferenz wolle beschließen: „Wenn eine systematisch betriebene Internationalisierung das freie Wachstum einer Nation verhindert und es durch eine derartige Vergewaltigung zustande gebracht hat, daß eine eventuelle Volksabstimmung ein tatsächliches Vergewaltigungsergebnis festlegen könnte, dann muß der Völkerbund bei seiner Entscheidung betreffs der Volksabstimmung gebührende Rücksicht auf diese Umstände nehmen.“ Diesem Antrag widersprach Friedrich Adler im Namen der deutschösterreichischen Delegierten auf das entschiedenste. Er führte aus, daß der Antrag Engberg, wenigstens in der vorliegenden Fassung, die ganze Resolution auf den Kopf stelle. „Uebrigens sei der Antrag trotz seiner Tragweite nicht der Kommissionellen Beratung unterzogen worden. Er öffne allen möglichen Deutungen Tür und Tor; es sei ebenso unmöglich, die ganze Frage nochmals aufzurollen wie sie einfach übers Knie zu brechen.“ Er verlangte die Verweisung des Antrages Engberg an die Kommission. Sollten die Resolution und der Zusatzantrag Engberg sofort zur Abstimmung kommen, so wären die deutschösterreichischen Delegierten genötigt, gegen den Antrag Engberg zu stimmen. Renaudel (französische Rechte) versuchte Engberg zu unterstützen, fand aber bei den Genossen der französischen Linken lebhaften Widerspruch. Es wurde schließlich entsprechend dem Vorschlag Adlers beschlossen, den Antrag Engberg der Kommission zu überweisen, die noch heute abend zusammentreten soll, und die Abstimmung über die Resolution auf morgen vormittag zu vertagen.

Dann trat die Konferenz in die Beratung der Beschlüsse ein, die ihr die Kommission für internationale Arbeitsgesetzgebung zur Annahme vorgelegt hat. Diese Vorlage, über die Henderson (England) Bericht erstattete, stellt im wesentlichen eine Vereinigung der Beschlüsse von Leeds und Bern dar und soll nach ihrer Annahme der Pariser Konferenz als Forderung der Internationale vorgelegt werden. Die Beratung der Vorlage wird in einer Nachsitzung, in der vor allem die Gewerkschaftler zu Wort kommen sollen, fortgesetzt werden, da die Konferenz, wenn irgend möglich, Sonntag abend geschlossen werden soll.

Die Kommission zur Beratung der Fragen des Bolschewismus und der Demokratie hat bis heute 2 Uhr morgens getagt. Es wurde schließlich beschlossen, zur Beratung und Redigierung der vorliegenden Anträge ein engeres Comité einzusetzen, dem auch Friedrich Adler angehört. Es zeigt sich, daß diese Frage, wie das ja zu erwarten war, weitaus die heikelste der ganzen Tagesordnung dieser Internationale ist, und man sieht den Ergebnissen der Kommissionsberatung und der etwa noch für morgen bevorstehenden Debatte nicht ohne eine gewisse nervöse Spannung entgegen.

12. II. 1919

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Finale

Nach acht arbeitsreichen Tagen ist diese Konferenz am Montag, abends 7 Uhr, geschlossen worden. Die Internationalen haben sich die Sache nicht leicht gemacht. Von Kongressbummel, wie wir sie etwa in gemüthlicher Friedenszeit erlebten, war hier nichts zu bemerken. Jeden Tag von früh bis spät Vollsitzungen, zweimal oder noch Nachsitzungen bis Mitternacht und länger. Dazu Kommissionsberatungen usw. Manche der Delegierten hatten überdies noch im gleichzeitig tagenden Gewerkschaftskongress mitzutun. Namentlich den Leitern der Konferenz, wie den Herren Branting, Henderson, Snymans usw. kann man ob dieser Arbeitsleistung gerechte Anerkennung nicht versagen. Auch die zahlreich anwesenden Journalisten — es waren im ganzen weit über hundert, vorwiegend fremde Pressevertreter eingeschrieben — hatten ihr vollgerüttelt Arbeitsmaß, wenn sie der ganzen Verhandlung getreulich folgen wollten. Manche allerdings sind, da die Schweizerische Depeschagentur sehr tüchtig und ausgiebig arbeitete, vor der Zeit abgetreten. Ein ausdauerndes Pressefählein jedoch hat bis ans Ende ausgeharrt, darunter namentlich viele Pariser Berichterhalter, die täglich spaltenlange Drahtberichte über die Verhandlungen nach Hause schickten. Auch die großen deutschen und englischen Blätter waren vertreten, besonders natürlich die Arbeiterzeitungen und die linksstehenden demokratischen Blätter. Das Telegraphenbureau Bern hatte ebenfalls angestrengte Tage. So waren einzig nach Paris acht direkte Linien ständig in Betrieb.

Besonders lohnend für die Feder des Berichterstatters waren die sturmbewegten Schlusssitzungen vom Montag, wo sich die Konferenzgeister in zwei Schlaftouren: für und gegen die Bolschewiki geteilt hatten. Es fiel da manches laute und manches hitzige Wort. Bezeichnend war dabei vor allem, daß gerade die russischen Vertreter, die die Gesellschaft um Lenin ja am ehesten kennen sollten, am schärfsten gegen die Bolschewiki loszogen. Auch Branting und seine Mitarbeiter, sowie die beiden Veteranen der deutschen Sozialdemokratie, Ed. Bernstein und Dr. Kautsky, standen klar und scharf zu der Resolution des Komitees, die in allerdings etwas verkleideter, aber doch unmißverständlicher Form den Geist und die Methoden des Bolschewismus verurteilte, oder „Brandmarke“, wie die Freunde und Anhänger der Bolschewiki sich ausdrückten.

Diese Anhänger bestanden hauptsächlich aus den Franzosen Lorient, Longuet, Mistral, P. Faure, dann aus zwei Norwegern, zwei Iren, aus dem Oesterreicher Fritz Adler, dem Deutschen Herzfeld und einem Griechen namens Petridis. Das ungefähr war der Grundstock der Minderheit in der Konferenz, während die Mehrheiten der Vertretungen fast aller Länder entschieden gegen die russische Bolschewikiherrschaft Stellung genommen hatten. Die feinsten Köpfe der Konferenz haben dabei den Bolschewismus einer schonungslosen Kritik unterworfen und viel stürmische Zustimmung gefunden, allerdings auch gelegentlich ebenso heftigen Widerspruch von einigen Verteidigern Lenins. Die Meinungen waren da augenscheinlich zum Vorneherein fix und fertig; die Aussprache, die fast

den ganzen Tag bis in die sinkende Nacht hinein dauerte, hatte aber das Ergebnis, daß man schließlich, ohne daß darüber abgestimmt zu werden brauchte, eine stark überwiegende bolschewikifeindliche Mehrheit feststellen konnte.

Es ist dabei noch hervorzuheben, daß auch Vertreter der Minderheit die Gewalttaten und Zerstörungen der Bolschewiki nicht durchwegs rechtsfertigen, sondern dagegen Stellung nehmen wollten, daß die Konferenz durch förmlichen Beschluß ein Urteil der Internationale gegen den Bolschewismus abgebe. Oder sie wollten vorerst durch eine Untersuchung die Tatsachen und Verhältnisse feststellen lassen und dafür eine Kommission einsetzen. In jeder Beziehung waren die Verhandlungen eine vernichtende Kritik und Rundgebung gegen die Bolschewiki.

In seiner Schlussrede bezeichnete Branting als Hauptergebnisse der Berner Tagung die Wiederaufrichtung der durch den Krieg unterworfenen Internationale und die Einigung über den künftigen Völkerbund auf den Grundlagen der Vorschläge Wilsons. Daraus knüpfte er die Hoffnung, daß man in Paris zu einem gerechten und dauerhaften Frieden kommen werde. Man ersieht schon daraus, daß es im großen und ganzen ein Geist verständiger Mäßigung war, der diese Verhandlungen leitete. Unsere Linkssozialisten freilich werden das der Konferenz kaum als Ehrentitel anrechnen. Das ist aber auch jedem begreiflich, der erlebt hat, wie ihre extremen Gesinnungsgenossen an der Konferenz, was Geist und Gründe anbetrifft, so sehr den Kürzern zogen.

Die Internationale Sozialistenkonferenz.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 11. Februar.

Die Berner Konferenz ist heute um 7 Uhr abends geschlossen worden. In einer vierstündigen, zum Teil recht erregten Debatte ist die Beratung über die Frage der sozialistischen Taktik zu Ende geführt worden, und die vielfachen, dem Protokoll einverleibten Resolutionen der einzelnen Parteien lassen voll und ganz den Widerspruch erkennen, der in den Auffassungen der einzelnen Delegierten und Delegationen gerade in dieser für die Entwicklung des Sozialismus bedeutsamsten Frage der Tagesordnung dieser Konferenz erkennbar wurde. Es hätte wenig Sinn, sich selbst oder andere darüber täuschen zu wollen. Immerhin ist es den Parteien gelungen, in bewusster Übereinstimmung der Mäßigung eine weitere Teilung des Proletariats zu verhindern. Es ist Zeit zu einer Klärung der ganzen Frage gewonnen, und die einstimmig beschlossenen Resolutionen zu den Fragen des Völkerbundes, der Grundzüge bei der Behandlung der territorialen Fragen, des Arbeiterschutzes und der Heimsendung der Kriegsgefangenen sowie die Einsetzung des ständigen Büros sind positive Leistungen, die dem Gedanken der Demokratie wie der Völkerverständigung und damit in erster Linie dem Proletariat zugute kommen werden. Das kann ohne jede Ueberschätzung der Ergebnisse dieser Konferenz schon heute festgestellt werden.

In der abschließenden Debatte kam eine Unzahl von Rednern zum Worte. Troelstra (Holland) sprach über die Notwendigkeit der Festigung des demokratischen Gedankens gegenüber der Pariser Konferenz und nahm gegenüber dem Bolschewismus eine Stellung ein, die zwischen den Resolutionen Brantings und Fritz Adler etwa die Mitte hält. Die Russen sprachen sich übereinstimmend unter den heftigsten Anklagen gegen das bolschewistische System in Russland aus. Bei der Rede Paul Forts von der französischen Linken, die bekanntlich die Resolution Adler unterschrieben hat — mit Ausnahme Lorriots, der seinen besonderen, noch etwas radikalere Standpunkt einnimmt —, kam es zu lebhaften Auseinandersetzungen zwischen Renaudel und dem Genossen Fort. Kautsky (deutscher Unabhängiger) hielt eine sehr maßvolle Rede, in der er sich auf den Boden der Resolution Branting stellte. Eduard Bernstein sprach, mit Sympathie begrüßt, als Gast für die deutsche Mehrheit. Er schilderte, nicht ohne Wirkung auf seine Zuhörer, das Entstehen neuer Armeen und neuer kapitalistischer Kreise in dem bolschewistischen Russland. Er verurteilt das Experiment, das die Bolschewiki an dem geschwächten Körper Russlands versuchen, sprach von dem verkümmerten Einfluß der bolschewistischen Propaganda im Ausland, der Arbeit des Rubels auf Massen und Minderheiten der Entschleunigung Brantings zu. In noch schärferer Form verlangte Henderson (England), daß die Sozialdemokratie einen Strich zwischen sich und dem Bolschewismus ziehe. Hat sie das nicht, rief er am Schlusse seiner Rede, dann wird es nicht leicht sein, die Internationale ohne die Mitwirkung der Arbeiterschaft Englands wieder aufzurichten. Ein Vertreter der Sozialistischen Italienischen Union sprach sich gleichfalls für die Resolution Brantings aus, während der Vertreter der spanischen Genossen ihre Unterzeichnung ablehnte. Zum Schluß lagen der Konferenz vier Erklärungen vor: die Resolution Adler-Bonguet mit den bereits

gemeldeten Unterschriften, die Erklärung Lorriots, eine Kundgebung Mirals von der französischen Linken sowie eine Erklärung seines Genossen Pressemane, die sich beide der Erklärung Adler-Bonguet nähern, endlich die Resolution Branting gebilligt von den Delegierten Schwedens, der deutschen Mehrheit und der deutschen Minderheit, Russlands, Polens, Estlands, Georgiens, Esth-Lothringens, Argentiniens, Dänemarks, Bulgariens, Ungarns, Finnlands, Polens, der französischen Minderheit, Englands, der Italienischen Sozialistischen Union sowie von einem Teile der Deutschösterreicher. Als Renaudel feststellen zu können glaubte, daß somit die überwiegende Mehrheit der sozialistischen Parteien den Antrag Branting billige, rief ihm Fritz Adler zu: Mit Ausnahme der Abwesenden! In der Tat haben aber auch die Unterzeichner der Resolution diese Erklärung nicht in gleich übereinstimmendem Sinne unterfertigt. So hat sie gleich innerhalb der englischen Delegation Henderson vor allem als Protest gegen den Bolschewismus, Macdonald als Bekenntnis zu den Ideen des sozialistischen Programms gebilligt.

Trotzdem waren die hoffnungsvollen Worte, mit denen Branting die Konferenz schloß, nicht unberechtigt. Gegen alle imperialistischen und militaristischen Tendenzen hat sich auf dieser Konferenz eine neue Front zusammengeschlossen, und so wenig man heute über die Weise der künftigen Entwicklung etwas vorausagen kann: das eine ist sicher, daß auch die sozialistisch-revolutionäre Internationale wieder auferstehen wird.

Die Ueberwachungskommission.

(Telegramme der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 11. Februar.

Die vom Kongreß eingesetzte permanente Kommission ist heute um 9 Uhr abends unter dem Vorsitz Brantings, Hendersons und Gysmans' zu ihrer ersten Sitzung zusammengetreten. Es nahmen teil: Adler (Deutschösterreich), Macdonald und Bunning (England), Bonguet und Renaudel (Frankreich), Axelrod und Suchomlinow (Russland), Kautsky (Unabhängiger), Bernstein (deutsche Mehrheit), Kunfi und Büchinger (Ungarn) sowie je zwei Vertreter aller anderen Länder. Es wurde beschlossen: 1. Der dauernde Sitz des Büros wird nach Amsterdam verlegt. 2. Eine Kommission, bestehend aus dem Exekutivcomité Branting, Henderson und Gysmans, ferner Macdonald, Bunning, Renaudel und Bonguet, begibt sich unverzüglich nach Paris, um eine Unterredung mit Wilson noch vor dessen Abreise, die am Samstag erfolgen soll, zu verlangen und ihm die beschlossenen Resolutionen zu überreichen. 3. Eine Studienkommission, bestehend aus zwölf Mitgliedern, unter ihnen Macdonald (England), Bonguet und Paul Fort (Frankreich), Tomasso (Argentinien), Kautsky und Hilferding (Deutschland), einem Vertreter Deutschösterreichs und dem Sekretär Charles Rowden Burton, wird beauftragt, sich im Sinne der gefaßten Beschlüsse zum Studium des Bolschewismus nach Russland zu begeben.

Schweizerischer Entwurf eines Völkerbundsvertrages.

(Schluß.)

II.

5. Die wichtigsten Organe des Völkerbundes würden folgende sein:

A. Im Völkerbund vertritt der Mediationsrat vor allem das Element der Ständigkeit und sichert durch die Art seiner Zusammensetzung den Zusammenhang mit den Regierungen der einzelnen Staaten und unter ihnen. Er ist nicht eine Regierung, aber er ist geeignet, fortgesetzt die Politik zu beobachten und im Sinne guter Beziehungen unter den Staaten zu beeinflussen.

Nicht nur werden aus ihm die Vergleichskommissionen durch die streitenden Parteien gebildet, sondern eine ständige Delegation entscheidet die Streitigkeiten, welche weder durch Vergleich, noch durch Richterpruch entschieden werden können. Durch ihre Zusammensetzung bietet die Delegation die Gewähr, daß ihre Vermittlungsentscheidungen sowohl unparteiisch sind, als auch, daß sich die Staaten des Völkerbundes für die Durchführung des Spruchs und damit für die Erhaltung des Friedens einsetzen werden.

Die Frage, ob nicht alle durch Vergleich nicht beigelegten Streitigkeiten auf den Rechtsweg verwiesen werden könnten, hat die Kommission intensiv beschäftigt. Es hat schließlich die Auffassung überwogen, wonach Konflikte, bei denen die Möglichkeit einer Entscheidung nach Rechtsätzen bestritten wird oder wo die politische Seite des Streitfalles die rechtliche weit überwiegt, vom Mediationsrat beigelegt werden sollen, da neben rechtlichen Erwägungen hier auch solche der politischen Zweckmäßigkeit Anwendung finden müssen. Entscheidungen dieser Art, bei denen es sich um Schaffung neuen Rechts im Einzelfalle handeln kann, können einem Gerichtshofe nicht zugewiesen werden, wenn in diesem politische Einflüsse streng ausgeschlossen bleiben sollen. Der Vorentscheid darüber, ob ein Streitfall an den Vermittlungsrat zur endgültigen Entscheidung gelangen könne, wird stets von einer richterlichen Instanz getroffen. In jedem Falle kommt es zu einem vom Völkerbund gewährleisteten und vollstreckbaren Entscheide.

B. In der Organisation der Gerichte anerkennt der Völkerbund in erster Linie die Freiheit der Parteien, Schiedsgerichte nach eigener Wahl zu bilden; er stellt ihnen aber auch einen stets zugänglichen, nicht von Fall zu Fall zu bildenden Gerichtshof zur Verfügung. Dieses Gericht ist überdies stets zuständig, wo eine Einigung der Parteien auf ein Schiedsgericht nicht erreicht wird.

Für die Organisation dieses Internationalen Gerichtshofes kann weder eine gleichzeitige Vertretung aller Staaten, noch eine Berücksichtigung großer und kleiner in Betracht kommen. Durch die vorgeschlagene Art der Wahl der Richter wird einerseits die Heranziehung der geeignetsten Persönlichkeiten, andererseits durch das System der Refusation bei der Bestellung der Spruchkollegien die größtmögliche Unparteilichkeit gesichert. Die Schwierigkeiten, an denen die Projekte der II. Haager Konferenz für einen ständigen Gerichtshof und einen Weltschiedsvertrag gescheitert waren, dürften durch die hier angenommene Lösung, sowie durch die prozessualen Bestimmungen im wesentlichen behoben sein.

C. Der Konfliktshof, der teilweise nach Analogie der Schiedsgerichte gebildet wird und in dem das richterliche Element durch die Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes und das politische durch die Bevollmächtigten im Vermittlungsrat ver-

treten ist, tritt nur in außergewöhnlichen Fällen in Wirksamkeit.

D. Der Staatenkongress unterscheidet sich nicht nur durch seine Periodizität von den meisten bisherigen internationalen Konferenzen, sondern namentlich dadurch, daß er in gewissen, durch die gleichzeitig mit dem Bundesvertrag angenommene Verfassung oder spätere einhellige Vereinbarung bestimmten Materien allgemein verbindliche Beschlüsse fassen kann. Auch auf den Gebieten, wo das Ratifikationsrecht der Staaten vorbehalten ist, soll die allgemeine Annahme von Kongressbeschlüssen, hinter denen starke Mehrheiten stehen, nach Möglichkeit erleichtert werden.

6. Die Sanktionen sind nur nach der Seite der Kompetenz geordnet. Es muß hier dem Vermittlungsrat eine möglichst große Freiheit gelassen werden. Durch das Mittel der Publikation und der vorsorglichen Maßnahmen wird in der Regel die Unterwerfung der Staaten speziell durch den Druck der öffentlichen Meinung erreicht werden. Genügt dies nicht, so wird der Vermittlungsrat von Fall zu Fall Zeitpunkt und Art des Vorgehens bestimmen.

7. Die Revision der Völkerbundsverfassung, allerdings nur auf dem Wege wiederholter und qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse, bedeutet eine einschneidende Neuerung auf völkerrechtlichem Gebiete. Die Möglichkeit einer solchen Weiterbildung der organisatorischen Bestimmungen ist aber notwendig, wenn der Völkerbund sich den Anforderungen der Zukunft ohne Gefährdung seiner Existenz anpassen soll können.

Der Bundesrat hat den Entwurf der Expertenkommission auch den an der Konferenz in Paris beteiligten Staaten, sowie allen Staaten, mit denen die Eidgenossenschaft diplomatische Beziehungen unterhält, zur Kenntnis gebracht.

Die rumänischen Sozialisten.

2 Bukarest, im Februar.

Die unabwendbare Katastrophe, die über Rumänien in dem Augenblick hereinbrechen mußte, da die Politik des Königreichs sich für den Anschluß an den Biederband und gegen die Mittelmächte entschied, ist von keiner rumänischen Partei klarer vorausgesehen und vorausgesehen worden, als von den rumänischen Sozialisten. Und was noch mehr war: von Anbeginn ist, da das Doppelspiel der Bukarester Machthaber zu durchschauen war, gegen die Kriegsteilnahme und die Verdrückerung mit den Verbandsmächten ein offener, erbitterter Kampf von den Sozialisten geführt worden.

Einer der Parteiführer, die jetzt auf so traurige Art Recht be- hielten, läßt mich ein wenig hinter die Kulissen blicken, deren Szenen sich in Rumänien ohne Hehl, indes gegen das Ausland unterdrückt, vom Auslande nicht gesehen, abspielten. Zwei Jahre lang entsfaltete sich die ganze Tätigkeit der Partei ausschließlich gegen den Krieg. Keine Versammlung wurde abgehalten, deren Kriegseindische Tendenz nicht Programm gewesen wäre. Die sozialistische Zeitung Supta, das Organ des über Rumaniens Grenzen weit hinaus bekannten Führers Rakowski, brachte nicht einen Artikel, der nicht in jeder Zeile den Protest gegen den Krieg teilnahme ausgedrückt hätte. Der Anhang im Mai 1915, als nach dem großen Durchbruch bei Larnom und Gorlice die Russenfreunde die im Einlen begriffene rumänische Stimmung durch eine im Bukarester Usmigun-Barten abgehaltene große Versammlung zu heben suchten, zu schweren Zusammenstößen mit dem aufgebotenen Militär und der rücksichtslos einhauenden Polizei kam. Es floß schon damals viel Blut. Die Zahl der bei diesem Anlaß Verwundeten war ganz erheblich.

Die ersten Monate des Jahres 1916 brachten eine kräftige Organisation der sogenannten „Transilvanien“, der Eroberungs- kuffigen, die um jeden Preis Siebenbürgen haben wollten. Sie sorgten dafür, daß in den Straßen der Hauptstadt nur mehr solche Zeitungen verkauft werden sollten, die russenfreundlich waren und für den Krieg eintraten. Den Redaktionen der Blätter, die Neutralität predigten und forderten, wurden die Fenster ein- geschlagen. Die Sozialisten ließen sich durch die „Transilvanien“ nicht einschüchtern. Ihre Frauen kamen auf die Straße und ver- kauften selbst die Zeitungen der Partei, die Russenfreunde wagten, so dreist sie sich auch sonst in Bukarest aufspielten, doch nicht, sich an den Frauen tätlich zu vergreifen. So waren es diese Frauen eigenmächtig allein, die für die Pressefreiheit ihre Haut zu Marke setzten.

Bekannteste Sache war der Krieg an der Seite der Gegner der Mittelmächte im Juni 1916. Jeder wußte dies von dem Augen- blick an, wo die Russen in der Zeit der Brufflowischen Offensive gegen die Bukowina die rumänische Grenze verletzten. Galatz war von seher, war auch damals der Sitz der russenfreundlichen Arbeiterschaft gewesen. Die Sozialisten erhoben noch einmal gegen den Krieg Einspruch: in Galatz brach der allgemeine Ausstand aus. Er wurde rücksichtslos in Blut erstickt. Das Militär wühlte

ärger als in Feindesland. Weder die Toten, noch die Verwundeten waren zu zählen. Die Soldaten versuchten bereits nach loszaffischen Mustern. Mit den gefallenen Männern wägten sich Frauen und Kinder in ihrem Blut in den Straßen von Galatz.

Der Tag der rumänischen Kriegserklärung an Österreich-Ungarn war der 14. August. Bekanntlich mit dem Kronrat im Schloß — mittag auf 10 Uhr — gleichzeitig ein Sonntag. Für den Vor- war in Bukarest eine große, kriegsgegnereiche Versammlung an- gefest. Am Zirkus Sidosi. Die Ausgänge wurden, als die Teil- nehmer versammelt waren, durch Militär geschlossen. Als sie endlich nachmittags um 2 Uhr wieder freigegeben wurden, sah man überall große Maueranschläge, die besagten, daß der Belagerungs- zustand über Bukarest verhängt sei. Um 4 Uhr erschienen zwei Gendarmen auf der Calea Victoriei, die dann durch die Straßen der Stadt zogen und ein riesiges Plakat schleppten. Darauf war zu lesen, daß der Krieg erklärt sei. Der Eindrud war im ersten Augenblick ungeheuerlich, doch schon in diesem ersten Augen- blick zwiespältig. Es gab viele, die über das hereingebrochene Verhängnis weinten, freilich ebenso viele, die in lauten Jubel aus- brachen. Um 5 Uhr rief man die Redakteure aller Bukarester Zeitungen auf die Polizei. Man verständigte sie, daß der Kriegs- zustand tatsächlich eingetreten sei und sofort ihre Blätter nur unter Zensur erscheinen dürften. Zwei Stunden später brachten die Blätter die Kriegserklärung. Aber schon um 8 Uhr abends war gar nichts mehr zu merken, auch die vielen, die eben erst gejubelt hatten, waren auf einmal stumm. Einige Kinder schrien eingekerkerte Mufe in den Straßen, die sie selbst nicht verstanden. Eine Traurig- keit ohnegleichen ergriff die Stadt, sie war in Friedholgsstimmung völlig erstorben. Um 9 Uhr abends durfte in Bukarest, dessen Publikum, wie man weiß, leichtlebiger und vergnügungslüchtiger ist als irgendwo sonst, niemand mehr auf die Straße gehen. . . .

Während dies am Tage der Kriegserklärung sich im Innern der Stadt zutrug, waren die Vorstädte bewegt genug. Große Arbeiter- tundegebungen fanden statt, ohne freilich den bereits beschlossenen Gang der Ereignisse irgendwie beeinflussen zu können. Um jeden- falls auch die Kundgebungen für die folgende Zeit vollständig aus- zuschalten, verfiel die Regierung auf ein sehr einfaches Mittel. Schon am Tage nach der Kriegserklärung wurde die ganze Arbeiter- schaft im Alter von 21 bis zu 46 Jahren einberufen. Die Zensur wurde den Zeitungen gegenüber sogleich mit der größten Strenge gehandhabt, mit noch weit größerer Schärfe und Unbuhlsamkeit, als man es selbst in Rußland etwa gewohnt war. In erster Linie wurde von der Zensur strenge naturgemäß die „Lupto“ betroffen. Das Blatt wurde sehr rasch überhaupt verboten. Der Sozialisten- führer Rakowski, gegen den man mit allen möglichen Mitteln ge- arbeitet hatte, um seine Proleste gegen einen rumänischen Krieg unmöglich zu machen — man hatte ihn erst bestechen wollen, dann hatten ihn die Russophilen ohne Erfolg als zentralmächtefreundlich und vor allem als deutschfreundlich verdächtigt —, Rakowski wurde einfach auf der Straße verhaftet. Eine Welle ließ er in seinem eignen Hause interniert, dann wurde er bei Nacht und Nebel von Bukarest fortgeholt und verschleppt. Die Parteiräume wurden durch die Polizei verperrt und versiegelt. Was von der Partei- leiterna zu erreichen war, wurde festgelegt. Man steckte die Ver-

hafteten einfach ins Bucaresti-Gefängnis. Dort wurden sie von den eingehenden Deutschen aufgefunden und befreit. Der Eingang und die Herrschaft der Deutschen fanden in Bukarest nicht weniger als 36 000 Industriearbeiter vor. Und nicht weniger als 20 000 davon waren ohne Arbeit. Und man kann sich leicht vorstellen, wie ein Elend unter diesen Arbeitslosen herrschte. . . . Besser waren die Familien der Mobilisierten daran. Ihnen hatte die rumänische Regierung, als die Flucht unvermeidlich wurde, die Unterführung von 20 Franken monatlich auf vier Monate voraus- bezahlt. Auch für die Beamten hatte die Regierung bis zum 1. März vorausbezahlt. Gleichwohl sind die rumänischen Beamten jetzt gerade auf Nolen gedettet. Nicht etwa, weil die Deutschen die Herren des Landes geworden sind, sondern sie bekommen jetzt wirklich nur ihre normalen Gehälter, die ihre Regierung ihnen nie allzu üppig bemessen hatte, weil sie ja wußte, daß keiner dieser Beamten ohne Beschäftigung zu wirtschaften gewohnt war. . . . Und die Be- schäftigungsgelder bleiben jetzt allerdings aus. . . . Glücklichster daran sind jetzt entschieden die Arbeiter. Sie arbeiten in den Fabriken, deren eine ganze Anzahl von den Deutschen schon eröffnet worden ist. Und gleichzeitig mit der Eröffnung zahlten die Fabrik- direktoren wieder täglichen Lohn an die Arbeiter aus. Er beträgt 4 Franken auf den Kopf. Und zwar war es die deutsche Militär- verwaltung, die sowohl die Höhe des Lageslohns bestimmte, wie auch die Direktoren zwang, ihn zu bezahlen.

27. III. 1919

Das Tätigkeitsprogramm der Bolschewiken.

Haag, 25. März. Ein Funkspruch der Moskauer Regierung, unterzeichnet von Lenin, gerichtet an die Pester Sowjetregierung, persönlich für den Volkskommisjär für Auswärtige Angelegenheiten, Bela Kun, erteilt den Auftrag, sofort mit der Aktion in Deutschösterreich im Sinne des Moskauer Kongresses zu beginnen.

Hierzu wurde in Erfahrung gebracht, daß die Pester Sowjetregierung zunächst die Summe von einhundert Millionen Kronen für diese Propaganda einstellen soll. Der Verband ist über diese Pläne unterrichtet. Der nach Wien entsendete außerordentliche französische Gesandte Allize habe, wie eine Pariser Agenturmeldung besagt, den Auftrag, die Wiener Regierung über die Stellungnahme des Verbandes zu diesen Absichten der Moskauer und Pester Sowjets, aufzuklären. Der Verband würde im Falle eines Anschlusses von Wien an die Pester Kommunisten sofort ihre Mission zurückziehen und alle Zufahren sperren. Die Blockade würde neuerdings in Kraft treten. Herr Allize werde dies in Wien mitzuteilen haben. Diese Information stammt aus offiziöser französischer Quelle.

Ueber den Inhalt des für die kommunistische Revolutionierung von Deutschösterreich entworfenen Programmes sind an einer hiesigen diplomatischen Stelle offizielle Berichte eingelaufen. Die Beschlüsse wurden auf dem im Moskauer Kreml abgehaltenen dritten kommunistischen Kongreß gefaßt, der unter Vorsitz von Lenin und im Beisein Trotskys, Tschitcherins, Kadeks und Zukowskis abgehalten wurde. Von auswärts waren neben kommunistischen Abordnungen aus Deutschland, England, Frankreich und den neutralen Staaten (darunter Holland) auch Vertreter aus Oesterreich und Ungarn anwesend. Die französischen und englischen Delegierten waren in Rußland seit früher anässige Personen, die Oesterreicher rekrutierten sich aus einem in Kriegsgefangenschaft geratenen Offizier (Oberleutnant A. K.) und einigen Soldaten. Der Offizier und mehrere Soldaten sind Juden.

Die ungarische Abordnung bestand gleichfalls aus Kriegsgefangenen. Die deutschen Delegierten waren aus Berlin und Hamburg eingetroffen.

Die Mittel, die nimmehr auch zum bolschewistischen Umsturz in Wien dienen sollen, sind auf dem Kongreß in einem Dokument im Kreml niedergelegt worden, das genaue Direktiven in bezug auf die internationalen Beziehungen, die innere Politik, die Wirtschaftspolitik und schließlich bezüglich der militärischen Angelegenheiten gibt. Ein besonderes Kapitel der militärischen Abordnungen Lenins betrifft den geheimen Nachrichtendienst.

Aus diesem umfangreichen Dokument seien auszugsweise wiedergegeben:

Internationale Beziehungen: Es ist unter Anwendung aller, auch terroristischer Mittel, auf einen internationalen Konflikt hinzuarbeiten. Unterstützung jeder chauvinistischen und nationalen Bewegung. Als letztes Mittel Attentate auf Vertreter auswärtiger Mächte. Hier wird auf die Wirkung der Ermordung der deutschen Gesandten Mirbach in Moskau verwiesen, womit heute der Beweis erbracht wäre, daß dieser Mord von Lenin verantwortet worden ist.

Innere Politik: Als Hauptmittel Durchführung von Streiks, Generalkreiks. Agitation gegen die bestehende Regierung, Einleitung einer Volksbewegung. Öffentliche Umzüge, Herbeiführung von Zwischenfällen, Propagandaliteratur.

Wirtschaftspolitik: Erschütterung des Vertrauens des Volkes in die Finanzlage des Landes; ein Mittel hierzu die Verbreitung falscher Banknoten, die von Moskau geliefert werden können. Erschwerung der Ernährungsverhältnisse. Mittel hierzu Eisenbahnerstreiks, Sabotage. Agitation in den Hafenstädten, Zeitungspropaganda.

Militärische Angelegenheiten: Kommunistische Propaganda unter den Truppen, Aufreizung gegen das Offizierskorps, wenn nötig Attentate gegen Truppenführer.

Nachrichtendienst an die Zentralstellen in Moskau: Hier werden eingehende Institutionen über den Umfang und Zweck der genauen Information erteilt.

Die Gesamtleitung der bolschewistischen Bewegung in der Welt behält sich die Moskauer Propagandastelle vor. Ihre Leitung liegt in politischer Hinsicht in den Händen Lenins und Tschitcherins, die publizistische Agitation führt Kadek, alle militärischen Angelegenheiten sind bei Trotskij vereinigt.

Diese Institutionen gelten mit gewissen Abänderungen, die den einzelnen Staaten angepaßt sind, auch für England, Frankreich, die Schweiz und die nordischen Staaten. Für Amerika und China sind besondere Beschlüsse gefaßt worden.

Schutz gegen Osten.

Lenin und Trozkij, die man seit dem Brest-Litowsker Frieden so oft schon als politisch tote Männer hingestellt hat, von denen man erzählte, daß der eine gegen den anderen schüre und heize, die so oft gegeneinander ausgespielt wurden, weil man glaubte, an eine Feindschaft zwischen beiden bestimmte Hoffnungen knüpfen zu können, leben und sind tätig, wie noch nie und die Einigkeit scheint zwischen beiden nichts zu wünschen übrig zu lassen. Es geht eben mit den beiden Männern, so wie mit den meisten Nachrichten über die politischen Vorgänge in den verschiedenen Ländern während des Krieges. Wenn man die jetzige Sachlage besteht, muß man sich durch die Nachrichten über die russischen Verhältnisse im letzten Jahre gründlich gesoppt fühlen. So lange wir noch frei vom inneren Umsturz waren, an ein solches Kriegsende gar nicht denken mochten, erzählte man uns gerne von den Wirren und von den tröstlichen Zuständen in Rußland. Dann verstummten diese Nachrichten. Wir hatten mit unseren Verhältnissen genug eigene Sorgen. Was nun jetzt aus Moskau bekannt wird, zeigt uns — immer natürlich vorausegesetzt, daß alles wahr ist, was die unterschiedlichen Zirkelberichte melden — daß die russische Räteregelei weit entfernt davon, mit ihren inneren Angelegenheiten vollständig in Anspruch genommen zu sein, Zeit und Mittel genug übrig hatte, um mit ihren Plänen über die Grenzen zu gehen. Lenin und Trozkij haben ihren ursprünglichen Plan, die ganze Welt zu revolutionieren und die kommunistische Fahne auf den Regierungsgebäuden aller Staaten zu hissen, nicht aufgegeben. Die Aufrichtung der Räteregelei in Ungarn ist russisches Werk, die Ukraine ist schon vollständig für den Bolschewismus gewonnen, in Galizien sind die russischen „Aufklärungsarbeiten“ rascher von Erfolg begleitet gewesen, als unsere jahrzehntelangen Bemühungen, die Ruthenen von ehemals zu Europäern zu machen.

Das Deutsche Reich konnte sich bis jetzt der bolschewistischen Strömung erwehren. Schwere Opfer hat dieser Abwehrkampf gekostet. Aber es war möglich, ihn zu führen, weil man eben im Deutschen Reich nach dem Zusammenbruche der Front im Westen nicht an die Entwaffnung des eigenen Landes geschritten ist. Es bestand offenbar die Absicht, zunächst Berlin und die anderen Hauptstädte des Deutschen Reiches mit Räteregeleien zu beglücken. Dann hätten Oesterreich und Ungarn folgen müssen. Dieser Plan ist gescheitert, man hat einen anderen Weg eingeschlagen. Dieser führte über die Karpathen an die Donau und soll jetzt donauaufwärts gegangen werden. Ist Oesterreich reif für den Kommunismus? Man hat uns früher immer gesagt, daß nur die Versorgung mit Lebensmitteln imstande sei, den Umsturz zum Kommunismus aufzuhalten. Heute muß behauptet werden — und das geschieht von Leuten, die der Frau Friedländer näher stehen als den Herren Kenner und Seiß — daß der Bolschewismus Oesterreichs Ende bedeuten müßte. Er brächte den Hungertod für ganz Wien und das Hungerelend für das ganze Reich. Wir leben von der Gnade der Verbandsmächte. Ein ausgebliebener Lebensmittelzug aus Italien, eine auf dem Brenner niedergegangene Schneelawine, eine Zugentgleisung in Oberitalien sind imstande, uns die größten Sorgen um das tägliche Brot zu bringen. Man gibt uns gerade so viel, als wir für den Tag brauchen, um nicht zusammenzubrechen. Wir hungern langsam weiter, aber wir verhungern nicht. Daß wir nicht bloß jetzt unfähig zu jedem Widerstande sind, sondern auch für Jahrzehnte hinaus, für ein ganzes Menschengeschlecht und vielleicht für noch längere Zeit, nicht fähig sein werden, uns zu wehren, wenn wir angegriffen sind, dafür ist durch das „freundliche“ Entgegenkommen der Verbandsmächte bei der Verpflegung gesorgt.

Man droht uns, auch das Wenige vorzuenthalten, falls wir den Bolschewismus bei uns einziehen lassen!

Als ob wir imstande wären, uns gegen eine solche Invasion zu wehren, da man unsere ganze Widerstandskraft gebrochen hat. Wenn der Bolschewismus bei uns nicht zur Herrschaft kommt, so dürfen sich die Verbandsmächte durchaus nicht als ihr Werk, als Folge ihrer weiteren „Unterstützung“ mit Lebensmitteln gegen unerfüllbare Bezahlungen anrechnen. In Ungarn war die Lebensmittelnot nie so arg, wie bei uns. Die russische Krankheit ist trotzdem genommen. Schuld daran waren einzig und allein die Verbandsmächte. Ländergier und Raubsucht der von Oesterreich-Ungarn im Kriege niedergeworfenen Nachbarn, die jetzt Ruhnießer eines nie von ihnen erfochtenen Sieges sein wollen, haben dem Bolschewismus in Ungarn Eingang verschafft. Das ist das Warnungszeichen für die Verbandsmächte. Haben sie die Absicht, sich vor der russischen Gefahr zu schützen, wollen sie Oesterreich als Schutzdamm gegen Osten für sich errichten und erhalten, dann muß ihnen daran gelegen sein, aus Oesterreich einen lebensfähigen Staat zu machen, der im Anschlusse an das Deutsche Reich seine Daseinsberechtigung erhält und alle Volksteile umfaßt, die zu ihm gehören. Die europäische Geschichte lehrt doch an zahlreichen Beispielen eindringlich genug, wie gefährlich es ist, Teile eines Volkes gewaltsam abzuprennen, um sie einem feindlichen oder auch nur mißgünstigen Nachbarn anzugliedern. Wer in Paris für einen ehrlichen dauernden Frieden ist, muß für die volle Erfüllung der berechtigten Ansprüche Oesterreichs sein. Damit wird uns kein Entgegenkommen erwiesen, damit schützen sich die anderen Völker selbst am besten vor drohender Kriegsgefahr und vor der russischen Krankheit.

M./W. 1919

**Bewilligung der Reise der
früheren Erzherzoge in die
Schweiz.**

Aus Bern, 10. d., wird telegraphiert: Der „Bund“ bestätigt, daß die österreichischen Erzherzoge mit ihren Familien in der Schweiz Aufenthalt zu nehmen beabsichtigen und bei den Bundesbehörden diesbezügliche Schritte unternommen haben. Die zuständigen Bundesbehörden haben sich auf dem Standpunkt gestellt, daß dem Begehren zu entsprechen und der Aufenthalt zu bewilligen sei. Da sämtliche erzherzoglichen Familien in der Schweiz Aufenthalt nehmen werden, steht noch nicht fest. Es muß jedoch erwartet und gefordert werden, daß diese Gäste der Schweiz, die wir wie andre politische Flüchtlinge zu behandeln haben, sich jeder politischen Betätigung in unserem Lande enthalten. Das darf vielleicht deshalb hervorgehoben werden, weil der gewesene Kaiser Karl in die Schweiz gekommen ist, ohne auf den Thron zu verzichten.

M./IV. 1919

Die ausgewanderten österreichischen Aristokraten in der Schweiz.

Was ein Berner Blatt darüber sagt.

Bern, 10. April. Unter dem Titel „Imperialistische Mineure in der Schweiz“ schreibt die „Berner Tagwacht“: In der Schweiz gehen interessante Dinge vor sich. Dieser Tage ist in Bern ein Rudel österreichischer Aristokraten mit Familie und Gefolge angekommen. Der österreichische Adel drückt sich nach und nach aus seinem Vaterlande, um bei uns ein Brasserleben zu führen, während bei ihm daheim das Volk vor Hunger krepiert. Prinz Windischgräß sollte zwar erst noch in seiner Heimat auf Geheiß der dortigen Gerichte über die von ihm mitgenommenen Millionär Auskünfte geben, er zieht es aber vor, sich hier dem Jau und sonstigen Vergnügen hinzugeben. Prozig bemerkbar machen sich hier unter andern auch Fürst Schönburg und die Prinzen von Parma, die Brüder der gewesenen österreichischen Kaiserin Zita. Ueber das Treiben der hochnoblen Gesellschaft hört man saubere Sachen erzählen. Bekanntlich haben englische Offiziere Kaiser Karl von Oesterreich in die Schweiz gebracht. Karl hat bis zur Stunde nicht abgedankt. Er will um Teufelskraft österreichischer Kaiser bleiben. Die schweizerische Republik war schwach genug, den Monarchen aufzunehmen, der auf den Ansturz der gegenwärtigen österreichischen Republik ausgeht, um sich selbst ans Ruder zu setzen. Mit Majestät Karl ist in der Schweiz sozusagen die ganze österreichische Oberflerisei verammelt. Die Herrschaften wollen von hier aus mit allen Mitteln den Anschluß Oesterreichs an Deutschland verhindern und den österreichischen Kaiserthron wieder aufrichten. Eben darum will Kaiser Karl nicht verzichten.

Im Hintergrund stehen die englischen Imperialisten. Ihr Geschäft geht auf die Abschnürung Deutschlands und dessen Kaltstellung im Welthandel aus. England will einem systemtreuen Oesterreich sogar eine Goldanleihe von mehreren hundert Millionen gewähren und mit ihm einen munteren Warenaustausch beginnen unter der Bedingung, daß es sich nicht an Deutschland anschließt. Die nach der früheren Macht hungernden Imperialisten Oesterreichs sind die willigsten Werkzeuge für das Vorhaben der englischen Finanzleute und son-

stigen Machthaber. Die königlichen Engländer sehen an der Spitze Oesterreichs natürlich lieber einen zahmen Kaiser als etwa eine widerhaarige sozialistische Regierung. Der Hunger, so rechnen die Imperialisten der Entente, wird die gutmütigen Leute in Wien schon firre machen. Die Oesterreicher werden zu den Goldmillionen und den reichlichen Wareneinfuhren den Kaiser Karl gern wieder in Kauf nehmen. Die Spekulation ist nicht übel, wird aber hoffentlich durch das erwachende Proletariat in Oesterreich zueinander geritten werden.

19./IV. 1919

Die Schreckensherrschaft in Riga.**Graufame Behandlung der Gefangenen.**

Eberfeld, 18. April. (Privattelegramm.) Der internationalen Telegraphenagentur aus Riga direkt zugehende Nachrichten bestätigen, daß die Zustände dort an Grausamkeit und Entbehrungen die aller andern russischen Städte weit übertreffen. Nach diesen Meldungen gingen im überfüllten Gefängnisse Anfang April Tausende angesehene Bürger dem Hungertode entgegen. Die Tagesrationen im Gefängnis bestehen aus einem Keller Wassersuppe und 50 Gramm Brot. Die Bürger, die bereits längere Zeit im Gefängnisse sitzen, empfinden es als Erlösung, wenn sie zur Entlastung der Gefängnisse vor die Stadt geführt und erschossen werden. In den ersten zwei Wochen des April mußten auf diese Weise über tausend Personen ihr Leben lassen. Die Geschäftshäuser sind durchweg nationalisiert; den Besitzern wurden die gesamten Waren sowie das Geld abgenommen, und die meisten hemittelten Leute retteten sich nur dadurch vor dem völligen Ruin, daß sie sich als Handwerker ausgaben. Sie werden zu allen möglichen Arbeiten herangezogen und retteten so wenigstens ihre Wohnungen, die sonst von Bolschewiken besetzt worden wären. Die meisten Deutschen wurden aus Riga weggeschleppt. In der letzten Woche wurden alle beweglichen Leute und ihr Eigentum fortgeschafft, da durch das weitere Vordringen der Esten die Lage der Bolschewiken immer kritischer wird.

20./IV. 1919

Der Anschluß an Deutschland.

Von Prof. Dr. Ludo M. Hartmann,
österreichischer Gesandter in Berlin.

Sie wünschen, daß ich mich über die Anschlußfrage äußere, da ja selbstverständlich diese Frage im Mittelpunkt jeder politischen Kombination stehen muß und da sie für die Zukunft schicksalweg entscheidend ist.

Ich muß behaupten, daß die Anschlußfrage überhaupt keine Frage mehr ist. Wer, wie ich, Gelegenheit hat, die Stimmungen „im Reich“, wie man früher sagte, kennenzulernen, der weiß, daß es unter den 70 Millionen Deutschen kaum einen gibt, der gegen den Anschluß von Deutschösterreich wäre: kaum einen, der nach dem Resultat dieses Krieges noch an der kleindeutschen Idee festhalten würde. Es gibt keine Partei, die nicht den Anschluß als etwas Selbstverständliches betrachten würde. Und in diesem Punkte sind, wie die einstimmigen Willensäußerungen der Nationalversammlung und des Verfassungsausschusses gezeigt haben, Deßler und Saase, Kehrenbach und Traub, die Zentralisten und die Partikularisten, aber auch die Wehrheitssozialdemokratie und die Unabhängigen einig. Es liegt in dieser Einigung eine milde Entschlossenheit und, wie neulich Graf Kambau, der warme Vorkämpfer des Anschlußgedankens, gesagt hat, man braucht nicht ungeduldig zu werden, der Anschluß vollzieht sich als eine historische Notwendigkeit. Das ist die Wehrzeugung aller, und wenn sich etwa ein kleines Blatt findet, das mit seiner Begierde gegen den Anschluß Sensation zu machen beliebt, so findet man bei der Nachforschung, daß der betreffende Redakteur in Wahrheit ein Österreicher ist.

Aber weder eine sensationslüsternen Presse, die, nebenbei bemerkt, hier in Berlin nicht den geringsten Einfluß hat, noch irgend etwas anderes wird den Anschluß hindern, wenn auch der Wille, ihn zu verhindern, unabweisbar außerhalb Deutschlands an manchen Orten immer noch besteht. Es ist natürlich nicht richtig, wenn behauptet wird, daß die Entente gegen den Anschluß ist. Richtig ist nur, daß die französische offizielle und offiziöse Politik in Ansehung vor einem zahlennützigen Anwachsen Deutschlands den Anschluß zu hinterwehren sucht. Aber Frankreich ist nicht allmächtig, und wer kann glauben, daß die Grundlagen des kommenden Friedensvertrages, die Wilsonschen Grundsätze, wegen einer nicht bearbeiteten Angst Frankreichs aufgegeben werden würden? Es muß wohl auch der französischen Regierung selbst zu denken geben, in welche Gesellschaft von Konterrevolutionären sie sich bezieht, wenn sie gegen den Anschluß arbeitet. Man kann sich die französische Republik schwer im Bunde mit dem früheren Kaiser Karl, mit dem ganzen Heere der ci-devants und mit den

Die Wiener Konferenzen über den Anschluß.

Berlin, 28. April. Der deutsche Gesandte Ortesinger, Vorsitzender der Sachkommission für staatsfinanzielle und Währungsangelegenheiten, äußerte sich über das Ergebnis der kürzlich in Wien geführten staatsfinanziellen und währungspolitischen Verhandlungen in einer Unterredung mit einem Mitarbeiter der „Vossischen Zeitung“ wie folgt: Wir alle, die wir der beteiligten Kommission angehört haben, sind mit dem Ergebnis unserer Besprechungen durchaus nicht unzufrieden. Bei der Würdigung dieser Besprechungen müssen Sie folgendes berücksichtigen: In der Berliner Vereinbarung vom 2. März ist im Einvernehmen der beiderseitigen Regierungen das politische Ziel, das heißt die Herbeiführung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland, festgelegt worden und damit der unverrückbare Rahmen geschaffen, innerhalb dessen die Einzelfragen durchzubereden sind. Ein Teil dieser Einzelfragen sind die staatsfinanziellen und währungspolitischen Angelegenheiten, die in Wien zu besprechen unser Auftrag war. Nach dem von vornherein beiderseits festgelegten Programm konnten diese Besprechungen nur vorbereitenden Charakter haben. Sie hatten sich darauf zu beschränken, die technischen Einzelheiten in gegenseitiger vertrauensvoller Aussprache zu fördern und den beiderseitigen Standpunkt zu präzisieren und auszugleichen. Diesen Zweck haben die Besprechungen in Wien vollaufgeführt. Wenn von anschlussgegnerischer Seite behauptet wird, daß die Verhandlungen in Wien abgebrochen worden seien, weil wir unannehmbare Forderungen gestellt hätten, so brauche ich hierüber kein Wort zu verlieren. Bei Berücksichtigung aller technischen und fiskalischen Gesichtspunkte haben wir auf Grund der uns bei der Abreise erteilten und während unserer Anwesenheit noch einmal ausdrücklich wiederholten Instruktionen des Reichsministers des Innern Grafen Brodorski-Rankau uns stets vor Augen gehalten, daß technische und fiskalische Erwägungen hinter das große politische Ziel zurückzutreten haben. Hinsichtlich der Prüfung der technischen Fragen im einzelnen sind wir uns darüber klar geworden, daß bei der Festsetzung der Wertrelation zwischen Krone und Mark der heutige ungünstige Kursstand nicht allein maßgebend sein kann, sondern daß der bessere Kursstand aus der Zeit vor Ausbruch der Revolution mit zu berücksichtigen ist. Uebrigens würde eine allzu hohe Relation nicht einmal den österreichischen Interessen selbst entsprechen, da sie eine wesentliche Bevorzugung der Gläubiger und eine entsprechende Mehrbelastung der Schuldner im Gefolge haben würde. Bei allen staatsfinanziellen Fragen muß dem Interesse der deutschösterreichischen Wirtschaft in vollem Umfang Rechnung und dafür Sorge getragen werden, daß naturgemäß auch die nach der Vereinigung zu erwartende Entwicklung sowohl für die Landwirtschaft wie die Industrie nach Möglichkeit gefördert wird.

Was die Bankfragen betrifft, so ist unter Wahrung der Einheitlichkeit der Bank- und Währungspolitik ein Modus zu finden, der den berechtigten Wünschen Deutschösterreichs voll entspricht. Unter diesem Gesichtspunkt wird sich ein Maßstab finden lassen, der sowohl eine Belastung unserer deutschen Volkswirtschaft über das erträgliche Maß vermeidet als auch das deutschösterreichische Interesse berücksichtigt. Ich bin davon überzeugt, daß die demnächst in Berlin wieder aufzunehmenden Verhandlungen uns diesem Ziele immer näher bringen werden.

Beschlüsse der internationalen Sozialistenkonferenz.

DZB Amsterdam, 29. April. (Telegr.) Die Internationale Sozialistische Konferenz hat am Schluß ihrer Beratungen folgende Entschliebung über den Völkerbund angenommen:

Die Konferenz nimmt zur Kenntnis, daß die Völker seitens der alliierten Regierungen mit einem Vertrag bekanntgemacht worden sind, der den ersten Keim für eine methodische Organisation der

Herrschaft eines dauernden Friedens

enthält. Sie stellt fest, daß die Fortführung einer von den Arbeiterforderungen inspirierten internationalen Arbeiterschuhgesehung die Grundlage zu einer wirtschaftlichen Verständigung zwischen den Nationen vorbereitet. Die Konferenz ist jedoch der Meinung, daß ein Völkerbund nur dann seinen Zweck erfüllt, wenn er 1. von Anfang an auf der Grundlage gleicher Pflichten und Rechte alle unabhängigen Völker in sich vereint, die die Verpflichtungen des Vertrags übernehmen, und deren Delegationen von ihren Volksvertretungen gewählt worden sind, 2. wenn er

internationale Autorität

verfügt, die beauftragt ist, sowohl den allgemeinen Verpflichtungen in bezug auf den Friedensvertrag wie der Tätigkeit des Völkerbundes Geltung zu verschaffen. Diese Autorität übernimmt die Verpflichtung, wirtschaftliche Beziehungen herbeizuführen, die allmählich zur Unterbindung aller gesetzlichen Hindernisse des internationalen Handels, der Weltproduktion und der Weltverteilung führen; 3. wenn er Maßnahmen für ein

Verbot weiterer Rüstungen

und für die progressive Herabsetzung der gegenwärtigen Rüstungen und eine Kontrolle der noch gestatteten Munitionsfabrikationen vorzieht, und wenn er baldigst auf eine völlige Abrüstung zu Wasser und zu Lande hinarbeitet. Bis diese Abrüstung verwirklicht ist, müssen die Armeen, deren Bildung wegen der internationalen Lage notwendig sein würde, sowohl bezüglich der Effektivstärke wie des Rekrutierungssystems der Kontrolle des Völkerbundes unterstellt werden, um jeder Gefahr für die Demokratie standzuhalten; 4. wenn sich die Nationen, aus denen sich der Völkerbund zusammensetzt, dazu verpflichten werden, alle Konflikte vorzulegen, auf die der Völkerbund Einwirkung haben kann, und wenn die Nationen sich verpflichten, das

Urteil des Bundes

anzuerkennen und in keinem Falle zum Kriege ihre Zuflucht zu nehmen, 5. wenn er, um diesen Zweck zu erreichen, die

Methode der öffentlichen Diplomatie

annimmt, daß die Forderungen der verschiedenen Staaten für jeden einzelnen Teil entschieden würden, um dadurch alle die Beständigkeit des Friedens zu sichern. Die Konferenz appelliert schon an die Latkraft der Arbeiter aller Länder, um für die Organisation eines Völkerbundes zur Sicherung eines dauerhaften Friedens zu wirken. Die Konferenz beauftragt diese Delegierten, eine

Zusammenkunft mit den vier letzten Männern der Alliierten,

die in hervorragender Weise an der Ausarbeitung der Friedenspräliminarien beteiligt waren, zu verlangen. Bei dieser Zusammenkunft, die durch die jüngsten Zwischenfälle bei der Diskussion über den Frieden gerechtfertigt ist, müssen die Vertreter der Internationale darauf bestehen, daß eine Lösung herbeigeführt werde, die sich mit den Berner und Amsterdamer Beschlüssen deckt. Die Konferenz erwartet, daß die Leiter der Regierungen sich einem derartig formulierten Verlangen nicht werden entziehen können, da dieses Verlangen den unwiderleglichen Beweis liefert, daß die Arbeiter der ganzen Welt daran mitwirken werden, einen

gerechten und dauerhaften Frieden

herbeizuführen, daß sie an allen in diesem Sinne gemachten Vorschlägen tätigen Anteil nehmen und nur solche anzunehmen gewillt sind. Die Konferenz hat den Regierungen die Verantwortung für alle aus einer etwaigen Weigerung sich ergebenden Folgen überlassen.

Ferner nahm die Konferenz einstimmig folgende Entschliebung an:

Die Internationale sozialistische Konferenz erkennt den internationalen Charakter der Judenfrage an und fordert, daß in Übereinstimmung mit dem Selbstbestimmungsrecht die Stellung der Juden auf folgender Grundlage international geregelt wird: 1. vollständige

Gleichberechtigung der Juden

in allen Ländern, gleiche Behandlung der jüdischen Bevölkerung beim Wiederaufbau der durch den Krieg heimgesuchten Gebiete, internationaler Schutz der Juden und aller andern nationalen Minderheiten gegen physische Verfolgungen und wirtschaftliche Unterdrückung; 2. Gleichberechtigung der Juden bezüglich Ein- und Auswanderungsfreiheit nach und aus allen Ländern; 3. nationale Selbstverwaltung auf der Grundlage des Nationalitätenprinzips, und nationale Gleichberechtigung in den Städten, Provinzen und Gemeinden aller Länder, wohn die Juden in Mengen ziehen; 4. Anerkennung des Rechts des jüdischen Volkes, sich

in Palästina eine nationale Heimat

zu schaffen, Schaffung der hierzu notwendigen Bedingungen unter dem Schutze und der Kontrolle des Völkerbundes, der auch die Interessen der übrigen Bevölkerung des Landes gewährleisten muß; 5. Vertretung des jüdischen Volkes im Völkerbunde.

Antrag auf Verkündigung der Selbständigkeit von Tirol.

In der heutigen Sitzung der Landesversammlung.

Wien, 3. Mai.

Heute ist eine denkwürdige Sitzung der Landesversammlung in Tirol. Die Führer der Christlichsozialen in Tirol Schraffl und Schoepfer sind schon früher dem Gedanken nähergetreten, aus Tirol eine selbständige Republik zu machen und das Land von Deutschösterreich loszulösen.

Da der Präsident Wilson gegen die jede Gerechtigkeit verhöhnenden Ansprüche von Italien auf die Brennergrenze keinen Widerspruch erhebt, Bozen und Meran der Gewalt Herrschaft ausgeliefert und somit für Tirol die Stunde der ernstesten Krise gekommen ist, wurde die Landesversammlung für heute einberufen.

Es verlautet, daß in dieser Sitzung der Antrag gestellt werden solle, Tirol als selbständige Republik auszurufen. Vielleicht wird es noch gelingen, die Stellung des Antrages hinauszuschieben oder wenigstens dessen sofortige Annahme zu verhindern.

Wenn die Christlichsozialen in Tirol den Plan ausführen und sich von Deutschösterreich losreißen, beginnt auch für dieses eine der schwersten Krisen, eine Frage, welche die Lebensmöglichkeit angeht. Vorarlberg ist schon halb verloren. Wenn auch Tirol von uns weggeht, verliert Deutschösterreich etwa eine Million zweihunderttausend Einwohner. Ob das Beispiel nicht auch Salzburg fortreißen wird, läßt sich jetzt nicht sagen. Die Selbständigkeit dieser Länder wäre nur eine Vorstufe zur Vereinigung mit Bayern und Deutschland. Deutschösterreich, mit einer Hauptstadt, die kaum weniger als die Hälfte des übrigen Gesamtgebietes hätte, wäre politisch und wirtschaftlich kaum haltbar.

3./V. 1919

M₃
55

Für und gegen den Anschluß.

Dr. Bauer und die Agence Centrale.

Vom Leiter des Luzerner Nachrichtsbureaus Agence Centrale, Herrn Dr. Forst-Battaglia, erhalten wir drahtlich mit dem Ersuchen um Veröffentlichung eine eingehende Zurückweisung der seitens des Staatssekretärs für Neußeres Dr. Bauer, gelegentlich einer Polemik gegen das „N. W. Z.“, gegen die Agence Centrale erhobenen Anschuldigungen, der wir folgendes entnehmen: Auf den Anwurf Dr. Bauers der Pariser Korrespondent der „A. C.“, Marc Genrh, sei ein Gegner Deutschösterreichs, antwortet der Einsender mit dem Hinweis, daß Genrh „in allen Kreisen, die sich mit französischer Politik befassen“, gerade durch seine „prononciert wohlwollende Stellungnahme“ für Oesterreich bekannt sei, und verweist diesbezüglich auf dessen Tätigkeit als Leiter des Pariser Blattes „Paris“ und der Wochenschrift „Europe Nouvelle“. Allerdings verbinde Genrh seine Freundschaft für Oesterreich nicht „mit kritikloser Bewunderung sämtlicher gegenwärtig leitender Personen der österreichischen Außenpolitik“. Die Behauptung, die „A. C.“ stünde „im Dienste irgendwelcher Staaten“ oder „Deutschösterreich unfreundlich gesinnter Staaten“, weist Dr. Forst-Battaglia als „Verleumdung“ zurück. Die „A. C.“ sei ein „ausschließlich von privater Seite finanziertes Unternehmen“ und ihre politische Richtung werde „ausschließlich durch die politischen Ueberzeugungen ihres Herausgebers bestimmt“, die sich gegen das Alldeutschum richte, wovon Staatssekretär Dr. Bauer bereits aus der Zeit vor dem politischen Zusammenbrüche Kenntnis habe. Auch habe der Leiter der „A. C.“ die „Uebermittlung der Pariser Meldungen nach Wien eingestellt“, sobald er von den gegen ihn gerichteten

Anwürfen erfuhr, um jeden Schein zu vermeiden, als wolle er im Dienste irgend jemandes die Wiener Presse beeinflussen. Der Herausgeber der „A. C.“ schließt mit der Versicherung, daß er, „abgesehen von der selbstverständlichen Pflicht der Loyalität gegen mein Vaterland“, niemandes offizielle Politik unterstütze und als einziges politisches Programm die Uebermittlung von Originalmeldungen, frei von offiziellem Einfluß, „gegen das Alldeutschum und die Gefahr neuer Kriege“ habe. „Inwieweit diese zutreffend waren, wird das große Publikum die nächste Zukunft ebenso belehren, wie Herr Dr. Bauer sich darüber sicherlich selbst klar ist.“

Ohne uns in diese Auseinandersetzung zwischen dem Staatssekretär Dr. Bauer und dem Herausgeber der „Agence Centrale“ menden zu wollen, bemerken wir nur, daß es sich hierbei um die Anschlußfrage an Deutschland gehandelt hat. Die letzte Veröffentlichung unseres Staatsamtes für Neußeres bezeugt, daß man daselbst von dem starren Festhalten an diesem Gedanken endlich abgerückt ist und über die Anschlußfrage mit sich sprechen lassen will. Ob es inzwischen nicht zu spät geworden ist? Jetzt muß es sich aber auch zeigen, ob die von der „Agence Centrale“ verbreiteten Informationen, wonach die Entente bereit sei, für den Verzicht Deutschösterreichs auf den Anschluß, demselben neben weitgehenden wirtschaftlichen Konzessionen auch Deutschsüdtirol, Deutschsüdmähren und den Böhmerwaldgau zuzugestehen, sich bewahrheiten wird, was wir den letzten Pariser Nachrichten zufolge, leider stark in Zweifel ziehen müssen.

3. / 7. 1919

Die Frage des Anschlusses Vorarlbergs an die Schweiz.

Junsbrud, 30. April. Dem „Allgemeinen Tiroler Anzeiger“ wird aus Vorarlberg berichtet, daß demnächst in Vorarlberg bezüglich des Anschlusses an die Schweiz eine Abstimmung des Volkes über die Frage stattfinden werde, ob überhaupt in Verhandlungen mit der Schweiz einzutreten sei. Die Schweizer scheinen in letzter Zeit Furcht bekommen zu haben, daß infolge einer Vergrößerung der Schweiz durch Vorarlberg die italienischen und französischen Absichten auf gewisse Teile der Schweiz noch mehr angeregt werden könnten. Das sei auch der Grund, warum die Schweizer Regierung bisher aus ihrer Reserve Vorarlberg gegenüber nicht offen hervortreten wollte.

4.7.1919

Verzicht auf den Anschluß.

Eine Friedensbedingung der Konferenzmächte.

Von unserem Berliner Korrespondenten.

Verailles, 2. Mai.

Die Ueberreichung des Friedensvertrages ist wieder hinausgeschoben worden. Die Pariser Blätter nennen heute Mittwoch als frühesten Termin. Wie Ihr Korrespondent erzählt, wird Graf Brockdorff-Rangau, wenn er nicht heute eine bestimmte Mitteilung des für die Ueberreichung festgesetzten Tages erhält, Protest gegen die Verzögerung erheben und darauf hinweisen, daß zur Delegation deutsche Minister gehören, denen die Regierungsgeschäfte nicht erlauben, den Aufenthalt in Versailles auf unbestimmte Zeit zu verlängern.

Charakteristisch ist, daß unter den Vollmachten der Alliierten, die der deutschen Delegation überreicht wurden, einige bereits vom Dezember und Januar datiert sind, woraus die Hinausschiebung des Termines der Verhandlungen hervorgeht.

Die Pariser Presse erklärt, der Vertrag dürfe nicht in Abwesenheit Italiens überreicht werden, und richtet dringende Bitten an Italien, zur Konferenz zurückzukehren.

Der Vertrag ist noch nicht fertig. Täglich werden neue Bestimmungen hinzugefügt. Nach Pariser Blättern hat der Rat der Drei gestern die Grenzen Deutschlands festgesetzt. Deutschland muß sich verpflichten, sich über diese Grenzen nicht mehr auszudehnen. Auch der Abschluß eines Bündnisses mit Rußland soll Deutschland unmöglich gemacht werden. Deutschland muß sein Desinteressement an allen zukünftigen Abmachungen der Alliierten mit Rußland und mit Deutschlands früheren Verbündeten erklären. Durch letztere Bestimmung soll der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland vereitelt werden. Deutschösterreich soll eine neutrale Republik unter der Aufsicht des Völkerbundes werden, der verboten wird, sich an Deutschland anzuschließen oder sich mit ihm zu verbinden.

4. IV. 1919

Die Entente verbietet den Anschluß?

Deutschösterreich als neutrale Republik.

Paris, 3. Mai. „Echo de Paris“ erzählt, daß das Territorialstatut Deutschlands gestern von Clemenceau, Lloyd George und Wilson definitiv geregelt wurde. Deutschland muß verzichten, seine Macht wiederherzustellen, indem es seine Grenzen in Mittel- und Osteuropa ausdehnt. Der Drang nach Osten soll durch die gestern angenommene Abmachung endgültig unmöglich gemacht werden. Betreffs Oesterreichs, dessen Vertreter demnächst nach Paris gerufen werden, wird festgesetzt, daß es unter der Regide des Völkerbundes eine neutrale Republik werden muß mit dem Verbot, sich mit Deutschland zu verbünden oder sich ihm anzugliedern.

Deutschlands Desinteressement.

Paris, 3. Mai. (Zuspruch des Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Präsident Wilson, Ministerpräsident Clemenceau und Premierminister Lloyd George hielten gestern vormittag und nachmittag Sitzungen ab. Sie setzten die Fassung der Bestimmung des Präliminarvertrages fest, wodurch Deutschland sich verpflichten soll, daß es an den Vereinbarungen, die die Verbündeten eventuell mit Rußland wie auch mit den einstigen Verbündeten Deutschlands, Oesterreich-Ungarn, Bulgarien und der Türkei, abschließen sollten, desinteressiert sei.

Die deutschösterreichische Friedens-Delegation.

Die Vertreter Deutschösterreichs werden am 12. d. in Saint-Germain eintreffen. Das Staatsamt für Neuheres arbeitet bereits an der Zusammenstellung der Delegiertenliste, die 30 Namen umfassen und aus Diplomaten und Fachleuten bestehen wird. Mit der Führung der Delegation wird Dr. Franz Klein betraut werden. Die Liste wird zunächst dem Kabinettsrat vorgelegt und sodann im Wege der hiesigen französischen Mission in Paris zur Kenntnis gebracht werden. Die Parteiklubs werden Gelegenheit erhalten, auf die Liste Einfluß zu nehmen.

5./V. 1919

5
61

Deutsch-Oesterreich und Oesterreich-Ungarn.

Von

Dr. Alfred Verdross,

Legationssekretär an der Gesandtschaft der Deutsch-Oesterreichischen Republik in Berlin.

In seiner am 14. April der italienischen Delegation überreichten Denkschrift meint Wilson, daß der Londoner Vertrag, der die künftigen Grenzen Italiens festsetzte, auf die Regelung seiner Obergrenzen nicht mehr in Anwendung gebracht werden könne, da er gegen Oesterreich-Ungarn gerichtet gewesen sei, das der Feind Italiens war, während der neue slawische Nachbarstaat in Frieden und Freundschaft mit Italien leben will. Dagegen soll Italien auf seiner ganzen Nordgrenze, also dort, wo es an Deutsch-Oesterreich grenzt, alles das zugestanden werden, was ihm der Londoner Vertrag zugesprochen hat, so daß, wie Wilson zugibt, beträchtliche Gruppen nichtitalienischer Bevölkerung an Italien fallen würden.

Wilson unterscheidet also zwischen den auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie entstandenen Staaten, indem er nur den slawischen Gebilden das Selbstbestimmungsrecht zuerkennt, während er zu Lasten Deutsch-Oesterreichs am Londoner Vertrag, der durch Annahme der 14 Punkte Wilsons seitens der Entente doch offenbar hinfällig geworden ist, festhält. So wird Deutsch-Oesterreich mit dem Rest Oesterreich-Ungarns belastet und gleichsam als sein letzter Rest hingestellt.

Diese Auffassung muß mit Entschiedenheit bekämpft werden. Deutsch-Oesterreich ist ebenso wie die anderen auf dem Boden der österreichisch-ungarischen Monarchie gewachsenen Staaten ein revolutionäres Gebilde, das sich gleich jenen von Oesterreich-Ungarn losgesagt hat. Nicht nur die slawischen Staaten, sondern auch Deutsch-Oesterreich haben sich nicht auf Grund des kaiserlichen Manifestes vom 16. Oktober 1918 gebildet, welches allen Völkern Oesterreichs im Rahmen eines österreichischen Staatenbundes ihren nationalen Staat einräumen wollte. Dieser Rahmen wurde von allen unbeachtet beiseite geschoben. Nicht auf Grund kaiserlicher Ermächtigung, sondern auf der Basis der Selbstbestimmung hat sich Deutsch-Oesterreich am 21. Oktober 1918 für souverän und unabhängig und bald darauf als Republik erklärt. Zwischen Deutsch-Oesterreich und Oesterreich-Ungarn besteht demnach keinerlei Rechtskontinuität. Kein rechtliches Band führt von diesem zu jenem.

Ist aber so Deutsch-Oesterreich erst ein Geschöpf der nachkriegs-epoche, so kann es auch nicht durch das Recht des Siegers getroffen werden. Es wurde niemals besiegt. Es hat noch niemanden bekriegt. Es war und ist ein neutraler Staat, der dasselbe Recht auf Leben und Selbstbestimmung wie jeder andere neutrale Staat der Welt besitzt. Deutsch-Oesterreichs Recht antasten, hieße nicht nur, den Punkten Wilsons widerstreiten, es wäre überdies ein grober Bruch des allgemeinen Völkerrechts, da die Verletzung einem Staat zugesügt würde, der sich von allem Anfang an jeder Angriffshaltung enthalten und damit vor aller Welt zur Neutralität bekannt hat.

Deutsch-Oesterreich muß daher von der bevorstehenden Staatenkonferenz verlangen, daß es in seinen rechtmäßigen Besitzstand, der ihm teilweise bisher verklümmert wurde, wieder eingesetzt werde. Das ganze Siedlungsgebiet der Deutschen innerhalb des ehemaligen Oesterreich-Ungarn muß ihm zufallen. Deutsch-Böhmen ebenso wie das deutsche Südtirol und das deutsche Westungarn. Ebensovienig aber darf ihm der Anschluß an Deutschland verwehrt werden. So fordert es das Recht der Selbstbestimmung, das nach neuem Völkerrecht das einzig legitime Mittel zur Erzeugung der Staaten sein soll. Wenn daher die neue, schon durch die französische Revolution verheißene Weltordnung endlich zur Wahr-

heit werden will, so darf das Selbstbestimmungsrecht nicht gerade dort angetastet werden, wo ein Schulfall seiner Anwendung vorliegt. Denn hier handelt es sich nicht darum, dem einen oder dem anderen bestehenden Staate ein Stück seines wohl erworbenen Besitzes aus Gründen des neuen Rechtes abzutrennen, sondern bloß darum, die durch den völligen Zerfall Oesterreich-Ungarns freigewordenen Völker nach dem neuen Weltgesetz staatlich zu organisieren.

6. V. 1919

64

Die Einladung an die österreichischen Bevollmächtigten.

Paris, 5. Mai.

Reuter meldet: Der Rat der Drei beschloß, die österreichischen und ungarischen Delegierten einzuladen, über nächste Woche nach Versailles zu kommen und die Friedensbedingungen in Empfang zu nehmen.

Die mit den österreichischen Friedensdelegierten zu regelnden Fragen.

Sonderbericht aus Paris.

Paris, 4. Mai.

Es wird bereits eifrig an den Vorbereitungen für das Eintreffen der österreichischen Friedensdelegation gearbeitet. Man nennt als Hauptpunkt der zur Beratung stehenden Fragen bei der Verhandlung zwischen der Entente und Oesterreich die Grenzregulierungen der neu geschaffenen Staaten innerhalb des früheren Oesterreich. Ob auch Ungarn an den Verhandlungen teilnehmen wird, ist von dem Ausgang der Dinge in Budapest abhängig. Die Besprechungen mit dem noch bestehenden alten Oesterreich werden durch die Wiener Regierung vermittelt.

Mögliche Einquartierung der Oesterreicher in St. Cloud.

Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.

Versailles, 7. Mai.

Zugleich mit den Oesterreichern und Ungarn sollen auch die Bulgaren und Türken nach Versailles berufen werden. Man erwägt jetzt, ob es nicht besser wäre, die Oesterreicher in St. Cloud unterzubringen, weil St. Cloud näher bei Versailles liegt als St. Germain.

Die Verhandlungen von jenen mit Deutschland getrennt geführt.

Telegramm unseres Berliner Korrespondenten.

Versailles, 4. Mai.

Die Verhandlungen mit den österreichischen Delegierten sollen völlig getrennt von denen mit Deutschland geführt werden, wahrscheinlich in der Pause, in welcher der Vertrag von der deutschen Nationalversammlung beraten wird.

Die deutschösterreichischen Friedensdelegierten.

Wien, 5. Mai.

Für die nach St. Germain-en-Laye bestimmte deutschösterreichische Abordnung, die über die Friedensbedingungen verhandeln soll, wird hier bereits eine Reihe von Namen genannt. An der Spitze der Delegation wird Minister a. D. Dr. Franz Klein stehen, der vom Unterstaatssekretär Dr. Pflügel und dem ebenfalls dem Staatsamt für Aeußeres zugetheilten Völkerrechtslehrer Professor Doktor Laun begleitet sein wird. Auch Ministerpräsident a. D. Dr. Heinrich Lammasch ist für diese Sendung aussersehen. Die Interessen Deutschböhmens werden durch den Landeshauptmann Dr. Lodgman und seinen sozialdemokratischen Stellvertreter Seliger gewahrt werden. Selbstverständlich wird noch eine Reihe von Fachleuten und Pressevertretern an der Reise teilnehmen, die noch Ende dieser Woche angetreten werden dürfte.

Uebersendung der Friedensbedingungen an die Deutschen am Mittwoch.

(Telegramm der Neuen Freien Presse.)

Berlin, 5. Mai.

Aus Versailles wird gemeldet:

Die Alliierten haben auf die dringende Anfrage der deutschen Delegation heute erwidert, daß der Friedensvertrag Mittwoch nachmittag, 3 Uhr, überreicht werden wird.

Man erwartet das Wiedereintreffen der italienischen Delegation bis zu diesem Zeitpunkte.

6. IV. 1919

65

Keine Zerreißung Tirols!

Äußerungen aus Kreien der Wiener Tiroler.

Wien, am 5. Mai.

Ueberall, wo Tiroler Herzen schlagen, haben die nun mit großer Bestimmtheit auftretenden Meldungen aus Paris, die Verbandskonferenz habe die Zerreißung des Landes Tirol und damit die Zerstirung dieses kostbaren historischen Gebildes beschlossen, ungeheure Aufregung und Erbitterung hervorgerufen. Man kann das Unglaubliche nicht glauben, das Unfassbare nicht fassen. Wie, das soll ein „Rechtsfriede“, ein „Dauerfriede“ heißen, wenn man dem biederen Alpenvolke das Herz aus dem Leibe reißt? Aus Rechtsgründen, so sagt man, müsse dem Judenwolf Palästina, das seit 19 Jahrhunderten Nichtjuden beherrschen und das die Juden selber seinerzeit anderen Völkern entrisen haben, zurückgegeben werden, und die nämliche „Friedenskonferenz“ lässt zur gleichen Zeit ihre Absicht verkünden, das „heilige Land“ der Tiroler zu zerstiren und der Fremdherrschaft zu unterwerfen! Und Wilson, der Mann der schönen Worte aus Amerika, dem die Tiroler, des Wertes ihres eigenen Manneswortes bewußt, geglaubt haben, sollte solch ungeheuerlichem Verbrechen, solch abscheulicher Heuchelei und Doppelzüngigkeit zustimmen?

Diese und ähnliche Erwägungen bilden den ausschließlichen Gesprächsstoff, wenn Tiroler zusammenkommen. Und sie kommen jetzt öfter als je zusammen. Auch in Wien, das von jeher eine zahlreiche Tiroler Kolonie beherbergt. Einem Mitarbeiter der „Reichspost“ gegenüber äußerte sich ein im politischen Leben Tätiger, in Wien ansässiger Tiroler unter dem Eindrucke der jüngsten Nachrichten über die erschütternde Wendung in der Tiroler Frage folgendermaßen:

„Noch immer ist es mir nicht möglich, das Ungeheuerliche zu glauben. Wie mir dürfte es allen Tirolern gehen. Aber wehe den Pariser Rechnern, wenn das Unglaubliche dennoch wahr wäre, wenn sie glaubten, unser heiliges Land liquidieren und sein Kreuzbraves, aber bis ins Innerste der Seele freiheitsliebendes Volk dem Fremdjoch unterwerfen zu können! Wehe ihnen, wenn sie uns Tiroler, die

wir das friedliebendste Volk der Welt sind, wenn man uns in Ruhe lässt und unsere Rechte und unsere Freiheit nicht antastet, zur Verzweiflung treiben! Dann werden die Mchte, deren Vertreter in Paris die Untat beschlossen haben, erfahren, daß sie die Rechnung ohne den Wirt, ohne den Sandwirt, ohne den Wirt an der Wahr, ohne den Kronenwirt, deren Geist unsterblich fortlebt in Tirol, gemacht haben und daß sie mit dem Ersatz des versprochenen Rechtsfriedens durch eine himmelschreiende Vergewaltigung den Frieden überhaupt preisgegeben haben. Sie werden, wenn sie uns Tiroler nicht so hoch einschzen wie die Polen, die nun die Wiederherstellung ihrer vor anderthalb Jahrhunderten durch eigene Schuld an die Nachbarn verteilten Landes durchgeführt haben, gewiß noch, das hungrige Italien voran, die Entdeckung machen, daß der geknechtete Tiroler unverdaulich ist . . .

Man sagt, die seit einem halben Jahr demonstrativ betriebene und eben deshalb jetzt so plglich gescheiterte Anschluspolitik der sozialdemokratischen Machthaber Deutschösterreichs habe es verschuldet, daß die Italiener mit ihrer Forderung sino al Brennero in Paris durchdringen konnten. Und da kann ich nur wiederholen: Wehe den Schuldigen, wenn die Tiroler zur Ueberzeugung kommen, daß sie die Zerstirung ihres Landes der parteisanatischen Verrantheit roter Diplomaten verdanken!

Sie fragen mich um mein Urteil über die Kundgebung der Tiroler Landesversammlung vom letzten Samstag. Sie ist leicht als ein Akt der ersten Verzweiflung erkennbar und muß als solcher gewertet werden. Was die Bekundung des Willens betrifft, die Selbständigkeit des Landes zu proklamieren, so versteht sich dieser Beschluß, zumal wenn damit Südtirol gerettet werden könnte, von selbst. Die Kundgebung hat nur den einen Fehler, daß sie um ein halbes Jahr zu spät kommt. Die Vertretung Tirols hätte unmittelbar nach der Auflösung der Monarchie und als Konsequenz des damit verbundenen Erlöschens aller Verträge, die das Land an Oesterreich banden, seine wiedererlangte Entschlufreiheit und Selbständigkeit feststellen und proklamieren sollen, unbeschadet der späteren Möglichkeit, zu gelegener Frist neue Bindungen einzugehen. Tirol hätte damit seine Hände für die Zeit der Friedensverhandlungen freibekommen und man hätte es nicht zum Sündenbock der in Paris so mißliebigen und anstssigen Politik des sozialdemokratischen Trifoliums Bauer-Hartmann-Kenner machen können. Ein solcher Beschluß der Landesvertreter wäre umso leichter möglich gewesen, als die wichtigste Voraussetzung, die allgemeine Volksstimmung im Lande hiefür, gegeben war.

Minder verständlich ist der zweite Teil der Kundgebung, nämlich die Drohung mit dem Anschluß Nordtirols an Bayern, falls Südtirol wirklich losgerissen würde. Vielleicht würde damit ein uneingeweihter nicht erkennbarer Zweck verfolgt; etwas anderes lässt sich zugunsten dieser Drohung nicht anführen. Der Anschluß Nordtirols an Bayern würde die Landeszerreiung ja endgültig und unheilbar machen. Der Beschluß droht also den Verbandsmchten mit etwas, was diese selber wollen, was vor allem Italien will: mit der Preisgabe der Landeseinheit durch die Tiroler selber. Ein solcher Anschluß würde zur Wirklichkeit machen, wogegen sich die Tiroler fast alle Jahrhunderte einmal mit allen Mitteln zu wehren hatten und gewehrt haben. Denn unsere Väter besaßen Weitblick genug, um zu erkennen, daß es das Ende ihres Landes und seiner Eigenart bedeuten müsste, wenn die Grenze zwischen Bayern und Italien quer durch Tirol liefe.

Oberstes Gesetz aller tirolischen Politik muß es sein, die Landeszerreiung zu verhüten, zu verhüten um jeden Preis. Ist diese gerettet, dann ist das Schlimmste der Tod, vermieden. Und wenn man in der Innsbrucker Landstube am Samstag erklärt hat, man sei „zu jedem Opfer für die Rettung Südtirols bereit“, so erscheint es unlogisch, gleich darauf mit einer Eventualität zu drohen, welche praktisch die Preisgabe Südtirols bedeuten würde; man hätte vielmehr folgerichtig erklären müssen: daß man sich unter keinen Umständen von den Brüdern jenseits des Brenners trennen lasse und in

uersten Falle mit ihnen selbst das harte Los der babylonischen Gefangenschaft freiwillig teilen wolle. Aber trennen — niemals und unter keinen Umständen! Schon deshalb nicht, damit nicht das Furchtbare möglich werde, daß Italien und Bayern jemals Tiroler gegen Tiroler stellen!

Solange die Tiroler beisammen bleiben — und das kann man ihnen nicht so leicht verwehren — solange sie die Einheit des Landes, und wäre es unter einem Fremdjoch, zu retten vermögen, ist das Fundament einer besseren Zukunft unzerstirt. Dieses eine aber ist notwendig, ist unerlässlich; das übrige wird sich bei Gelegenheit finden. Jedes Tiroler Herz krampft sich zusammen bei dem Gedanken an dieses äußerste Mittel der Volksbehauptung, aber schlimmer als alles wäre die Trennung und das Verschwinden Tirols durch den Anschluß nach Süden und Norden“.

Wiener = Stimmen

6. / V. 1919

66

Die Friedensunterhändler Deutsch- österreichs.

Beratungen über die Richtlinien.

Die **A b r e i s e** unserer Friedensunterhändler nach Paris muß schon in den nächsten Tagen erfolgen. Bekanntlich hat der Oberste Rat der alliierten und assoziierten Mächte „die österreichischen Delegierten“ eingeladen, am kommenden Montag den 12. d., abends in St. Germain en Laye zur Aufnahme der Friedensunterhandlungen einzutreffen.

Es müssen daher die letzten Vorbereitungen für die Entsendung der **A b o r d n u n g** mit aller Beschleunigung getroffen und zu Ende geführt werden.

Zu diesem Zwecke fanden heute im Abgeordnetenhaus eingehende Beratungen der **S o z i a l d e m o k r a t e n** und **E h r i s t l i c h s o z i a l e n** statt, um über die den Friedensunterhändlern mitzugeben den **R i c h t l i n i e n** schlüssig zu werden.

Die für heute angelegt gewesenen Sitzungen des Sozialisierungsausschusses und des Unterrichtsausschusses konnten daher nicht stattfinden und wurden abgesagt. Auch andere Ausschüsse, wie der für soziale Verwaltung und der landwirtschaftliche Ausschuss, wurden auf morgen vertagt.

Die heutige Sitzung der **N a t i o n a l v e r s a m m l u n g**, die um 3 Uhr nachmittags begann, wird nur von ganz kurzer Dauer sein. Man wird sich nur mit den auf der Tagesordnung befindlichen Angelegenheiten beschäftigen. Hingegen wird der **H a u p t a u s s c h u s s**, der um 2 Uhr nachmittags zusammentrat, die ganzen außenpolitischen Fragen erörtern und die **L i s t e** der Delegierten zur Friedenskonferenz nach St. Germain entgültig festsetzen.

Z. V. 1919

**Keine Verzögerung in den Verhandlungen mit
den deutschösterreichischen Friedensdelegierten.**

Telegramm unseres Korrespondenten.

Genf, 6. Mai.

Die Pariser Regierungspresse versichert, daß die Ankunft der Vertreter Deutschösterreichs in Saint-Germain keinen Aufschub erleiden werde, wengleich bis nächsten Montag bezüglich der Vertretung Ungarns keine Einigung zu erwarten ist.

Dr. Franz Klein wird als Kapazität dem Grafen Brodborff-Rankau gleichgestellt.

Die Parteien und die Friedens- vorbereitungen.

Wien, 7. Mai.

Die Spannung, die gestern im Parlament zu konstatieren war, hat etwas nachgelassen. Die Parteien beraten über die Erklärungen, die der Staatssekretär Doktor Bauer gestern im Hauptausschusse über die Richtlinien bei den Friedensverhandlungen abgegeben hat. Dr. Bauer hat in seinen gestrigen Ausführungen verschiedene Möglichkeiten des Verhaltens der Ententemächte in Betracht gezogen und für diese Eventualitäten den Standpunkt der Regierung präzisiert. Wie verlautet, ist in diesen Erklärungen auch dem Standpunkte jener, besonders bei den Christlichsozialen bestehenden Strömung, Rechnung getragen, die ein unbedingtes Festhalten an dem Anschlusse als ein Verhandlungshindernis ansieht. Infolgedessen ist die Stimmung heute auch bei den Christlichsozialen ruhiger. Allerdings besteht in dieser Partei die Tendenz, die entscheidenden Besprechungen über die Richtlinien der Friedensdelegierten auf morgen zu verschieben, da man glaubt, daß bis morgen schon bestimmte Nachrichten über die Absichten der Ententemächte bezüglich des Anschlusses vorliegen werden. Der Friedensvertrag wird heute nachmittag den deutschen Friedensdelegierten in Versailles überreicht werden. Ein amtlicher Auszug aus dem Friedensvertrage dürfte noch heute abend durch die Preßagenturen der Ententestaaten versendet werden, so daß es bis morgen auch schon in Wien bekannt sein dürfte, ob die Entente tatsächlich den Anschluß an Deutschösterreich verhindern will oder nicht. Man glaubt, daß es nach Bekanntwerden der deutschen Friedensbedingungen leichter wäre, die Instruktionen für die deutschösterreichischen Friedensdelegierten festzustellen. Es ist nicht ausgeschlossen, daß dieser Standpunkt auch bei den übrigen Parteien durchdringt.

Auch die Differenzen in der Personenfrage haben heute bereits ihre Schärfe verloren. Die Verhandlungen über die Liste der Friedensdelegierten wurden gestern bis spät abends mit den Parteien geführt. Es scheint, daß die Christlichsozialen ihren Widerstand gegen Dr. Klein als Führer der Friedensdelegierten aufgeben. Der Standpunkt des Staatssekretärs für Neuzeres, daß nicht in letzter Stunde eine der Materie gänzlich fremd gegenüberstehende Persönlichkeit mit der Führung betraut werden könne, scheint von den Christlichsozialen anerkannt zu werden. Die Liste des Staatsamtes für Neuzeres wird daher höchstens mit ein bis

zwei Aenderungen auch vom Hauptausschusse genehmigt werden. Heute wird bekannt, daß ursprünglich auf der Liste des Staatsamtes für Neuzeres als Vertreter für Mähren der frühere Brünnener Abgeordnete d'Elvert in Aussicht genommen war; als dieser aus Gesundheitsrücksichten ablehnte, wurde Dr. Licht nominiert.

Der Hauptausschuß tritt heute nachmittag um 4 Uhr zusammen. Sollten morgen die an Deutschland gestellten Friedensbedingungen bekannt werden, so dürfte der Hauptausschuß auch morgen eine Sitzung abhalten. Die Abreise der deutschösterreichischen Delegierten ist für Freitag in Aussicht genommen. Eine Sitzung der Nationalversammlung dürfte in dieser Woche kaum mehr stattfinden, da viele Abgeordnete morgen in ihre Wahlbezirke abreisen.

Mittags verlautete in parlamentarischen Kreisen, daß die Entscheidung über die Entsendung der Friedensdelegation durch den Hauptausschuß selbständig erfolgen und vermieden werden wird, die Wahl der Delegation in der Nationalversammlung durchzuführen. Man würde, falls die Vorschläge die Zustimmung aller Parteien fänden, die Nationalversammlung überhaupt bis zum Abschlusse der Verhandlungen in St. Germain vertagen.

Die Großdeutsche Vereinigung tritt nachmittags um 2 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Die Christlichsozialen haben vormittags eine Klubberatung abgehalten, an der auch Staatskanzler Doktor Renner teilnahm.

8.7.1919

8
71

Präsident Seitz — Führer der Friedensdelegation.

Einmütiger Beschluß des Hauptausschusses.

Die Schwierigkeiten, die sich bezüglich der Führung der Friedensdelegation unter den Parteien der Nationalversammlung ergeben hatten, fanden eine überraschende Lösung: Ueber einmütigen Beschluß des Hauptausschusses geht der erste Präsident der Nationalversammlung Karl Seitz als Führer der deutschösterreichischen Abordnung nach St. Germain. Zugleich wurden, gleichfalls auf Grund eines einhelligen Beschlusses des Hauptausschusses, die Richtlinien, die Staatssekretär Dr. Bauer als Instruktion für die Friedensunterhändler vorgelegt hatte, genehmigt.

Schwierige Beratungen und Verhandlungen der Parteien gingen diesem Ergebnis voran. Großdeutsche, Sozialdemokraten und Christlichsoziale waren tagsüber versammelt, um über die Richtlinien und die Personen der Friedensabordnung schlüssig zu werden. Am meisten Schwierigkeiten machte die Frage, wer an die Spitze der Delegation zu treten habe. Sozialdemokraten und Großdeutsche setzten sich für Doktor Franz Klein ein; nicht nur, weil sie zu seinen Fähigkeiten als Staatsmann und Rechtsgelehrten Vertrauen haben, sondern weil er durch eine monatelange Arbeit sich aufs genaueste mit dem ganzen Stoffe vertraut gemacht hatte. Die Christlichsozialen beharrten dagegen zunächst auf ihrem Widerstande, daß Dr. Klein Führer der Friedensabordnung werde und begründeten dies damit, daß er in der Frage des Anschlusses an Deutschland eine zu scharf ausgeprägte Haltung eingenommen habe. Bezüglich der Richtlinien für die Friedensdelegierten legten sie das Schwergewicht darauf, daß auf der Konferenz vor allem der territoriale Bestand Deutschösterreichs mit Einschluß der besetzten Gebiete gewahrt werde. Großdeutsche und Sozialdemokraten vertraten die Anschauung, daß dies durch Betonung des Selbstbestimmungsrechtes der Deutschösterreicher im Sinne Wilsons am besten geschehe.

Eine Klärung der Anschauungen bezüglich der Personenfrage war noch nicht erzielt, als der Hauptausschuß zusammentrat. Ueber die Instruktionen für die Friedensdelegierten wurde nach gründlicher Aussprache die völlige Uebereinstimmung sämtlicher Gruppen erzielt, die auf den Darlegungen fußte, die Staatssekretär Dr. Bauer am Dienstag dem Ausschuss gegeben hatte. Auch der Staatssekretär hatte als Grundgedanken für das Vorgehen Deutschösterreichs das Selbstbestimmungsrecht jedes Volkes hingestellt. Dieses mußte Deutschösterreich sowohl bezüglich des Anschlusses an Deutschland wie für

die vom Feinde besetzten Gebiete: Deutschböhmen, Sudetenland, den Böhmerwaldgau und Südmähren, für Südtirol, Kärnten und Südsteiermark, aber auch für Deutsch-Weißungarn in Anspruch nehmen. Schwieriger gestaltete sich die Personenfrage, da die Christlichsozialen zwar schließlich damit einverstanden waren, daß Dr. Klein der Friedensdelegation angehöre, aber nicht an die Spitze derselben trete. Staatskanzler Dr. Krenner schlug nach langer Debatte als Ausweg vor, daß Präsident Seitz die Führung der Friedensabordnung übernehme. Der Hauptausschuß erhob einmütig diese Anregung zum Beschlusse, wozu Präsident Seitz Bedenken bezüglich seines Gesundheitszustandes geltend machte und sich schließlich Bedenkzeit vorbehielt. Der Hauptausschuß beschloß aber trotzdem, daß heute eine eigene Sitzung der Nationalversammlung stattfinden, in der Präsident Seitz, um nach außen hin zu betonen, daß er als Vertrauensmann der gesamten Volksvertretung erscheine, zum Leiter der Friedensdelegation erwählt werden wird. Mit dem Präsidenten Seitz begibt sich ein großer Stab von Regierungsvertretern, Fachleuten und Vertretern der besetzten Gebiete nach Frankreich, wobei sich unter den Regierungsvertretern in erster Linie Dr. Franz Klein befindet, dessen Rat und Sachkenntnis Präsident Seitz missen will. Da der Delegation aber weiter auch als Fachmann für Völkerrecht der gewesene Ministerpräsident Dr. Lammasch angehört, so wird damit auch den Wünschen der Christlichsozialen Rechnung getragen.

So endete die verantwortungsvolle Beratung damit, daß eine Uebereinstimmung sämtlicher Parteien bezüglich der Wege erzielt wurde, welche die Unterhändler zur Wahrung der Interessen Deutschösterreichs zu betreten hätten; durch die einhellige Wahl des Präsidenten Seitz wurde dafür gesorgt, daß nicht der Widerstreit der Parteien über die Führung der Delegation Zwiespalt in die Abordnung hineintrage und ihre Tätigkeit lähme. Da die Parteien überdies in Dr. Klein und Dr. Lammasch Personen ihres Vertrauens in der Abordnung besitzen, erscheint der Streit der Parteien im Vermittlungswege beigelegt. Die Wahl des Präsidenten Seitz zum Führer der Abordnung wird nicht verfehlen, auch im Auslande großen Eindruck hervorzurufen. Seitz ist nach der deutschösterreichischen Verfassung nicht bloß der erste Vorsitzende der Nationalversammlung, sondern auch nach außen das Oberhaupt der Republik. Durch seine Wahl tritt klar in die Erscheinung, welche Bedeutung Deutschösterreich der Friedensdelegation beimißt. Seitz ist aber überdies der Führer der Sozialdemokratischen Partei; als solcher hat er diese wiederholt auf den internationalen Sozialistenkongressen, zuletzt in Bern, vertreten, und dazwischen nachhaltig in die Verhandlungen eingegriffen. Schon von früher her ist er mit den Führern der Sozialisten auch der feindlichen Länder befaßt. In parlamentarischen Kreisen hebt man sein energisches und dabei ruhiges Auftreten hervor; im früheren Abgeordnetenhaus lenkte er die Aufmerksamkeit vor allem durch die vermittelnde Tätigkeit auf sich, womit er in schwierigen Fällen einen Ausgleich zwischen den widerstrebenden Meinungen der Parteien herbeizuführen wußte.

Ueber die Sitzung des Hauptausschusses wird folgende Mitteilung ausgegeben:

„Der Hauptausschuß hielt unter dem Vorsitz des Präsidenten Seitz eine mehrstündige Sitzung ab. Es wurden die von dem Staatssekretär Dr. Bauer vorgelegten Richtlinien für die Instruktionen der Vertreter zur Friedenskonferenz und die Mitteilungen über die Zusammenfassung der Kommission einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Hauptausschuß genehmigte einstimmig die Richtlinien. Die Wahl der Vertreter sei Sache der Regierung. Schließlich wurde an den Präsidenten Seitz die Bitte gestellt, als Leiter an die Spitze der Delegation zu treten.“

Präsident Seitz erklärte, daß er gegen diesen Vorschlag, so ehrend er für ihn sei, politische und staatsrechtliche Bedenken hege und daß auch sein Gesundheitszustand ihm nicht gestatte, die Beschwerlichkeiten einer größeren Reise und eines längeren Aufenthaltes im Auslande auf sich zu nehmen. Nichtsdestoweniger faßte der Hauptausschuß einstimmig den Beschluß, der Nationalversammlung in der heute stattfindenden Sitzung den Antrag zu unterbreiten, den Präsidenten Seitz an die Spitze der Friedensdelegation zu stellen.

Präsident Seitz behielt sich bis heute 12 Uhr mittags Bedenkzeit offen.

In Abwesenheit des Präsidenten Seitz bei der Friedenskonferenz wird der zweite Präsident Bauer verfassungsgemäß die Geschäfte führen.

Ein nächtlicher Kabinettsrat.

Spät nachts trat der Kabinettsrat noch zu einer Sitzung zusammen, um die Liste der Friedensunterhändler endgültig zu bestimmen. Hierbei lag der Regierung auch ein Aufsuchen des Böhmerwaldganes und des Znaimer Kreises vor, die gleichfalls eine Vertretung in der Friedensdelegation wünschen.

Einigung im Hauptausschusse über die Richtlinien und die Unterhändler für die Friedensverhandlungen.

Mitteilungen über Zugeständnisse der Entente für den Fall des Anschlußverzichts.

Wien, 7. Mai.

Der Hauptausschuß hat heute abends die Debatte über die Orientierung bei den Friedensverhandlungen abgeschlossen. Die Richtlinien für die Delegierten, die der Staatssekretär für Aussenwesens Dr. Bauer dem Hauptausschuß vorgelegt hat, lassen die Möglichkeit der Verhandlungen der deutschösterreichischen Bevollmächtigten an der Friedenskonferenz auch für die Eventualität zu, daß die Entente den Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich nicht genehmigt.

Aus den Erklärungen Dr. Bauers ging hervor, daß ihm schon vor ungefähr vierzehn Tagen vom Chef der in Wien befindlichen englischen Militärmission, Obersten Cuninghame, zur Kenntnis gebracht wurde, daß die Ententemächte bereit wären, Deutschösterreich weitgehende territoriale, wirtschaftliche, finanz-, währungs- und ernährungspolitische Zugeständnisse zu machen für den Fall, als Deutschösterreich auf den Anschluß verzichte. Man glaubt, daß die territorialen Zugeständnisse in einem Anschluß des Böhmerwaldgäues, des Znaimer Kreises und eventuell Westungarns bestehen würden und daß in diesem Falle auch über Deutschjüdtirol noch nicht das letzte Wort gesprochen wäre und auch in Südstirol und Kärnten die Wünsche Deutschösterreichs berücksichtigt würden. Ferner glaubt man, daß die Entente bereit wäre, für diesen Fall für die Ernährungs- und Rohstoffeinfuhr zu sorgen, entsprechende Kredite zu gewähren, auf die Nationalstaaten einzuwirken, daß sie prozentuell zur Deckung der Kriegskosten beitragen und schließlich für eine Besserung der deutschösterreichischen Valuta zu sorgen. Jedenfalls wurde bei den Richtlinien, die den Friedensdelegierten mitgegeben werden, diese Eventualität ernstlich ins Auge gefaßt. Diese Instruktionen sollen dazu dienen, die Existenzmöglichkeit Deutschösterreichs auch für den Fall zu sichern, als der Anschluß an das Deutsche Reich infolge des Widerstandes der Entente nicht durchzusetzen wäre. Die vom Staatssekretär Dr. Bauer vorgelegten Richtlinien wurden vom Hauptausschuß einstimmig genehmigt.

Eine lebhafte Debatte entspann sich darüber, wer an die Spitze der deutschösterreichischen Friedensdelegation treten soll. Diese Personenfrage steht bereits seit gestern im Vordergrund der Diskussion. Die Christlichsozialen behaupten, daß sie von dem französischen Bevollmächtigten in Wien, Allizé, inoffiziell erfahren hätten, daß Dr. Klein, der vom Staatssekretär Dr. Bauer für die Leitung der deutschösterreichischen Friedensdelegation in Aussicht genommen war, den Ententemächten bei aller Anerkennung seiner Persönlichkeit aus dem Grunde nicht genehm sei, weil er als ausgesprochener Exponent der Anschlußpolitik gelte. Die Christlichsozialen führten dabei ins Treffen, daß auch nach den Ausführungen Dr. Bauers mit der Möglichkeit des Verbots des Anschlusses gerechnet werden müßte und daß es schon aus diesem Grunde zweckmäßiger wäre, mit der Leitung der Friedensdelegation eine Persönlichkeit zu betrauen, die in der Anschlußbewegung weniger engagiert ist. Gegen das Verbleiben Dr. Kleins in der Friedensdelegation selbst habe die Entente nichts ein-

zuwenden. Die Christlichsozialen Vertreter im Hauptausschuß machten schließlich diese Personenfrage zu einer Parteisache. Es wurde nun nach einem Ausweg gesucht und darin gefunden, daß an den Präsidenten Seiz das Ansuchen gestellt wurde, als Leiter an die Spitze der Friedensdelegation zu treten. Präsident Seiz erhob gegen diesen Vorschlag politische und staatsrechtliche Bedenken und verwies auch auf seinen Gesundheitszustand, der ihm nicht gestatte, die Beschwerden einer größeren Reise und eines längeren Aufenthaltes im Auslande auf sich zu nehmen, und behielt sich schließlich Bedenkzeit bis morgen mittag vor. Der Hauptausschuß faßte einstimmig den Beschluß, in der morgen nachmittag stattfindenden Sitzung der Nationalversammlung den Antrag zu unterbreiten, den Präsidenten Seiz an die Spitze der Friedensdelegation zu stellen.

Die Nationalversammlung tritt morgen um 3 Uhr nachmittags zusammen. Erster Punkt der Tagesordnung ist die Wahl des Leiters der Friedensdelegation. In parlamentarischen Kreisen wird allgemein angenommen, daß sich Präsident Seiz schließlich bereit erklären wird, diese Wahl anzunehmen. Die Zusammenziehung der Kommission für die Friedensverhandlungen wurde vom Hauptausschuß als Angelegenheit der Regierung erklärt. Die Liste der Friedensdelegierten wurde in der heute nacht stattgefundenen Sitzung des Kabinettsrates endgültig festgestellt. Sie dürfte keine wesentlichen Veränderungen aufweisen. Die Abreise der Friedensdelegation wird nicht vor Sonntag erfolgen.

Die offizielle Verlautbarung.

Ueber die heutige Sitzung des Hauptausschusses wird offiziell verlautbart:

Der Hauptausschuß hielt heute nachmittag unter dem Vorsitz des Präsidenten Seiz eine mehrstündige Sitzung ab. Es wurden die vom Staatssekretär Dr. Bauer vorgelegten Richtlinien für die Instruktionen der Vertreter zur

Friedenskonferenz und die Mitteilungen über die Zusammenziehung der Kommission einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Hauptausschuß genehmigte einstimmig die Richtlinien. Die Wahl der Vertreter sei Sache der Regierung. Schließlich wurde an den Präsidenten Seiz die Bitte gestellt, als Leiter an die Spitze der Delegation zu treten. Präsident Seiz erklärte, daß er gegen diesen Vorschlag, so ehrenvoll er für ihn sei, politische und staatsrechtliche Bedenken hege und daß auch sein Gesundheitszustand ihm nicht gestatte, die Beschwerlichkeiten einer größeren Reise und eines längeren Aufenthaltes im Auslande auf sich zu nehmen. Nichtsdestoweniger faßte der Hauptausschuß einstimmig den Beschluß, in der morgen stattfindenden Sitzung der Nationalversammlung den Antrag zu unterbreiten, den Präsidenten Seiz an die Spitze der Friedensdelegation zu stellen. Präsident Seiz behielt sich bis morgen 12 Uhr mittags Bedenkzeit offen.

Die Aufteilung der österr.-ungar. Monarchie

Telegraphischer Bericht.

Haag, 8. Mai.

Die Londoner „Times“ geben einen Ueberblick der Regelungen, die nach der Fertigstellung der Friedensbedingungen für Deutschland noch zu treffen sind. An erster Stelle nennt das Blatt die Aufteilung Oesterreich-Ungarns und die Begrenzung der neuen Staaten, die auf dem Boden der ehemaligen Monarchie stehen. Es bleibt fernere zu entscheiden übrig, welche Teile der finanziellen Verpflichtungen des ehemaligen österr.-ungarischen Staates auf die Schultern der neugebildeten Staaten aufgeteilt werden müssen und in welchem Umfange von Oesterreich und von Ungarn Schadenersatz verlangt werden kann. Schließlich sind noch die militärischen Bedingungen, die den beiden Staaten auferlegt werden sollen, sowie die Bedingungen wegen der österr.-ungarischen Marine festzustellen.

280 Millionen Pfund.

Nach einer Agenturmeldung aus Paris stehe es fest, daß Deutschland ebenso wie Ungarn eine Kriegsschadigung zu bezahlen haben werde. Die beiden Staaten würden zusammen den Betrag von 280 Millionen Pfund Sterling zu bezahlen haben, während Bulgarien 70 Millionen Pfund zu zahlen müssen. Ein Teil dieser Beträge werde für die gelieferten Lebensmittel in Anrechnung gebracht werden. Die Garantie für die Bezahlung dieser Kriegsschadigung werde Deutschland zu leisten haben. Einzelne Blätter bemerken zu diesen Angaben über die Kriegsschadigung durch Deutschösterreich, die aus Londoner Blättern übernommen werden, daß die Zahlungsfähigkeit Deutschösterreichs evident sei und von einer Garantie Deutschlands nur die Rede sein könnte, wenn Deutschösterreich sich mit Deutschland vereinigen würde, was aber nicht der Fall sein dürfte. Ungarn hingegen sei infolge seiner Bodenschätze zahlungsstark. Auch Bulgarien könne durch gewisse Artikel Zahlung leisten. Von einer Kriegsschadigung durch die Türkei ist bisher nicht die Rede.

Die Grenzen Deutschösterreichs.

Telegraphischer Bericht.

Versailles, 7. Mai.

Der Band mit den Friedensbedingungen enthält in französischer und englischer Sprache auf 208 Seiten 440 Artikel.

Die Festsetzung der Grenzen bestimmt in Punkt 5 als Grenze mit Oesterreich: Die Grenzen vom 3. August 1914 von der Schweiz bis zur nachträglich abgegrenzten Tschecho-Slowakei.

Punkt 6 bestimmt als Grenze mit der Tschecho-Slowakei: Die Grenze am 3. August 1914 zwischen Deutschland und Oesterreich von ihrem Treffpunkt mit der alten Verwaltungsgrenze, die Böhmen und die Provinz Oberösterreich trennt, bis zur Nordspitze des Vorsprunges der ehemaligen Provinz Oesterreich-Schlesien ungefähr 8 Kilometer östlich von Neustadt.

Der verbotene Anschluß.

Telegraphischer Bericht.

Berlin, 8. Mai.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ schreibt: In der Wiener Presse gelangen hinsichtlich des Anschlusses an Deutschland voneinander abweichende Meinungen zum Ausdruck, wie es bei einer Angelegenheit von solcher Tragweite nicht anders zu erwarten war. Wir Reichsdeutsche würden die Stimmesbrüder in unserer nationalen Eigenschaft mit inniger Freude begrüßen, und halten an der Meinung fest, daß die Stimmung in Deutschösterreich sich endgiltig zugunsten des Anschlusses wenden wird. Ganz fern liegt uns der Gedanke, irgend einen Druck in dieser Richtung auszuüben. Vom Beginn an ist von deutscher Seite die Auffassung vertreten worden, daß es sich um eine Angelegenheit handle, in der die Deutschösterreicher freie Entschlieungen zu fassen hätten. Gerade diese Zurückhaltung berechtigt uns mit um so größerer Nachdruck für das Selbstbestimmungsrecht Deutschösterreichs einzutreten.

Mit dem zugunsten aller Völker verkündeten Selbstbestimmungsrecht würde das in Paris beschlossene Verbot des Anschlusses in schreiendem Widerspruch stehen. Ließe sich die Verleugnung dieses Rechtes weiter treiben als durch die Verhinderung seiner Anwendung gegen die grundlegende Frage des nationalen Daseins eines Volkes. Ein solches Verhalten der Gegner käme einer Vergewaltigung Deutschösterreichs völlig gleich. Von Recht kann da in keinem Sinne mehr die Rede sein. Daß diese Auffassung auch andernwärts geteilt wird, beweisen die Ausführungen neutraler Blätter, wie des holländischen „Het Volk“, welches erklärt, an eine derartige Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes durch demokratische Regierungen nicht glauben zu können. Auch wir möchten die Zweifel an der Richtigkeit der Meinung über einen Beschluß des angegebenen Inhaltes noch nicht aufgeben.

Telegraphischer Bericht.

Haag, 8. Mai.

Das „Berliner Tageblatt“ erfährt von seinem Pariser Korrespondenten, daß die Amerikaner erklärten, es sei im allgemeinen eine wesentlich bessere Stimmung in Paris zu konstatieren. Bei dieser Besserung spiele die Tatsache mit, daß Deutschland die Unabhängigkeit von Deutschösterreich anerkennen müsse und sich nicht mit ihm vereinigen dürfe. Andere unterrichtete amerikanische Persönlichkeiten vermuten, daß seit der Ankunft von Mises in Wien die Wege Deutschlands und Deutschösterreichs sich ganz wesentlich zu trennen drohen.

Massenversammlungen.

Am Sonntag den 11. d. M. um 9 Uhr vormittags finden im 3. Bezirk, Rennweg 54, Gastwirtschaft Nagler, und im 8. Bezirk, Florianigasse 39, Festsaal des Deutschen Schulvereins, Massenversammlungen statt.

Tagesordnung:

**Einspruch gegen den Vernichtungsfrieden.
Anschluß an das Deutsche Reich.**

Nähere Angaben werden folgen.

**Deutsche aller Parteien, erscheint in
Massen!**

Deutschnationaler Verein für Oesterreich,
Nationalsozialistischer Verein,
Deutscher Volksrat für Wien und Niederösterreich.

Wiener! Mitbürger!

Ein einziger fürchterlicher Ausschrei geht heute durch das ganze deutsche Volk. Eine Vergewaltigung, wie sie die Geschichte noch nie gesehen hat, soll unserem Volke auferlegt werden!

Man will uns einreden, daß sich dagegen nichts tun läßt!

Wiener! Männer und Frauen!

Wir können die Knechtschaft abwenden! Zeigen wir der ganzen Welt, daß wir uns unser Selbstbestimmungsrecht, unsere Freiheit um keinen Preis rauben lassen!

Kommet Sonntag den 11. d. M. bis auf den letzten Mann in die von den Parteien veranstalteten Versammlungen und tretet dort ein für unser uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht und für ein geeinigtes und freies Großdeutschland!

Der Deutsche Volksrat für Oesterreich.

Deutsche Kriegsteilnehmer!

Ein Schmachfrieden droht! — Wollt Ihr stumm bleiben?

Man kispelt in Wiener Ententekreisen, die Offiziere seien durchwegs gegen den Anschluß...

Erhebt Protest gegen diese entehrende Unterstellung und beweist durch Eure Teilnahme in Uniform am Sonntag, daß wir Kriegsteilnehmer — ob Mann, ob Offizier — geschlossen für den Anschluß an Deutschland eintreten!

Schutzverband deutscher Kriegsteilnehmer,
Wien, 8., Langedasse 13.

10. V. 1919

Deutschösterreich auf der Friedenskonferenz.

Wien, 10. Mai.

Die führenden christlichsozialen Parlamentarier hatten, wie heute bekannt wird, in den letzten Tagen mehrfache Begegnungen mit dem Chef der hiesigen französischen Mission Mr. Allizé und mehreren anderen in Wien weilenden ausländischen Diplomaten. Ueber das Ergebnis der geführten Besprechungen wurde heute in parlamentarischen Kreisen folgendes erzählt, was hier bloß verzeichnet werden soll.

Den Äußerungen der Ententediplomaten wurde entnommen, daß die Behandlung der deutschösterreichischen Friedensdelegation in Saint-Germain sich wesentlich von der Behandlung unterscheiden werde, die der Delegation des Deutschen Reiches zuteil wird. Insbesondere wird der deutschösterreichischen Delegation eine größere Bewegungsfreiheit zugestanden und ihr die Möglichkeit geboten werden, in mündliche Verhandlungen einzutreten.

Außerdem wurde erzählt, daß sich bei den Besprechungen der christlichsozialen Parteiführer herausgestellt habe, daß die Entscheidung über die strittigen Gebiete noch nicht endgültig gefallen sei und daß es von dem Verhalten der deutschösterreichischen Delegation abhängen werde, inwieweit die Entente auch in diesem Punkte entgegenkommen zeigen werde. Man glaubt insbesondere darauf hoffen zu dürfen, daß die Entente Volksabstimmungen in den strittigen Gebieten zugestehen werde, und man hält auch die Zulassung einer solchen Volksabstimmung in Deutschböhmen für möglich. Vor allem, so wird erzählt, wird das Programm der deutschösterreichischen Delegation bezüglich der Neutralisierung Deutschösterreichs dafür entscheidend sein, was von der Entente zu erreichen sein wird. Die Aenderung in der Zusammensetzung der deutschösterreichischen Friedensdelegation werde in den Ententekreisen übrigens dahin aufgefaßt, daß darin ein Entgegenkommen gegenüber den Wünschen der Entente zu erblicken sei.

Der Hauptauschuß der Nationalversammlung wurde für heute halb 5 Uhr nachmittags zu einer neuerlichen Sitzung einberufen, in welcher mit Rücksicht auf die bekanntgewordenen Bestimmungen des Friedensangebotes an Deutschland die Richtlinien für die deutschösterreichische Delegation einer Ueberprüfung unterzogen werden sollen.

Das Reiseprogramm der Friedensabordnung.

Eine parlamentarische Korrespondenz meldet: An der gestrigen Besprechung der Friedensdelegierten im Staatsamt des Äußern nahmen die Kärntner und Dr. Gürtler nicht teil, weil diese Herren in ihre Heimat reisen mußten. Staatssekretär Dr. Bauer gab eine Darstellung über die innere Organisation der Friedensdelegation und Staatskanzler Dr. Renner ergänzte diese Darstellung. Die darin angegebenen Richtlinien fanden die einhellige Zustimmung der Delegierten. Sektionschef Günther vom Auswärtigen Amte, der als Reisemarschall ausersehen ist, referierte über die Kassegebarung, Verpflegung, Kleidung usw.

Der französische Gesandte Allizé hat bereits gestern abend die Namen der in Aussicht genommenen Mitglieder der Friedensabordnung nach Paris telegraphisch bekanntgegeben. Von der hier weilenden französischen Mission wird Professor Pinand die Delegation nach St. Germain begleiten. Nach der Besprechung, die bis 11 Uhr nachts dauerte, haben sich die Delegierten auf Einladung des Präsidenten Zeis in feinen

Käumlichkeiten zu einem Tee eingefunden, wo die Gesellschaft bis 1 Uhr früh zusammenblieb.

Die Delegation unter Führung des Staatskanzlers Dr. Renner fährt Montag abend (7 Uhr 20 Minuten) mit einem Sonderzuge von Wien ab und soll Mittwoch früh zwischen 7 und 8 Uhr in Paris eintreffen. Dienstag früh kommt der Zug in Innsbruck an, wo sich die Delegierten Dr. Schumacher, Dr. Sternbach und Abram anschließen werden. In Feldkirch, wo der Zug in den ersten Nachmittagsstunden eintreffen wird, schließt sich der Landeshauptmann von Vorarlberg Dr. Ender an, in Zürich, wo der Zug um 6 Uhr abends ankommt, Dr. Samasch und Statin.

10./V. 1919

Die Mitglieder der deutschösterreichischen Friedensdelegation.

Die Liste der Mitglieder der Friedensdelegation wurde heute dem französischen Gesandten überreicht. Nach ihr werden sich namens Deutschösterreichs an den Friedensverhandlungen beteiligen:

Als Bevollmächtigter der Staatskanzler Dr. Karl Renner und als Vertreter der Nationalversammlung deren Mitglieder Dr. Alfred Gurtler und Dr. Ernst Schönbauer.

Für das Staatsamt des Aeußern reisen nach St. Germain: Der Stellvertreter des Staatssekretärs für Aeußeres Dr. Franz Klein, Minister a. D. und die Sektionschefs Franz Peter, Johann Eichhoff und Dr. Richard Schüller. Ferner Legationsrat Georg Frankenstein, Professor Dr. Rudolf Baun, Konsul Edgar Brochnik, Konsul Walter Marthauer, der Leiter des Pressedienstes Otto Bohl und als Vertreter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus Dr. Jos. E. Birth.

Das Staatsamt für Seerwesen wird vertreten durch Oberst im Generallstab Karl Scheller; das Staatsamt für Finanzen durch Sektionsrat Dr. Viktor Brauneis und Oberfinanzrat Dr. Johann Böhauer

und das Staatsamt für Verkehrswesen durch Hofrat Dr. Otto Müller-Martini.

Als sachliche Berater werden den Verhandlungen beigezogen:

Für völkerrechtliche Fragen der Ministerpräsident a. D. Dr. Heinrich Gammisch, für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen General Rudolf Slatin;

für Finanzfragen Präsident Professor Doktor

Julius Landesberger, für Fragen der Geographie der Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger und für Statistisches Ministerialsekretär Dr. Wilhelm Winkler.

Als Vertreter der bestrittenen Gebiete werden an den Friedensverhandlungen teilnehmen:

für Böhmen Landeshauptmann Dr. Rudolf Lodoman-Auen und Landeshauptmann-Stellvertreter Josef Seliger;

für den Böhmerwaldgau Anton Clement; für das Sudetenland Landeshauptmann Doktor Robert Freißler;

für Tirol die Mitglieder der Nationalversammlung Simon Abram und Dr. Franz Schumacher und der Landeshauptmann-Stellvertreter Dr. Paul Sierbach;

für Vorarlberg Landeshauptmann Dr. Otto Ender;

für Untersteiermark Dr. Franz Kamniker;

für Kärnten Dr. Martin Butte und Landesrat Vinzenz Schumy, und

für Deutschwestungarn Dr. Ernst Beer.

Nach Bedarf und Fortschreiten der Verhandlungen werden zu den Beratungen der Friedenskonferenz noch andere Vertreter der Staatsämter und Sachverständige einberufen werden, so daß die notwendigen Grundlagen für eine wirksame Geltendmachung der deutschösterreichischen Interessen stets gegeben sein werden.

10./V. 1919

Die Kundgebungen in der Anschlussfrage.

Wien, 9. Mai.

Die bürgerlich-demokratische Partei erläßt folgenden Aufruf: Deutsche Wiens! Ein Schrei der Empörung durchzittert die Herzen der Deutschen Wiens! Das Schlimmste, das wir befürchtet, ist übertroffen worden. Unzähligen Elend und grauamster Not für immerwährende Zeiten soll das deutsche Volk in seiner Gesamtheit entgegengehen, wenn die unmenschlichen Bedingungen unserer Feinde tatsächlich erfüllt werden sollten. In dieser schweren Not muß auch das deutsch-österreichische Volk einig zusammenstehen! Ungeachtet aller Parteunterschiede müssen wir als Kinder der unglücklichen Mutter Germania unserem tiefsten Schmerz und der grenzenlosen Entrüstung Ausdruck verleihen, die heute jeden Deutschen der Erde durchziehen, der noch ehrlieh und treu an seinem Volkstum hängt. Und so fordert auch die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei gleich den übrigen nationalen Gruppen ihre Anhänger auf, zu einer Protestkundgebung zu erscheinen, welche Sonntag den 11. d. um 10 Uhr vormittags in Saale des Gewerbevereins, Wien, 1. Bezirk, Eichenbäckgasse 11, stattfinden wird. Redner: Frau Marianne Sainisch, Ehrenpräsidentin des Oesterreichischen Frauenbundes, Dr. Ernst Sempel."

Der Deutschnationale Verein für Oesterreich veranstaltet zusammen mit dem Nationalsozialistischen Verein und dem Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich am Sonntag den 11. d. um 9 Uhr vormittags zwei Versammlungen, und zwar eine im 3. Bezirk, Rennweg 51 (Gastwirtschaft Nagler), und zu gleicher Zeit eine zweite im 8. Bezirk, Florianigasse 39 (im großen Saale des Deutschen Schulvereins). In beiden Versammlungen wird für den Anschluß an Deutschland gesprochen werden. Als Redner sind in Anwesenheit genommen im 3. Bezirk die Herren Emil Barnert, Dr. Alois Blümel und Professor Hubert Partisch, im 8. Bezirk der Landtagsabgeordnete Dr. Walter Niesl, der frühere Gemeinderat Karl Sedlak und der gewesene Staatsrat S. H. Wolf. Die Versammlungsteilnehmer werden nach Schluß der Versammlung zur Universität marschieren. Dort wird Abgeordneter Dr. Sepp Straffer zu den Versammelten sprechen.

Die nationaldemokratische Partei veranstaltet Sonntag in Wien und Niederösterreich eine große Anzahl von Versammlungen, welche sich mit der Anschlussfrage und den an Deutschland gestellten Friedensbedingungen beschäftigen werden. Die Wiener Versammlung findet um 10 Uhr vormittags bei Ronacher statt, Redner Landtagsabgeordneter Dr. Lutz. In folgenden niederösterreichischen Städten werden gleichfalls Versammlungen abgehalten: Krems (Redner Landtagsabgeordneter Dr. Mittermann), Eggenburg, Horn (Redner Dr. Wanel), Gmünd, Oberhollabrunn, Melk (Redner Doktor Lindek), Wödling, Baden (Rednerin Frau Dr. Milschinsky), Wiener-Neustadt und Klosterneuburg (Redner Abgeordneter Müller-Guttenbrunn).

Der Volksrat des Bundes der Reichsdeutschen in Deutschösterreich hat an den Präsidenten Ebert folgendes telegraphiert: "Namentlich der in Deutschösterreich lebenden Reichsdeutschen erheben wir stammenden Protest gegen die uns aufzuerlegenden Friedensbedingungen. Wir ersuchen, diese als unannehmbar abzulehnen, keinen Fußbreit deutschen Landes abzutreten und nur solchen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volk seine Lebensmöglichkeit beläßt und auf den vierzehn Punkten des Präsidenten Wilson beruht."

Die Volksabstimmung in Vorarlberg über die Einleitung von Verhandlungen mit der Schweiz.

Innsbruck, 9. Mai.

Am Dienstag fand in Bregenz eine massenhaft besuchte, vom Schweizer Werbeauschuß einberufene Versammlung statt, in der Landeshauptmann Dr. Ender angesichts der bevorstehenden

Friedenskonferenz die Notwendigkeit der am Sonntag ersolgenden Volksabstimmung betonte, die lediglich der Einleitung von Verhandlungen mit Bern diene. Erst nach dem Bekanntwerden der Bedingungen des Eintrittes in die Eidgenossenschaft werde nach vorheriger eingehender Beratung über den Anschluß an die Schweiz eine endgültige Abstimmung sowohl in Vorarlberg wie in der Schweiz eingeleitet werden. Am Schlusse der Versammlung wurde, da die Anschlußgegner in der Ueberzahl waren, eine Entschließung gegen den Anschluß an die Schweiz angenommen.

In Anbetracht der kurzen Zeit bis zur Abstimmung ist die Werbetätigkeit der Anschlußfreunde und -Gegner eine außerordentlich rege.

10. / 7. 1919

Gegen den Gewaltfrieden.

Die Protestkundgebung des Volksrates.

Der Deutsche Volksrat für Oesterreich veröffentlicht nachstehenden Aufruf: Wiener! Mitbürger! Ein einziger fürchtbarer Ausschrei geht heute durch das ganze deutsche Volk. Eine Bergewaltigung, wie sie die Geschichte noch nie gesehen hat, soll unserem Volke auferlegt werden! Man will uns einreden, daß sich dagegen nichts tun läßt! Wiener! Männer und Frauen! Wir können die Knechtschaft abwerfen! Zeigen wir der ganzen Welt, daß wir uns unser Selbstbestimmungsrecht, unsere Freiheit um keinen Preis rauben lassen!

Kommet Sonntag, 11. d., bis auf den letzten Mann in die von den Parteien veranstalteten Versammlungen und tretet dort ein für unser uneingeschränktes Selbstbestimmungsrecht und für ein geeinigtes und freies Großdeutschland!

Für den Anschluß an Deutschland.

Die Nationaldemokratische Partei veranstaltet morgen, 11. d., in Wien und in Niederösterreich eine große Anzahl von Versammlungen, die sich mit der Anschlußfrage und den an Deutschland gestellten Friedensbedingungen beschäftigen werden. Die Wiener Versammlung findet um 10 Uhr vormittags bei Ronacher statt. Redner Landtagsabgeordneter Dr. Lutz.

In folgenden niederösterreichischen Städten werden gleichfalls Versammlungen abgehalten: Krems (Redner Landtagsabgeordneter Dr. Wittermann), Eggenburg, Horn (Dr. Wanel), Smünd, Ober-Pollabrunn, Melk (Dr. Lindner), Rölling, Baden (Frau Dr. Miltschinsky), Wiener-Neustadt und Klosterneuburg (Abgeordneter Müller-Guttenbrunn).

Der Deutschnationale Verein für Oesterreich veranstaltet, wie berichtet, zusammen mit dem Nationalsozialistischen Verein und dem Deutschen Volksrat für Wien und Niederösterreich morgen, 11. d., 9 Uhr vormittags, zwei Versammlungen, und zwar eine im 3. Bezirk, Rennweg 54 (Gastwirtschaft Nagler) und zu gleicher Zeit eine zweite im 8. Bezirke, Florianigasse 39, im Schulvereinsaal. In beiden Versammlungen wird für den Anschluß an Deutschland gesprochen werden. Als Redner sind in Aussicht genommen im 3. Bezirk die Herren Emil Barnert, Dr. Alois Blümel und Professor Hubert Partisch, im 8. Bezirk der Landtagsabgeordnete Dr. Walter Riehl, der frühere Gemeinderat Karl Sedlak und der gewesene Staatsrat R. G. Wolf. — Die Versammlungsteilnehmer werden nach Schluß der Versammlung zur Universität marschieren, wo Nationalrat Doktor Straffner sprechen wird.

Versammlung der Bürgerlich-Demokraten.

An die Deutschen Wiens richtet sich der nachstehende Aufruf: Ein Schrei der Empörung durchzittert die Herzen der Deutschen Wiens! Das Schlimmste, das wir befürchtet, ist übertroffen worden. Unfäglichem Elend und grausamster Not für immerwährende Zeiten soll das deutsche Volk in seiner Gesamtheit entgegengehen, wenn die unmenschlichen Bedingungen unserer Feinde tatsächlich erfüllt werden sollten. In dieser schweren Not muß auch das deutschösterreichische Volk einig zusammensetzen! Ungeachtet aller Parteiunterschiede müssen wir als Kinder der unglücklichen Mutter Germania unserem tiefsten Schmerz und der grenzenlosen Entrüstung Ausdruck verleihen, die heute jeden Deutschen der Erde durchziehen, der noch ehrlich und treu an seinem Volkstum hängt. Und so fordert auch die Parteileitung der bürgerlich-demokratischen Partei gleich den übrigen nationalen Gruppen ihre Anhänger auf, zu einer Protestkundgebung zu erscheinen, die morgen, 11. d., 10 Uhr vormittags, im Gewerbevereinsaal, 1., Eschenbachgasse 11, stattfinden wird. Es werden sprechen Frau Marianne Gainsch und Doktor Ernst Sempel.

Eine Kundgebung der Südmährer.

Der Hilfsverein für die Sudetendeutschen, in dessen Mitte sich auch eine besondere Arbeitsgruppe für Deutsch-Südmähren gebildet hat, veranstaltet am Montag, 12. d., 6 Uhr abends, in der Gastwirtschaft Deierl, 1., Babenbergerstraße 5, eine Versammlung und lädt alle deutschen Südmährer sowie alle Volksgenossen, die an dem Schicksal Deutsch-Südmährens Anteil nehmen, ohne Unterschied der Parteistellung zur Versammlung ein und dazu, den unbefugten Entschluß Deutsch-Südmährens nach seiner Vereinigung mit Deutschösterreich Ausdruck zu geben.

Einspruch der Reichsdeutschen.

Der Volksrat vom Land der Reichsdeutschen in Deutschösterreich hat an den Präsidenten des Deutschen Reiches als Einspruchskundgebung gegen die Friedensbedingungen, die auch bei den in Deutschösterreich lebenden Reichsdeutschen als unmöglich empfunden werden, nachstehendes Telegramm gerichtet:

Namens der in Deutschösterreich lebenden Reichsdeutschen erheben wir flammenden Protest gegen die uns auferlegten Friedensbedingungen. Wir eruchen diese als unannehmbar abzulehnen, keinen Fußbreit deutschen Landes abzurufen und nur soich einen Frieden zu schließen, der dem deutschen Volke seine Lebensmöglichkeit beläßt und auf den 14 Punkten des Präsidenten Wilson beruht.

10./V. 1919

Arbeiter und Arbeiterinnen Wiens

Morgen Sonntag um 10 Uhr vormittags findet
in der Volkshalle des Rathhauses eine

Massenversammlung

statt.

**Tagesordnung: Der Anschluß an Deutschland und
das Selbstbestimmungsrecht der Völker.**

Sprechen werden unter anderen Dr. Ludo Hart-
mann und Dr. Friedrich Adler.

Die Teilnehmer versammeln sich in den einzelnen Be-
zirken auf folgenden Plätzen:

Innere Stadt: Werbertorgasse.

Leopoldstadt: Novaragasse Nr. 29, Vereinsheim;
Lehrs Gasthaus, Prater, Obermüllnerstraße Nr. 13; Math's
Gasthaus, Vellegardgasse Nr. 5 (8 Uhr).

Landstraße: Drehers Stablisement, Landstraße
Hauptstraße.

Wieden: Favoritenplatz.

Margareten: Siebenbrunnenplatz.

Mariahilf: Gumpendorferstraße Nr. 62.

Neubau: Burggasse, Markthalle.

Josefstadt: Lerchenqasse Nr. 13.

Alsergrund: Spittelauerplatz beim Franz Josefs-
Bahnhof.

Favoriten: Arbeiterheim, Laxenburgerstraße.

Simmering: Brauhausgarten, Hauptstraße Nr. 99.

Meidling: Arbeiterheim, Eichenstraße Nr. 50/52.

Diebling: Wiffindorffstraße.

Rudolfsheim: Zohngasse.

Fünfhaus: Zindgasse Nr. 17.

Ottakring: Arbeiterheim, Klausgasse.

Dernalis: Dernalser Brauhaus.

Währing: Plenergasse Nr. 4.

Döbling: Willrothstraße Nr. 79 und Nußdorferplatz.

Brigittenau: Sachsenplatz.

Floridsdorf: Arbeiterheim, Angererstraße.

Stadlau: Anschluß an den Floridsdorfer Zug bei der
Augartenbrücke.

Abmarsch von allen Sammelplätzen zur Volkshalle
pünktlich 9 Uhr. Für den Ordnungsdienst haben die Bezirke
vorzuzuführen.

Die wirtschaftliche Bedeutung des Friedensentwurfes.

Die Verfasser des Friedensentwurfes sind, wie dies in den Blättern der Ententestaaten wiederholt zu lesen war, von der Anschauung ausgegangen, Deutschland habe durch den Krieg in materieller Hinsicht erheblich weniger gelitten als andere Staaten, besonders Frankreich und Belgien. Denn dem Deutschen Reiche sei es gelungen, den Krieg außerhalb seines Gebietes zu führen; die heimatische Scholle konnte allen Greueln und Verwüstungen beinahe vollständig ferngehalten werden, so daß deren landwirtschaftliche, gewerbliche und industrielle Produktionsfähigkeit gewahrt blieb. Auf dieser leider ganz irrigen Anschauung, der bisher gar nicht widersprochen wurde — hat doch die vieljährige Blockade allen Produktionsmitteln Deutschlands (sowie auch Deutschösterreichs!), und nicht bloß denen eines Teilsgebietes, wie etwa in Frankreich, ungeheure Schädigungen zugefügt — beruhen die internen Berechnungen der Ententeländer über die Leistungsfähigkeit Deutschlands, die gewaltig überschätzt wird. Es scheint nicht, wie häufig angenommen wird, die Absicht zu bestehen, Deutschland gänzlich zugrunde zu richten. Man will ihm, freilich hauptsächlich nur zur Erfüllung seiner Verpflichtungen, ein gewisses Maß von Lebensmöglichkeit gewähren. Dabei soll aber das Deutsche Reich auch wirtschaftlich insoweit unschädlich gemacht werden, daß es nicht mehr in der Lage sei, sich aufzuraffen und ein blühendes, aufstrebendes Gemeinwesen zu bilden. Das allgemeine gebräuchliche Bild von der beabsichtigten „Verflobung Deutschlands“ ist sonach nicht ganz zutreffend. Man überläßt vielmehr auch weiterhin dem Deutschen das stark eingeebete, seiner größten Schätze beraubte Land — aber nicht mehr zum freien Eigentum, sondern als Lehen nur zur ewigen Pacht. Das Deutsche Reich oder, besser gesagt, das was von ihm übrigbleibt, wird zum Wächter der ebenso unersöhnlichen als habgierigen Feinde herabgedrückt. Und diesem Zwecke dienen die wirtschaftlichen Bestimmungen des in der Geschichte einzigartigen Friedensentwurfes.

Das Deutsche Reich soll vor allem nicht mehr Herr seiner Verkehrsmittel sein. Die Elbe und die Oder, der Riemens und die Donau, der Rhein und die Mosel, sie kommen unter internationale Kontrolle. Der Kieler Kanal muß allen Völkern offen stehen, und in Samburg und in Stettin sollen den Tschechoslowaken besondere Bevorzugungen eingeräumt werden. Aber nicht nur auf Flüsse, Kanäle und Hafensorte erstreckt sich das Diktat des neuen Gebieters: der Entente muß auch seine künstlichen Verkehrsmittel, vor allem die Eisenbahnen, den Alliierten zur Verfügung stellen. Sie haben das Recht auf die Durchfuhr durch Deutschland, das überdies jederzeit von den Luftfahrzeugen der Alliierten durchflogen werden kann, denen auch das Recht ansteht, auf deutschem Boden jederzeit zu landen. Von einer freien, rationellen Verkehrspolitik der Deutschen kann unter diesen Umständen keine Rede sein: sie müssen sich, so lange der Vertrag dauert, alle verkehrspolitischen Schikane gefallen lassen, ohne sich wehren zu können, und sind dauernd der Gunst oder Ungunst der Machthorn ausgesetzt und stets des Schutzes der Verbündeter bedürftig.

Ähnlich verhält es sich in handelspolitischer Beziehung. Der Handel der Alliierten genießt (ohne Gegenseitigkeit) für Rolltarife, für den Transit und für die Seeschifffahrt die Meistbegünstigung; sie haben für den Durchzug ihrer Waren durch Deutschland keinen Roll und keine besonderen Abgaben zu entrichten. Die Deutschen dürfen ferner, ohne Bewilligung der Verbündeten, kein Kriegsmaterial mehr herstellen, sind also nicht mehr in der Lage, sich einem großen, lohnenden Produktionszweig (dessen Begriffsbestimmung sehr erweiterungs-

fähig ist und jeweils geändert werden kann) zu widmen. Auch die Einfuhr und Ausfuhr der in diese Kategorie fallenden Sachgüter ist verboten, wobei das Recht jederzeitiger Kontrolle im Verein mit sonstigen zulässigen Ausfuhrmöglichkeiten die Alliierten in stand setzt, die Geschäftsgeheimnisse der Deutschen zu ergründen. Diese müssen schließlich, wenn wir von den bloß zeitlichen handelspolitischen Begünstigungen, die auf ihre Kosten Frankreich, Polen und Luxemburg zuteil werden, absehen, ruhig hinnehmen, daß die Alliierten — auch diejenigen von ihnen, die in Deutschland wohnen! — sich gegen ihre „unlautere Konkurrenz“ schützen. Kraft dieser ganz unbestimmten und unbestimmbaren Norm ist Deutschland jeder beliebigen geschäftlichen Willkür ausgesetzt. Es liegt sonach ein einseitiger, ein Leoninischer Pachtvertrag vor uns. Und mit schändlichem Hochmut konnte kürzlich in der „Times“ gesprochen werden: „Wir können die Deutschen jederzeit zwingen, was und wie viel sie produzieren und was sie nicht produzieren sollen. Sie sind zu einem gelehriken Sünder geworden und, wenn man ihnen ein Stückchen Fett zeigt, bereit, jedes Kunststück (every trick) zu machen.“

Bedauerlicherweise sind diese Worte inforn wahr, als Deutschland, solange der ihm auferlegte Friede dauert — gleichgültig, ob er im einzelnen gemildert werden sollte oder nicht — seiner Ernährungsorgane nie mehr los sein wird. Die fruchtbaren Gebiete im Osten (Polen und Westpreußen) sind ihm genommen. Die Landwirtschaft der übrigen Landesteile wird durch die Zerstörung des Kolonialmonopols und durch den Verlust ungeheurer Mengen von Thomaschlacke, die sich als Folge der erheblichen Verringerung der Eisenindustrie ergibt, sehr geschwächt. Dazu kommt noch der

Verlust der Kolonien und der dort hergestellten Ernährungsüter, und schließlich der Verlust der Handelsmarine, die nicht einmal auf den achten Teil ihrer früheren Größe herabsinkt. Deutschland wird mithin nicht nur auf die Lieferung, sondern auch auf den überseeischen Transport der Nahrungsmittel durch die Alliierten angewiesen sein, die neben allen Machtbefugnissen zugleich die Macht haben, jederzeit die Hungerpeitsche über Deutsche zu schwingen.

Ein durch einen derartigen (zu Unrecht mit dem Namen Vertrag versehenen) Willkürakt aufgezwungener Friede ist auf die Dauer unerträglich und unmöglich. Es wäre gelehrt, aus der für eine frühere oder spätere Zeit erhofften Intervention der Arbeiterklasse in den bisher feindlichen Ländern eine Aenderung zu erwarten. Deren Lage werden die durch reiche Beute, besonders durch die ererbten Kolonien Deutschlands, gestärkten Sieger auf Kosten des deutschen Arbeiters merklich bessern können. Die vielgerühmte Internationalität des Proletariats hat sich stets als ein leerer Schall erwiesen. Den deutschen Proletarier — und auf diesen Titel werden bald alle Deutschen Anspruch erheben — wird man vielleicht zuweilen bedauern, sich aber ansonsten über dessen Unglück trösten, wie schließlich vordem auch die deutschen Sozialdemokraten die schlechte Lage ihrer polnischen, russischen, rumänischen und anderen Genossen mit Passiva getragen haben. Die Erlösung wird aus dem Rindfleisch kommen, der durch den Friedensvertrag, zumal durch Gründung zahlreicher neuer Staatengebilde im Osten Europas mit ihren entgegengesetzten Interessen, reichlich aufgekaut ist. Und im Herzen dieses Kontinents soll ein Volk, das weder in physischer noch in psychischer, weder in moralischer noch kultureller, noch geistiger Beziehung hinter einem der so überaus zahlreichen Sieger zurücksteht, viele davon aber bei weitem übertraut, soll ein solches Volk dauernd in schmälicher, unwürdiger Abhängigkeit niederknien werden können? Auch der wirtschaftliche Teil des Friedensvertrages wird dereinst der Saat des Radmos gleichen, die reißende Menschen herabgebracht hat, die sich gegenseitig zerfleischt haben.

Unsere Friedensdelegation.

Der Wirkungskreis der Delegierten.

Antlich wird verlaublich:
 Als Bevollmächtigter Deutschösterreichs und verantwortlicher politischer Leiter führt Staatskanzler Dr. Renner die Friedensdelegation nach Saint-Germain. Er ist berechtigt, die Haltung der Delegation gegenüber ihren von der Volksvertretung beschlossenen allgemeinen Bestimmungen zu bestimmen und die Verhandlungen zu einem Abbruch zu bringen. Als seine politischen Berater haben die Vertreter der Nationalversammlung, die Abgeordneten Dr. Gurtler und Dr. Schönbauer, zu gelten.

Diesem politischen Komitee untersteht das Komitee der Generalkommissionäre, dem unter Leitung des Ministers a. D. Dr. Klein als Stellvertreter des Staatssekretärs für Meubres die Sektionschef im Staatsamt für Meubres Peter (Rechtssektion), Eichhoff (Politische Sektion) und Dr. Schüller (Handelspolitische Sektion) angehören. Diese hier Generalkommissionäre haben die Vorarbeiten für die Friedenskonferenz geleitet und durchgeführt und sind daher mit allen einschlägigen Fragen aufs innigste vertraut. Sie werden vom Bevollmächtigten, Staatskanzler Dr. Renner, zu den Einzelverhandlungen delegiert werden. Die Herren Legationsrat Frankenstein und Prof. Dr. Raun, die ebenfalls an den Vorarbeiten beteiligt waren, werden ihnen zur Seite stehen.

Zu Sekretären der Friedensdelegation sind die Herren Konsul Prochnitz, Konsul Sabatich und Konsul Maherkhanfer bestimmt. Die übrigen Mitglieder der Delegation sind zum Teil Experten und Leiter des nachrichtendienstes für die Heimat und zum Teil Vertreter der besetzten Gebiete. Diese letzteren gelten als Beraternen Männer ihrer engeren Randgebiete und gleichzeitig als Sachverständige in den Fragen, die die Abgrenzung und die besonderen Interessen ihres Landes betreffen.

Die Liste der Mitglieder der Friedensdelegation wurde gestern dem französischen Gesandten überreicht. Nach ihr werden sich namens Deutschösterreichs an den Friedensverhandlungen beteiligen:

Als Bevollmächtigter der Staatskanzler Dr. Karl Renner und als Vertreter der Nationalversammlung deren Mitglieber Dr. Alfred Gurtler und Dr. Ernst Schönbauer.

Für das Staatsamt des Meubres seien nach Saint-Germain: der Stellvertreter des Staatssekretärs für Meubres Dr. Franz Klein, Minister a. D., und die Sektionschefs Franz Peter, Johann Eichhoff und Dr. Richard Schüller, seiner Legationsrat Georg Frankenstein, Prof. Dr. Rudolf Raun, Konsul Edgar Prochnitz, Konsul Walter Maherkhanfer, der Leiter des Pressedienstes Otto Pohl, und als Vertreter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus Dr. Josef C. Wirth.

Das Staatsamt für Meubres wird vertreten durch Oberst im Generalstab Karl Schueler, das Staatsamt für Finanzen durch Sektionsrat Dr. Viktor Brauners und Oberfinanzrat Dr. Johann Pahaucz,

und das Staatsamt für Verkehrsweisen durch Hofrat Dr. Otto Müller-Martin.

Als sachliche Berater werden den Verhandlungen beigegeben:

für völkerrechtliche Fragen der Ministerpräsident a. D. Dr. Heinrich Lammasch, für die Angelegenheiten der Kriegesangefangenen General Rudolf Stlatin, Julius Landesberger, für Fragen der Geographie der Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger und für statistisches Ministerialsekretär Dr. Wilhelm Winkler. Als Vertreter der besetzten Gebiete werden an den Friedensverhandlungen teilnehmen:

für Böhmen Landeshauptmann Dr. Rudolf Bogman-Neu und Landes-hauptmannstellvertreter Josef Seliger, für den Böhmerwaldgau Anton Klement, für das Sudetenland Landeshauptmann Dr. Robert Freikler, für Tirol die Mitglieber der Nationalversammlung Simon Abram und Dr. Franz Schumacher und der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Paul Sternbach, für Vorarlberg Landeshauptmann Dr. Otto Entler, für Untersteiermark Dr. Franz Kamnitzer, für Kärnten Dr. Martin Wutte und Landesrat Vinzenz Schumayr, für Deutschwestungarn Dr. Ernst Beer.

Nach Bedarf und Fortschreiten der Verhandlungen werden zu den Beratungen der Friedenskonferenz noch andere Vertreter der Staatsämter und Experten einberufen werden, so daß die notwendigen Grundlagen für eine wirksame Befriedung der deutschösterreichischen Interessen stets gegeben sein werden.

Die Vertretung Südmährens.

Antlich wird verlaublich:

Das Staatsamt des Meubres hat sich an den Kreisobermann für das besetzte Südmähren (Teufel) gewendet, mit dem Beratung, geeignete Persönlichkeiten für die Vertretung als Experten für das Anammer Gebiet in Vorloka zu bringen. Der Kreisobermann hat, obwohl gegen seine Person öffentlich Bedenken erhoben worden sind, abgelehnt, jemand anderen als sich selbst vorzuschlagen. Dadurch kam eine Verunsicherung der Zeit überhaupt nicht zustande, jedoch wird das Staatsamt vorzuziehen, daß ein geeigneter Experte nachreisen kann, sobald die Frage von Südmähren bei den Friedensverhandlungen zur Beratung kommt.

11. IV. 1919

Große Massenversammlungen.

Heute Sonntag den 11. d. M. um 9 Uhr vormittags finden im 3. Bezirk, Rennweg 54, Gastwirtschaft Nagler, und im 8. Bezirk, Florianigasse 39, Festsaal des Deutschen Schulvereins, Massenversammlungen statt.

Tagesordnung:

**Einspruch gegen den Vernichtungsfrieden.
Anschluss an das Deutsche Reich.**

Redner: die Herren Barnert, Dr. Blümel und Dr. Nischl im 3. Bezirk, Prof. Partisch, Sedlat und K. S. Wolf im 8. Bezirk.

Deutsche aller Parteien, erscheint in Massen!

Die Versammlungsteilnehmer marschieren vom 3. Bezirk über den Ring bis zur Universität, wo bereits die Nationalen von der Versammlung im 8. Bezirk sie erwarten werden. Die Schlussworte wird Nationalrat Straffner von der Kampe sprechen.

Deutschnationaler Verein für Oesterreich.

Nationalsozialistischer Verein.

Deutscher Volksrat für Wien und Niederösterreich.

Wiener! Mitbürger!

Ein einziger furchtbarer Aufschrei geht heute durch das ganze deutsche Volk. Eine Vergewaltigung, wie sie die Geschichte noch nie gesehen hat, soll unserem Volke auferlegt werden!

Man will uns einreden, daß sich dagegen nichts tun läßt!

Wiener! Männer und Frauen!

Wir können die Knechtschaft abwenden! Zeigen wir der ganzen Welt, daß wir uns unser Selbstbestimmungsrecht, unsere Freiheit um keinen Preis rauben lassen!

Kommt heute Sonntag bis auf den letzten Mann in die von den Parteien veranstalteten Versammlungen und tretet dort ein für unser un eingeschränktes Selbstbestimmungsrecht und für ein geeinigtes und freies Großdeutschland!

Der Deutsche Volksrat für Oesterreich.

**Protest gegen die Losreißung
Schlesiens.**

Auf Anregung der Geellig-humanitären Vereinigung Oesterreichisch-Schlesier und anderer Wiener Schlesiervereine werden hiermit unsere hier und in der Umgebung wohnhaften Stammesgenossen zu einer Versammlung eingeladen, die am 18. d. M. um 4 Uhr nachmittags im Hotel Holzwarth, Mariabilderstraße 156, stattfindet. In derselben soll Stellung genommen werden gegen die gewaltsame Losreißung des urdeutschen Schlesiens von Deutschösterreich und Protest erhoben werden gegen die Verletzung des Selbstbestimmungsrechtes der Völker und gegen die beabsichtigte Vergung unseres teuren Heimatlandes unter fremdes Joch. Vandsleute beiderlei Geschlechts, kommt in Massen und bekundet damit Eure unentwegte Liebe für Euer hart bedrängtes Schlesierland!

11. IV. 1919

Die Vertretung Deutschsüdmährens bei den Friedensverhandlungen.

Ein Schreiben des Kreishauptmannes Teufel an den Staatskanzler.

Kreishauptmann Teufel hat in Erwiderung auf die von den gestrigen Morgenblättern veröffentlichte Mitteilung der Deutschösterreichischen Staatskorrespondenz über die Vertretung Deutschsüdmährens bei der Friedenskonferenz an den Staatskanzler Dr. Renner ein Schreiben gerichtet, worin er zunächst erklärt, daß es sich bei dieser Meldung um eine rein parteipolitische Tendenznachricht handle. Der Kreishauptmann verweist im Weiteren auf den Widerstand, den Dr. Renner und Dr. Bauer von allem Anfang an der Vertretung des Kreises Deutschsüdmährens und des Böhmerwaldgaus im allgemeinen bei der Friedenskonferenz entgegengesetzt haben, und stellt hierauf fest, daß die Personenfrage nicht von ihm, sondern von den Vertrauensmännern Deutschsüdmährens gelöst worden sei. Im Hauptausschusse sei die Frage der Vertretung Deutschsüdmährens im Sinne der Antragstellung der Kreisregierung entschieden worden. Bedenken gegen seine Person habe nur die sozialdemokratische Partei geäußert. Das Schreiben gibt die Gründe wieder, durch welche Staatssekretär Doktor Bauer den Kreishauptmann zum Verzicht auf seine Berufung zu bewegen suchte, und fährt sodann fort:

Ferner wurde von mir verlangt, daß ich bis Donnerstag, 11 Uhr nachts, jedoch spätestens bis Freitag, 10 Uhr vormittags, einen Vertrauensmann für den Kreis Deutschsüdmährens, der an meiner Stelle der deutschösterreichischen Friedensdelegation zugezogen werden solle, nominieren möge.

Ich habe mich sowohl mit den in Wien erreichbaren wenigen Herren Deutschsüdmährens, als auch mit jenen parlamentarischen Kreisen in Fühlung gesetzt, welche für die Vertretung Deutschsüdmährens in der Friedensdelegation, sowohl im Hauptausschusse, als auch im Kabinettsrate eingetreten sind. Die Vertrauensmänner Deutschsüdmährens nahmen den Standpunkt ein, daß in dieser kurzen Zeit, wo es technisch unmöglich ist, sich mit den maßgebenden Persönlichkeiten Deutschsüdmährens ins Einvernehmen zu setzen, die Nennung eines der Bevölkerung genehmen Vertrauensmannes unmöglich ist, und daß nach ihrer Kenntnis die Bevölkerung unbedingt darauf beharrt, daß ich als Kreishauptmann des Kreises allein die Interessen des Landes in jeder Hinsicht am besten vertreten könne.

Die Abgeordneten und Staatsfunktionäre, die ich in dieser Angelegenheit um Rat frug, erklärten, daß ich unter keinen Umständen auf die Berufung verzichten möge, da die Angelegenheit unter den Parteien in offizieller Form im Sinne der Antragstellung der Kreishauptmannschaft geregelt sei. Speziell der Herr Vizekanzler Jobol Fink, mit welchem ich Freitag vor 10 Uhr, bevor ich mit Ihnen, Herr Staatskanzler, die letzte Konferenz hatte, sprach, äußerte sich im selben Sinne, wie vorher erwähnt.

Auf Grund dieser Tatsachen faßte ich den Entschluß, Ihnen mitzuteilen, daß ich auf meine Berufung in die Friedensdelegation als Vertreter des Kreises Deutschsüdmährens nicht verzichten kann.

Dies der wahre Sachverhalt der Angelegenheit.

Im übrigen protestiere ich als Chef der Kreisregierung, Deutschsüdmährens auf das entschiedenste gegen die unerhörte Vergewaltigung, die Sie, Herr Staatskanzler, und der Herr Staatssekretär Dr. Bauer durch Ihr ganzes Verhalten den berechtigten Interessen des Kreises Deutschsüdmährens gegenüber eingenommen haben, und erkläre, daß sich Ihr Vorgehen mit den Grundsätzen, welche Sie in Ihrem amtlichen Communiqué über die Zusammensetzung der Friedensdelegation heute veröffentlichten und in dem es zum Schlusse ausdrücklich heißt, daß als Experten für die besetzten Gebiete die Vertrauensmänner dieser Gebiete beigezogen werden, im vollsten Widerspruche steht.

Sie haben nicht nach den Grundsätzen Ihrer Veröffentlichung, sondern nach dem Grundsätze Ihrer Partei gehandelt, womit nur das von Ihnen als richtig und gerecht aufgefahrt wird, was sich mit Ihren egoistischen Parteiinteressen vereinbaren läßt.

Einmal steht für jeden unbefangenen Klarblickenden Deutscher fest, daß die sozialdemokratische Partei Österreichs und jene des Deutschen Reiches durch ihre Politik der Vergangenheit und Gegenwart die Hauptschuld daran tragen, daß das deutsche Volk nach Ausspruch Scheidemanns am Rand seines Grabes steht.

W. Wien, 10. Mai. Als Experte für Deutschsüdmährens für die Friedensverhandlungen ist auf nunmehrigen Vorschlag des Kreishauptmannes Oskar Teufel der Kreisamtsverweiser Sektionsrat Dibofredi in Aussicht genommen.

Der Friedensvertrag mit Deutsch- österreich.

Rom, 10. Mai. Pariser Depeschen zufolge stellte gestern der Viererrat die Grenzen der neuen Staaten der österreichisch-ungarischen Monarchie und der neu entstandenen Gruppen fest.

"Tribuna" meldet, daß die Kommission beauftragt ist, den Friedensvertrag rasch auszuarbeiten und der finanziellen Teil, der die Staatsschulden Oesterreichs betrifft, zu regeln. Die Entschädigung an Italien, die in natura erfolgt, ist hier mitbegriffen. Die der Kommission zugeordneten Techniker befassen sich eingehend mit den Fragen der Kriegsmarine und der Luftschiffahrt. Die Fragen der Grenzen zwischen Oesterreich und Italien sind bereits geregelt, die andern Fragen, welche Ungarn betreffen, werden erst dann erledigt werden, bis Ungarn die Bevollmächtigten seiner Regierung bestimmt haben wird. Trotzdem könnten die Grenzen mit Ungarn laut dem Friedensvertrag mit Oesterreich bestimmt werden, da die Großmächte den Friedensvertrag anerkannt haben.

Die Grenzen Deutschösterreichs.

Die Kommissionsberatungen in Paris.

Paris, 10. Mai. (Funkbruch des Telegraphen-Korrespondenzbureaus.) Die fünf Minister der auswärtigen Angelegenheiten und der Präsident der Territorialkommission Tardieu haben über die Grenzen Deutschösterreichs beraten und sie gegenüber der Tschecho-Slowakei bestimmt. Die Beratung über die Grenzen gegen Jugoslawien wurde auf Verlangen Italiens der Kommission der jugoslawischen Angelegenheiten zurückgeleitet.

Die Anschließfrage.

Haag, 10. Mai. (Tel.-Komp.) Die französische Funkstation in Lyon gibt eine Nachricht weiter, derzufolge der Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland als abgesehen angesehen werden könne.

Westungarn für Deutschösterreich

11. IV. 1919

Die Bestrebungen, den Anschluß der westungarischen Komitate Oedenburg, Wieselburg und Eisenburg an Deutschösterreich durchzusetzen, sind von höchster Bedeutung, nicht nur vom nationalen, sondern nicht minder vom Gesichtspunkt der wirtschaftlichen Entwicklung eines selbständigen Deutschösterreich. In der Vorkriegszeit hat Wien aus diesen Gegenden einen sehr beträchtlichen Teil seines Bedarfes an Zerealien, Vieh, Fleisch und Fett, aber auch an Futtermitteln, in erster Linie sehr große Mengen von Heu und Stroh, und endlich Kartoffeln bezogen. Ueber den Umfang dieser Importe werden wir ausführliche Mitteilungen folgen lassen. Heute jedoch möchten wir mit besonderem Nachdruck darauf hinweisen, welche Bedeutung der Anschluß der drei westungarischen Komitate für unsere Zuckerversorgung haben würde.

In diesem Gebiete bestehen folgende Zuckerfabriken: im Oedenburger Komitat: Bül (Rohzuckerfabrik und Raffinerie), Zinkendorf (Rohzuckerfabrik und Raffinerie), Sirm (Rohzuckerfabrik und Raffinerie), Petőház (Rohzuckerfabrik), Siegendorf (Rohzuckerfabrik und Raffinerie) und im Eisenburger Komitat: die Fabrik Sarvar, die sowohl Rohzucker wie auch weißen Sandzucker erzeugt.

Die Zuckerproduktion dieser Fabriken ist in der Vorkriegszeit auf sehr große Mengen angewachsen, hat aber — ebenso wie die Produktion aller anderen zuckererzeugenden mitteleuropäischen Gegenden — unter den Folgeerscheinungen des Krieges bedauerlicherweise stark abgenommen. Während in den Betriebsjahren 1913/14 und 1914/15 insgesamt in den vorgenannten Fabriken rund 1 Million Meterzentner Zucker erzeugt werden konnte, ist die Produktion derselben im Betriebsjahre 1917/18 auf insgesamt rund 350.000 Meterzentner gesunken, wobei allerdings noch zu bemerken ist, daß die Zuckerfabrik Bül zu Beginn der Kampagne 1917/18 durch ein Brandunglück vollständig außer Betrieb gesetzt wurde.

Bei Beurteilung der Bedeutung eines Anschlusses können natürlich die Produktionsziffern der Kriegs-, also Ausnahmjahre nicht herangezogen werden. Der Eigenverbrauch der westungarischen Komitate betrug vor Kriegsausbruch an Konsum- und Verarbeitungszucker zusammen rund 170.000 Meterzentner, so daß ein Quantum von mindestens 800.000 Meterzentner für die Versorgung Deutschösterreichs erübrigen würde, wenn die Produktion dieser Fabriken sich den Friedensmengen wieder nähert.

Die durchschnittliche Produktion der vier deutschösterreichischen Zuckerfabriken: Bruck, Dürnkrot, Hohenau und Leopoldsdorf, von denen allerdings nur die Hohenauer Zuckerfabrik eine Raffinerie und die Brucker Zuckerfabrik eine Sandzuckerfabrik ist, betrug in den Betriebsjahren 1910/11 bis einschließlich 1913/14 rund 380.000 Meterzentner und ist, wie bekannt, infolge der katastrophalen Kohlennot des vorigen Herbstes und Winters auf ungefähr ein Fünftel dieser Fried-

dens-Produktionsmenge gesunken. Bei normalen Arbeitsmengen würde demnach zur Versorgung von Deutschösterreich inklusive Südtirols, das einen Bedarf von rund 35.000 Meterzentner per Jahr (unter Zugrundelegung der derzeitigen Verbraucherquoten) aufweist, aus den Ueber-

schüssen der westungarischen Zuckerfabriken rund 800.000 Meterzentner und aus der Produktion der vorgenannten vier niederösterreichischen Zuckerfabriken rund 380.000 Meterzentner, also rund gerechnet 1.200.000 Meterzentner Zucker per Jahr, zur Verfügung stehen.

Der derzeitige Konsumbedarf ganz Deutschösterreichs unter Zugrundelegung der jetzigen Verbraucherquoten an Mundzucker und Verarbeitungszucker beträgt rund 1.700.000 Meterzentner, so daß nach Einbeziehung des Produktionsüberschusses der westungarischen Fabriken mehr als zwei Drittel des gesamten Zuckerbedarfes von Deutschösterreich aus der Eigenproduktion gedeckt werden könnten.

Angesichts der derzeitigen Zuckerpreise und der geringen Kaufkraft unserer Baluta im Auslande — und auch unser derzeitiges ausschließliches Bezugsgebiet, die Tschecho-Slowakei, ist ja nicht nur politisch, sondern auch valutatisch als Ausland anzusehen — sind zur Deckung des gesamten Zuckerbedarfes von Deutschösterreich 800 Millionen bis 1 Milliarde \$ erforderlich, da ja der Mundzucker derzeit etwas über 500 \$ per Meterzentner und der Verarbeitungszucker rund 750 \$ per Meterzentner kosten. Deutschösterreich würde also nach Angliederung der westungarischen Gebiete und damit der westungarischen Zuckerfabriken zwei Drittel dieser Summen ersparen können, bezw. könnte es für zwei Drittel dieses Gesamtbetrages und deren Gegenwert in Auslandsvaluta nicht mehr Zucker, sondern andere lebenswichtige Roh- und Hilfsstoffe einführen. Das durch die Eigenproduktion von Deutschösterreich und den anzugliedernden westungarischen Gebieten nicht aufzubringende restliche Drittel des Gesamtzuckerbedarfes des Landes wäre zweifellos viel leichter zu bekommen. Ganz abgesehen davon, daß die Zuckererzeugung Westungarns nach der Wiederkehr normaler Verhältnisse wohl ohne viel Schwierigkeit bei intensiverer Arbeit noch eine sehr beträchtliche Steigerung erfahren könnte.

So unterliegt es denn gar keinem Zweifel, daß der Anschluß dieses Gebietes an Deutschösterreich auch aus wirtschafts- politischen, und da auch aus ernährungs- wirtschaftlichen Erwägungen für Deutschösterreich überaus wichtig und dringend zu wünschen wäre. Aber ebenso wenig kann man sich verhehlen, daß die Entscheidung über den Anschluß nicht etwa nur Deutschösterreich und Westungarn obliegt. Der Anschluß der drei Komitate an Deutschösterreich bedarf auch der Zustimmung der Entente. Diese zu erreichen wird ein Teil der Aufgabe unserer Delegierten sein, die morgen die Reise nach St.-Germain-en-Laye antreten. Auf den Zusammenhang dieser Frage mit der Frage unseres Anschlusses an Deutschland hinzuweisen, erübrigt sich.

11. IV. 1919

91

Die morgige Volksabstimmung in Vorarlberg. Ueber die Einleitung von Verhandlungen mit der Schweiz.

Wien, 10. Mai.

Aus Bregenz wird berichtet: Mit großer Spannung sieht man im ganzen Lande der morgen stattfindenden Volksabstimmung über die Frage, ob mit der Schweiz Verhandlungen über den Anschluß Vorarlbergs geführt werden sollen, entgegen. Vizekanzler Fink und die übrigen Abgeordneten sind aus Wien hierhergereist und werden sich gleichfalls an der Abstimmung beteiligen. Landeshauptmann Dr. Ender hat folgende Kundmachung verlautbart: „Ich habe beim Bundesrat um eine Audienz nachgesucht, die mir vom Vorsteher des eidgenössischen politischen Departements gewährt wurde. Das politische Departement erklärte mir auf bezügliche Anfrage, daß, wenn die überwiegende Mehrheit des Vorarlberger Volkes den Wunsch nach Anschluß an die Schweiz ausspreche, der Bundesrat diese Frage einer Prüfung unterziehen werde. Diese Mitteilung erfolgte in dem Sinne, daß der ganzen Frage vorläufig in keiner Weise präjudiziert werden soll. Das Vorarlberger Volk soll durch seine Abstimmung und die Schweiz durch ihr Eintreten in Verhandlungen nicht gebunden sein, sondern die endliche Entscheidung wird erst die spätere Volksabstimmung in der Schweiz und in Vorarlberg geben. In Bregenz wurde das Gerücht verbreitet, im Falle des Anschlusses an die Schweiz werde Vorarlberg geteilt; das Oberland komme zum Kanton Graubünden, das Unterland zum Kanton St. Gallen. Das ist falsch. Im Falle des Anschlusses bekommt Vorarlberg die Stellung eines vollberechtigten selbständigen und ungeteilten Kantons. Die von der Landesversammlung beschlossene Fühlungnahme mit der deutsch-österreichischen Regierung ist erfolgt. Es erwachsen dem Lande aus der Volksabstimmung vom nächsten Sonntag keine Schwierigkeiten.“

Die morgige Volksabstimmung ist eine Ermächtigung für den Landesrat, mit der Schweizer Bundesregierung wegen der Frage des Anschlusses in Verhandlungen zu treten. Die Abstimmung erfolgt über die Frage: „Wünscht das Vorarlberger Volk, daß der Landesrat der schweizerischen Bundesregierung die Absicht des Vorarlberger Volkes, in die schweizerische Eidgenossenschaft einzutreten, bekanntgebe und mit der Bundesregierung in Verhandlungen trete?“ Die Abstimmung erfolgt mit „ja“ oder „nein“, mit Wahlkuvert und Wahlzelle, bei sinngemäßer Anwendung des Landtagswahlgesetzes.

Es besteht im Lande auch eine Bewegung für den Anschluß an Württemberg. In einer vor einigen Tagen vom Werbeauschuß für den Anschluß an die Schweiz einberufenen Versammlung waren die Anhänger dieses Anschlusses in der Minderheit. In der Versammlung hatte Professor Doktor Pirker erklärt, man werde von der Schweiz eine ehrenvolle Uebernahme der Krone verlangen. Bei der Notenabstempelung seien nur 80 Millionen Kronen Bargeld im Lande gewesen. Dr. Schmied verwahrte sich gegen die Volksabstimmung, weil sie den Bruch des Bündnisses mit Deutschland bedeute. Die von ihm beantragte Entschliekung, welche verlangte, daß die Abstimmung über die Anschlußfrage gemeindeweise vorgenommen werde, erhielt die Mehrheit.

Die Frage der Abtrennung des Egerlandes.

Aus Eger wird berichtet: Bürgermeister Friedrich erhielt eine in französischer Sprache abgefaßte Zuschrift seitens der Grenzregulierungskommission in Paris, in welcher mitgeteilt wird, daß die seitens des Egerlandes geltend gemachten historischen Sonderrechte in Paris einer eingehenden Erwägung unterzogen worden seien. Diese Zuschrift wurde zunächst durch einen diplomatischen Kurier von Paris nach Prag gebracht und von dort nach Eger weitergeleitet.

In Eger erhalten sich Gerüchte, daß das Egerland nicht dem czecho-slowakischen Staate einverleibt werden wird. Es fällt besonders auf, daß in letzter Zeit ararisches Gut, insbesondere auch aus dem Russenlager bei Eger, fortgeschafft wird. Auf der Bahnstrecke Asch-Rosßbach wird auf Anordnung einer aus Pilsen gekommenen Kommission seit einigen Tagen alles Eisenbahnmateriale, wie Schienen, Schwellen usw., abtransportiert.

12. V. 1919

97

Staatskanzler Dr. Renner über den Anschluss an Deutschland.

Ausprache vom Balkon der Staatskanzlei.

Wien, 12. Mai.

Nach den zugunsten des Anschlusses an Deutschland gestern vormittag abgehaltenen Versammlungen der politischen Parteien erschien ein Zug von Versammlungsteilnehmern vor dem Gebäude der Staatskanzlei. Eine Abordnung begab sich zum Staatskanzler Dr. Renner, dem der Führer Dr. Anton Schalk die Entschließung der nationalen Parteien überreichte. Vor dem Gebäude sang die gewaltige Menge nationale Lieder und verlangte stürmisch das Erscheinen des Staatskanzlers.

Staatskanzler Dr. Renner betrat den Balkon und hielt folgende Ansprache:

In einer furchtbar traurigen Zeit haben Sie sich hier versammelt, um Zeugnis abzulegen für die Stimme Ihres Herzens und für die Stimme Ihres Blutes. (Lebhafte Heilrufe.) Das Schicksal trifft Völker und einzelne ohne Wahl, ohne Vernunft, die deutsche Nation in Europa — und es gibt nur eine einzige deutsche Nation (Lebhafte Heilrufe), ist heimgesucht worden von einem Schicksal, wie sie es in Jahrhunderten und Jahrtausenden nicht erlitten hat. Nach den gewaltigsten Anstrengungen, nach den ruhmvollsten Siegen eine Niederlage, welche der Nation die schwersten Opfer auferlegt. Wir wissen heute noch nicht, wie sich Deutschland entschließt. Aber wir müssen eines verstehen: Wenn auch der Kelch des Leidens noch so bitter ist, unsere deutsche Seele und unser deutsches Wesen werden wir nicht preisgeben. (Zurufe.)

Verehrte Versammelte! Wenn ich nach Paris gehe, so gehe ich in dem ersten Gedanken, für unsere Volksgemeinschaft zu retten, was in der furchtbaren Stunde zu retten ist. Unser deutschösterreichisches Staatswesen ist wirtschaftlich in der furchtbarsten Bedrängnis. Wir haben diesen Winter nahezu um jedes Stübchen Kohle und um jeden Bissen Brot betteln müssen. (Zurufe.) Das eine zeigt Ihnen schon, in welcher augenblicklichen Lage wir uns befinden und daß uns die Uebermacht zu manchem zwingen kann, was unser Herzenswunsch nie und nimmer sein kann. Wir werden den Frieden nicht bekommen, den wir erwartet haben, den wir erhoffen durften, wenn das Wort von der Selbstbestimmung der Völker Wahrheit geworden wäre. Das Leben der Völker, das Leben der Nation, ist nicht das Leben eines Tages und nicht eines Jahres, eine geschichtliche Welle entscheidet nicht. Wir sind heute in dem Zustand der tiefsten Erniedrigung. Aber so wahr es einen Westfälischen Frieden gegeben hat und dieser zerrissen worden ist, so wird dieser Friede nicht das letzte Wort der Geschichte sein. (Stürmische Heilrufe.) Und darum bitte ich Sie, bleiben Sie fest in dem Gedanken, daß unsere Nationsgemeinschaft, die im Jahre 1866 zerrissen worden ist, aufrechterhalten wird: zunächst im Geiste und im Herzen — alles andere müssen wir unserer festen Entschlossenheit vorbehalten. Der heutige Tag und die Kundgebungen sollen auch ein Zeichen nach außen sein und jene Völker, die das Wort von der Selbstbestimmung verbreitet haben, belehren, daß auch hier eine Nation lebt, die ihr Selbstbestimmungsrecht haben will und daß dieses Selbstbestimmungsrecht unverzichtbar und unverjährbar ist, daß wir uns das ewige Recht wieder holen werden und sei es von den Sternen. (Stürmische Heilrufe.) Ich möchte diese denkwürdige Stunde schließen mit dem Worte: Es lebe die geeinigte und

entrechtete Nation, sie lebe und ihr bleibe es vorbehalten, die deutsche Stamm- und Lebensgemeinschaft auch politisch zu verwirklichen. Es lebe Deutschland! (Lebhafte Beifall und stürmische Heilrufe.)

Besprechungen des Staatskanzlers Dr. Renner mit den Ententevertretern.

Wien, 12. Mai.

Staatskanzler Dr. Renner hatte vor seiner Abreise nach St. Germain-en-Laye als Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen gestern die Vertreter der vier alliierten Mächte empfangen, um mit ihnen über die bevorstehenden Verhandlungen einen Gedankenaustausch zu pflegen und gewisse Einzelheiten der Verhandlungen zu besprechen. Um halb 10 Uhr vormittags erschien in Vertretung des von Wien abwesenden Sir Thomas Cuninghame der britische Konsul Philpot, um 10 Uhr vormittags für die amerikanische Vertretung Professor Coolidge, um halb 11 Uhr der italienische Vertreter Mario Bivalva und um 11 Uhr der französische Botschafter M. Allizé.

Herr Allizé versprach, der deutschösterreichischen Delegation in Paris die Wege zu ebnen, und teilte dem Staatskanzler mit, daß Herr Pinaud von der französischen Gesandtschaft mit dem Staatskanzler zusammen die Reise nach Paris machen werde. Von der italienischen Mission dürfte General Alberti gleichfalls nach Paris gehen.

Die deutschösterreichischen Friedensdelegierten werden heute Montag um 7 Uhr 20 Minuten abends vom Westbahnhof abreisen.

13. V. 1919

**Abreise der deutschösterreichischen Vertreter
zur Friedenskonferenz.**

Wien, 12. Mai.

Die deutschösterreichischen Vertreter zur Friedenskonferenz sind heute in Begleitung des französischen Botschaftsrates Professor Pinon nach Saint-Germain abgereist. Auf dem Bahnhose hielt Staatskanzler Dr. Kerner folgende Rede: „Wir gehen ins Ungewisse; wir wissen nicht, was erreicht werden wird. Ich werde versuchen, das Möglichste für unser gesantes Volk zu erreichen. Ich will im Sinne der ganzen Bevölkerung arbeiten! Wir müssen aber bedenken, daß wir als unterlegener Staat nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen.“

Der Neue Tag
13. IV. 1919

99

Delphisches Orakel.

(Zeichnung von Carl Josef.)



„Wenn du den Anschluss versäumst, kommst du sicher zurecht.“

19. IV. 1919

Die Abreise der deutschösterreichischen Friedensdelegation.

Gestern abends um 7 Uhr 20 Minuten hat der Sonderzug, der die Friedensdelegierten Deutschösterreichs nach Paris bringt, den Westbahnhof verlassen. Vor 6 Uhr abends war die Zugsgarnitur auf der Ankunftsseite des Westbahnhofs bereitgestellt, und schon um diese Zeit hatten sich viele Mitglieder der Delegation eingefunden. Reise- und Handgepäck wurde einer genauen Revision unterzogen, die anstandslos verlief. Der Sonderzug, in dem die Friedensdelegation reist, besteht aus einer Schnellzuglokomotive und zehn Wagen. Der erste Wagen ist ein Gepäckwagen, im zweiten sind mächtige Akkumulatorenanlagen für die Beleuchtung eingebaut. Die sich daran anschließenden fünf Personenwagen sind teils Wagen des ehemaligen Hofes, von denen jetzt alle monarchischen Embleme entfernt sind, teils Salonwagen. An die Personenwagen reißen sich ein Speisewagen, ein Küchenwagen und ein Gepäckwagen. Der erste der Personenwagen, den seinerzeit Feldmarschall Hörsing bei den Fahrten an die Front benützt hat, ist für den Bevollmächtigten Staatskanzler Dr. Renner und die Deputierten der Nationalversammlung Professor Dr. Gurtler und Dr. Schönbauer bestimmt. Die folgenden vier Personenwagen sind den übrigen Mitgliedern der Friedensabordnung, den Vertretern Frankreichs Professor Pinon und Botschaftsrat Senator Mougnot, den Vertretern der Presse und den Hilfsorganen vorbehalten. Außer den schon erwähnten Vertretern Frankreichs führen im Zuge auch andere französische Persönlichkeiten, einige mit ihren Damen.

Zur Verabschiedung hatten sich außer den Angehörigen der Delegierten sämtliche Staatssekretäre und Unterstaatssekretäre, mit Ausnahme des von einem Automobilunfall betroffenen Staatssekretärs Dr. Bauer, und viele Abgeordnete eingefunden. Ferner waren Mitglieder der fremden Missionen anwesend, unter ihnen Gesandter Allizé und der Leiter der französischen Handelsmission Major Devic, sowie Polizeipräsident Schöber.

Gegen 7 Uhr abends kam Staatskanzler Doktor Renner mit Frau und Tochter. Er nahm unter andern die Wünsche einer Abordnung des Böhmerwaldganges sowie des Abgeordneten Staffner entgegen, der ihn bat, die Interessen

Deutschsüdtirols zu vertreten. Auf eine Begrüßung der erschienenen Vertreter der Wiener Presse sagte Dr. Renner: „Wir gehen ins Ungewisse; wir wissen nicht, was erreicht werden wird. Ich werde versuchen, das möglichste für unser gesamtes Volk zu erreichen. Ich will im Sinne der ganzen Bevölkerung arbeiten. Wir müssen aber bedenken, daß wir als unterlegener Staat nicht allzu große Hoffnungen hegen dürfen.“

Als das Zeichen zum Einsteigen gegeben wurde, brachte die auf dem Bahnsteig wartende Menge lebhaftes Hoch- und Heilrufe aus. Es ertönten unter andern Rufe: „Bringen Sie einen guten Frieden!“, ferner Zurufe im Sinne der Vereinigung mit dem Deutschen Reiche. Unter Abschiedsrufen und Tücherschwenken rollte der Zug aus der Halle. Die Delegierten treffen Mittwoch um 7 Uhr 25 Minuten früh auf dem Pariser Ostbahnhof ein. Von dort fahren sie in Automobilen nach Saint-Germain.

13./V. 1919

101

Deutschösterreich von einer Kriegsentschädigung bedroht.

Nach Aeußerungen in Paris.

Wien, 13. Mai.

Die Friedensabordnung von Deutschösterreich ist auf dem Wege nach Saint-Germain. In wenigen Tagen wird Klarheit sein über die Friedensbedingungen, die uns auferlegt werden sollen, und über die Voraussetzungen der politischen und wirtschaftlichen Zukunft von Deutschösterreich. Welchen Einfluß der künftige Friedensvertrag auf das Gebiet von Deutschösterreich haben werde, ist jetzt noch nicht mit Bestimmtheit zu erkennen. Verluste drohen durch die Trennungsbewegung in Vorarlberg und durch die Strömungen, die zu einer Absonderung von Wien drängen. Die christlichsoziale Partei will diese Stimmungen, die in Oberösterreich zu einer Auflehnung gegen die Fremdenverordnung in Wien führten, berücksichtigen. Eine Bundesverfassung, welche die Zusammenhänge noch mehr lockern soll, wird vorgeschlagen. Der Ausgangspunkt war die Stärkung der Staatsgewalt in den Ländern und das Ende ist die Stärkung der Länder gegenüber dem Staate. Welchen Rückschlag diese politischen Kräfte, deren Einfluß in Wien so stark fühlbar ist, auf die Nahrungsfrage und auf die unheimlich verworrene Preispolitik und auf die Deckung des Defizits von sechs Milliarden, auf den Notenumlauf, dieses Gespenst, das so viel Grauen hervorruft, haben werden, ist nicht auszu-denken. Wir haben gehört, daß in Tirol die Forderung gestellt wurde, das Erträgnis der Vermögensabgabe dürfe nicht an das Reich abgeführt werden, sondern müsse im Lande bleiben. General Segre, der Chef der italienischen Militärmission, hat versucht, die Oesterreichisch-ungarische Bank sogar in ihren laufenden Verfügungen mit dem Metallschatz zu binden. Lauter Warnungen vor jedem Urteil über die politische und wirtschaftliche Lage, dem der nachdrückliche und durch die Verhältnisse so streng gebotene Ernst fehlt.

Eine Kriegsentschädigung von dreihundert-fünfzehn Millionen Pfund.

Der „Temps“, ein Blatt, hinter dem, wie es auch bei den „Times“ der Fall ist, gar keine Partei steht, das aber als politischer Ausdruck eines Ausschnittes der französischen Gesellschaft die größte Beachtung verdient und über die Ziele der jetzigen französischen Regierung unterrichtet zu sein pflegt, bespricht den Finanzplan, der im Friedensvertrag von Deutschland für die Hereinbringung der Kriegsentschädigung angewendet worden ist. Das Blatt berichtet: Ein ähnliches System würde angewendet

werden können auf die Kriegsentschädigungen, für die Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien die Schuldner wären. Obligationen würden im Namen dieser drei Staaten, verbürgt durch eine Solidarhaftung von Deutschland, im Betrage von ungefähr dreihundertfünfzehn Millionen Pfund ausgegeben werden können. Vier Fünftel dieser Summe würden für die Wiedergutmachung bestimmt sein. Der Rest würde dazu benützt werden, die Nahrungsmittel und die Rohstoffe, welche Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien brauchen, zu bezahlen.

So war ursprünglich der von England ausgearbeitete Plan, dem jedoch Amerika nicht zustimmte. Der Grund war, daß nach dem Wunsch von England und Frankreich die von Deutschösterreich, Ungarn und Bulgarien den Konferenzmächten zu überlassenden Obligationen eine gemeinsame Bürgschaft eben der Konferenzmächte hätten erhalten sollen, damit diese Papiere durch die hohe Sicherheit einer solchen Garantie sofort marktgängig und in bares Geld hätten umgewandelt werden können.

Die Erörterung über die Form, wie die Kriegsentschädigung von Deutschösterreich hätte geleistet werden sollen, ist für uns nicht so wichtig, als die Tatsache, daß wir eine Kriegsentschädigung zu zahlen haben werden. Aus dieser Frage, die sich drohend aufpflanzt, wird eine der ernstesten Schwierigkeiten entstehen. Denn wir können nicht zahlen. Das ist die nackte Wahrheit. Das Budget ist nicht bloß schlecht, sondern mit Siechtum behaftet. Der Notenumlauf hat eine phantastische Höhe. Millionen von Menschen leben in den verschiedensten Formen vom Staate. Die Friedensarbeit ist bisher nicht aufgenommen worden. Die meisten Unternehmungen sind schwer belastet, erschöpfen die Rücklagen und sind in Gefahr, die Ertragsfähigkeit zu verlieren. Die wenigen Ausfuhrartikel brauchen wir als Deckung für die unentbehrliche Einfuhr. Die Flotte haben wir verloren. Die meisten indirekten Steuern fließen in den tschechischen Schatz. Dr. Renner hat mit Recht gesagt, daß die Deutschen das unglücklichste Volk der Erde sind. Das deutschösterreichische Volk ist nicht glücklicher.

13. V. 1919

Die Abreise der deutschösterreichischen Friedensdelegation.

Wien, 12. Mai.

Heute abend haben die deutschösterreichischen Bevollmächtigten unter Führung des Staatskanzlers Doktor Renner die Fahrt nach Saint-Germain angetreten. Um 5 Uhr nachmittags trafen die ersten Reiseteilnehmer in dem früheren Hofwartesalon des Westbahnhofes, der als Ort der Zusammenkunft bestimmt war, ein. Zunächst erfolgte die Revision des Gepäcks und, entsprechend den Bestimmungen, welche die Devisenzentrale getroffen hatte, auch jene der mitgenommenen Bartschaften. Die Revision ging glatt vonstatten, es ergab sich nirgends ein Anstand.

Um 6 Uhr verließ der fahrplanmäßige Ententezug die Bahnhofshalle, mit dem unter anderen M. Chevalier von der Banque de Paris, der hier als Bevollmächtigter zur Ordnung von Finanzangelegenheiten gewesen war, die Rückreise nach Paris antrat. Auf dem zweiten Geleise stand der Train, der die deutschösterreichischen Delegierten zur Friedenskonferenz nach Frankreich führen sollte. Es war ein früherer Hofzug, der aus zehn doppelgleisigen Waggons mit einem Gepäck-, einem Küchen- und einem Restaurationswagen bestand. Die beiden ersten Waggons waren Salonwagen. In einem Halbcoupe fuhren zwei, in einem großen Coupe vier Personen, doch ist durch Umklappen der Bänke Schlafgelegenheit gegeben.

Die einzelnen Teilnehmer der Reise waren von ihren Angehörigen begleitet. Zur Verabschiedung hatten sich auch fast sämtliche Mitglieder der Regierung und viele Beamte der einzelnen Staatsämter eingefunden. Der Staatssekretär für Neußeres Dr. Bauer entsandte den Generalkonsul Oppenheim und ließ durch ihn sein Fernbleiben infolge Unpäßlichkeit entschuldigen. Generalkonsul Oppenheim überbrachte den Delegierten die besten Wünsche des Staatssekretärs. Bald nach 6 Uhr kam Minister a. D. Dr. Franz Klein, dann erschienen in kurzen Intervallen die Staatssekretäre Glöckel, Bratusch, Dr. Deutsch, Paul, Löwenfeld-Ruß, Eldersch, Unterstaatssekretär Professor Dr. Tandler, Polizeipräsident Schöber, Oberbefehlshaber Voog. Gegen 7 Uhr kam M. Pinon von der französischen Gesandtschaft mit mehreren Offizieren der Mission. Ein Stabsoffizier der Wiener französischen Mission macht die Fahrt als militärischer Begleiter mit. Einige Minuten vor 7 Uhr traf auch der Chef der Wiener Mission, Gesandter Allizé, auf dem Perron zur Verabschiedung ein, unmittelbar darauf Senator Rougeot. Vom Staatsamt für Neußeres waren erschienen: Sektionschef Günther, Sektionsrat Schier, Generalkonsul Funke, von der Kanzlei des Präsidenten Seiz Sektionschef Löwenthal. Weiter sah man Sektionschef Hartig und viele andere höhere Beamte.

Um 7 Uhr erschien Staatskanzler Dr. Renner mit seinen Angehörigen auf dem Perron. Die Vertreter mehrerer Kronländer legten dem Staatskanzler das Schicksal ihrer Länder nochmals angelegentlichst ans Herz und wiesen eine große Zahl von Depeschen vor, in denen sie von ihren Landesgenossen gebeten werden, den Staatssekretär zu ersuchen, ihre Interessen auf der Friedenskonferenz zu wahren. Lebhaftes Treiben herrschte auf dem Perron. Es fand auch eine Reihe photographischer Aufnahmen statt.

Gegen 7/8 Uhr wurden die Waggons bestiegen.

Namens der Wiener Presse begrüßte Redakteur Doktor Heinrich Rosenfeld den Staatskanzler mit einer Ansprache, in der er sagte, die Wiener Presse hege heiße Wünsche für den günstigen Erfolg seiner Mission. Er gebe der Hoffnung Ausdruck, die auch die gesamte Bevölkerung teile, daß es gelingen möge, die Verhandlungen zu einem erfolgreichen Abschluß zu bringen.

Staatskanzler Dr. Renner erwiderte: „Ich danke Ihnen, meine Herren! Wir gehen ins Ungewisse; wir wissen nicht, was erreicht werden wird. Ich werde versuchen, das Mögliche für unser gesamtes Volk zu erreichen. Ich will im Sinne der ganzen Bevölkerung arbeiten! Wir müssen aber bedenken, daß wir als unterlegener Staat nicht allzu große Hoffnungen hegen

dürfen. Ich danke Ihnen nochmals für den herzlichen Abschied.“ Im ersten Salonwagen saßen Staatskanzler Doktor Renner und seine politischen Berater, die Abgeordneten Dr. Gürtler und Dr. Schönbauer. Im zweiten Salonwagen hatten M. Pinon, Minister a. D. Franz Klein und die Sektionschefs im Staatsamt für Neußeres Peter, Dr. Schüller und Eichhof Platz genommen. Insgesamt nahmen sechzig Personen an der Fahrt teil, darunter drei Maschinenschreiberinnen vom Staatsamt für Neußeres.

Unmittelbar, nachdem die Funktionäre die Coupés bestiegen hatten, erschollen aus der Mitte des Publikums Hoch- und Heilrufe. „Bringen Sie uns das Reich, Herr Doktor Renner!“, hörte man eine Stimme, „Bringen Sie uns den Anschluß an Deutschland, wir wollen Deutsche sein!“ eine andere. Um 7 Uhr 25 Minuten verließ der Zug den Westbahnhof. Die Zurückbleibenden winkten den Reiseteilnehmern Abschiedsgrüße zu.

Morgen um 8 Uhr früh trifft die Reisegesellschaft in Innsbruck ein und passiert um 1 Uhr mittags die schweizerische Grenze bei Feldkirch. Um 4 Uhr nachmittags erfolgt die Ankunft in Zürich, wo nach kurzem Aufenthalt die Weiterfahrt über Basel nach Delle, der französischen Grenzstation, stattfindet, die um halb 11 Uhr nachts erreicht wird. Mittwoch um halb 8 Uhr früh trifft die Delegation in Paris ein.

Vor dem Westbahnhofe hatte die Auffahrt der Delegierten und der Funktionäre, die zum Abschied gekommen waren, ebenso wie die Abfahrt einiges Aufsehen erregt. Wachorgane hielten hier unter Leitung eines Polizeioffiziers die Ordnung aufrecht. Nachdem der Zug den Augen entchwunden war, verließ das Publikum den Perron, der Kronleuchter und die elektrischen Lichter im ehemaligen Hofwartesalon wurden abgedreht und mit dem Gedanken an ernste Möglichkeiten fuhr man in die Stadt zurück.

14. 11. 1919

105

Staatssekretär Dr. Bauer über die Friedensbedingungen.

Wien, 13. Mai.

In der am Sonntag vor dem Rathhause stattgefundenen Demonstrationsversammlung der sozialdemokratischen Arbeiterschaft für den Anschluß Deutschösterreichs an Deutschland sprach unter anderem auch der Staatssekretär des Außen Dr. Bauer. Dr. Bauer führte unter anderem aus:

Wir haben ein Recht, gegen die Friedensbedingungen, die Deutschland auferlegt werden sollen, zu protestieren; nicht allein weil das deutsche Volk unser Volk ist, sondern im Interesse aller Völker Europas und der ganzen Welt. Gerade weil wir begeisterte Anhänger des Völkerbundes sind, können wir nicht einwilligen, daß aus dem Völkerbund ein Werkzeug der Ausbeutung eines Volkes gemacht wird. Wir haben ein Recht darauf, für die Selbstbestimmung des deutschen Volkes zu demonstrieren. Stellen Sie sich vor, wie Europa aussehen würde, wenn man Deutschland zerstückelt. Welche Gefahren Europa dann drohen, wenn man ein 60-Millionen-Volk dauernd unterdrücken würde. Nur Haß wäre die Folge. Es würde dann keinen Frieden geben, sondern der Krieg verewigt werden. Wir sehen heute, daß ganze Völkerteile der Fremdherrschaft ausgeliefert werden sollen. Denken Sie nur an Deutschböhmen. Stellen Sie sich den tschecho-slowakischen Staat vor, der bestehen soll aus 6½ Millionen Tschechen, 3½ Millionen Deutschen, über 3 Millionen Slowaken und nahezu 3 Millionen Ungarn. Die Verhältnisse in einem solchen Staate wären ärger, als wie sie im alten Oesterreich bestanden, wozu noch die wirtschaftliche Abperrung käme und die Vorbedingungen für nationale Kämpfe wären gegeben. Darum wollten wir ja aus dem alten Oesterreich heraus.

Redner erklärte weiter, daß das kleine Deutschösterreich allein nicht bestehen könne. Das haben wir, betonte er, im letzten Halbjahre deutlich gesehen. Wir sollen aber wegen des Imperialismus des Westens in einem Kleinstaate eingeeengt bleiben. Wenn wir nicht in das große Deutschland hineinkommen, werden wir auch nicht Deutschösterreich bleiben. Wir werden dann in Tiroler, Kärntner, Salzburger, Oberösterreich und Niederösterreich zerfallen, also in lauter kleine Staatchen. Aus einem solchen Gebilde kann nichts Großes werden. Das Schicksal der Sozialisierung ist auf das engste mit diesen großen politischen Fragen verknüpft. Redner polemisiert gegen die Wiener Presse und erklärt, daß uns keine festen Zugeständnisse, sondern nur allgemein gehaltene Versprechungen gemacht wurden. Die Arbeiterschaft muß unerschütterlich am Selbstbestimmungsrecht festhalten. Morgen fahren unsere Friedensdelegierten nach Paris. Ich weiß nicht, was sie uns bringen werden. Wenn sie uns das Selbstbestimmungsrecht bringen, dann wird Europas friedliche Entwicklung gesichert sein. Erhalten wir aber das Selbstbestimmungsrecht nicht, dann wird der Friede eine ganz andere Form annehmen und die Kriegsbedrohung wird fortbestehen. Dann wird aber auch die sozialistische Bewegung ganz andere Wege gehen. Der Sieg des Sozialismus wird der Sieg des Selbstbestimmungsrechtes sein.

Die Friedensbedingungen für Oesterreich.

Die Grenzbestimmungen.

Versailles, 13. Mai. Wie die Morgenblätter melden, wird die Uebergabe der Friedensbedingungen an die Deutschösterreicher auf Schloß Saint-Germain im Saale Vouher-de-Pertes erfolgen.

Der Zehnerrat, dem Lardieu als Vorsitzender des Territoriauxusschusses zugezogen war, hat gestern die Grenzen von Deutschösterreich und Ungarn erörtert, die unverändert nach den Ausschussbeschlüssen angenommen wurden. Das „Journal“ berichtet hierzu: Der tschecho-slovakische Staat wird Böhmen, Mähren und einen guten Teil von Schlesien und Teschen umfassen. Zur unmittelbaren Verbindung mit Rumänien hat man ihm auch ungarisches Gebiet an den Karpathen zugewiesen. Dieser Beschluß bewirkte einen scharfen Widerspruch der Ukrainer und Ruthenen. Sie forderten im Namen des Völkerrechtes den ganzen östlichen Teil von Galizien bis zum San und den ungarischen Teil der Karpathen.

Was Ungarn bleibt.

Die Konferenz, so berichten die Blätter weiter, gewährt Rumänien nicht alles, was ihm im Vertrag von 1916 versprochen war, der ihm die ganze Bukowina, Siebenbürgen, die Ebene auf dem linken Theißufer und das Lemmer Banat zusicherte. Jetzt erhält Rumänien die ganze Bukowina, obwohl ihr nördlicher Teil unbestreitbar ruthenisch und ukrainisch ist. Dagegen läßt man Ungarn die magyarischen Bezirke des Theistales. Die Grenze wird ungefähr durch Szatmar-Remeti-Debreczin-Großwardein-Grad-Lemmeswar-Berscheß bezeichnet. Der südöstliche Teil des Lemmer Banats wird Serbien zugesichert. Serbien erhält Bosnien, die Herzegowina, Kroatien und Krain, ferner die serbischen Bezirke der Bacsla zwischen der Theiß und Donau und nördlich von der Drau. Das Schicksal des südlichen Teiles von Kärnten, der Steiermark und des Gebietes um Klagenfurt und Marburg wird durch Volksabstimmung entschieden.

Die Kriegsschulden.

Ueber die weiteren Bedingungen berichtet der „Matin“: Gemäß den im Vertrag mit Deutschland angewendeten Grundsätzen werden die vor dem Kriege entstandenen Schulden proportional auf alle Staaten im Gebiet der früheren habsburgischen Monarchie aufgeteilt, ebenso die Wiedergutmachungen, für welche Oesterreich-Ungarn die Verantwortung zu tragen hat. Dagegen werden während des Krieges zu Kriegszwecken gemachte Schulden ausschließlich von Oesterreich und Ungarn zu tragen sein.

Die österreichische Handelsflotte wird einen Teil der gemeinsamen Flotte feindlicher Schiffe bilden, die den Alliierten den verlorenen Schiffsraum ersetzen soll. Italien hatte vergeblich gefordert, daß in Triest beheimatete Schiffe nicht unter die Alliierten verteilt, sondern als zu Triest gehörig betrachtet würden. Durch die Verteilung wird jeder von den Alliierten etwa 45 Prozent von seinem verlorenen Schiffsraum, das heißt Italien etwa 380.000 Tonnen, wieder erhalten.

Der „Petit Parisien“ meldet ferner, daß der oberste Kriegsrat der Alliierten zu Versailles, der seit dem Abschluß des Waffenstillstandes nur sehr unregelmäßig zusammengetreten war, seit Samstag wieder ständig im Trianonpalast tagt, und zwar wegen der bevorstehenden Ankunft der deutschösterreichischen Delegation in Saint-Germain-Laye.

Deutsch-Südtirol den Italienern!

London, 13. Mai. Das Reutersche Büro meldet aus Paris: Der Friedensvertrag mit Deutschösterreich nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit jener im deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Sie legt die Einleitung von Verfahren gegen „militärische Verbrecher“ vor einem internationalen Schiedsgericht vor.

Wie verlautet, wird Südtirol, obwohl es eine deutsche Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

Drohungen!

London, 13. Mai. Das Reutersche Büro teilt mit: Falls die Deutschen die Friedensbedingungen nicht annehmen sollten, was für unwahrscheinlich gehalten wird, sind militärische Vorbereitungen dafür getroffen, daß die alliierten Armeen genau so vorrücken, wie sie es getan haben würden, wenn Deutschland die Waffenstillstandsbedingungen nicht angenommen hätte.

Paris, 13. Mai. (Funkspruch des Telegraphen-Korrespondenzbüros.) Das „Echo de Paris“ erzählt, daß die auf den 13. Juni anberaumte Abreise des Präsidenten Wilson jedenfalls weiter verschoben werden dürfte. Wilson werde solange als notwendig in Frankreich bleiben. Die Alliierten werden den Deutschen keine lange Verzögerung erlauben. Bis 15. Juni müsse der Vertrag unterzeichnet sein, sonst würden Marschall Foch und Admiral Beatty das Notwendige veranlassen.

Paris, 13. Mai. (Funkspruch des Telegraphen-Korrespondenzbüros.) Wie der „Petit Parisien“ meldet, ist die Demobilisierung der Mannschaften der Jahressklassen 1907 und 1908 vollständig vorbereitet und wird sofort nach der Unterzeichnung der Friedenspräliminarien durchgeführt werden.

Neue deutsche Notizen.

Berlin, 13. Mai. Wie den Abendblättern von zuverlässiger Seite mitgeteilt wird, werden heute zwei weitere Notizen der deutschen Friedensdelegation an die Alliierten überreicht werden. Die erste Note behandelt die territorialen Fragen in großen Zügen, da die Absicht besteht, nach eingehenden notwendigen Besprechungen eine Denkschrift über diese Fragen auszuarbeiten und vorzulegen. Die zweite Note legt dar, daß der Verlust wichtiger Produktionsgebiete die Knebelung unserer Industrie u. s. w., den Hungertod und die Auswanderung von fünf Millionen Deutschen bedeuten würde. Auch hier wie in weiteren wichtigen Einzelfragen werden noch nähere Mitteilungen an die Verbandsregierungen vorbereitet.

Berlin, 13. Mai. Eine Savasnote von gestern abend meldet: Die deutschen Gegenanschläge werden bis Freitag erwartet. Clemenceau erhielt die Vollmacht, unmittelbar Besprechungen mit den deutschen Delegierten zu führen, sofern dies nötig sein sollte.

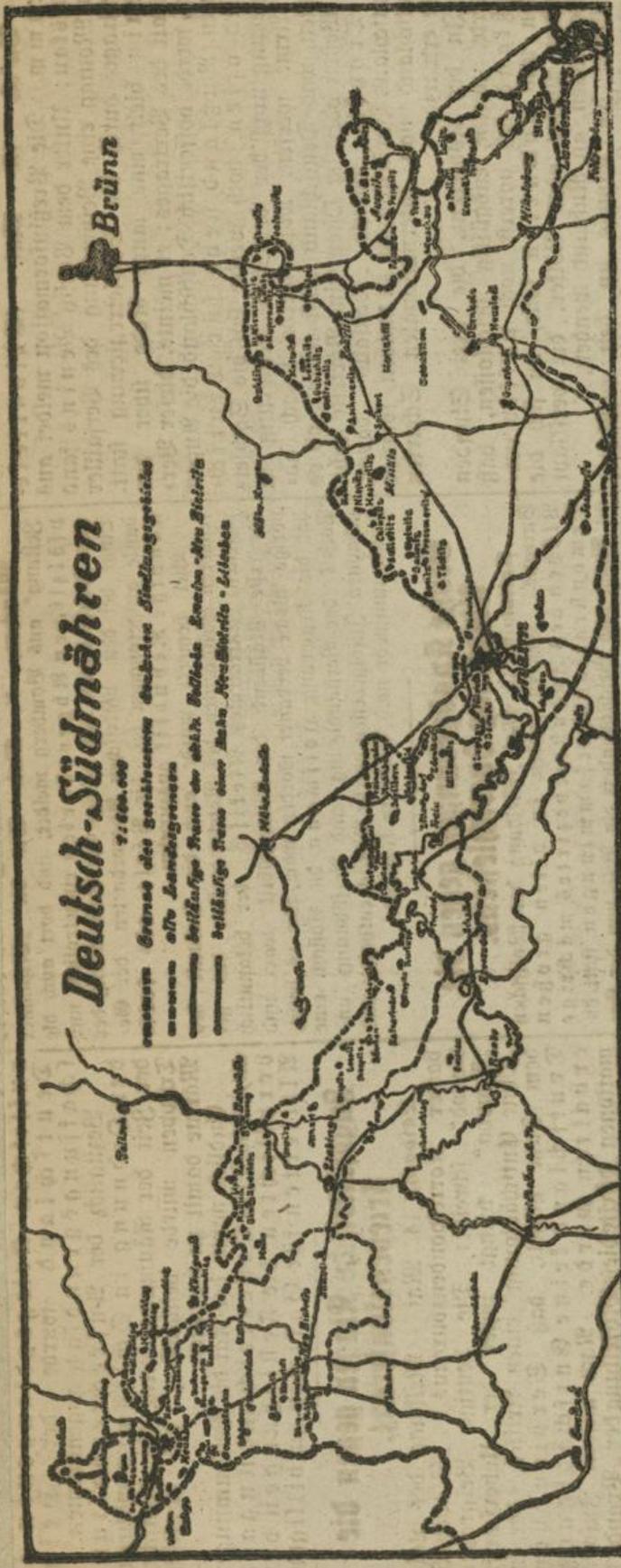
Prüfung über die Unerfüllbarkeit.

Berlin, 13. Mai. Nach einer Pariser Meldung der „Times“ haben die alliierten Kommissionen auf deutschem Boden aus Paris telegraphischen Auftrag der Alliierten erhalten, ihrerseits zu der deutschen Behauptung, die Vertragsbedingungen nicht erfüllen zu können, Stellung zu nehmen. Hieron werde das Schicksal der deutschen Vorschläge abhängen.

Protest der Internationale.

Berlin, 13. Mai. (Tel. d. Arb.-Ztg.) Die „Vossische Zeitung“ meldet aus Versailles: Der Vollzugsausschuß der Internationalen Arbeiterfriedenskonferenz, der in Paris tagt, hat dem Räte der Vier einen feierlichen Protest überreicht. Darin wird gefordert: 1. Deutschland und Rußland müssen von Anfang an in den Völkerverbund aufgenommen werden. 2. Die Alliierten sollen feierlich erklären, wann sie nach Deutschland selbst abrücken und daß sie auf jede Politik des Militarismus und der strategischen Grenzen verzichten werden. 3. Die Befreiung Polens wird begrüßt, aber gegen die Vergewaltigung deutscher Bevölkerungsteile und die Abtrennung Ostpreußens wird schärfste Verwahrung eingelegt. 4. Das Recht Frankreichs und Polens auf Kohlenersatz wird anerkannt, die Bestimmungen über das Saargebiet jedoch als zweideutig und zu weitgehend erachtet. 5. Die Wegnahme deutscher Kolonien sei nicht eine Befriedigung berechtigter Ansprüche, sondern eine imperialistische Gier.

Paris, 13. Mai. (Agence Havas.) Der Ausschuß der Internationale hat nach Bestimmung der Bestimmungen des Friedensvertrages beschlossen, eine Unterredung mit dem Viererrat nachzusuchen, um ihm die Ansicht der Sozialisten über den Vertrag zu unterbreiten.



Um Deutsch-Südmähren!

Österr unerfüllbar sind die Friedensbedingungen, die Deutschland gestellt wurden. Auch Deutsch-österreich treffen sie auf das härteste, werden doch nach ihnen zwei Länder — Deutschböhmen und das Sudetenland —, die es sich erhofft hatte, Tschechoslowakien zugewiesen. Nach dem Verluste dieser Länder heißt es für Deutschösterreich mehr denn zuvor, alle seine Kräfte anspannen, um sich die südlichen Randgebiete Böhmens zu sichern.

Diese Gebiete, der Böhmerwaldgau im Westen, dann die südöstliche Ede Böhmens (Bezirk Neudorf) und der daran anschließende lang hingestreckte süden Mährers (Bnaimer Kreis), sind untrennbar mit Österreich, beziehungsweise Niederösterreich, verbunden. Insbesondere Deutsch-Südmähren, ein hervorragendes landwirtschaftliches Produktionsgebiet mit rund zweiitausend Quadratkilometern, hat stets in lebendigster Beziehung mit Niederösterreich,

sinnvoll mit dem großen Konsumzentrum Wien, gestanden.

Dem landwirtschaftlich überfruchteten tschechoslowakischen Staate einberleibt, würde Deutsch-Südmähren seine reichen Ueberflüsse an Agrarprodukten nicht leicht abzugeben vermögen, während das nahe Wien mit seinem Millionenstamm sie nur schwer vermissen würde.

Mit rührender Treue hängt die deutsch-Südmährische Bevölkerung, für die die Grenzen zwischen Mähren und Niederösterreich stets nur ein überlebter Verwaltungsbegriff waren, an Deutsch-österreich. Ernst und nachdrücklich haben die Deutschen Südmährers — 98 Prozent der Gesamtbevölkerung des Gebietes — ihre Stimme erhoben, um die Wiedervereinigung mit ihren deutschösterreichischen Brüdern zu fordern.

Wies mit uns in Eitte und Art, in Sprache und Blut, haben die Deutschen Südmährers ein Recht, zu verlangen, daß wir sie nicht vergessen.

Der Volksverein für Deutschböhmen und Sudetenland, Gruppe Südmähren, hielt gestern eine Versammlung ab, in der unter anderem mitgeteilt wurde, daß Kreiskant direktor Oldofredi in den nächsten Tagen nach St.-Gerrain abreisen werde. Es wurde eine Entschickung angenommen, bezugsolge die versammelten Südmährers ohne Unterschied der Parteigehörigkeit sich auf den Standpunkt des ersten Anstufes an die Brüder im Reiche stellen unter der Voraussetzung, daß sämtliche deutschen Bewohner Deutschböhmens, des Böhmerwaldganes, des Sudetenlandes, Südmährers, Westungarns, Mährens, Steiermarks und Südtirols eingeschlossen werden. Die Versammlung vrmahnt sich gegen jede Politik, die dahin abzielt, unter welchen Bedingungen immer Teile des Sudetenlandes und insbesondere unsrer engeren Heimat, Südmähren, preisgegeben. Sie fordert deshalb von den deutschösterreichischen Friedensbelegierten nachdrücklich, daß diese entschlossen für die unverfälschte Erhaltung Deutsch-österreichs eintreten.

Die Züricher Frauenkonferenz gegen den Pariser Gewaltfrieden.

Die Hungerblockade — eine tiefe Schmach für die Zivilisation.

Aus Zürich, 14. d., wird gemeldet: In der Dienstagssitzung des Frauentongresses berichtete Frau Moore (Australien), daß in Australien die allgemeine Dienstpflicht dank dem Einflusse des Frauenstimmrechtes zweimal abgelehnt worden sei.

Frau Mead (Boston) verlangte einen wirklichen Völkerbund. Frau Snowden (England) kritisierte aufs schärfste die Pariser Friedensbedingungen. Es wurde sodann eine Resolution angenommen, in der das Bestauern über den Pariser Gewaltfrieden, der die Wilsonschen Grundsätze verletze, ausgesprochen wird.

Eine zweite Resolution, die über Antrag der Frau Lawrence eingebracht wurde, bezeichnet die Hungerblockade als eine tiefe Schmach für die Zivilisation und fordert von der Friedenskonferenz, daß die internationalen *Conventions*

für Kriegszwecke in eine solche für Friedenszwecke umgestaltet werde. Frau Ashton (England) trat für eine verschärfte Form dieser Resolution ein. Frau Herzka (Wien) war der Ansicht, daß der Pariser Entwurf die Grundsätze gegenseitiger Hilfeleistung vergiftet.

Nach langer Diskussion wurde auf Antrag von Miss Courtney (England) beschlossen, eine Resolution nach Paris zu senden, die praktische Vorschläge enthält.

15. IV. 1919

Die Anschlußfrage.**Äußerungen des Staatssekretärs Doktor Bauer.**

Der Berichterstatter der „Sozialdem. Korrr.“ hat gestern den Staatssekretär Dr. Bauer über die Beschuldigungen befragt, die die „Reichspost“ in ihrem gestrigen Morgenblatte gegen ihn erhoben hat.

Der Berichterstatter fragte zunächst, ob es wahr ist, daß der britische Militärbevollmächtigte Oberst Cuninghame am 17. April dem Staatssekretär Dr. Deutsch wichtige Mitteilungen außenpolitischen Inhalts gemacht und daß Dr. Bauer diese Mitteilungen der Volksvertretung verschwiegen habe.

Dr. Bauer antwortete: Von der ganzen Geschichte ist nicht mehr wahr, als daß Sir Thomas Cuninghame in einem Privatgespräch seine persönlichen Ansichten über die außenpolitische Lage Deutschösterreichs geäußert hat. Der Inhalt dieses Privatgesprächs ist der Nationalversammlung allerdings nicht mitgeteilt worden. Unter anständigen Leuten ist es nicht üblich, Privatgespräche zu veröffentlichen. Gerade Sir Thomas Cuninghame, dem wir wegen seiner Bemühungen um unsere Kohlen- und Lebensmittelversorgung zu aufrichtigem Danke verpflichtet sind, sollte die Unannehmlichkeit erspart bleiben, in unsere inneren Parteikämpfe hineingezerrt zu werden.

Unser Berichterstatter fragte dann den Staatssekretär, ob es wahr ist, daß die Vereinbarungen, die er mit dem Grafen Broßdorff-Kankau auf der Berliner Konferenz abgeschlossen hat, der Volksvertretung verheimlicht worden sind.

Der Staatssekretär antwortete: Ich habe den Inhalt der Vereinbarungen sofort nach meiner Rückkehr aus Berlin am 7. März dem Staatsrat zur Kenntnis gebracht, und der Staatsrat hat sie mit einstimmigem Beschluß zur Kenntnis genommen. Ganz ebenso ist auch die deutsche Reichsregierung vorgegangen. Auch sie hat die Vereinbarungen in geheimer Sitzung einem Ausschuss der Nationalversammlung mitgeteilt. Von Geheimverträgen kann bei solchem Verfahren keine Rede sein, da ja konkrete Verträge in Berlin nicht geschlossen worden sind, sondern nur ein Verhandlungsprogramm vereinbart wurde und die allgemeinen Richtlinien für die zu führenden Verhandlungen festgelegt wurden. Uebrigens hat auch der Staatsrat damals einstimmig beschlossen, meinen Bericht und die Debatte über ihn für geheim zu erklären.

Die Frauen und der Friede.

Der internationale Frauentongreß gegen den Gewaltfrieden.

U. Zürich, 14. Mai.
Der Internationale Frauentongreß in Zürich wurde mit der Verhandlung folgender Resolution eröffnet, die von der Engländerin Mrs. Snowden eingebracht und von der ersten amerikanischen weiblichen Abgeordneten Mrs. Rankin unterstützt wurde: „Der Internationale Frauentongreß spricht sein tiefstes Bedauern darüber aus, daß die in Versailles vorgeschlagenen Friedensbedingungen so schwer die Grundlage vergefalligen, durch die allein ein gerechter und dauernder Friede gesichert werden kann und die von den Demokratien der Welt angenommen worden waren. Indem die Friedens-

Telegraphischer Bericht.

Bedingungen den Siegern die Einhaltung der Geheimverträge garantieren, erkennen sie stillschweigend die Geheimdiplomatie an, verleugnen das Prinzip der Selbstbestimmung, erkennen das Recht des Siegers auf die Kriegsbeute an und schaffen für ganz Europa Mißstimmung und Feindseligkeit, die nur zu weiteren Kriegszügen führen kann. Das Verlangen der Abzählung nur für einen Teil der Kriegführenden bedeutet eine Vergevaltigung des Rechtes und eine Fortsetzung der Gewalt Herrschaft. Die finanziellen und wirtschaftlichen Friedensbedingungen verdammen eine Generation von hundert Millionen Menschen im Herzen Europas zur Ver-

sweilung, Besehung und Besehung, die in Frankreich und in der Armee aussetzen müssen, und zwar in jedem Volk. Im tiefsten Gefühl der Verantwortung fordert der Kongreß die verbündeten Regierungen dringend auf, ihre Bedingungen in dem Sinne zu verbessern, daß der Friede in Einflang gebracht wird mit den zuerst vom Präsidenten Wilson aufgestellten Grundfäden. Die Ehre der verbündeten Mächte ist gebunden an deren loyale Durchführung.

Diese einstimmig ohne Debatte angenommene Resolution wurde auf Antrag von Mrs. Despard, der greifen Schwester von Marquis de French, sofort nach Versailles und an die Regierungen der Alliierten telegraphiert.

Der Neue Tag
15. 1. 1919

Die Forderungen des rumänischen Nationalkomitees.

Ganz Siebenbürgen und die Komitate Brassó-Szörény, Arad, Bihar, Maramaros, Ugocsa, Szatmár, Szilágy, ferner Teile der Komitate Békés und Csánád sollen der in Nagykeben zu errichtenden Rumänischen Nationalregierung unterstellt werden.

Minister Oskar Jási verhandelt mit den Rumänenführern in Arad.

Budapest, 18. November.

Mit dieser Bestürzung wird das ungarische Volk die Kunde vernehmen, daß das rumänische Nationalkomitee in Arad der ungarischen Regierung die Forderung notifiziert hat, nicht allein das gesamte Gebiet Siebenbürgens, einschließlich des Székler Bodens, des Sachsenlandes und der von Ungarn besiedelten Gegenden dieses Landes, sondern auch beinahe das ganze Ostungarn von Arad über Debrecen und Szatmárnémeti bis nach Maramaros-Regiet „unter das Imperium einer in Nagykeben zu errichtenden rumänischen Nationalregierung“ zu stellen. Damit kein Zweifel über den Sinn dieser Formel bestehe, wird in der bezüglichen Denkschrift des rumänischen Nationalkomitees erläuternd hinzugefügt, daß dieses Imperium sich nicht allein auf die bürgerliche Verwaltung, sondern auch auf die militärische erstrecken soll. Die Frage, ob das solchermaßen unter die Herrschaft einer rumänischen Nationalregierung zu stellende Gebiet als selbständige Einheit bestehen oder später dem Königreich Rumänien angegliedert werden soll, will das rumänische Nationalkomitee erst in einem späteren Zeitpunkte zur Entscheidung bringen. Um ein ganz klares Bild von der Lage zu gewinnen, muß man sich die Tatsache vor Augen halten, daß zur Stunde bereits Truppen des Königreichs Rumänien über die Grenzpfähle der Ostkarpaten einmarschiert sind und auf siebenbürgischem Boden stehen.

Die Gebietssteile, die die Rumänen für sich beanspruchen, fassen Städte und Gegenden in sich, in denen das ungarische und das deutsche Element den weitaus überwiegenden Teil der Bevölkerung ausmacht und die Rumänen nur eine verschwindende Minderheit bilden. Das ist ein Faustschlag ins Gesicht der Wilsonschen Grundsätze, eine Verhöhnung der Ideen, auf denen der Präsident der Vereinigten Staaten die neue Weltordnung der Völkerfreiheit und der Gerechtigkeit aufzubauen wünscht. Die ungarische Regierung hat den Minister Oskar Jási mit der schweren und verantwortungsvollen Aufgabe betraut, die Verhandlungen mit dem rumänischen Nationalkomitee aufzunehmen. Minister Jási weist seit heute früh in Arad und hat die Besprechungen mit den rumänischen Führern bereits aufgenommen.

Das gesamte ungarische Volk muß in dieser Sache, die die unentbehrlichen Daseinsbedingungen unseres Staates und auch unsere nationale Ehre berührt, in engster Geschlossenheit hinter unserer Volksregierung stehen und dieser die Kraft geben, ihren Standpunkt den unerhörten Forderungen gegenüber mit allem Nachdruck zur Geltung zu bringen. Aus der einmütigen Entschlossenheit des ganzen ungarischen Volkes mag die Volksregierung die Energie und die Ausdauer schöpfen, die es verhindern werden, daß die Absicht des rumänischen Nationalkomitees in dem maßlosen Umfange, wie sie erhoben worden ist, verwirk-

licht wird. Jetzt gilt es, einig und stark zu sein, ruhig Blut zu wahren und die Regierung mit der ganzen Willenskraft des ungarischen Volkes zu unterstützen.

Ueber die Verhandlungen in Arad erhalten wir den folgenden telegraphischen Bericht:

— Von unserem Spezialberichterstatter. —

Arad, 18. November.

Heute vormittag um halb 12 Uhr haben im Komitatschause zu Arad die Verhandlungen des Ministers Oskar Jási und der delegierten Mitglieder des Ungarischen Nationalrates mit dem rumänischen Nationalkomitee begonnen. An den Verhandlungen nehmen teil: Minister Oskar Jási, die Mitglieder des Nationalrates Desider Abraham und Desider Botányi, die Vertreter des siebenbürgischen Nationalrates Dr. Stefan Apáthy, Dr. Felix Somló, Volkskommissar Dr. Alexander Vincze, Ministerialrat Dr. Julius Rácz, Sektionsrat Moisés Kovács, Ministerialkonszipist Johann Szekeres und der Sekretär des Ministers Dr. Emerich Csécsy, der Regierungskommissar für das Komitat Arad Dr. Ludwig Barjassy. Von rumänischer Seite Ladislaus Goldis, Stefan Cs.-Pop, Dr. Johann Erdélyi, Dr. Georg Krizán und die rumänischen Sozialdemokraten Johann Flucas, Josp Jumanca und Eneas Crapini.

Vor dem Beginn der Verhandlungen hatte ich Gelegenheit, mit Ladislaus Goldis zu sprechen. Er äußerte sich wie folgt:

— Die ungarische Regierung wird heute auf unsere, ihr mitgeteilten Wünsche zu antworten haben, daß wir das Imperium über die von Rumänen bewohnten Gebiete Ungarns übernehmen. Ueber die Frage, ob diese Gebiete von Ungarn abfallen und sich Rumänien anschließen sollen, werden wir heute nicht entscheiden. Die Verhandlungen können in einer halben Stunde abgeschlossen sein, sie könnten aber auch einige Tage dauern. Jedenfalls ist es unseres Erachtens ein Gebot des richtig gedeuteten Selbstbestimmungsrechtes der Völker, daß unser Recht auf das Imperium in den von unserem Volke bewohnten Gebieten uns schon jetzt eingeräumt und damit nicht bis zur Friedenskonferenz gewartet werde.

Der Reichstagsabgeordnete Stefan Cs.-Pop erklärte, daß die Rumänen das Imperium in den von Rumänen bewohnten Gebieten schon deshalb in Anspruch nehmen, weil sie dort denselben Verfolgungen ausgesetzt sind, wie unter dem alten Regime. Es wurden Strafexpeditionen gegen die Dörfer ausgerüstet und hinausgeschickt, die an Notären, die das Volk bedrückten, an Kaufleuten, die Waren aufgehäuft und sich im Kriege bereichert haben, ein Volksurteil vollzogen haben. Pop erwähnte den Fall, daß der Reichstagsabgeordnete Ferdinand Urmánczy zum Schutz seines Bruders eine kleine Truppe ausgerüstet hat, die in dem Dorfe, wo die Besetzung des Bruders des Abgeordneten Urmánczy geplündert worden war, einrückte und etwa neunzig Leute tötete. Diese Nachricht sei ihm, dem Abgeordneten Pop, telephonisch aus Kolozsvár zugekommen. Er konnte sich also noch nicht vergewissern, ob sie den Tatsachen entspreche oder nicht, aber auch er habe verbürgte Nachrichten, die ähnlich lauten. Er wolle diese Beschwerden heute in den Verhandlungen zur Sprache bringen.

Der Kommandant der rumänischen Nationalgarde, die in Arad organisiert wurde, deren Wirkungskreis sich jedoch bereits auf die meisten von Rumänen bewohnten Komitate Siebenbürgens und der anschließenden Komitate erstreckt, erklärt, daß es ihm gelungen sei, in allen Dörfern des Komitats die Ruhe nur durch Zureden,

durch Beschwichtigung der Bevölkerung wieder herzustellen. Sie verwahre sich gegen die Verwendung der sogenannten stählernen Garde, die unter dem Kommando von ungarischen Offizieren steht und in den Dörfern der Umgebung der Bevölkerung hart zusetzen soll.

Minister Oskar Jási erklärte, daß die ungarische Regierung gegenüber den rumänischen Forderungen bis zu den Grenzen der Nachgiebigkeit zu gehen entschlossen sei, nur um die Integrität des Landes sichern zu können, allein der rumänische Nationalrat begehre das Imperium auch über Gebiete, in denen die Mehrheit nicht rumänischer Nationalität sei.

Vor Beginn der Verhandlungen legte das Mitglied des rumänischen Nationalrates Ladislaus Goldis Verwahrung dagegen ein, daß außer dem Vertreter der ungarischen Regierung und den Delegierten des ungarischen Nationalrates auch Vertreter anderer nichtrumänischer Körperschaften an den Verhandlungen teilnehmen. Namentlich verwahrte er sich gegen die Teilnahme der Delegierten des siebenbürgischen Nationalrates und des sächsischen Abgeordneten Emil Neugeboren an den Verhandlungen. Der rumänische Nationalrat wünsche nur mit der ungarischen Regierung und dem ungarischen Nationalrat zu verhandeln.

Minister Jási berief sich demgegenüber auf die Forderungen der Demokratie und stellte den Vermittlungsvorschlag, daß diejenigen Herren, deren Teilnahme Ladislaus Goldis als nicht erwünscht bezeichnet habe, den Verhandlungen nur als Hörer und Vertrauensmänner ihrer Auftraggeber teilnehmen mögen. Auf die Bitte des ebenfalls erschienenen schwäbischen Volksrates wurde auch ein Vertreter dieses Volksrates in der Person des Professors Josef F. Spriegel zu den Verhandlungen zugelassen.

Nun verlas Stefan Cs.-Pop ein Memorandum. Er fordert das rumänische Imperium über Siebenbürgen und sämtliche von Rumänen bewohnten Gebiete Ungarns. Außer Siebenbürgen würden also seinem Wunsche gemäß unter das rumänische Imperium gehören die Komitate Arad, Maramaros, Ugocsa, Szatmár und zum Teil auch Békés und Csánád, und zwar soll sich das rumänische Imperium nicht auf die Verwaltung allein beschränken, sondern es soll auch ein militärisches Imperium sein. Der rumänische Nationalrat würde in Nagykeben ein mit der Zentralgewalt ausgestattetes Komitee einsetzen.

Aus Arad wird uns von unserem Spezialberichterstatter des weiteren telephonisch berichtet:

Die Verhandlungen des Ministers Jási mit den Vertretern des rumänischen Nationalrates wurde um halb 12 Uhr eröffnet. Minister Jási betonte, daß dies die erste Gelegenheit sei, bei der Vertreter der ungarischen und rumänischen demokratischen öffentlichen Meinung miteinander in Berührung treten. Er sei der Vertreter einer revolutionären Regierung, einer in Bildung begriffenen Republik. Diese Regierung erachte sich nicht gebunden durch alte Vorurteile, noch durch die Sünden des alten Systems. Ihr Ziel sei, das vollkommenste Einverständnis des ungarischen Volkes mit den übrigen in Ungarn wohnenden Völkern herbeizuführen.

Vor Eingehen in die Tagesordnung wurde dem Reichstagsabgeordneten Stefan Cs.-Pop das Wort erteilt. Er brachte die angeblichen Atrozitäten zur Sprache, die er schon Ihrem Korrespondenten gegenüber erwähnt hatte, und verlangte beruhigende Erklärungen und rasche Verfügungen von Seiten der Regierung.

Galizien und der Dualismus.

— Von Bartholomäus v. Lányi, —

Wirklicher Geheimer Rath, Justizminister a. D.

Die kaiserliche Verordnung vom 4. November dieses Jahres kündigt eine namhafte Aenderung in der inneren Organisation des österreichischen Staates an. Es heißt nämlich, daß in dem Augenblicke, in welchem der neue politische Staat zur Entstehung gelangt, Hand in Hand mit dieser Entwicklung auch dem Lande Galizien das Recht verliehen werden wird, seine Landesangelegenheiten bis zum vollen Maße dessen, was mit seiner Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und mit deren Gedeihen im Einklange steht, selbstständig zu ordnen und damit der Bevölkerung Galiziens die Gewähr ihrer nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung zu bieten. Zugleich wurde der österreichische Ministerpräsident von Körber mit der Ausarbeitung der behufs gesetzmäßiger Verwirklichung dieser Absicht erforderlichen Vorschläge beauftragt. Nun fragt es sich, ob diese Entschliebung im Verhältnis der im Reichsrathe vertretenen Königreiche und Länder zu einander und somit im ganzen staatlichen Gefüge und in der Konstitution Oesterreichs eine derartige Aenderung vor Augen hält, welche in ihren Auswirkungen auch das dualistische Verhältnis Ungarns zu Oesterreich und letzten Endes auch die Großmachtsstellung der Monarchie alteriren könnte.

Den Rahmen, in welchem die Neuordnung platzgreifen soll, hat das kaiserliche Handschreiben in zweifacher Richtung bezeichnet. Dies ist die Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit und der Einklang mit dem Gedeihen der letzteren. Das Gedeihen der staatlichen Gesamtheit ist an und für sich ein labiler Begriff, dennoch kann man sich dieses Gedeihen kaum anders denken, als daß sich die zu der staatlichen Gesamtheit Oesterreichs gehörenden Länder als staatliche Einheit kraftvoll bethätigen. Erst vor Kurzem, gelegentlich der Neuregelung der Wappenfrage, sahen wir es, daß man in maßgebenden Kreisen die richtige Tendenz verfolgt, in den Relationen nach außen, insbesondere in den Beziehungen zu Ungarn, Oesterreich als einheitlichen Staat auftreten zu lassen. Diese Auffassung bestätigt das kaiserliche Handschreiben in direkter Weise damit, daß es als konkrete Begrenzung der Autonomie Galiziens die Zugehörigkeit zur staatlichen Gesamtheit hervorhebt.

Zimmerhin bleibt noch ein weites Feld offen, wo man dem Lande Galizien die selbstständige Ordnung seiner Angelegenheiten gewähren dürfte, ohne mit den oben angedeuteten Interessen der Gesamtheit in Kollision zu gerathen. Das kaiserliche Handschreiben deutet in dieser Hinsicht auf das Gebiet der nationalen und wirtschaftlichen Entfaltung. Galizien befindet sich bereits schon jetzt im Genusse einer Art Autonomie; dieselbe erstreckt sich aber — sowie in den übrigen Ländern des österreichischen Staates — bloß auf solche Angelegenheiten, welche sich nach Ländergebieten individualisiren lassen und als spezielle Landesangelegenheiten gelten, während alle Gegenstände, „die sich auf die allen Königreichen und Ländern gemeinschaftlichen Rechte und Pflichten beziehen“, mit anderen Worten, die Angelegenheiten allgemein staatlicher Natur der

Die Zustände im „freien“ Rußland.

Von Prof. Dr. Paul Förster.

Von Petersburg kommen Nachrichten über die furchtbaren Zustände (Hunger, Krankheit, Schreckensherrschaft). Wie es dort aussieht, so im ganzen Reiche.

Auch jetzt noch ist darum zur Kennzeichnung des Standes der Dinge ein belangvoller Beitrag der vor einigen Monaten geschriebene Brief eines Angehörigen des Deutschen Konsulats, der mir zur Verfügung gestellt worden ist. Er wirft auf die Wirtschaft der Bolschewiki bezeichnende Schlaglichter oder — Schlagshatten. Der Brief, an dem wir absichtlich nicht an seiner Augenblicksfassung geändert haben, spricht für sich allein; es tut nicht not, eigene Bemerkungen daran zu knüpfen.

Moskau, 3. August 1918.

Da ich nächstens Gelegenheit habe, einen Brief zensurlos nach Deutschland zu schreiben, will ich dir mal mein Herz über die hiesigen Verhältnisse ausschütten. Es ist unglaublich, unverantwortlich, welche Unkenntnis und Unerfahrenheit zu Hause über alles, was hier vorgeht, herrscht und wie leider auch von oben her nichts zur Aufklärung getan wird, obwohl unsere Berichte an Form und Inhalt in bezug auf ihre Deutlichkeit nichts zu wünschen übrig lassen. Alle die Artikel über Mirbachs Ermordung strotzen von einer Achtung und Billigung der hiesigen Regierung, daß man nur an eine offizielle Inспиrierung glauben konnte. Neulich erschien noch in der „Römisches Zeitung“ vom 17. Juli ein großer Artikel, der allen Ernstes verlangte, daß man die Bolschewiki weiter führen und halten und durch sie die Handelsbeziehungen zu Rußland auf neuer Basis aufbauen, neue Konzessionen erwarten sollte usw. Demgegenüber darf ich auf einige Vorgänge und Zustände hinweisen, die wir täglich und stündlich am eigenen Leibe erfahren und die nicht nur uns, sondern jedem die Arbeit mit dieser Bande ganz unmöglich machen.

1) Die sozialistischen Utopien dieser Leute haben Zustände gesetzt, die jeder Beschreibung spotten. Das Erbrecht ist aufgehoben, Eigentum an Grund und Boden ist beseitigt. Alle Fabriken sind nationalisiert, das Privateigentum, das begehrenswert erscheint, wird requiriert. Kein Mensch ist mehr in seiner Wohnung, in seinem Kontor, auf der Straße sicher. Alle Banken sind geschlossen, alle Konten gesperrt. Wir erhielten vor einigen Tagen noch einen Kreditbrief der Deutschen Bank (1) auf eine hiesige — ein Beweis, daß selbst dieses Weltunternehmen noch keinen Schimmer von den hiesigen Zuständen hat! In den Fabriken herrschen statt des alten Eigentümers oder Direktors jetzt die Komitees, d. h. Vereinigungen von Arbeitern, Werkführern usw. Sie setzen zunächst die Löhne fest, die analog der jetzigen Leuerung keine kleinen sind. Dazu kommen Fabrikunkosten usw., und nach der Summe dieser Voranschläge werden sodann die Preise der Fabrikate festgesetzt. Ein Küchentisch kommt auf diese Weise auf 250 Rubel, dazu 12 v. H. Aufschlag — gesetzlich festgelegt als Höchstverdienst — 280—300 Rubel. Ähnlich bei den Häusern, wo nicht mehr der Hauseigentümer, sondern das Hauskomitee regiert, eine Vertretung oder ein Ausschuß der Mieter. Die Mieten werden größtenteils als Steuern abgeführt oder verteilt, ein Interesse an Reparaturen oder Verbesserungen hat natürlich niemand.

Hunderte von Unternehmungen und Fabriken stehen bei der Unmöglichkeit, so zu existieren, ganz still. Ihre Verpflichtung gegenüber den Arbeitern erfüllt aber dadurch nicht. Auch ohne zu arbeiten haben die ehemaligen Arbeiter dauernd weiter Anspruch auf Lohn. Die Komitees verteilen also weiter, so lange noch eine Koppe in ihren Händen ist.

Jeder Geldverkehr stockt. Die Wertpapiere sind annulliert. Es existiert nur eine große Volks- oder Reichsbank, die alle anderen Banken in sich aufgenommen hat. Guthaben werden nur in ganz kleinen Beträgen, in monatlichen Zuschüssen nach Art von Unterstützungen im Falle wirklicher Not ausgezahlt. — Jeder Börsenversteher, jedes Wertengeschäft, jeder Handel in Wertpapieren, in Waren — soweit es nicht auf erlaubten Märkten und zu festgesetzten Preisen erfolgt — ist „Spekulation“ und wird mit sofortiger Verhaftung und mit dem Tode bestraft.

Keiner kann mehr über seine Wohnung verfügen, es darf niemand mehr als ein Zimmer haben. Wer über mehrere Räume verfügt, erhält einen Proleten und Knechte zur Einquartierung, daß ihm sein Herrentum bald vergeht.

2) Eine Klassenverehrung wird von der sog. Regierung bestritten, die alles bisher Dagewesene übersteigt. Nur der Prolet hat Rechte. Der anständige Mensch wird bis aufs Blut ge-

peinigt, um dann an die Wand gestellt zu werden. Lenin hat neulich eine große offizielle Rede gehalten, er wolle die Bourgeoisie so peinigen und bloßstellen, daß in 10 Jahren sich niemand mehr erinnern soll, was ein Bourgeois gewesen sei. Die Kinder der Wohlhabenden werden zu den gemeinsten und schmutzigsten Arbeiten herangezogen, in Petersburg wird die Abbeförderung der Choleraleichen nur von Söhnen ehemaliger bürgerlicher Familien besorgt. Die Proletariatskinder erhalten von Staatswegen jeden Sonntag Kuchen (soweit Mehl da ist), werden unsonst aufs Land geschickt, gehen gratis in die Kinos und ähnliche klassische Bildungsstätten. Das Telephon arbeitet nur für Proletarier, andere, dazu rechnen auch wir — kaiserlich deutsches Generalkonsulat — können trotz baren Geldes, das man gezahlt hat, nie und niemals Anschluß bekommen.

3) Die Regierung betreibt eine offene, unverhohlene, bewußte und gemollte Sabotage gegen alle unsere Forderungen und deutschen Interessen. Alle die Knechtsgeelen, Trotki, Tschitscherin, Kadel, Frankfurt und wie die ehemaligen Bocher alle heißen, versprechen entweder alles und jedes, ohne auch nur das Geringste zu halten, oder lächeln höhnisch über unsere dauernden und wiederholten Vorstellungen, Beschwerden und Einsprüche. Wir haben trotz unserer rasenden, ununterbrochenen, fast 3 monatigen Arbeit auch noch nicht für 5 Pfennige erreicht. Die deutschen Kapitalkosten fliegen noch genau so fest wie die russischen, die Unterhandlung wegen Depotrückgabe, Sefestsetzung usw. sind, weil sie den Russen zu schnell vorwärts gingen, einfach abgebrochen und nicht wieder aufgenommen worden. Deutsche Fabriken sind genau so nationalisiert, deutsches Eigentum genau so requiriert worden wie russisches. Dem Abtransport der deutschen Rückwanderer werden dauernd Schwierigkeiten gemacht, zurzeit stockt er wieder gänzlich. Von den Bedingungen des unglücklichen Brestler Vertrages ist noch nichts erfüllt. Bei den vagen Bestimmungen versprechen es die Kerle, uns überall ein Bein zu stellen, daß es ein Freude ist.

4) Der Terror im Lande ist enorm, er kommt m. E. dem der französischen Revolution völlig gleich. Es werden in Moskau täglich an die Tausende wegen Konterrevolution und Spekulation verhaftet und Hunderte täglich erschossen. Die Gefängnisse sind über und über gefüllt. Im Kreml ist täglich 4 Uhr früh mehrfaches Salvenschießen auf die Opfer, die an die Wand gestellt sind. Das Leben ist keine 50 Kopfen mehr wert. Jeder nimmt sich bei der allgemeinen Unsicherheit selbst sein Recht oder sein vermeintliches Recht. Am letzten Sonntag schoß im Sokolniki-Park vor meinen Augen ein Bolschewist seine beiden Geliebten nieder und verschwand in den Büschen.

5) Die Regierung ist zurzeit in großer Verlegenheit wegen der Nähe der Tschecho-Slowaken. Ganz Moskau wird in Belagerungszustand versetzt.

Antistierin des Mordes an Mirbach und Eichhorn ist sie wohl nicht. Hat ihn aber im Enderfolg gebilligt, da sie seitdem mit den eigentlichen Urhebern, den Sozial-Revolutionären, durch die und dünn geht. Sie kann sich in ihrer jetzt bedrohlichen Lage gar nicht anders halten, sie besteht ja nur aus verschwindend wenigen Köpfen, ohne mit ihren alten Oegnern, den S. R. Frieden zu machen. Sie tut daher nichts, um die Mörder zu ergreifen, obwohl sie dauernd größte Versprechungen macht.

Die Herrschaft der Bolschewiki kann nach menschlicher Berechnung nur noch Tage oder Wochen dauern. Sie haben sich überall so verhaßt gemacht — durch ihren Terror, die rigorose Durchföhrung ihrer Ideen, vor allem aber durch das Mißtrauen der zahllosen Räuber, Diebe, Mörder usw., die in ihrer Eigenschaft als Kommissare (alles, was sie schaffen, ist „Komitee“ oder „Kommissariat“) den Deckmantel des Sozialismus benutzen, um in ihre eigene Tasche zu arbeiten — daß die allgemeine Spannung den Siedepunkt erreicht hat. Es kann und wird wohl in aller nächster Zeit einen Eklat geben, der das ganze politische Leben Rußlands wieder auf neue Füße stellt.

6) Nun unsere Stellung in diesem Wirrwarr! Wir gelten, da wir die Bolschewiki in den Sattel gehoben, mit ihnen Frieden gemacht, sie anerkannt haben und jetzt gewissenmaßen stützen, als deren Freunde und mitverantwortlich an diesem namenlosen Unglück. Alle besseren Kreise, die bei der Nähe unserer Truppen noch immer gehofft hatten, daß wir im richtigen Augenblick mit bewaffneter Macht eingreifen würden, haben sich seit dem Attentat ganz von uns abgewandt. Wir gelten ihnen jetzt als die ausgesprochenen Feinde Rußlands. Sie sagen einem offen ins Gesicht, daß wir hoffentlich die ersten sein werden, die bei der nächsten Umwälzung aus dem Lande herausfliegen. Die Bolschewiki und deren Freunde mißtrauen uns als kapitalistischem Stock aufs äußerste, hoffen auf die deutsche Revolution, für die sie

eifrigst und ohne Rücksicht auf Kosten propagandieren, und ziehen mit echt russischer Verschleppungspolitik und Indolenz alle unsere Ansprüche und Forderungen in die Länge. Wir stehen also so gut wie gänzlich isoliert da.

Warum hier nicht mal aufgetrumpft wird, warum wir diesen permanenten Bergewaltungen und Sabotagen gegenüber nicht einfach einmarschieren, wird hier nirgends verstanden. Inzwischen hat man den Eindruck, auf verlorenem Außenposten zu stehen — der, wie das gewöhnlich der Fall ist, auch noch nicht mal den Schimmer eines Interesses bei denen hervorruft, für die man arbeitet. . . .

7) Nun noch etwas Humoristisches: Trotz der Spannung der Lage und dem Ernst der Situation findet die jetzige sog. Regierung Zeit und Gelegenheit, ihren sozialistischen Idealen auch in der Weise zu huldigen, daß sie alles, was an die Zarenzeit erinnert, beseitigt. Den Zarenstatuen wurden zunächst Lächer um den Kopf gebunden, damit sie die Welt nicht mehr betrachten konnten (die Glücklichen); jetzt werden sie von den Sockeln herabgebracht und zertrümmert. Das große Denkmal Alexanders III. an der Erbskirche ist in den letzten Tagen mit entsetzlicher Arbeit — es wiegt viele 100 Zentner — an Winden und Stricken herabgebracht und liegt jetzt in Stücken, verbogen und zerbrochen zu Füßen seines alten Platzes. Im Zerstückern sind die Russen ja vom je bessere Meister gewesen.

Man sagt sich, wenn man durch die Straßen geht, unwillkürlich an den Kopf und fragt sich, ob man in einer Irrenanstalt ist oder nur träumt.

Alles wird von Grund aus ruiniert. Handel, Industrie und Verkehr sind so zertrümmert, daß sie Jahrzehnte brauchen, um wieder auf die Beine zu kommen. Soldaten und Bauern wühlen im Papiergeld, Proleten und Knechte sitzen im Theater, Konzert und den alten Stätten des Wohlseins und geben für eine Maßzeit 800, 1000 oder 1500 Rubel aus. Beschleiden und einfach angezogene Damen der alten Gesellschaft verkaufen Zeitungen oder Zigaretten auf den Straßen, ehemalige Offiziere — in ihrer Uniform — verteilen Programme, sind Gardetobiere usw. Es ist ein Elend im früheren Reichtum, ein banauenhafte Proben und Stöckeltmachen in der „neuen Gesellschaft“.

So sieht Moskau heute aus, und alle die blöden Darstellungen in der deutschen Presse sind entweder aus der Luft gegriffen oder tendenziös entstellt.

Ich könnte noch stundenlang fortfahren, muß aber aus Mangel an Zeit und weil der Brief morgen fort soll, beschließen. Ich hoffe mal Gelegenheit zu haben, Dir mündlich mehr zu erzählen.

Ich mußte meinem Herzen Luft machen und bitte Dich, insbesondere bei denen, die es angeht, für Verbreitung der Kenntnis der wirtschaftlichen Not Sorge tragen zu wollen. Es erspart manchem vielleicht für später eine bittere Enttäuschung. Von der Hungersnot und Leuerung im Lande habe ich noch gar nichts gesprochen.

Die Beendigung der Verfassungskrise.

Die Vorgänge im Fürstentum Liechtenstein.

Von Dr. Eduard Prinz von und zu Liechtenstein.

In letzter Zeit haben Wiener Zeitungen wiederholt recht tendenziös gefärbte und unrichtige Nachrichten über die politischen Vorgänge im Fürstentum Liechtenstein gebracht. In unserer Zeit der unwahrscheinlichsten Lügen und der ärgsten Verheerung aber ist es mir ein Bedürfnis, der Wahrheit zu dienen. Nach seiner Verfassung besitzt das Fürstentum Liechtenstein einen 15köpfigen Landtag; 12 Abgeordnete werden direkt vom Volke auf Grund des allgemeinen Wahlrechtes gewählt, drei vom Landesfürsten ernannt. Die Regierung wird von einem vom Fürsten zu ernennenden Landesverweser, dessen Gehalt zu Dreiviertel vom Fürsten gezahlt wird, geführt, dem zwei ebenfalls vom Fürsten zu ernennende Landräte zur Seite stehen. Ob diese kollegiale Führung der Landesregierungsgeschäfte, die ja im großen Ganzen nicht sehr kompliziert sein dürften, tatsächlich erfolgte und ob nicht vielmehr der Landesverweser, wie es in der Natur der Sache liegt, die Regierungsgewalt ziemlich allein innehatte, mag dahingestellt bleiben. Eine kollegiale Führung der Regierung, die man jetzt auch anderwärts versucht, gestaltet sich praktisch erfahrungsgemäß meist rasch wieder zur Einzelregierung und empfiehlt sich wohl nur für sehr wichtige Agenden. Der Landesverweser wurde stets aus der österreichischen politischen Verwaltungsbeamtenschaft genommen. Von 1884 bis 1913 bekleidete das Amt mit einer kurzen Unterbrechung, während der er in der fürstlichen Hofkanzlei tätig war, Dr. v. Zander-Maur und nach dessen Tode Leopold Baron Imhof, welcher für den Posten als geborener Salzburger, in welchem Lande, dessen wirtschaftliche Verhältnisse denen des Fürstentums wohl sehr ähneln, er jahrelang bei der politischen Verwaltung amtierte und sich großer Zuneigung der Bevölkerung erfreute, besonders geeignete war.

Es muß auch gesagt werden, daß Baron Imhof während des Krieges sich redlich bemüht hat, die Approvisionierung des Landes durch Verhandlungen mit der Schweiz sicherzustellen; nur die unfreundliche Haltung der Entente gegen das Fürstentum, dessen Neutralität infolge der engen Beziehungen des Fürstenhauses zu Oesterreich — 10 von 11 männlichen Mitgliedern der Familien im wehrfähigen Alter standen mit der österreichischen Armee oder Flotte nicht in der Etappe, aber im Feuer, von denen einer, nach Verlust eines Auges, mit kaiserlicher Bewilligung wieder eingedrückt, fiel, schwer verwundet, vier krankheitsshalber dienstunfähig wurden — vielleicht nicht ganz anerkannt wurde und das man eines starken Exportes nicht nur eigener Erzeugnisse, sondern auch aus der Schweiz gelieferter Nahrungsmittel nach Oesterreich mit Unrecht beschuldigte, bereitete der Approvisionierung des Landes die größten Hindernisse. Die Entbehrungen der Kriegszeit mögen nun dazu geführt haben, daß die dem Lande entstammenden Advokaten Dr. Beck und Dr. Ritter für ihre Agitation einen geeigneten Nährboden fanden; Dr. Beck soll in der Schweiz studiert haben, er ließ sich als Advokat in Venedig nieder, während Dr. Ritter eine gutgehende Advokaturkanzlei in Innsbruck innehatte. In letzter Zeit wurde nun die Liechtensteinische Monroe-Doktrin „Liechtenstein den Liechtensteinern“ geprägt und infolge der durch den Krieg hervorgerufenen wirtschaftlichen mißlichen Lage der Bevölkerung auch mit einem gewissen Befehl verkündet, eine Doktrin, der der Fürst vollstes Verständnis entgegenbringt, wenn auch nicht zu verkennen ist, daß bei einem so kleinen Lande wie es das Fürstentum ist und bei der geringen Zahl von Personen, die sich einer höheren akademischen, speziell juristischen Bildung zuwenden, es auf große Schwierigkeiten stoßen kann, wenn die unerwartet erforderliche Wahl des obersten Regierungsbeamten unbedingt an die Person eines dem Lande entstammenden Juristen gebunden sein soll. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“, also ein Schweizer Blatt, sprachen deshalb die Befürchtung aus, daß „wenn der Fürst ein uner schöp flicher Wohlthäter des Landes, nur immer der Gebende und niemals der Nehmende am Lande und Volke sein würde, das schlechte Wort ‚Liechtenstein den Liechtensteinern‘ binnen kurzem jammervoll zusammenbrechen werde“. Dr. Beck und

Ritter, von denen nur der erstere dem Landtage angehört ließen Baron Imhof immer deutlicher den Wunsch nach seiner Abberufung erkennen. Der Landtag sprach zwar, entgegen der neulichen Wiener Blättermeldung, in seiner Sitzung vom 7. November dem Baron das Vertrauen aus, aber Imhof glaubte, um zwischen dem Fürsten und seinem Volke nicht eine Scheidewand zu errichten, seine Demission geben zu sollen, und der Landtag ernannte mit Mehrheit einen „Vollzugsausschuß“ unter Leitung der beiden vorgenannten Herren. Die „Neuen Zürcher Nachrichten“ erklärten „den Vorgang einen gewalttätigen Verfassungsbruch“ und „die seither antende Regierung mit dem Makel eines solchen behaftet“.

Die vom Fürsten ernannten drei Landtagsmitglieder traten sofort aus dem Landtag aus, der vielleicht nach dem Beispiele, das man anderwärts gegeben hatte, als Kumparsparlament weiter tagte. Das am 12. November stattgefundene 60 jährige Regierungsjubiläum des Fürsten gab dem ganzen Lande und seiner Regierung willkommenen Anlaß, seine unbedingte Treue zum Fürsten allseitig und in rührender Weise zum Ausdruck zu bringen.

Dr. Ritter kam ebenso wie andere maßgebende Herren des Landes zu Besprechungen nach Wien und der Fürst, welcher nur Bedenken trug, den offenkundigen Verfassungsbruch zu sanktionieren und lediglich bestrebt war, die wahren Wünsche seines Volkes kennen zu lernen und in verfassungsmäßige Formen zu kleiden, vertraute Baron Imhof neuerlich mit der Fortführung der Geschäfte bis zur Klarstellung der Dinge und Umänderung der Verfassung. Die Herren Beck und Ritter hinderten aber nun Imhof an der Wiedergreifung der Regierungsgeschäfte und regierten als „Vollzugsausschuß“ zunächst selbst. Das „Liechtensteiner Volksblatt“ vom 6. Dezember wirft ihnen allerhand ungeschickliche Regierungsakte vor und erzählt, wie die ergrauten und ernstesten Männer aus dem Unterlande, 300 an der Zahl, am 2. Dezember zur Landtagsitzung hinarshierten und dort ihre Meinung zum Ausdruck brachten, um die Verschiebung der Landtagsitzung zu erzwingen, dessen Tagung das in stetem Steigen befindliche Rechtsbewußtsein der Bevölkerung als unstatthaft und ungeschicklich empfand. Das Blatt berichtet weiter, daß „der Vertreter des Unterlandes im Landtag, Peter Büchel und seine Kollegen, ihren Fehler vom 7. November eingesehen, die Ueberumpelung von damals anerkannt und in mannhafter Weise die Konsequenzen gezogen“ hatten. Büchel habe „im Landtage das Vertrauen, das die neue Regierung beim Volke genießt, in das richtige Licht gestellt und den Herren gesagt, daß sie in den vier Wochen ihres Bestehens noch nichts geleistet haben“. So kam es, daß die ursprüngliche Majorität der neuen Regierung zu einer Minorität zusammenschwand. Wie dem auch sei, der Fürst hat über Wunsch des Landes seinen Neffen Prinz Karl Liechtenstein, der bis zum Kriege in der politischen Verwaltung Niederösterreichs in verschiedenen Bezirkshauptmannschaften und dann im Handelsministerium tätig war, nach Vaduz gesandt, um die wahre Stimmung des Landes und den Willen des Volkes zu erkunden, um danach im Namen des Fürsten Verfügungen zu treffen oder dem Fürsten Anträge zu unterbreiten. Der Fürst und das ganze Land sind einig darin, einander die Treue zu halten und der Verfassung des Landes eine mehr demokratische Form zu geben. Nach dem „Volksblatt“ hat das Unterland die Forderungen und Wünsche am 2. Dezember in nachfolgender Form geäußert, deren Stil erkennen ließ, daß es sich nicht um einen Akt einer Staatskanzlei, sondern um einen echten Volksbeschuß handelt. Er lautet:

„1. Treue und Dankbarkeit unserem allgeliebten Fürsten, und zwar aufrichtige Treue, ausgedrückt vom Liechtensteiner Unterlande.“

2. Wunsch nach demokratischem Ausbau unserer Verfassung im dem Sinne, daß die Landesräte (Regierungsräte) nicht mehr vom Fürsten ernannt, sondern direkt vom Volke gewählt werden sollen; ferner, daß der Fürst den Landesverweser ernannt, derselbe vom Landtage allenfalls genehmigt und dann abberufen wird, wenn er das Vertrauen nicht mehr besitzt.

3. Der Fürst ernannt wie bisher drei Abgeordnete in den Landtag.

4. Der gegenwärtigen, sich selbst aufgeworfenen Regierung, wir meinen die Herren Dr. Beck und Dr. Ritter, wird das Mißtrauen als Funktionäre ausgesprochen, sie haben dieses Amt ehestens niederzulegen, denn sie besaßen im vorhinigen nie ein Volksvertrauen und nur hierdurch wird die Ruhe im Lande hergestellt.

5. Alle Genehmigung für den bestimmten (gemeint ist wohl „gewählten“) Ausschuß der Unterländer zu weiteren Verhandlungen und Beschlüssen, auch über Bestand oder Auflösung des Landtages.“

Der Fürst war gerne bereit, solchen sachlichen und maßvollen Forderungen entgegenzukommen und, wie es der Wunsch des Landtages war, die Ernennung des obersten Beamten und der beiden Landräte „im Benehmen mit dem Landtage“ vorzunehmen und auch bei Vorhandensein passender Persönlichkeiten, die ja nicht unbedingt Juristen sein müssen, die Liechtensteinische Herkunft dieses obersten Beamten gewährleisten. Einmütig hat der Fürst, bis sich die allgemeine Stimmung des Landes auf einen geeigneten Kandidaten konzentriert, unter Zustimmung des gesamten Landtages außer eines Abgeordneten, den Prinzen Karl zum Landesverweser ernannt und hat Dr. Beck bereits die auf ihn gefallene Wahl des Landtages zum „Landrat“ angenommen und steht als solcher dem neuen obersten Beamten getreulich zur Seite. Prinz Karl selbst ist dieser Tage nach Bern gereist, um in persönlicher Fühlungnahme mit der auch für Deutschösterreich so freundlich gesinnten Schweizer Regierung die Lebensmittelversorgung des Landes zu regeln.

In Kürze werden sich die Wogen der Erregung im Lande legen und wird in vollster Harmonie in einer verfassungsmäßig durchgeführten Verfassungsreform die innige Zusammengehörigkeit von Fürst und Land auch die segensreiche Entwicklung des Landes auf demokratischer Grundlage gesichert werden. Das Zeitungsgerede vom Anschluß des Fürstentums an die Schweiz oder an Deutschösterreich war wohl nur Stimmungsmache aus der Bevölkerung fernstehenden und trüben Quellen, ohne Grundlage im Lande, das eine kleine Verfassungskrise durchgemacht hat, die aber beileibe keine Krise seines Fürstenhauses war, das sich und dem Lande zu erhalten der gesunde und dankbare Ein des Liechtensteiner Volkes trotz aller gegenteiligen Stimmungen in seinen Nachbarstaaten sich bestrebt.

Macht, die mit der befugten Vertretung so gewaltiger Volksmassen nun einmal verbunden ist, bedeutet ein Druckmittel gegen den Imperialismus, das nirgends sonst aufzubringen wäre.

Die Kommunisten, extremen Sozialisten und Bolschewisten haben sich von der Zusammenkunft ferngehalten; sie ist im wesentlichen ein Kongress der regierenden, teilweise im Machtbesitze wohnenden Sozialdemokratie, und Lenin hat gegen sie den großen Parteibann ausgesprochen.

Friedrich Adler betont in einem Zeitungsartikel das vollständige Versagen der alten Internationale und die Mitschuld der Sozialdemokratie am Kriege und an dessen Verlängerung. Henderson erhält mit manchen andern die Verbindung mit der Pariser Konferenz und den Regierungen aufrecht. Es ist gewiß, daß diesen der Kongress jetzt sehr willkommen ist, weil sie in der bedrohlich werdenden Entwicklung unbedingt eine Verbindung mit den großen Arbeitermassen aufrecht erhalten müssen, und die kann ihnen bloß die nichtbolschewistische Sozialdemokratie verschaffen. Die jetzige Uebergangszeit mit ihrer Not an Rohstoffen, der vollständigen Desorientierung der Industrie und der Verschüchterung des bedrohten Kapitals ist sicherlich die bedrohlichste der letzten Jahre, und nur ein rascher und befriedigender Friede, ein Wiederaufleben der Wirtschaft, gleichmäßige Versorgung und die Schaffung würdiger und reichlicher Arbeitsgelegenheiten wird eine Verschärfung der Krise aufzuhalten vermögen. Um es paradoxal und vielleicht doch nicht unrichtig auszudrücken, darf man sagen, daß wir augenblicklich in einem Stadium uns befinden, das sämtliche Nachteile der kapitalistischen Wirtschaft, ohne einen einzigen ihrer Vorteile besitzt. Diese Vorteile bestehen in Bage- mut, Antrieb zur reichlichen Produktion, raschem und vollkommenem Ausgleiche der Güter. Die gewitterschwüle Stimmung, die Ungewißheit über das Morgen, über Wirtschaftsordnung und über Umfang der Staaten, über Zölle oder Freihandel, über Steuern und Konkurrenz, über Absatzgebiete und Herstellungskosten, kurz, über alles, was der Fabrikant und Kaufmann wissen muß, um zu arbeiten, lähmt und schwächt alle. So bleiben bloß die Fehler des Kapitalismus, die Ungleichheit des Besitzes, die demoralisierenden Wirkungen des Gewinnlertums, die sich jetzt auch im Proletariat äußern, zurück. Es hilft wenig, gegenüber den Drohungen der kommunistisch-bolschewistischen Minderheit sich auf das formale Recht der Mehrheit zu berufen, solange dieses Recht sich bloß negativ als Widerstand, nicht positiv als Tat äußert. Hat man schon jemals einen Kranken, der am Magen leidet, sagen gehört, daß er nur zu zehn Prozent krank und zu neunzig Prozent gesund sei? Der wilde, terroristische und undemokratische Geist, der sich weiter Volkskreise bemächtigt hat und in dem Pronunziamento der Braunschweiger Unabhängigen, die vom übrigen Deutschland und dessen Volk die platte Kapitulation verlangen, sich so herausfordernd äußert — er ist nun einmal vorhanden, und man bessert nicht, indem man ihn beklagt oder sich auf die Gewalt verläßt, sondern indem man so rasch wie möglich alle Hindernisse der Weltversorgung und Weltwirtschaft niederreißt. Die vielberufene Sozialisierung, die man sich natürlich nicht als direktantische und alle Zusammenhänge vernichtende Enteignung wird vorstellen können, würde sich dabei vermutlich als untauzliches Mittel erweisen, jedenfalls nicht helfen, die Krise zu beschwören.

Die Genossen werden sich in Bern offenbar kaum lang auf Kriegsschulddebatten einlassen, sondern versuchen, ihre Forderungen an die Regierungen zu stellen und diese international zu verwirklichen. Selbstverständlich besteht darin die einzige Möglichkeit, bedeutende und tiefgehende Fortschritte zu erzielen; die Produktion ist international, und ihre Geleße müssen es auch sein. Der Berner Kongress ist deshalb so wichtig, weil noch niemals hinter einer Vertretung der Sozialdemokratie eine so ungeheure Kraft stand, und sie wäre ganz unwiderstehlich, wenn die Verbohrtheit des Kommunismus nicht die Arbeiterschaft zerspalten und in der vollen Entwicklung ihrer Macht lähmen würde. Indessen darf man sich darüber nicht täuschen, daß auch trotz

diesem Minusposten in der Rechnung der Berner Kongress ebenso stark, wenn nicht noch stärker ist als jener von Paris. Er wird sich leider kaum mit territorialen Einzelfragen beschäftigen; ihre Wichtigkeit kann eine internationale Körperschaft kaum richtig einschätzen, und die Arbeiterschaft denkt wie jede menschliche Gruppe zuerst an ihre besonderen Interessen, und diese scheinen nicht territorial; mindestens ist ihr der Zusammenhang zwischen imperialistischen Machterweiterungen und ihrem privaten Schicksal nicht so deutlich. Dagegen wird die Arbeiterschaft sich mit ihren besonderen Forderungen, der Arbeitsverkürzung, der Lohnfrage, den Versicherungen und der Abwälzung der Kriegsschulden auf das Kapital beschäftigen. Dieses Problem scheint auf den ersten Blick unlösbar; denn das Kapital Europas dürfte geringer sein als die Kriegsschulden. Aber vielleicht ist die Unlösbarkeit dennoch eine bloß trügerische; denn zum Kapital gehört auch die Arbeitskraft und der Arbeitswille einer riesigen Gemeinschaft, und man vermag abzuschätzen, was eine neu organisierte und von der Kriegsdrohung befreite Menschheit an neuen Werten zu erzeugen vermag. Es wird vielleicht in wenigen Jahren ein Vielfaches von allem bisher Erzeugten sein. Ein aufsteigendes Volk wird zu allererst Verbraucher größten Stils, und wenn das ganze Proletariat, wenn hunderte von Millionen Menschen mehr an Gütern benötigen, empfängt die Welt auch den mächtigsten Antrieb. Gelingt es die Weltmaschine neu und besser als früher in Gang zu setzen dann könnte ein unfassbarer Aufschwung uns bevorstehen.

Der Berner Kongress ist ein sichtbares Zeichen, daß die nationale Kriegsstimmung überwunden ist; wir sind mitten im Abbau des Hasses, und darin liegt ein gar nicht auszudenkender Fortschritt — ein moralischer und materieller zugleich. In Paris sind jene vereint, die regieren; in Bern jene, gegen die nicht mehr regiert werden kann. Aber hinter diesen stehen leidenschaftliche, durch den Krieg verstörte Klassen-Imperialisten, und das Problem ist dieses, ob die Führer von Bern die Stärkeren sind. Sie haben einen schweren Zweifrontenkrieg zu führen: nach rechts und nach links, und ihr gefährlichster Feind ist die begehrlische Ungebild einer von unerfüllbaren Hoffnungen vollgelegenen Masse. Zweifellos besitzt diese, wenn sie organisiert ist, die Macht, die Welt von heute zugrunde zu richten, aber sie besitzt nicht auch die Macht, die Welt von morgen aufzurichten; diese Macht eignet keiner Weltanschauung, die sich in Widerspruch mit den Grundgesetzen der menschlichen Natur steht. Wir haben schauernd in den Kriegsjahren die Entwicklung des Statismus erlebt, und eine Organisation, die das natürliche Interesse des Menschen an seinem Fleische und seine angeborene Selbstbestimmung ausschaltet, würde zu einer entsetzlichen Produktionsverminderung und am Ende zur vollkommenen Schreckensherrschaft der kleinsten Gemeinschaft und zur Auflösung unseres gesamten Kulturbesitzes führen. Unter den in Bern versammelten Parteiführern fehlt es sicherlich nicht an Einsichtigen, die dies erkannt haben; doch es dürfte an Nutzigen fehlen, die es wagen werden, jene Erkenntnisse furchtlos gegen das demagogische Geheiß der Radikalen auszusprechen. Der Sieg des Augenblicks aber gehörte immer noch dem Mut; der dauernde, der Endsieg jedoch nur der Wahrheit. Mögen die Arbeiterführer in Bern dies bedenken und entschlossen sein, die Menschheit in ihrer schwersten Krise, die ebensogut zum Zusammenbruch wie zur kraftvollsten Genesung führen kann, nicht in sich zu lassen. Schon ein klares Auftreten gegen ihre nationalen Imperialisten, das sich nicht in Allgemeinheiten bewegen darf, sondern ganz deutlich die verschiedenen Streitfragen lösen müßte, würde lebensreiche Wirkungen haben. Darüber hinaus erhofft man vom Kongress eine entschlossene Verteidigung der Arbeiterinteressen, eine durchgreifende internationale Organisation, die den Aufstieg dieser Klasse festlegt, die Produktionskraft und Produktionswille erhöht und uns von dem Druck einer drohenden Anarchie befreit, an der die Arbeiterschaft und wir alle zugrundegehen würden.

Bern 1919 statt Stockholm 1917 — ist's nicht schon zu spät? Eine vielleicht nahe Zukunft wird diese Frage aller Fragen beantworten.

Internationaler Sozialistenkongress in Bern.

Viel Elend wäre der Welt erspart geblieben, auch viel Elend, das noch gewitterschwarz über unsern Häuptern steht, wenn dieser Kongress schon 1917 in Stockholm stattgefunden hätte, als Kerenski nach ihm schrie und Rußland noch nicht ausgeblutet und verrückelnd in Noemie lag. Damals verweigerten Lloyd George und Clemenceau die Pässe, die britischen Seeleute wollten keinen Genossen befördern, der mit den Deutschen sich am gleichen Tische niederzulassen beabsichtigte, und der Krieg dürfte sich ausleben und organisch vollenden. Die Gefallenen, die ein späteres Ende vorgezogen hätten, sprechen nicht mehr, und die überlebenden Imperialisten der Entente dürften den unbesrittenen Sieg von heute mit den letzten anderthalb Kriegsjahren nicht zu teuer bezahlt finden. Auch die Revolutionäre und Bolschewisten werden durchaus mit der Verspätung des Kongresses zufrieden sein; inzwischen sind sie in Rußland zur Macht gelangt, sind Aufruhr und Erbitterung gewachsen, verheißt die Saat von Korn und Not taucherfällige Ernte, die sie in die Scheuern zu bringen hoffen. Es hat wenig Zweck, der Frage nachzusinnen, ob sich die Welt nicht anders gestaltet hätte, wenn die Stockholmer Konferenz hätte verwirklicht werden können; man ist gezwungen, sich an die Tatsachen zu halten, an das, was sich nunmehr mitten in der Schweiz vollzieht, an die erste Zusammenkunft der feindlichen Arbeiterparteien. Die Belgier haben sich ausgeschlossen; zu tief sitzt in ihnen der Haß, und so verständlich ihr Beiseitestehen auch dem naiven Empfinden sein mag, man beklagt es dennoch. Im übrigen ist der Kongress reichlich besetzt und darf mit Fug und Recht auf den Ehrennamen „international“ während einer Zeit des verstiegensten Nationalismus Anspruch erheben. Franzosen, Engländer, Italiener, Russen, Deutsche, Oesterreicher, Griechen, Holländer und Scandinavier — wer zählt die Völker, nennt die Namen? Er dient einem doppelten Zweck — dem Parteiinteresse der Sozialisten und dem Bestreben, die Arbeit der Pariser Konferenz zu beeinflussen und zu ergänzen. Diese zweite, allgemein menschliche Aufgabe scheint uns für den Augenblick fast die bedeutungsvollere, wobei sie von der ersten naturgemäß gar nicht zu trennen ist. Denn die

31. / I. 1919

31
13**Internationale Arbeiterkonferenz in Bern****Weitere Unterredungen**

(Von unserem Berichterstatter)

Es ist für beide Teile ein unbehagliches Unternehmen, alle Delegierten, die von nahen und fernem Gestaden nach Bern kommen, immer wieder über ihre Ansichten und Absichten auszufragen. Es liegt doch auf der Hand, daß alle Herren von einem gemeinsamen Bestreben befeelt sind und insofern sie in einer kurzen Unterredung doch nicht in Einzelheiten eingehen können, im wesentlichen ein und dasselbe sagen müssen. Ich versuchte deshalb einmal mit den Herren der deutsch-österreichischen Delegation doch über etwas anderes zu sprechen.

Wenn man aber mit Oesterreichern über etwas ganz anderes sprechen will, so verfängt man sich doch stets wieder in das nie ruhen wollende Nationalitätenproblem. So konnte es denn im selbigen Oesterreich nicht anders kommen, als daß die mit Recht so innig geliebten und von gemeinsamen Bänden der Treue zum Kaiserhause und sonstigen Institutionen umschlungenen Völkerschaften, sowie sie sich selbst überlassen waren, einander gleichsam mit Indianergebrüll in die Haare fahren mußten. Daß dabei Maschinengewehre und schwere Artillerie mit angefahren werden, kann jenen Gefühlen nur kräftigeren Nachdruck und anhaltenden Widerhall verleihen. Man mußte die Kombinationen und Permutationen von ein Duzend Völkerschaften zusammensetzen, sie alle als offene Konflikte bezeichnen und dann gewänne man vielleicht ein annäherndes Bild der gegenwärtigen Lage der im ehemaligen Reichsrat vertretenen Königreiche und Länder.

Ich versuchte wieder auf ein anderes Gebiet zu gelangen und man sprach vom Essen, das doch das nächste Bedingende ist, besonders wenn es auszubleiben droht. In Wien wurde wieder die Brotration herabgesetzt... wegen einer Zugverspätung. Ich erlaubte mir die Frage, zum wievielten Male denn? Das weiß kein Mensch mehr. Und Ungarn, die Kornkammer von Mitteleuropa, selbigen Angedenkens, frug ich weiter. Die wollen Kompensationen, meinte Dr. Ellenbogen, und wir haben wenig, womit wir kompensieren könnten, und das wichtigste, die Kohle, die für die Aufrechthaltung des Verkehrs notwendig ist, fehlt

... hat aber "Kohle" mit "Brot" zu tun
nicht mehr, hier mit mehren Gedanken rechnen
mehr, den haben die Arbeiter. Ich konnte
nicht. Jeder haben wir überaus und nicht

Wien. ...

Bund

demokratischen Volksblatt und Berner Zeitung

Zweites Blatt

70. Jahrgang

Inseratennahme: Publicitas A.-G. Schweiz, Annoncen-Expedition Bureau in Bern: Baltenhausplatz 2, Telefon 15.97 - Postkonto III/327

Keine Verbindlichkeit für Aufnahme der Inserate an bestimmten Stellen oder Tagen

51

Abonnementspreise für alle übrigen Staaten des Postvereins: halbjährlich Fr. 90., vierteljährlich Fr. 15.-, monatlich Fr. 6.- bei täglicher direkter Kreuzband-Zulassung. Man abonniert direkt bei der Expedition des "Bund" Einlösung des Betrages durch Postanweisung. - Insertionspreis für die Schweiz 30 Rappen die einblättrige Nonpareillezeile oder deren Raum; für das Ausland 75 Rappen. - Annoncenregie: Publicitas A.-G., Schweiz, Annoncen-Expedition in Bern und deren Filialen im In- und Auslande.

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

(Von unserem Berichterstatter)

Die Eröffnungssitzung

Herr Arthur Henderson eröffnete am Montag nachmittag die erste Sitzung und führte aus, daß die Gewerkschaften während des ganzen Krieges eine internationale Zusammenkunft befürwortet haben. Mit dem Abschluß des Waffenstillstandes kann nunmehr dieser Wunsch in Erfüllung gehen. Während des Krieges haben sich aber die Verhältnisse der internationalen Gewerkschaftspolitik erheblich verändert, so daß immer neue Hindernisse der Verwirklichung dieses Gedankens im Wege standen. In den interalliierten Konferenzen, die im Februar und im September in London abgehalten wurden, wurde der Beschluß gefaßt, daß gleichzeitig mit dem offiziellen Friedenskongreß eine Konferenz der Gewerkschaften einberufen werde, in der die Interessen und Forderungen der Arbeiterschaft deutlicher zur Sprache kommen sollten. Ein Komitee von vier Männern, Vandervelde, Thomas, Compers und Henderson, wurde mit den organisatorischen Arbeiten betraut. Doch bot sich diesen nie die Möglichkeit einer gemeinsamen Zusammenkunft.

Henderson hatte dann bekanntlich den Vorschlag gemacht, die Konferenz nach Lausanne einzuberufen. Die schweizerische Regierung hat jedoch den Wunsch ausgesprochen, die Konferenz möge an einem anderen Orte, womöglich nach der deutschen Schweiz verlegt werden. So fiel die Wahl zuletzt auf Bern.

Hauptaufgabe der Konferenz wird es sein, mit allem Nachdruck dahin zu wirken, daß im zukünftigen Friedensvertrage die sozialen Probleme und vor allem die Interessen der Arbeiterschaft die gebührende Beachtung finden. Es handelt sich nicht um leere Formeln noch um Nebensächlichkeiten, es ist eine Lebensfrage für die Demokratie, daß die Grundsätze, für die wir kämpfen, in der Verfassung der neuen Welt die nötige Beachtung finden.

Der Redner schlägt nunmehr zur Präsidentenwahl Branting vor. Branting nimmt dankend die Wahl an, indem er sie als ein Tribut der Anerkennung für die während des ganzen Krieges zur Wiederherstellung der Internationalen geleisteten Bestrebungen ansieht. Neben ihm werden zwei Vizepräsidenten: Dr. Justo (Argentinien) und Wibaud (Holland) gewählt. Gleichzeitig wird vorgeschlagen, im Ausschuß je einen Vertreter der kriegführenden Mächtegruppen zu wählen. Als solche werden Henderson für England und Seig für Deutschösterreich ernannt.

Huymans nennt hierauf die einzelnen Delegationen. Es sind 21 Staaten vertreten, mehr als 80 Delegierte sind anwesend, die Ankunft anderer, die ihren Beitritt schon angemeldet haben, wird täglich erwartet. Vertreten sind: England, Deutschland, Frankreich, Italien, Griechenland, Argentinien, Böhmen, Bulgarien, Armenien, Holland, Deutschösterreich, Elsaß-Lothringen, Luxemburg, Spanien, Ungarn, Polen, Estland, Dänemark, Norwegen, Schweden, Rußland, Lit-

... Reise verschiedener Länder melden sich mit Ansprüchen auf Entschädigungen und Gewinne. Wilson aber ist geschichtlich ein Vorkämpfer der internationalen Politik der Arbeiterklasse, die das Werk des Völkerbundes, dem er zustrebt, vervollkommen und dauerhaft befestigen wird. Er hat Verständnis für diese Situation. Er sagte: Die Beherrscher der Menschheit sind nicht länger ihre oberen Klassen; die Geschichte der Welt liegt in den Händen des einfachen Mannes. Wenn sie nicht das Vertrauen dieser Leute erlangen, so ist alles, was Sie bauen, umsonst.

Er rechnet auf die Unterstützung der Arbeiterklasse und er versteht sehr gut, daß er deren bedarf. Diese Sympathie ist ihm auch überall von den Massen spontan zugekommen, so in Frankreich, in England, in Italien. Will aber die Arbeiterklasse einen wirklichen Einfluß ausüben können und wenn nötig eine Weltaktion zur Unterstützung Wilsons in den hochwichtigen Entscheidungen, welche jetzt in Paris bevorstehen, zustandbringen, so muß sie zuerst sich selbst wieder finden. Sie muß die Möglichkeit einer gemeinsamen Aktion für gemeinsame Ziele schaffen. Darum ist Bern zustande gekommen, nachdem die Versuche in Stockholm nicht weitergeführt werden konnten.

Wie Paris jetzt zum Sammelpunkt der herrschenden Klasse geworden ist, so könnte auch Bern den Sammelpunkt der Arbeiterklasse abgeben.

Bern muß die Kontrolle der Arbeiterklasse werden gegen eine mögliche Verpöschung des Programms Wilsons. Bern muß die selbständige Zentrale der Arbeiterklasse werden, um jene Gedanken in sozialistischem Geiste weiterzuführen.

Der Völkerbund

Hier in Bern werden wir auch unser Programm für den Völkerbund aufstellen. Wir werden es jedoch nicht wie in Paris machen, daß zuerst fünf Großmächte bestimmen. Wir bauen von Anfang an auf die Mitarbeit aller. Selbstverständlich werden wir jede Sicherung gegen Krieg, die ein System von obligatorischer Vermittlung und obligatorischen Schiedsgerichten abgeben kann, verlangen.

Aber noch eine große Frage, und zwar in gewisser Hinsicht die brennendste, muß dieses internationale Parlament der Arbeiterklasse beschäftigen. Es ist gefordert worden und gute Aussicht auf Erfolg für die Forderung ist da, daß eine Magna Charta der Arbeit Grundlinien einer internationalen Arbeitergesetzgebung in dem kommenden Friedensvertrage mit einbegriffen werden soll, wie auch in dem Völkerbundsvertrage. Da ist die gerechte Mitwirkung der Arbeiterklasse unumgänglich notwendig. Unsere Gesonnen auf dem Gewerkschaftskongreß werden diese Fragen in Angriff nehmen.

Wir stehen in einer Umwälzungsepoche, wie sie noch nie da war. Die alte Welt, die vor dem Kriege bestand, die Welt des Kapitalismus im Kampfe gegen einen vordringenden, aber noch unterliegenden Sozialismus wird nie zurückkehren wie wir es früher konnten. Die Umwäl-

Das Arbeitsprogramm ist folgendermaßen in Aussicht genommen: Heute und morgen Völkerbund und allgemeine Politik; Donnerstag territoriale Fragen; Freitag Schutzgesetze für die Arbeiter; Samstag Resolutionen und Schluß des Kongresses, worauf die Arbeiten von der permanenten Kommission weitergeführt werden sollen.

Die Eröffnung

Bern, 3. Februar. (Schweizerische Arbeiterzeitung.) Die internationale Sozialistenkonferenz wurde heute nachmittags von Henderson mit einer englischen Ansprache eröffnet, in der der Redner die vorbereitenden Schritte für das Zustandekommen der Konferenz skizzierte. Sodann beantragte Henderson, Branting zum Präsidenten zu wählen.

Auf Vorschlag Quysmans' wird das Präsidium aus einem Präsidenten und zwei Vizepräsidenten aus Angehörigen neutraler Staaten und aus je einem Vertreter der Zentralmächte und der Entente als Beisitzern zusammengesetzt. Das Büro wird gemäß diesem Vorschlag bestellt aus Branting (Schweden) als Präsidenten, Wibaut (Holland) und Dr. Justo (Argentinien) als Vizepräsidenten sowie Henderson (England) und Seitz (Deutschösterreich) als Beisitzern.

Branting nimmt die Wahl als Anerkennung der Arbeit der Neutralen während des Krieges für die Wiederherstellung der Arbeiterinternationale an und führt aus:

Brantings Eröffnungsrede.

Noch 1912 konnte die Internationale in Basel ihre Stimme gegen den schon drohenden Weltkrieg erheben. Als aber 1914 die noch mehr verschärften Gegenätze zu Tage traten und obendrein verbrecherische Hoffnungen auf einen Krieg, der einem einzigen starken Volke die Welt herrschaft schnell bringen sollte, alle Versuche eines friedlichen Ausgleichs von Seite der Demokratie des Westens vernichteten, ist statt dessen die Internationale selbst der Weltkatastrophe zuerst zum Opfer gefallen. Die Versuche, die bis zum letzten Moment gemacht wurden, die Internationale zum gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg zu vereinen, sind vollständig gescheitert. Die Mächte der Welt haben es fertig gebracht, die Wahrheit vollständig zu verschleiern und dem Volke den Glauben einzuflohen, daß es sich nur darum handle, Land und Leben gegen einen ruchlosen Ueberfall zu verteidigen. Es ist meine tiefe Ueberzeugung, daß nur durch eine offene Aussprache jene Atmosphäre geschaffen werden kann, in der der Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen denen möglich sein wird, die alle demselben Ideal zustreben. Wie Bebel und Wilhelm Pieblich nach dem Sturz des französischen Kaisers in Sedan einer verweirten nationalstischen Volksstimmung in ihrem Lande Trost boten, die die Annexion von Elsaß-Lothringen gegen den klaren Willen der Bevölkerung verlangte, so kann jetzt an uns die Reihe sein, mit derselben Bestimmtheit gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, vorzugehen und im Namen der gemeinsamen sozialistischen Demokratie Europas vollständige Friedensbedingungen für die neuen Republiken zu fordern, die aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind. Schon die Londoner Konferenz der Entente-sozialisten im Februar 1915 hat deutlich betont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt werde. Es wäre unfair, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der Verbrechen ihrer früheren Herrscher ganz verbluten, und mit der Zivilisation unvereinbar, wenn sie sogar teilweise zu Zwangsarbeit verurteilt werden sollte. Für die Sieger ebenso gut wie für die Besiegten, für die dauernd oder zufällig starken wie für die dauernd oder zufällig schwachen Völker muß als einziger und dauerhafter Grund das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen gelten. Diese alte Forderung der Internationale, die im Anfang des Krieges auch von gewissen Staatsmännern der Entente energisch proklamiert wurde, ist vom jungen Amerika mit einer Klarheit und Festigkeit aufgenommen worden, die wir voll und ganz anerkennen. Geschichtlich ist Wilson ein Vorläufer der internationalen Politik der Arbeiterklasse, die das Wort des Völkerbundes, dem er zustrebt, vervollkommen und dauerhaft befestigen wird.

Wilson hat in einem seiner Punkte dagegen protestiert, daß Völker und Provinzen von Oberherrlichkeit zu Oberherrlichkeit verschahert werden können, als ob sie Gegenstände oder Figuren in einem Spiele wären.

Die sozialistische Arbeiterklasse erhebt ihren energischen Protest gegen alle derartigen Versuche. Sie wartet die Sieger davon, ihren Sieg zu mißbrauchen und dadurch die Samen neuer Konflikte anzujäten; sie wartet die neu entstehenden Nationalstaaten davon, im ersten Hauche weiterzugehen, als das wirkliche Recht folgen kann, und sie erwartet vom Völkerbund die Aussicht darüber, daß die berechnete Entwicklung der Minoritäten in allen Staaten durch eine Selbstbestimmung gesichert wird, die die Gegensätze mildert sowie einem friedlichen, ökonomischen und kulturellen Zusammenleben den Weg öffnet.

Aber noch eine große Frage, und zwar in gewisser Hinsicht die brennendste, muß dieses internationale Parlament der Arbeiterklasse beschäftigen. Es ist gefordert worden — und gute Aussicht auf Erfolg ist da —, daß eine

Magna Charta der Arbeit,

die Grundlinien einer internationalen Arbeitergesetzgebung, im kommenden Friedensvertrag wie auch im Völkerbundvertrag mitinbegriffen werde. Da ist eine gerechte Mitwirkung der Arbeiterklasse an unumgänglich notwendig. Unsere Genossen werden auf dem Gewerkschaftskongress diese Fragen in Angriff nehmen. Aber auch diese internationale sozialistische Konferenz muß zusehen, daß sich die Tagesforderungen in diesen Fragen in einer derartigen einheitlichen Kraft sammeln, daß sie unwiderstehlich werden. Die Umschüttung der Welt, die geschehen ist, macht eine Rückkehr zum Alten unmöglich. Der Sozialismus ist eine Macht, an der niemand vorüber kann. Er muß dann aber selbst seine Ziele und Wege kennen. Grundlage unserer Anschauungen ist das Recht der Demokratie, die Freiheit des Wortes und des Gedankens, sowie die Durchführung des Sozialismus durch Schaffung einer geordneten gemeinsamen Produktion. Diese Begriffe haben sich in diesem Durcheinander in gewissen Kreisen bis zur Verleugnung verdunkelt. Unter Mißbrauch des Wortes von der Diktatur des Proletariats wird die Herrschaft für einen Minderheitsterror

verlangt, der das Gegenteil sowohl der Demokratie als des Sozialismus bildet. Wir, die wir hier versammelt sind, lehnen energisch ähnliche Entartungen ab, die der Arbeiterklasse nur Schaden und den Sozialismus nur kompromittieren können. Ebenso wie seinerzeit Karl Marx gegen Bakunin und die deutsche Sozialdemo-

kratie gegen Most und andere, so werden wir den Sozialismus gegen jene zu verteidigen wissen, die zwar seinen Namen gebrauchen, sein Wesen aber verleugnen. Es hängt fest von der Konferenz selbst ab und von dem Geiste, in dem sie ihre Arbeit verfolgt, ob sie, was wir alle wünschen, als ein Leuchtfeuer auf hohem Berge im Alpenland angezündet, leuchten wird für die neue Zeit, für die Verwirklichung der Demokratie und für den Anfang des Sozialismus. Dieses hohe Ziel möge unsere Arbeiten leiten und uns über alle Schwierigkeiten hinweghelfen.

Die Franzosen gegen die Mehrheitssozialisten.

Albert Thomas (Frankreich) führte unter anderem aus: Die Internationale war das erste Opfer der Weltkatastrophe, wie dies durch den Tod Jaurès' am sichtbarsten illustriert wird. Der Krieg war ein weltgeschichtliches Verbrechen. Ueber dieses Verbrechen müssen wir uns offen aussprechen, damit es möglich ist, an dem Wiederaufbau des Vertrauens zwischen den verschiedenen Nationen zu arbeiten. Meine Freunde und ich sind von der Notwendigkeit überzeugt, daß der Wille der Arbeiter beim Friedensschluß zur Geltung komme und daß nur eine gemeinsame Aktion aller Arbeiter Einfluß haben kann. Um hier aber zu beschließen zu gelangen, die als Ausdruck des Willens der gesamten Internationale erscheinen und die nötige durchschlagende Kraft besitzen, ist es nötig, gewisse Fragen vorher zu erörtern. Vor allem muß die Frage beantwortet werden, ob zwischen den einzelnen Mitgliedern der Internationale das gleiche Vertrauen besteht wie vor dem Kriege. Nur wenn diese Fragen vorerst erledigt werden können, ist es möglich, eine fruchtbare Arbeit zu leisten. Diese Fragen führen auf die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten vor dem Kriege. Es war ausgemacht, daß, wenn ein imperialistischer Krieg hervorgerufen würde, es Pflicht der Partei sei, gegen die betreffende Regierung vorzugehen, während es erlaubt war, an einem Verteidigungskrieg teilzunehmen. Wer hat auf Seite der Landesverteidigung gestanden, wer auf Seite der verbrecherischen Regierungen? Wir erkennen nicht die Schwierigkeiten der deutschen sozialistischen Partei, aber ihre Verhaltenslinie war klar vorgezeichnet. Dennoch hat sie Kriegskredite bewilligt, und als Diebstahl, Haase, Kautzig und Giesler gegen die Regierung auftraten, da wurden die deutschen Mehrheitssozialisten nur noch treuere Diener des deutschen Kaisers. Gegen den Frieden von Brest-Litovsk und Entente haben sie nichts Wirksames unternommen und vor der Jahreshälfte 1918 haben sie offen verkündet, daß nur ein Sieg der deutschen Waffen das Heil bringen könnte. Angesichts dieser Tatsachen muß die Frage geprüft werden, ob das gegenwärtige Vertrauen, das die Einigkeit verlangt, vorhanden ist. Die deutschen Sozialisten haben die vierzehn Punkte Wilsons angenommen, aber ich frage sie: Habt ihr euch nur unter dem Druck der Waffen zu diesem Programm bekennt, oder tut ihr es aus Ueberzeugung? Die Internationale muß in diesen Fragen das Urteil sprechen und darum muß zuerst die Frage der Verantwortlichkeit erörtert werden. Da es in Frankreich Genossen gibt, die uns derselben Haltung wie jene Oberst und Scheidemanns zeichnen, so muß die Internationale Stellung nehmen zu der Haltung dieser Genossen, die eine systematische revolutionäre Agitation betreiben, ohne Rücksicht auf die tatsächlichen Verhältnisse oder die Gefühle der Volksgenossen, mit anderen Worten, es muß gegen den Bolschewismus Stellung genommen werden.

Prüfung der Verantwortlichkeit und des Bolschewismus.

Thomas beantragt schließlich, die Frage der Verantwortlichkeit der Regierungen an dem Ausbruch des Krieges und an der Verletzung einer Neutralität, die unter die Garantie Europas gestellt war, sowie die Frage der Verantwortlichkeit der Sozialisten, die daran verwickelt sind, an die Spitze der Tagesordnung zu stellen. Er beantragt weiter, in Erwägung, daß die Zukunft des Sozialismus in der Welt durch die Tendenzen, genannt Bolschewismus, mit der größten Gefahr bedroht wird, als zweiten Punkt auf die Tagesordnung zu setzen: Die Rolle der Demokratie bei der Wiederanrichtung der sozialen Ordnung.

Die französische Linke.

Mistral (Frankreich, Linke): Die Internationale muß versuchen, einen möglichst großen Einfluß auf die Pariser Konferenz zu gewinnen. Die in verschiedenen Ländern ausgedehnten Revolutionen sollen in ihrer Gesamtheit gewürdigt und der revolutionäre Gedanke als Ganzes betrachtet werden. Die Internationale darf zwischen diesen Revolutionen keine Unterscheidung machen. Die Konferenz muß als erste Handlung ihren Gruß an die russische und an die deutsche Revolution senden. Drei Fragen müssen behandelt werden: 1. Verantwortung für den Krieg; 2. Inhalt des Friedensvertrages; 3. die durch die Revolution geschaffenen Zustände.

Verteidigung der Mehrheitssozialisten.

Wols (Berlin, deutsche Mehrheitspartei) erklärt, daß die deutschen Sozialdemokraten freudigen Herzens nach Bern gekommen seien, um sich hier für immer von der lurchbaren Vergangenheit des Krieges abzuwenden. Die deutschen Mehrheitssozialisten seien bereit, der Schuldfrage nicht aus dem Wege zu gehen; aber der zweite Teil der Resolution Albert Thomas könne nicht zur Aufrichtung der Internationale dienen, da er die Majorität der deutschen Sozialdemokratie anschlüssen wolle. Statt der Schuldfrage, die die deutsche Sozialdemokratie bereits entschieden habe, indem sie die Landesräter zum Teufel schickte, müsse die Frage diskutiert werden, auf welche Weise die Internationale wieder geschaffen werden könne. Die deutsche Sozialdemokratie habe alles getan, um die Kriegserklärung Deutschlands zu verhindern. Nachdem aber die Entscheidung gefallen war, habe auch die deutsche Arbeiterklasse das Land, das von einer russischen Invasion bedroht war, verteidigen müssen. Die deutsche Sozialdemokratie habe in dem Kampfe, den das ganze deutsche Volk als einen

Verzweigungskampf gegenüber einer Welt von Feinden ansah, als die größte Volkspartei zum Vorschein kommen müssen. Die Politik der Landesverteidigung, wie sie die Mehrheitspartei geübt habe, sei die richtige gewesen, auch darum, weil sich die Partei nicht dem Vorwurf aussetzen durfte, daß sie, wenn Deutschland zusammenbrach, daran die Schuld getragen hätte. Den Einmarsch in Belgien und die dortige deutsche Kriegsführung sowie die Angriffe auf London habe die Mehrheitspartei immer verurteilt, weil sie erkannte, daß dadurch bloß die Kriegseifersucht aufgepeitscht werde. Das Gland durch die Hungerblockade ist eine der schärfsten Anklagen gegen die Kriegsführung der Entente. 700.000 deutsche Frauen, Kinder und Greise seien infolge dieser Hungerblockade zugrunde gegangen. Was die Verantwortung für den Krieg betreffe, so habe die Partei sofort nach Uebernahme der Macht die Schuld der deutschen Regierung festgestellt, ohne dabei vergessen zu können, daß der russische Zar und gewisse Leute in Paris ebenso wenig als die weißen Anschläge zu betrachten seien. Während die deutschen Sozialisten gemeinsam seien, ihr Volk gegen den verhängnisvollen Imperialismus zu verteidigen,

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Bern.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 3. Februar.

Schon die Eröffnungssitzung des Internationalen Kongresses, der heute nachmittags im Berner Volkshaus seine Beratungen begonnen hat, ist den Erwartungen der Befürworter dieser Konferenz gerecht geworden. Nicht weniger als zweiundzwanzig Nationen sind durch mehr als achtzig Delegierte vertreten. Besonders zahlreich sind die Franzosen erschienen, deren Delegation alle Schattierungen von Albert Thomas bis zu den Genossen vom „Populaire“ aufweist. Die Belgier, die Amerikaner, die Serben und die Schweizer fehlen. Quysmans gedenkt in seiner einleitenden Rede auch dieser Abwesenden. Den Belgiern, sagt Quysmans, geht unser Kongreß zu weit links, den Schweizern zu weit rechts. Branting, der zum Vorsitzenden gewählt wurde, skizzierte die Aufgaben des Kongresses folgendermaßen: Herstellung des ersten Kontakts zur Wiederaufrichtung der Internationale. Mit der Aufrollung der Schuldfrage in voller Breite, zu der sich Thomas und Renaudel gleich nach Eröffnung der Nachsitzung verpflichtet fühlten, wird die Erreichung dieses Zieles allerdings nicht gerade erleichtert und ihre Reden sind die bemerkenswertesten Momente des ersten Tages. Doch betonen die französischen Sozialisten in Privatgesprächen, daß sie mit dem besten Willen nach Bern gekommen, und ihren Wunsch, die Internationale in ihrem ganzen alten Umfang und in erhöhter Bedeutung wiederherzustellen. Auch die Engländer bemühen sich, die Schwierigkeiten, die sich aus dieser breiten Aufrollung der Schuldfrage für die Erledigung der eigentlichen Aufgaben des Kongresses ergeben könnten, zu beseitigen.

Da der Kongreß am Samstag geschlossen werden soll, werden täglich Nachsitzungen abgehalten. Für morgen ist die Ankunft Friedrich Adlers zu erwarten, der das Eintreffen der Einreiseerlaubnis an der Grenze abwarten mußte. Seitz kehrt morgen nach Wien zurück. Von den Unabhängigen begibt sich Haase morgen nach Weimar.

Der Bund

Redaktion: Essingerstrasse 1
837 Telefon 537

Druck und Verlag: Föschel-Jent & Bühler
Postfachkonto 111/78

Expedition: Essingerstrasse 1
836 Telefon 536

Organ der freisinnig-demokratischen Politik

Eidgenössisches Zentralblatt und Berner Zeitung

Inseratenannahme: Publicitas A.-G.
Schweiz, Annoncen-Expedition

Bureau in Bern: Wolfenhausenstr. 2
Telephon 15.57 - Postfachkonto 111/527

Keine Verbindlichkeit
für Aufnahme der Inserate an bestimmten Stellen
oder Tagen

Abonnementspreise. Bern-Stadt: halbjährlich Fr. 11.50, vierteljährlich Fr. 5.75. Schweiz: halbjährlich Fr. 15.00, vierteljährlich Fr. 7.50. Bei der Post bestellt je 20 Rappen mehr; für Zustellung unter Einzeladresse vierteljährlich 50 Rappen mehr. - Abrechnungen 4 Rappen. - Postabonnements für das Ausland sind am Wohnort des Bestellers aufzugeben, und dort ist der Abonnementspreis zu erfragen. Postabonnements haben Deutschland, Frankreich, Oesterreich-Ungarn, Italien, Holland, Dänemark, Schweden und Norwegen usw.

Nr. 52

Abonnementspreise für alle übrigen Staaten des Vorkriegs: halbjährlich Fr. 30. - , vierteljährlich Fr. 15. - , monatlich Fr. 5. - bei täglicher direkter Kreuzband-Zustellung. Man abonniert direkt bei der Expedition des "Bund". Einbindung des Betrages durch Postanweisung. - Inseratspreis für die Schweiz 50 Rappen die einseitige Doppelseite ober deren Raum. - für das Ausland 75 Rappen. Gesamtpreis Fr. 2.50 die Annoncenzeile. Annoncenregie: Publicitas A.-G., Schweiz, Annoncen-Expedition in Bern und deren Filialen im In- und Ausland.

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Aus den Reden des ersten Tages der Konferenz seien die Stellen nachgetragen, die in der letzten Nummer unseres Blattes nicht mehr Raum fanden.

Aus der Eröffnungsrede Brantings

Wir haben es nicht vergessen, wie die erste Internationale nach dem Sturze des französischen Kaisers in Sedan einen anständigen Frieden mit der französischen Republik gefordert hat und wie Bebel und Wilhelm Liebknecht einer verwilderten nationalistischen Volksstimmung in ihrem Lande Trost boten, welche die Annexionen von Elsass-Lothringen gegen den klaren Willen der Bevölkerung verlangte. Es kann jetzt an uns die Reihe sein, mit derselben Bestimmtheit gegen den Annexionismus, von welcher Seite er auch kommen mag, vorzugehen und im Namen der gesamten sozialistischen Demokratie Europas anständige Friedensbedingungen zu fordern für die neuen Republiken, welche aus den Ruinen der alten Kaiserreiche entstanden sind. Schon die Londoner Konferenz der Entente-Sozialisten im Februar 1915 hat deutlich betont, daß der Krieg nur gegen die deutsche Regierung und nicht gegen das deutsche Volk geführt wurde. Es wäre ungerecht, wenn jetzt die Arbeiterklasse wegen der Verbrechen ihrer früheren Herrscher ganz verbluten, und mit der Zivilisation unvereinbar, wenn sie sogar teilweise zur Zwangsarbeit verurteilt werden würde. Für die Sieger ebensogut, wie für den Besiegten, für die permanent oder zufällig Starken, für die permanent oder zufällig Schwachen Völker muß der einzige dauerhafte Grund gelten: das Selbstbestimmungsrecht aller Nationen.

Diese alte Forderung der Internationale, welche im Anfang des Krieges auch von gewissen Staatsmännern der Entente energisch proklamiert wurde, ist vom jungen Amerika mit einer Kraft und Festigkeit, welche wir voll und ganz anerkennen, aufgenommen worden.

Wir hatten alle ein Vorgefühl, welche Kräfte den Weltfrieden gefährdeten in einer Gesellschaft, die nicht nur der kapitalistischen Ausbeutungspolitik freies Spiel gab, sondern außerdem in großen Teilen der Welt eine Machtkonzentrierung der feudalen Kasten aufrechterhielt, die mit den wirklichen Stimmungen der Völker keine Fühlung hatten und ohne jede Verantwortung waren. Noch 1912 konnte die Internationale in Basel ihre Stimme gegen den schon drohenden Weltkrieg erheben. Als aber 1914 die noch mehr verschärften Gegensätze zutage traten und obendrein verbrecherische Hoffnungen auf einen Krieg, der einem einzigen starken Volke die Welt Herrschaft schnell bringen sollte, alle Versuche friedlicher Ausgleichs von Seiten der Demokratien des Westens vernichteten, so ist statt dessen die Internationale selbst der Weltkatastrophe zuerst zum Opfer gefallen. Ich denke nicht nur an einen solchen Schicksalsschlag, der die ganze Welt, aber in erster Linie unsere sozialistische Internationale traf, durch die Ermordung unseres unvergesslichen Jaurès. Sein Name soll zuerst genannt werden, wenn wir heute zum erstenmal nach fürchterlichen Jahren wieder hier zusammenfinden, in gemeinsamem Zukunftstreben vereint. (Beifall. Die Versammlung erhebt sich zu Ehren Jaurès von ihren Sitzen.) Die Versuche, welche bis zum letzten Moment gemacht wurden, die Internationale zum gemeinsamen Widerstand gegen den Krieg zu vereinen, sind vollständig gescheitert. Die Machthaber gewisser Länder haben es fertig gebracht, die Wahrheit vollständig zu verschleiern und dem Volke den Glauben einzuspielen, daß es sich nur darum handle, Land und Leben gegen einen ruchlosen Überfall zu verteidigen. Die Urteile über frühere Kameraden fielen umso bitterer

aus, je weniger man von der andern Seite des eisernen Vorhanges es verstand, wie fast unmöglich es ihnen gemacht wurde, das zu sehen, was von außen so sonnenklar erschien, nämlich daß man hier an einem weltgeschichtlichen Verbrechen teilnahm, worauf wieder eine weltgeschichtliche Vergeltung eben gefolgt ist.

Ich werde mich von diesem Platz in dieses Thema nicht vertiefen. Ich wollte es aber nicht in diesen ersten Worten der Konferenz beiseite lassen. Wir müssen uns nämlich alle sagen, daß klares Ausreden in diesen Dingen in der Fortsetzung unserer Debatte unausbleiblich werden wird. Es ist außerdem meine tiefe Überzeugung, daß nur durch eine offene Aussprache in diesen Dingen die Atmosphäre geschaffen werden kann, in welcher der Aufbau eines neuen Vertrauens zwischen denen, die alle demselben Ideal zustreben, möglich sein wird. Die Wahrheit hat eine Macht, wie nichts anderes. Würden wir eine künstliche Eintracht auf Schweigen und Vertuschungen aufzubauen versuchen, so wäre jeder solcher Bau innerlich hohl. Noch gelten für uns wie für die großen Verstorbenen des Sozialismus die Lösung der ersten Internationale, daß wir Wahrheit, Recht und Gerechtigkeit als Grund der Verhältnisse zwischen Nationen wie zwischen einzelnen Bürgern anerkennen. In dem wir folglich keiner Frage von Verantwortung aus dem Wege gehen, ist es jedoch selbstverständlich, daß wir alle deswegen hier versammelt sind, weil uns in erster Linie der Zukunft gegenüber Pflichten obliegen. Und doch müssen wir, und mit Recht, sagen, daß die revolutionäre Umwälzung, welche Throne von Hohenzollern über den Haufen geworfen hat, ganz neue Ausgangspunkte für ein sozialistisches internationales Zusammenarbeiten ergibt.

Um einzelnen Staaten die Annäherung an die Abrüstung zu ermöglichen, welche die Völker nach diesem Kriege unbedingt nötig haben, müssen wir fordern, daß der Völkerbund seine Zwangsmahregeln gegen jede Nation solidarisch ergreift, die gegen die Verträge renouviert und wieder an die Macht gegen das Recht appellieren würde. Es muß klar werden, daß dem alten Militarismus, dem alten System des Weiterrückens, das in so hohem Grade die Katastrophe beschleunigte, durch diesen Krieg der Todesstoß versetzt wurde. In einem Völkerbunde, dessen einzelne Glieder vom Geiste des Sozialismus mehr und mehr durchdrungen werden, muß jeder Militarismus verschwinden, eine Giftpflanze, die aus Mangel an Nahrung hinsiechen muß.

Die territorialen Streitigkeiten, welche die Welt beunruhigen, können hier selbstverständlich nicht alle in Details aufgenommen werden. Erreichen wir aber das Einvernehmen der Arbeiterklasse betreffs der allgemeinen Richtlinien, nach denen ihre Lösung erstrebt werden soll, so ist in einer Menge von Fällen ein Ausgleich ohne Bitterkeit offen. Für die einfachsten Fälle werden mit gutem Willen keine Schwierigkeiten entstehen. Es gibt aber solche, die verwickelter sind. Und als Sozialisten können wir nicht wirtschaftliche Folgen der Neuangehörigkeiten von Bevölkerungen außer acht lassen. Wilson hat in einem seiner Punkte dagegen protestiert, daß Völker und Provinzen von Oberherrschaft zu Oberherrschaft verschachtet werden können, als ob sie Waren oder Pfänder in einem Spiele wären. Die sozialistische Arbeiterklasse erhebt ihren energischen Protest gegen alle derartigen Versuche. Sie warnt die Sieger davor, ihren Sieg zu mißbrauchen und dadurch die Samen neuer Konflikte auszusäen. Sie warnt neuentstandene Nationalitäten davor, im ersten Rausche weiterzugehen, als wirkliches Recht folgen kann. Und sie erwartet vom Völkerbunde die Aufsicht darüber, daß die berechnete Entwicklung der Minoritäten in allen Staaten durch eine Selbstbestimmung gesichert wird, welche die

Gegensätze mildert und einem friedlichen ökonomischen und kulturellen Zusammenleben den Weg ebnet.

Wir stehen vor einer Reihe gewaltiger neuer Probleme. Die Zeit ist schon da, wo wir in verschiedenen Ländern Bescheid geben müssen, wie wir unsere alten Forderungen verwirklichen wollen. Dazu ist internationale Zusammenarbeit notwendig, eingehende ausklärende Unterredungen, Austausch von Erfahrungen.

Es ist ja sonnenklar, daß uns in diesem Moment die materielle Möglichkeit dazu fehlt. Jetzt muß dies eine Aufgabe werden, für einen gut vorbereiteten künftigen Kongreß der wiederaufzustehenden Internationale, diese neue Arbeit zu beginnen, welche die Zeit selbst von unserer Bewegung fordert.

Von diesem Gesichtspunkte aus kann unsere Berner Konferenz nur eine Vorbereitung sein. Hier werden wir nach der Weltkatastrophe den Kontakt miteinander wieder aufnehmen, die Auffassungen der Arbeiterklasse von den aktuellsten Problemen des Friedens und des Völkerbundes vor der Welt laut verkündigen, dann aber, wenn es mir erlaubt ist, diesen Rat zu geben, eine Kommission einzusetzen, von hier aus beauftragt, die Reorganisation der Internationale, und in der nächsten Zukunft einen größeren Kongreß vorzubereiten, damit die Internationale endgültig ihre Tätigkeit aufnehmen kann. Es hängt jetzt von der Konferenz selbst ab, vom Geiste, worin sie ihre Arbeit verfolgt, ob sie, was wir alle gewiß wünschen, als ein Leuchtfeuer auf hohem Berge im Alpenlande angezündet, leuchtend wird für die neue Zeit, für die Verwirklichung der Demokratie und für den Anfang des Sozialismus. Es möge dieses hohe Ziel unsere Arbeiten leiten und uns über alle Schwierigkeiten hinweghelfen.

Aus der Rede von Albert Thomas

Meine Freunde und ich sind überzeugt, daß es nötig ist, daß der Wille der Arbeiter beim Friedensschluß zur Geltung kommt, und daß nur eine gemeinsame Aktion aller Arbeiter diesen Einfluß haben kann. Um hier aber zu Resolutionen zu gelangen, die als der Ausdruck des Willens der gesamten Internationale erscheinen und die nötige durchschlagende Kraft besitzen, ist es nötig, gewisse Fragen vorher zu diskutieren. Vor allem stellt sich die Frage, ist die heute hier versammelte Internationale wie vor dem Kriege? Es muß die Frage beantwortet werden, ob das gleiche Vertrauen noch besteht zwischen den einzelnen Mitgliedern der Internationale wie das vor dem Kriege der Fall war? Nur wenn diese Fragen vorerst erledigt werden können, ist es möglich, fruchtbare Arbeit zu leisten. Diese Fragen führen uns auf die Haltung der deutschen Mehrheitssozialisten. Vor dem Kriege war es ausgemacht, daß, wenn ein imperialistischer Krieg hervorgerufen würde, es Pflicht der Partei war, gegen diese Regierung vorzugehen, während es erlaubt war, an einem Verteidigungskrieg teilzunehmen. Wer hat auf Seiten der Landesverteidigung gestanden? Wer auf Seiten der verbrecherischen Regierungen? Wir verkennen nicht die Schwierigkeiten der deutschen sozialistischen Partei, aber ihre Linie war klar vorgezeichnet. Dennoch hat sie die Kriegskredite bewilligt, und als Liebknecht, Haase, Kasperl und Eisner gegen die Regierung und gegen die Kriegskredite stimmten, da wurden die deutschen Mehrheitssozialisten nur noch treuere Diener des deutschen Kaisers. Gegen den Frieden von Brest-Litowsk und Bukarest haben sie nichts wirksames begonnen und vor der Frühjahrsoffensive von 1918 haben sie offen verkündigt, daß der Sieg der deutschen Waffen allein das Heil bringen könne. Angesichts dieser Tatsachen muß die Frage geprüft werden, ob das gegenseitige Vertrauen noch vorhanden ist, das die Einigkeit verlangt.

Sitzung vom 4. februar

Neue Delegierte

ag. Bern, 4. d. Die internationale Sozialistenkonferenz wurde heute morgen um 9 Uhr 30 fortgesetzt. Haysmans teilte mit, daß neue Delegierte aus Spanien, Italien und Oesterreich eingetroffen sind, so daß heute insgesamt 23 Länder mit 88 Delegierten vertreten sind.

Kurt Eisner

Als erster Redner ergriff das Wort Kurt Eisner, bayerischer Ministerpräsident, der eingangs feststellte, daß er aus den Reden der französischen Genossen weniger Anklagen und mehr Klagen gehört habe und das tiefe Bedürfnis, daß aus der ersten Zusammenkunft der Internationale der Anfang eines neuen Völkerbundes hervorgehen möchte. Voraussetzung für eine wirkliche Verständigung ist, und darin stimmt Eisner Thomas zu, daß völlige Klarheit und Wahrheit zwischen den Genossen aller Länder herrsche. Darum wollen und dürfen die Deutschen sich der Aussprache über die Schuldfrage nicht entziehen. Das Ziel der Aussprache muß sein, uns herauszuheben aus dem Wahnsinn und der Lüge dieser Zeit.

Eisner betonte sodann, daß es für einen Angehörigen eines besiegten Volkes nicht leicht sei, hier zu sprechen, und daß er darauf verzichten wolle, Steine zu werfen auf etwas, das bereits tot ist. Er gab seiner innersten Überzeugung Ausdruck, daß das deutsche Volk eine einheitliche Sozialdemokratie braucht, um die ungeheuren Schwankungen dieser Zeit ertragen zu können. Deutschland muß vor der Internationale seine schwere Schuld dadurch füttern, daß es auf dem Wege zum Sozialismus voranschreitet. Dazu braucht es aber die Verständigung mit den Genossen der bisher feindlichen Länder, mit denen die deutsche Sozialdemokratie Schulter an Schulter kämpfte.

Eisner verbreitete sich sodann über den Charakter der deutschen Revolution und stellte fest, daß diese Revolution die Massen auf tiefste umgewöhlt, und daß nirgends in der Welt der Drang der Massen so stark ist, wie in Deutschland, die neue Volksherrschaft in sozialistischem Geiste auszubauen. Die Tatsache, daß die deutschen Massen bei den Wahlen sich überwiegend für die Mehrheitssozialisten ausgesprochen haben, die die deutsche Kriegspolitik der gestützten Regierung nicht gebrochen haben, darf nicht als Anzeichen dafür gedeutet werden, daß im deutschen Volk sich nichts geändert habe. Die deutschen sozialistischen Massen kümmerten sich nicht um die Spaltungen in der Partei, sondern sie stimmten einfach sozialistisch, weil die Sozialdemokratie die Regierung und die Fürsten und damit die ganze Kriegspolitik zu Fall gebracht hatte.

Eisner polemisierte sodann in längeren Ausführungen gegen die gestrigen Darlegungen von Wels, die er als nicht recht verständlich bezeichnet. Dadurch, daß Wels ganz allgemein den Kapitalismus für den Ausbruch des Krieges verantwortlich machen wollte, bringt er die deutsche Revolution in den Verdacht, daß sie ihre Herrschenden nicht aus moralischer Überzeugung stürzte, sondern nur, weil diese die Schwächeren waren und man die Gelegenheit zu ihrem Sturz benutzen wollte. Die deutsche Regierung verstand es allerdings ausgezeichnet, dem deutschen Volk Sand in die Augen zu streuen, und noch acht Tage vor dem Kriegeausbruch gab der Redner in München selber der Meinung Ausdruck, daß Deutschland durch die russische Invasion bedroht sei und daß es sich um einen Verteidigungskrieg handle. Aber schon als das erste deutsche Weißbuch erschien, war es dem Sprechenden klar, daß das deutsche Volk betrogen wurde von seinen Führern, und daß die Schuld und Verantwortlichkeit der deutschen Regierung nicht mehr in Zweifel stand.

weiter = Zeitung

Organ der Deutschen Sozialdemokratie in Oesterreich.

um 6 Uhr morgens, Montag um 2 Uhr nachmittags.

Wien, Donnerstag, 6. Februar 1919.

XXXI. Jahrgang.

Bezugsbedingungen:
 Wien: Mit Zustellung ins Haus:
 Wöchentlich K 1.—
 Monatlich 4.20
 Vierteljährig 12.60
 Provinz und Ungarn:
 Monatlich K 4.60
 Vierteljährig 13.80
 Deutschland: Vierteljährig K 20.—
 Für alle anderen dem Weltpostverein
 angehör. Länder: Vierteljährig K 25.—
 Abonnements werden angenommen
 in der Administration, V. Reichle
 Wenglgasse 97, und in den Filialen:
 I. Schulerstraße 18, Tel. 9101
 II. Bognerstraße 90, Tel. 4228
 X. Wiesenplatz 9, Tel. 68244
 XIV. Wientarnplatz 8, Tel. 83128
 XVI. Landgasse 64, Tel. 84148
 XVII. Radnergasse 22, Tel. 17177
 XXI. Angereckstraße 14.
 Für die an fremde Ausländer oder
 Geschäftlicher bezüglichen Beträge leisten
 wir keine Garantie.
 Offene Reklamationen sind vorzuziehen.

Es ist anders geworden!

Jetzt haben wir die Republik und doch ist es nicht besser geworden. So jammern viele Tausende. Und die offenen und die verkappten Monarchisten freuen sich ihres Jammerns. Ist es wahr? Ist wirklich trotz dem Sturz der Monarchie alles beim alten geblieben? Gewiß, wir haben nicht mehr Brot als zu der Zeit, da man uns den Karl von Edartsau noch als großen Feldherrn und seine Zita noch als einen Engel pries; denn noch ist der Friede nicht geschlossen, noch immer leben wir im Kriegszustand, noch immer sperrt uns die Blockade die Zufuhr von Lebensmitteln, noch bekommen wir an Lebensmitteln nur, was uns die Gnade der Sieger kärglich zumißt. Gewiß, noch ist die Herrschaft des Kapitals nicht gebrochen; die Republik an sich befreit das arbeitende Volk nicht von der kapitalistischen Ausbeutung, sie gibt ihm nur die Mittel, sich von ihr zu befreien. Aber ist es darum wahr, daß alles beim alten geblieben sei?

Erinnert ihr euch noch des Kampfes, den die Sozialdemokratie um die Abschaffung des Arbeitsbuches geführt hat? In Deutschland ist das Arbeitsbuch schon im Jahre 1869 auf Antrag August Bebel's abgeschafft worden. In allen Kulturstaaten ist es seither verschwunden. Nur in Oesterreich blieb es bestehen. Und hier ward es zur Waffe des Unternehmertums. Die großkapitalistischen Industriellenverbände haben geheime Zeichen vereinbart, die, in das Arbeitsbuch eingetragen, seinen Besizer ächteten. Ein unscheinbarer Strich bedeutete: „Der Mann ist ein Decker“; ein unauffälliger Haken: „Der Mann ist faul.“ Wer einmal ein solches geheimes Zeichen im Arbeitsbuch hatte, ging vergebens von Fabrikstor zu Fabrikstor, Arbeit zu suchen; kein Unternehmer wollte ihn aufnehmen! So hat die Geheimchrift der Unternehmer in den Arbeitsbüchern Tausende Arbeiter zu dauernder Arbeitslosigkeit verurteilt. Darum hat die Sozialdemokratie, als diese tückische Waffe des Unternehmertums ruchbar wurde, die Abschaffung der Arbeitsbücher gefordert. Aber vergebens! Zuerst gab es im Abgeordnetenhaus unendliche Schwierigkeiten; christlichsoziale Zünftler und deutschnationale Kapitalistenknechte versicherten, daß Gewerbe und Industrie zugrunde gehen müßten, wenn das Arbeitsbuch verschwände. Aber schließlich war das Abgeordnetenhaus gewonnen. Es nahm den Gesetzentwurf an. Aber auch das nützte nichts: das Herrenhaus verweigerte ihm seine Zustimmung. Dreimal hat das Abgeordnetenhaus seinen Beschluß erneuert; dreimal ließ das Herrenhaus den Gesetzentwurf unerledigt liegen! So schleppten wir das Arbeitsbuch weiter! Da kam die Revolution, kam die Republik. Jetzt war es mit einemmal anders. Die Nationalversammlung hat auf Antrag der Sozialdemokraten abermals die Abschaffung des Arbeitsbuches beschlossen; und was sie beschließt, ist Gesetz, denn jetzt gibt es kein Herrenhaus mehr! Am 14. Februar tritt das Gesetz in Kraft, von diesem Tage an braucht kein Arbeiter ein Arbeitsbuch mehr, kann jeder Arbeiter sein Arbeitsbuch vom Unternehmer zurückverlangen! Wer seine Arbeitsstelle verläßt, kann sich, wenn er will, vom Unternehmer ein Zeugnis ausstellen lassen. Wer eine Legitimation haben will, kann sie vom Magistrat verlangen. Aber ein Arbeitsbuch, das bei dem Unternehmer hinterlegt und in das jede Arbeitsverwendung eingetragen werden muß, gibt es nicht mehr. So haben wir eine alte Forderung durchgesetzt: ohne Mühe, ohne großes Aufsehen, ohne schweren Kampf durchgesetzt, was wir früher in einem Jahrzehnt allen Anstrengungen zum Trotz nicht erreichen konnten. Ist es wirklich wahr, daß nichts anders geworden sei?

Wenn ein Unternehmer vertragsbrüchig wird, kann man ihn auf Erfüllung des Vertrages oder Ersatz des Schadens klagen. Wenn aber ein Arbeiter vertragsbrüchig wird, wenn er ohne gesetzlichen Grund die Arbeit verläßt, kann ihn der Unternehmer nicht nur auf Vertragserfüllung oder Schadenersatz klagen, sondern ihn überdies auch noch einsperren lassen. Der Schuldturm ist längst abgeschafft, kein Kontraktbruch ist mehr strafbar, nur der Kontraktbruch des Arbeiters war noch strafbar bis zum heutigen Tage. Dreimal hat das alte Parlament auf Antrag der Sozialdemokraten die Abschaffung dieses Sonderrechtes gegen die Arbeiter beschlossen; dreimal hat das Herrenhaus diesem Gesetz seine Zustimmung verweigert. Auch dieser Kampf blieb in der Monarchie erfolglos! Jetzt aber ist es anders

geworden: die Nationalversammlung hat die Abschaffung der Kontraktbruchstrafe beschlossen und ihr Beschluß braucht keines Herrenhauses Zustimmung mehr. Das gehässige Sonderrecht ist tot. Der Kontraktbruch des Arbeiters wird nicht mehr anders behandelt als der Kontraktbruch des Unternehmers.

Unsere Republik ist noch nicht drei Monate alt. Aber in diesen drei Monaten haben wir sozialpolitisch mehr, viel mehr erreicht als in der Monarchie in drei Jahren. Erinnert ihr euch, wie wir vor dem Kriege, in einer Zeit schwerer Krise und massenhafter Arbeitslosigkeit, vergebens die staatliche Arbeitslosenversicherung forderten? Nicht einmal die bescheidene Forderung nach Gemeindezuschüssen zur gewerkschaftlichen Arbeitslosenunterstützung konnten wir damals durchsetzen! Die Republik hat uns die Arbeitslosenunterstützung aus Staatsmitteln gebracht. Erinnert ihr euch, wie lange wir vergebens um den gesetzlichen Achtstundentag gekämpft haben? Die Republik hat ihn für die Fabrikbetriebe bereits dekretiert. Das Kinderarbeits- und das Heimarbeitsgesetz — wie lang haben wir im alten Oesterreich darum gerungen? Die Republik hat die alten, längst spruchreifen Reformen ohne vieles Federlesen durchgeführt. Entzignungsrecht im Dienste der Wohnungsfürsorge, Abschaffung des Jagdrechtes auf fremdem Boden — wie lang hätte sich die Arbeit an solchen Gesetzen früher hingezogen! Die Republik erledigte sie so schnell und so mühelos, daß der durchschnittliche Zeitungsläser sie übersieht. Und die anderen Reformen — das Frauenwahlrecht und die Beseitigung der Privilegien des Besitzes in den Land- und Gemeindefestungen, in den Bezirksvertretungen und auf der Geschwornenbank — ist das nichts? Ist es wirklich wahr, daß nichts anders, nichts besser geworden ist?

Freilich, es ist nur Kleines, ist viel, viel zu wenig für unsere Not, was wir in diesen zweieinhalb Monaten erringen konnten. Unser Sinn geht nach viel, viel Größerem. Aber dieses Größere zu erringen, dazu war und ist die Republik die erste Voraussetzung. Sie macht das Volk zum Herrn seiner selbst. Das arbeitende Volk braucht die Macht, die sie ihm gibt, nur recht zu gebrauchen; dann wird es Staat und Gesellschaft gestalten können, wie es sie gestalten will!

Die Internationale Sozialistenkonferenz in Bern.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 4. Februar.

Die Erörterungen über die Schuldfrage sind jetzt so weit gediehen, daß die Erklärungen Thomas' zusammen mit einer Erklärung, die die deutschen Mehrheitssozialisten abgeben wollen, einer Kommission zur Formulierung bestimmter Anträge übergeben werden konnten. Die Erklärung der deutschen Mehrheit stellt fest, daß der Ausbruch des Krieges in erster Linie auf das Ultimatum an Serbien und in weiterer Entwicklung auf die russische Mobilisierung sowie auf den Kriegsbeschluß der deutschen Regierung zurückzuführen sei. Sie bedauert die Verletzung der belgischen Neutralität wie die Vermüstung Frankreichs, betont die Entschlossenheit der deutschen Mehrheit, in der Internationale im Sinne der sozialistischen Grundsätze mit aller Macht mitzuwirken, und schlägt im übrigen die Veröffentlichung der Geheimakte über den Krieg in allen Staaten vor.

Die Debatte des Nachmittags gestaltete sich sehr lebhaft. Sämtliche Redner nahmen die Reden Eisners und Kautskys als Grundlage ihrer Betrachtung der Schuldfrage an. Den Höhepunkt bildeten die Erklärungen Longuets und das Erscheinen Friedrich Adlers, dessen Tisch man mit roten Nelken geschmückt hatte, auf der Rednertribüne. Longuet war ersichtlich bemüht, volle Objektivität in der Beurteilung der Schuldfrage zu bewirken. Er sparte nicht mit Tadel für die deutsche Mehrheit, aber er schonte auch die französischen Parteigenossen nicht, was namentlich bei Renaudel große Aufregung hervorrief. Es zeigte sich, daß Renaudel und Thomas mit ihrer scharfen Beurteilung der Schuldfrage auf der Konferenz ziemlich allein stehen und daß auch die Engländer, die sich außerordentlich objektiv und versöhnlich zeigen, die Schärfe, mit der ihre

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Die Sitzung vom Mittwoch
Ein Protest der Grütljaner

ag. Die Mittwoch-Morgensitzung des internationalen Sozialistkongresses wurde um 10 Uhr 10 durch Branting eröffnet. Branting erklärt, daß bekanntlich das Bureau beschlossen habe, schweizerische Sozialdemokraten nur als Gäste und nicht als Delegierte an die Konferenz zuzulassen, um nicht in die inneren Angelegenheiten der schweizerischen Genossen in irgend einer Weise sich einzumischen. Dieser Beschluß des Bureaus werde angefochten durch die Delegierten der schweizerischen sozialdemokratischen Volkspartei (Grütljaner), die der Konferenz selbst ihren Protest vorzulegen wünsche. Branting erteilt deshalb das Wort zu einer Erklärung an Dr. Hans Müller, Zürich, der erklärt, daß die sozialdemokratische Volkspartei die Stellungnahme des Bureaus als unhaltbar bezeichnet, schon darum, weil die Delegierten der Konferenz Gäste des Schweizervolkes und damit auch Gäste der sozialdemokratischen Volkspartei, die einen Teil dieses Volkes darstelle, seien, so daß durch den Beschluß des Bureaus, die Gastgeber zugleich Gäste ihrer Gäste würden. Der Redner betont, daß schon die Gründer der Grütljanerpartei in ihr Programm vom Jahre 1851 den Völkerbund aufgenommen hätten und daß es darum als unmöglich erscheine, diese Partei von einer Konferenz auszuschließen, die zum erstenmal daran geht, diesen Völkerbund zu realisieren. Dr. Müller glaubt den Beschluß des Bureaus zurückzuführen zu müssen auf eine unlegitime Beeinflussung des Bureaus durch Leute, die ein Interesse haben, die sozialdemokratische Volkspartei zu diskreditieren. Der Redner verlangt im Interesse der Wahrheit und Ehrlichkeit eine Entscheidung des Kongresses selbst über die Angelegenheit.

Branting bestreitet dem Redner das Recht, das Bureau zu beschuldigen, irgendwelcher Beeinflussung sich zugänglich gezeigt zu haben. Das Bureau hat geglaubt, im Geiste der Konferenz zu handeln, wenn es sich nicht in die inneren Streitigkeiten der schweizerischen Partei einmischen wollte. Das Bureau behält sich vor, die Sache noch einmal zu prüfen und dem Kongreß dann Antrag zu stellen.

Der Völkerbund

Damit ist dieser Zwischenfall erledigt und da die Kommission, die die Resolutionen über die Schuldfrage zu prüfen hat, mit ihrer Arbeit noch nicht zum Schluß gekommen ist, wird die Erledigung der Schuldfrage zurückgestellt und es beginnt die Behandlung der Frage des Völkerbundes, worüber als erster Redner der Vertreter der englischen Delegation, J. H. Thomas, Sekretär des Nationalverbandes der englischen Eisenbahner, spricht. Thomas führt im wesentlichen aus: Die Ereignisse der letzten vier Jahre werden am besten den Historikern zur Beurteilung überlassen. Soviel steht jedenfalls fest, daß die Schuld der Arbeiterklasse aller Länder an dem grauenvollen Krieg außerst gering war. Viel wichtiger für die Konferenz als die Frage der Vergangenheit ist die Gestaltung der Zukunft, die Gestaltung des Völkerbundes, wozu sie entschieden Stellung nehmen muß, schon um der Pariser Konferenz jeden Vorwand zu nehmen, den Arbeiter den ihnen gebührenden Einfluß in dieser Frage vorzuenthalten. Die Völker erwarten von den in Bern versammelten Arbeitervertretern, daß diese ihre nationalen und parteimäßigen Verschiedenheiten dem wichtigsten Zweck unterordnen, von dieser Stelle aus für einen gemeinsamen Bund der arbeitenden Klassen der gesamten Völker zu wirken (Beifall). Die Berner Konferenz muß dahin wirken, daß der Völkerbund nicht nur zustande kommt als eine der Friedensbedingungen, sondern als die wahre Grundlage des Friedens selbst, weil sonst der Friede gar keine Hoffnungen für eine bessere Zukunft eröffnen würde. Wenn keine sichere Methode gefunden wird, um internationale Streitigkeiten auszugleichen, so ist das Schicksal der Zivilisation besiegelt, denn wenn schon der letzte Krieg so grauenvolle Vorkommnisse zeitigte, so würde ein in 20 Jahren wieder ausbrechender Krieg bei der fortschreitenden Entwicklung der Technik des Zerstörens zum völligen Zusammenbruch führen. Deshalb darf in Paris nicht ein Friede zwischen Besiegten und Siegern geschlossen werden, nicht ein Friede, wie der Frankfurter Friede, der Gefühle der Bitterkeit und Haß zurücklassen würde, sondern ein Friede, der geeignet ist, alle zukünftigen Kriege überhaupt unmöglich zu machen. (Beifall.) Wenn es nicht gelänge, diesen Frieden dem Völkerbund als Grundlage zu geben, so würden die alten Methoden, die alten Streitigkeiten, die alte Diplomatie und der alte Kapitalismus die Situation wieder beherrschen. Dieser Völkerbund darf aber unter keinen Umständen eine Liga von wenigen Nationen sein, sondern er muß alle Völker der Welt umfassen. (Beifall.)

In Paris gibt es Leute, die gewissen Nationen infolge deren Vergangenheit die Fähigkeit für den Eintritt in diese Liga absprechen wollen. Eine solche eingeschränkte Liga würde aber nur eine neue Quelle von Streitigkeiten bilden und die eine Gruppe von Bewaffneten der andern Gruppe von Bewaffneten gegenüberstellen, und das Ende wäre der allgemeine Bankrott der Nationen. Um wirksam zu werden, muß der Völkerbund nicht bloß von Regierungen und Diplomaten geschlossen werden, sondern er muß sich stützen auf die Zustimmung und die feste Entschlossenheit der arbeitenden Bevölkerung aller Länder. Den deutschen Delegierten muß der Redner sagen, daß es die Stellung vieler Delegierter in der Frage erleichtert hätte, wenn sie die bestimmte Erklärung abgegeben hätten, daß sie die Vergangenheit glatt von sich weisen. Der Krieg hat England die allgemeine Dienstpflicht gebracht. Die Engländer sind aber entschlossen, mit dieser allgemeinen Dienstpflicht so rasch wie möglich wieder aufzuräumen, da sie nicht die Absicht haben, den preussischen Militarismus durch den englischen zu ersetzen. Um das tun zu

können, müssen wir aber von den Zentralmächten die Zusage haben, daß der Geist des Militarismus in den Zentralmächten endgültig dahin ist. (Zuruf von der deutschen Delegation: Selbstverständlich!) Eine weitere Ausbeutung der Völker durch die Rüstungsindustrie darf nicht mehr zugelassen werden. Der neue Völkerbund muß aber auch alle Geheimverträge und die geheime Diplomatie abschaffen, und er muß gesetzliche Bestimmungen über den Arbeiterschutz enthalten, damit nicht die Kapitalisten der einen Länder die Arbeitsbedingungen der anderen Länder zum Zwecke der Ausbeutung ihrer Arbeiter ausnützen können.

Die Gefahr des Wiedererwachsens einer militärischen Reaktion auf der einen Seite sowie die Ausbreitung des Bolschewismus auf der anderen Seite kann nur beseitigt werden, wenn in Paris ganze Arbeit gemacht wird. Dazu muß der erste Anstoß von Bern ausgehen, indem die Arbeiterkonferenz an Paris die erste Aufforderung richtet, die Arbeit zu verrichten, die heute notwendig ist, d. h. die Arbeit des Friedens, des Völkerbundes und des Schutzes der Interessen der Arbeiter, und damit jedem Menschen die Möglichkeit zum Leben gibt. (Starker Beifall.)

Müller-Deutschland

freut sich, auf die Rede von Thomas-England antworten zu können. Die deutsche Sozialdemokratie hat immer gegen den Militarismus und Marinismus aufs schärfste gekämpft. Die von Thomas an die deutschen Sozialdemokraten gerichteten Fragen sind durch die deutsche Sozialdemokratie und die deutsche Revolution bereits beantwortet worden. Das Flottenrüstungen zwischen Deutschland und England war stets eine große Gefahr, und war geeignet, zu einer Katastrophe zu führen. Im Wahlkampf haben wir dies besonders betont, und Tirpitz ist einer der gehäßtesten Menschen, gerade infolge seiner Flottenpolitik, die den Konflikt zwischen Deutschland und England zu Anfang des Krieges verschärfte und es verunmöglichte den Ausbruch des Krieges zu verhindern. (Hört! Hört!) Clemenceau und englische Regierungskreise wollen aber auf die Flotte nicht verzichten. Dennoch hoffen wir, daß in Paris Bestimmungen durchbringen werden für die Abrüstung aller Mächte. Sollte ein Teil der Rüstungsfabriken doch noch bestehen bleiben, so soll er verstaatlicht und unter internationale Kontrolle gestellt werden. Es erscheint uns unmöglich, daß die Nationalisten in Deutschland jemals wieder den Militarismus zur Herrschaft bringen können. Wir geben die Erklärung ab, daß wir gegen jeden solchen Versuch mit aller Energie kämpfen würden. Müller dankte zum Schluß dem englischen Redner die entgegenkommenden verständlichen Worte, die eine Verständigung aller Nationen erhoffen lassen.

Eine Resolution

Bibaut-Holland Präsident der von der Konferenz für den Völkerbund eingesetzten Kommission teilt mit, daß die Kommission sich auf den Text einer Resolution geeinigt hat. Diese Resolution lautet:

„Die Vereinigung der Völker zu einer Gemeinschaft gehörte von Anfang an zu den vornehmsten Idealen der sozialistischen Internationalen. Dieses Ideal entspricht der Solidarität der Proletarier aller Länder und auch dem sozialistischen Endziel, das sich nicht national, sondern nur international verwirklichen läßt. Der Weltkrieg hat dieses sozialistische Ideal der Gesellschaft der Nationen zu einer dringenden Aufgabe der Gegenwart auch für die nicht sozialistischen Politiker gemacht. Er hat gezeigt, daß bei der heutigen Höhe militärischer Technik und des Verkehrs jeder Krieg die Tendenz hat, die ganze Welt in zwei feindliche Heerlager zu verwandeln, die einander mit den grauenvollsten Mitteln der Kriegführung bis zur völligen Erschöpfung bekämpfen. Der jüngste Krieg hat die Welt an den Rand des Abgrundes gebracht. Der nächste würde sie völlig vernichten und schon die Vorbereitungen zu einem neuen Krieg müßten die Welt zugrunde richten. Dieses Unheil kann nur gebannt werden durch Herstellung der Gesellschaft der Nationen. Die Gesellschaft soll von den Volksvertretungen der verschiedenen Länder gebildet werden. Sie muß ausgehen von einem Rechtsfrieden, der keine neuen internationalen Konfliktstoffe schafft. Die auf den Grundsatz der Selbstbestimmung der Völker aufgebauten Staaten müssen in die Gesellschaft der Nationen aufgenommen werden. Alle Mitglieder der Gesellschaft haben die gleichen Rechte und die gleichen Pflichten zur Durchführung ihrer Aufgabe und die Völkern, die noch nicht zum Selbstbestimmungsrecht gelangt sind, sollen von der Gesellschaft der Nationen geschützt und dahin entwickelt werden, daß sie die Fähigkeit erlangen, Mitglieder der Gesellschaft freier Völker zu werden.“

Die erste Aufgabe der Gesellschaft ist es, neue Kriege und Kriegsrüstungen zu verhindern. Sie muß Einrichtungen schaffen, die durch Vermittlung und Schiedspruch alle Streitigkeiten zwischen den Völkern entweder verhindern oder beilegen, auch solche Fragen, die als Lebensfragen und Ehrenfragen bezeichnet werden. Dieses Schiedsgericht muß die Möglichkeit haben, jederzeit Grenzvereinbarungen unter Befragung der Bevölkerung vorzunehmen, wenn solche notwendig werden.“

„Die Gesellschaft der Nationen hat alle stehenden Heere aufzuheben und schließlich die völlige Abrüstung herbeizuführen. Solange eine bewaffnete Macht durch die internationalen Verhältnisse notwendig ist, soll sie unter dem Befehl der Gesellschaft der Nationen stehen. Die Gesellschaft der Nationen muß über die Mittel ökonomischen Druckes verfügen, um die Durchführung ihrer Entscheidungen erzwingen zu können, wenn es notwendig wird. Wo Zolltarife bestehen, sollen sie abhängen von der Zustimmung der Gesellschaft der Nationen. Die Gesellschaft soll internationale Verkehrswege und Verkehrsmittel direkt in ihre Verwaltung übernehmen.“

Die Gesellschaft der Nationen muß Befugnisse bekommen, die ihr gestatten, sich zu einem Organ zu entwickeln, das die Erzeugung und Verteilung der Lebensmittel und Rohmaterialien der Welt regelt, um deren Produktion zum

höchsten Grade der Produktivität zu entwickeln. Zu den wirtschaftlichen Funktionen der Gesellschaft gehört auch die Herstellung, Weiterentwicklung und Durchführung eines internationalen Arbeiterrechts. Die Bildung der Gesellschaft der Nationen wird jetzt erfolgen unter dem Druck der Nachwirkungen des Krieges. Die Gesellschaft wird sich indes später, wenn diese Nachwirkungen an Kraft verlieren, nur dann günstig entwickeln, und ihren großen Aufgaben gerecht werden, wenn das internationale Proletariat mit voller Macht hinter ihr steht und sie vorwärts drängt. Je kräftiger die proletarische Bewegung in allen Ländern, je mehr bewußt ihrer internationalen Aufgabe, je entschlossener die Proletarier in jedem Lande jegliche Machtpolitik der eigenen Regierung bekämpfen, je mehr vom Sozialismus sie verwirklichen und je kraftvoller sie die neue Internationale aufbauen, um so kräftiger und segensreicher werden die Wirkungen der Gesellschaft der Nationen sich gestalten.“

Nach Verlesen dieser einstimmig von der Kommission vorgeschlagenen Resolution wurde die Diskussion fortgesetzt.

Bienstock (Rußland)

bezeichnet als Voraussetzung für die Bildung eines wirklichen Völkerbundes die Schaffung einer neuen geistigen Einheit der internationalen Arbeiterklasse.

Loder (Palästina)

betont, daß es nicht nur die Aufgabe des Völkerbundes sein könne, neue Kriege zu verhindern, sondern daß er auch die Aufgabe zu lösen habe, die schwächeren, kleinen und unterdrückten Nationen zu schützen. Im Zusammenhang mit dieser Forderung verbreitet sich der Redner über die traurige Lage der Juden in verschiedenen Oststaaten, wobei er die polnischen Sozialdemokraten beschuldigt, an dem Pogrom gegen die Juden direkt teilgenommen zu haben. Das jüdische Volk verlangt volle nationale Autonomie, sowie ein Territorium, damit das Volk sich in einer normalen wirtschaftlichen Struktur normal entwickeln und alle Tätigkeitsgebiete des menschlichen Lebens, vor allem auch die Landwirtschaft, pflegen kann.

Troelstra (Holland)

Die heutige Generation hat gegenüber der Zukunft eine gewaltige Verantwortung und sie muß eine gewaltige Aufgabe lösen, um sich von der Schmach zu befreien, die durch den entsetzlichen Krieg über sie gekommen ist. Die Resolution der Kommission findet die Zustimmung Troelstras vor allem auch, weil sie die Schaffung einer Organisation verlangt, die die Produktion und Distribution der Welt beherrschen soll. Durch die Beseitigung der internationalen Anarchie im Wirtschaftsleben wird einer der schwersten Konfliktstoffe aus der Welt geschafft und der natürliche Expansionsdrang einzelner Völker auf normale Wege geleitet. Der Völkerbund muß den Militarismus beseitigen und er muß jede Rückkehr zum Militarismus sowohl in nationaler wie auch in internationaler Form unmöglich machen. Troelstra äußert sodann Zweifel, ob die in Paris herrschende Atmosphäre der Schaffung eines wirklichen Völkerbundes günstig ist. Als Voraussetzung für jeden Völkerbund muß in Paris ein ehrlicher und gerechter Friede abgeschlossen werden und es müssen zu dieser Aufgabe alle Nationen herangezogen werden. Der Redner protestiert in diesem Zusammenhang dagegen, daß immer noch Millionen deutscher Kriegsgefangener nicht nach Hause entlassen worden sind.

Er warnt das Proletariat vor dem in Paris herrschenden Geist und fordert es auf, mit aller Macht seinen Einfluß geltend zu machen, um einen Völkerbund zu schaffen, der wirklich den dauernden Frieden bringt.

Hier wurde die Beratung um 1 Uhr 30 abgebrochen und auf nachmittags 3 Uhr vertagt.

6. II. 1919

21

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Die Sitzung vom Mittwoch nachmittags
Völkerbund

ag. In der um 3 1/2 Uhr beginnenden Nachmittagsitzung wurde die Debatte über den Völkerbund fortgesetzt.

Milhaud, Frankreich, betont, daß es immer noch eine Reihe von Regierungen gibt, die zögern, die Grundsätze eines dauerhaften Friedens und die absolute Abrüstung durchzuführen. Solange es Munitionsfabriken gibt, wird der Friede bedroht sein. Er verlangt, daß alle Konflikte ohne irgend eine Ausnahme nicht durch brutale Gewalt der Waffen, sondern durch Schiedsgerichte, d. h. durch die öffentlich organisierte Meinung gelöst und entschieden werden sollen. Das Schiedsgericht muß das Recht erhalten, nach Befragung der interessierten Völker Territorialfragen definitiv zu regeln. Die souveräne Kontrolle des Völkerbundes muß als Garantie dienen für die Durchführung des Völkerbundsstatuts. Alle Naturprodukte müssen frei unter allen Ländern ausgetauscht werden auf dem Weltmarkt nach dem Grundsatz der freien Konkurrenz.

Mac Donald, England, der Vorgänger Hendersons als Chef der englischen Arbeiterpartei, erklärt, daß unter keinen Umständen ein Friede wie 1871 gemacht werden darf. Wir brauchen einen wirklich gerechten Frieden und wir verlangen fair play in allen territorialen Fragen. Der neue Völkerbund muß der Ausdruck der neuen Welt sein, gegründet auf die Vereinigung aller Demokratien der Welt. Mac Donald wendet sich sodann an die Delegierten der deutschen Mehrheitspartei, die er um bestimmte Erklärungen darüber bittet, daß es mit dem Militarismus in Deutschland endgültig vorbei sei. Wir in England werden bestimmt Schluß machen mit dem Militarismus und wir wollen kein Volk in Waffen (Beifall), da wir überzeugt sind, daß bewaffnete Nationen niemals wirklich einen Völkerbund bilden können. Die deutschen Delegierten müssen ebenfalls erklären, daß sie entschlossen sind, alle halben Maßnahmen zu bekämpfen und daß sie so wenig wie wir bereit sind zu einem Kompromiß zwischen Bewaffnung und Nichtbewaffnung. (Beifall.) Wir wollen keine Liga der Regierungen, sondern eine Liga der durch die Parlamente vertretenen Völker selbst. Besser als eine Liga der Regierungen wäre es überhaupt, keine Liga zu haben. (Beifall.) Die Waffen des neuen Völkerbundes dürfen nicht mehr die Diplomaten sein, sondern die Völker selbst, weil die Diplomaten und die Leiter der auswärtigen Ämter keine Fühlung mit dem Volkempfinden haben. (Beifall.) Jeder Versuch, die heilige Allianz zu wiederholen, lehnen wir ab. Ein solcher Bund würde nur das Grab der Freiheit sein und würde die Völker verhindern, klar zu denken und zu handeln. Die Parlamente allein sind zuständig, über Dinge des Krieges und des Friedens zu entscheiden. Nicht mehr die Lloyd George und andere Regierungen sollen über das Schicksal der Welt entscheiden, sondern die Völker selbst. (Starker Beifall.)

Cachin, Frankreich, macht für den Krieg den Kapitalismus allein verantwortlich. Das Proletariat muß die Vertretung der internationalen Interessen selbst in die Hand nehmen, wenn künftige Kriege verhindert werden sollen. In dem Schiedsgericht, dem obersten Gerichtshof der Welt, müssen alle Richtungen und Meinungen vertreten sein. Das wichtigste ist aber, daß alle Völker ohne Ausnahme im Bund vertreten sein müssen. (Zuruf eines französischen Delegierten: Damit sind wir ja alle einverstanden.) Sobald Frankreich und Belgien für ihre Verwüstungen entschädigt sind, ist es Sache des internationalen Sozialismus, eine Versöhnung zwischen allen Völkern herbeizuführen.

Frau Snowden von der unabhängigen Arbeiterpartei in England hat Mißtrauen gegen einen Völkerbund, der von Männern gemacht werden soll, die die Arbeiterklassen immer mit Mißtrauen behandelten. Sie glaubt, daß einzig das Wahlrecht für die Frauen aller Länder eine solide demokratische Basis für den Völkerbund schaffen wird. Wir beglückwünschen die Vertreter Deutschlands und Oesterreichs, daß sie die Revolution benutzen, um die Gleichberechtigung der Frau durchzusetzen. Die Phrase, mit der bisher oft genug die Kriege begründet wurden, nämlich, daß es gelte, die Ehre und die Sicherheit der Frauen und Kinder zu schützen, muß endgültig verschwinden, da sich gezeigt hat, daß in jedem Krieg die Frauen und Kinder nicht geschützt, sondern tatsächlich den ärgsten Leiden preisgegeben wurden.

Die Debatte über den Völkerbund wird hier unterbrochen. Hunsmans beantragt, die Rede-bauer morgen abzukürzen, um rasch zu einem Abschluß zu gelangen, da die territorialen Fragen noch der Behandlung harren.

Eine deutsche Erklärung zur Schuldfrage

Präsident Branting teilt mit, daß auf Grund einer Erklärung der deutschen Mehrheitspartei es gelungen ist, in der Kommission zu einer

Einigung zu gelangen über eine Resolution zur Schuldfrage. (Beifall.) Diese deutsche Erklärung lautet:

„Durch die Revolution hat das deutsche Proletariat das alte für den Krieg verantwortliche System gestürzt und zerstört. Die deutsche Sozialdemokratie hat, wie immer man im einzelnen über ihre Politik während des Krieges urteilen mag, jetzt durch die Tat ihren entschlossenen Willen bekundet, alle ihre Kraft dem Aufbau der vom Krieg zerrütteten Welt zu widmen und im Geist und Dienst der Internationale gemeinsam mit den Sozialisten aller Länder im Völkerbund den Sozialismus zu erkämpfen.“

Nachdem diese Erklärung abgegeben worden ist, schlägt die Kommission über die Schuldfrage einstimmig folgende

Resolution

vor:

„Die Konferenz von Bern erkennt an, daß für sie die Frage der unmittelbaren Verantwortlichkeit des Krieges geklärt ist, sowohl durch die Aussprache als durch die Erklärung der deutschen Mehrheit, die den revolutionären Geist des neuen Deutschland und dessen völlige Loslösung von dem für den Krieg verantwortlichen alten System bekundet hat. Indem die Konferenz die deutsche Revolution begrüßt und die Entwicklung der demokratischen und sozialistischen Einrichtungen, die sie herbeiführte, sieht sie die Bahn frei für die gemeinsame Arbeit der Internationale. Die weiteren Erklärungen, die die deutschen Delegierten in der Debatte über den Völkerbund abgegeben haben, überzeugen die Konferenz, daß von nun an die vereinigten Arbeiterklassen der ganzen Welt die stärkste Macht zur Niederhaltung des Militarismus und aller Versuche, die internationale Demokratie zu vernichten, verbürgen und bewahren werden. Die Konferenz sieht in den auf ihr geführten Debatten eine fruchtbare Vorarbeit und überläßt es einem künftigen internationalen Kongreß, dessen Einberufung unter normalen Bedingungen erfolgen kann, über die weltgeschichtliche Frage der Verantwortlichkeiten das Urteil der Internationale zu fällen.“

Branting anerkennt, daß es dank dem guten Willen beider Parteien gelungen ist, eine Einigung in der Kommission herzustellen. Er empfiehlt der Konferenz, ebenso einstimmig wie die Kommission die Resolution anzunehmen, womit für die Einigkeit aller Länder der größte Dienst geleistet werde.

Französische Vorbehalte

Albert Thomas meldet sich zum Wort, da er nicht darauf verzichten kann, zu erklären, warum er zwar der Resolution zustimmt, dies aber nicht freudigen Herzens tun kann. Es war zu begrüßen, daß die Verantwortlichkeitsfrage gründlich erörtert und in ihren Wurzeln berührt wurde. Die Erklärung der deutschen Mehrheit zeigt, daß die deutsche Revolution nicht nur eine Folge der Niederlage, sondern tatsächlich einen Bruch mit dem ganzen alten System bedeutet. Die Diskussion über die Schuldfrage muß jedoch offen bleiben, da diejenigen, die an der Konferenz nicht vertreten sind und die durch den deutschen Militarismus am meisten gelitten haben, später das Recht haben sollen, die Diskussion wieder zu eröffnen. Thomas erklärt sodann, daß sein Vertrauen zu der deutschen Mehrheit noch nicht vollständig wieder hergestellt ist und er erinnert daran, daß er es war, der zwischen Berlin und Paris hin- und herfuhr, um eine Verständigung mit den deutschen Sozialisten über die Haltung in der Militärfrage herbeizuführen. Darum war gerade für ihn die Haltung der deutschen Sozialdemokratie im Kriege so schmerzlich und so verlegend. Thomas freut sich aber darüber, daß das Gewissen erwacht ist und daß er nun in der Lage sein wird, in Frankreich den Massen klar zu machen, daß die deutsche Revolution nicht, wie es eine schlechte französische Presse darstellt, eine Phrase ist. Der Redner hegt Vertrauen zu den deutschen Massen und zur deutschen Republik und darum will er sich der Resolution, ungeachtet der französischen Empfindlichkeiten, nicht widersetzen. Thomas muß heute an jene sozialistischen französischen Soldaten denken, die 1914 hinausgingen, nicht nur um für sich, sondern auch für die Freiheit anderer zu kämpfen. Am den letzten Wunsch dieser sterbenden Soldaten zu erfüllen, muß ein dauerhafter Friede geschaffen werden, der für immer den Krieg verunmöglicht. Aus diesem Grunde erklärt sich Thomas mit der Resolution einverstanden.

Renaudel schließt sich in einer kurzen Erklärung den Worten Thomas an und wird ebenfalls für die Resolution stimmen.

In der Abstimmung wird die Resolution über die Schuldfrage mit allen Stimmen gegen eine angenommen. (Lebhafter Beifall.) Gegen die Resolution stimmte einzig Milhaud (Frankreich), der zwar den Massen Deutschlands Vertrauen entgegenbringt und bereit ist, mit ihnen gegen den Imperialismus zu kämpfen, der sich aber dennoch nicht entschließen kann, zuzustimmen. Hier wird die Sitzung um 7 Uhr 20 abgebrochen. Nächste Sitzung Donnerstag 9 1/2 Uhr.

ag. Weimar, 6. d. (Wolff.) Direktor Viktor Naumann, der dem Reiche während des Krieges in der auswärtigen Politik wertvolle Dienste geleistet hat, ist unter Verleihung des Titels eines Gesandten zum Direktor der Nachrichtenabteilung des Auswärtigen Amtes ernannt worden.

Die Friedenskonferenzen in Paris

ag. Paris, 7. d. (Havas.) Amtlich. Das Komitee der Konferenz hörte am Donnerstag eine Darlegung von Emir Faysal, Abgeordneter des Hedschas, an. Der oberste interalliierte Kriegsrat wird sich Freitag nachmittag versammeln.

Der Völkerbund

ag. Paris, 7. d. (Havas.) Amtlich. Die Kommission für den Völkerbund verwirklichte in der gestrigen Abend Sitzung bemerkenswerte Fortschritte in der Prüfung des Projekts. Sie beschloß, entsprechend der Entscheidung des Komitees der Konferenz einstimmig, daß Vertreter Griechenlands, Polens, Rumäniens und der Tschecho-Slowakei zuzulassen seien. Die Kommission hat etwa einen Drittel ihrer Aufgabe gelöst. Sie diskutierte die Artikel bezüglich der Bildung und des Zweckes des Völkerbundes, der von ihm zu beschützenden Interessen, der Zusammensetzung der wichtigsten Organe desselben und der Bezeichnung der Mitglieder. Obschon die Entscheidungen für jeden Artikel provisorisch sind, wurden doch bereits verschiedene große Schwierigkeiten gelöst. Ueber die Prinzipien wurde eine allgemeine Uebereinstimmung erzielt.

Internationale Arbeiterschutzesetzgebung

ag. Paris, 7. d. (Havas.) Die Kommission für internationale Arbeiterschutzesetzgebung hat die Prüfung des ersten Abschnittes eines Projekts begonnen, das die Schaffung von allgemeinen Organen für die Sicherung der Fortschritte der internationalen Arbeiterschutzesetzgebung vorzieht. In diesen Organen sollen obligatorisch alle Mitglieder des Völkerbundes vertreten sein. Die beiden ersten Artikel wurden angenommen.

Die Forderungen der Tschechen

ag. Paris, 6. d. (Havas.) Die Vertreter der fünf Großmächte hörten Kramarsh und Benes an. Die Tschecho-Slowaken verlangen einen Staat von ungefähr 13 Millionen Bewohnern in den Grenzen des früheren Königreichs Böhmen bilden zu können. Sie verlangen daher ganz Böhmen, Mähren, Schlesien und die Slowakei, außerdem Grenzberichtigungen in der Gegend von Glas, in Preussisch-Schlesien, bei Tropau und in der Gegend von Ratibor, an der Oder, in der Gegend von Gmund und Thomenau in Niederösterreich. Schließlich sind die Tschecho-Slowaken geneigt, sich mit den Ruthenen zu vereinigen, die auf dem linken obern Tiszauser wohnen, wenn diese es wünschen. Sie machen die Anregung, ihr Gebiet mit demjenigen der Südslawen zu vereinigen. So würden die Deutschen endgültig vom Orient abgeschnitten. Der neue Staat würde dadurch mehr Festigkeit bekommen, indem er Berührung und Zugang zum Meere und zu Italien hätte. Sie schlagen ferner die Internationalisierung der nicht am Meere gelegenen Staaten Zentraleuropas vor, um die Politik, die sie verbindet, zu konsolidieren und um ihnen zu erlauben, dem deutschen Einfluß Widerstand zu leisten. Das Tschecho-Slowakische Reich verlangt insbesondere die Internationalisierung der Elbe, der Weichsel und der Donau, ebenso der Eisenbahnlinien von Preßburg, Triest und Fiume, die unbedingt nötig ist, wenn keine Verbindung zwischen der Tschecho-Slowakei und Südslawien hergestellt wird. Andererseits wird die Linie Prag-Wissen-Stuttgart-Strasbourg-Paris der früheren Hegemonie Deutschlands Eintrag tun.

Moraen wird das Komitee der Konferenz den

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Sitzung vom Donnerstag nachmittags
Mitteilungen des Bureaus

ag. Die internationale Sozialistenkonferenz begann in ihrer Nachmittags-Sitzung mit der Behandlung der territorialen Fragen. Vorgängig macht Hysmans einige Mitteilungen des Bureaus. Er erklärt, daß der amerikanische Sozialist Bona, der als Vertreter der aus der großen Partei während des Krieges ausgetretenen Minderheit der amerikanischen Sozialisten sprechen wollte, und gegen dessen Zulassung zur Konferenz heute früh die englischen Delegierten protestiert hatten, grundsätzlich zugelassen werde, in dem Augenblick, wo auch die Genossen der Mehrheit an der Konferenz erscheinen. Die Konferenz hält grundsätzlich die Türe offen auch für alle Schweizer Genossen, die für die Internationale kämpfen und die für den Klassenkampf und die parlamentarische Vertretung der Arbeiterinteressen eintreten. Die schweizerische Sozialdemokratische Volkspartei (Grütlianer) wird demnach an einer nächsten Konferenz der Internationale zugelassen, auch wenn die schweizerische sozialdemokratische Partei dagegen sich ausspricht. Hysmans teilt weiter mit, daß der Wunsch geäußert worden ist, den Kongreß bis Sonntag zu verlängern, daß die deutschen Delegierten nicht abreisen müssen und die territorialen Fragen, die Arbeiterschuhfrage und dann noch die Frage der Diktatur des Proletariats behandelt werden sollen.

Die territorialen Fragen

Mitral (Frankreich) verbreitet sich über die Territorialfragen, indem er betont, daß eine Zeit kommen wird, wo diese Frage nicht mehr die Bedeutung hat wie heute, indem die Sehnsucht nach Unabhängigkeit hauptsächlich zurückzuführen ist auf die Unterdrückungspolitik der Regierungen und des Kapitalismus. Wenn der Friede durch brutale Gewalt geschlossen würde, so entzündeten bald neue Konflikte und neue Kriege. Deshalb müssen die Territorialfragen heute in verhältnißmäßigem Geiste gelöst werden. Der Krieg zwischen Frankreich und Deutschland ist in der Hauptsache durch die eltsässische Frage entstanden und wenn man diese Frage heute lösen wollte gegen den Willen der Bevölkerung, so würde derselbe Konflikt wieder entstehen. Die Friedensschlüsse von Brest-Litowsk und Bukarest beweisen am besten, daß mit brutaler Gewalt nichts erreicht wird. Deshalb muß heute als Grundsatz der Internationale der schon früher in London, Stockholm und Wien proklamierte Grundsatz verbindlich werden, daß jedes Volk das Recht hat, frei über sein Schicksal zu entscheiden. Dieser auch von Wilson proklamierte Grundsatz muß jetzt zur Durchführung kommen, wobei Konflikte durch den Völkerbund beigelegt werden sollen. Die Sicherheit und die Unabhängigkeit eines jeden Volkes ist zugleich die beste Sicherheit für den Weltfrieden. (Beifall.) Die Kommission beantragt darum der Konferenz folgende Resolution über die Territorialfragen zur Annahme:

Der Antrag der Kommission

Wie der Sozialismus die Befreiung des einzelnen innerhalb der Gesellschaft in der Schaffung eines neuen Produktionssystems, welches die bürgerliche Ausbeutung aufhebt, erblickt, so ist er auch überzeugt, daß eine wirkliche Befreiung nationaler Unterdrückung und Ausbeutung nur mit dem völligen Verschwinden der Klassenherrschaft möglich sei. Die wirkliche Befreiung der Nationen muß ihre Befreiung vom Joch des Kapitalismus sein.

Aber wie die politische Demokratie den Obrigkeitstaat vernichtet und die Mauern zwischen dem Volk und dem Staat wegschafft, so bedeutet sie auch in ihrer Anwendung auf die internationalen Verhältnisse die Abschaffung der Mauern zwischen den Nationen. Der Sieg der Demokratie in allen Ländern bezeichnet deshalb einen Riesenschritt vorwärts auf dem Wege der internationalen Verständigung. Er legt die Schicksale der Völker in ihre eigenen Hände.

Die Konferenz sieht in einer demokratischen Lösung der Nationalitätenfrage die beste Gewähr für einen dauernden und gerechten Frieden. Die Vereinigung von Völkern, die einander widerstrebten, zu einem Zwangsstaat, war immer und wird immer eine Ursache von internationalen Verwicklungen und damit eine Gefahr für den Frieden sein. Die Nationalitätenfrage hat somit internationale Bedeutung und kann nur durch internationale Vereinbarungen, am besten im Rahmen eines Völkerbundes, gelöst werden. Den jetzt zutage tretenden Tendenzen, die Staatsengrenzen unter Ausnutzung der durch den Krieg geschaffenen Machtverhältnisse festzusetzen, stellt die internationale sozialistische Konferenz folgende Grundsätze gegenüber:

Die Konferenz fordert:

1. Zweifellose Geltung des Rechtes der Völker, ihr Schicksal und ihre natürliche Zugehörigkeit innerhalb des Rahmens des Völkerbundes selbst zu bestimmen.
2. In umstrittenen Gebieten Entscheidung über die Zugehörigkeit durch Volksabstimmung

K. k. Bezirkschulrat Wien.

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Die Sitzung vom Donnerstag vormittags
ag. Branting eröffnete die Sitzung um
10 Uhr morgens und erteilt das Wort Hen-
dersons, der der Konferenz folgende

Resolution
zur Annahme empfiehlt: „Die Konferenz be-
schließt, daß ihre Arbeit in solcher Weise fort-
gesetzt werden muß, die ihr im Interesse der Ar-
beiter- und sozialistischen Bewegung der vertrie-
benen Länder den größten Einfluß auf die Pa-
riserkonferenz verschafft. Die Konferenz erkennt
auch an, daß der Krieg Mißverständnisse und
starke Meinungsverschiedenheiten in bezug auf
die einzunehmende Haltung zur Folge hatte.
Aber die Konferenz drückt die Hoffnung aus, daß
die arbeitenden Klassen aller Länder sich bald
auf die Grundsätze der Internationale einigen
mögen. Sie ernannt eine Kommission, bestehend
aus je zwei Vertretern aus Frankreich, Groß-
britannien, Deutschland und je einem Vertreter
aus Oesterreich und Böhmen nebst Branting,
Henderson und Hysmans, um die Ausführung
der Beschlüsse dieser Konferenz zu überwachen
und um weiterhin diese Konferenz zusammenzu-
berufen, sobald die Beschlüsse der Pariserkon-
ferenz es notwendig machen und, um die Tages-
ordnung dieser neuen Konferenz vorzubereiten
und die Schritte zu tun, die zu einer frühzeitigen
Reorganisation der Internationale notwendig
erscheinen werden.“

Diese Resolution wurde an eine Kommi-
sion gewiesen.

Hysmans teilt sodann mit, daß noch we-
tere Delegierte eingetroffen sind, so daß nun-
mehr 26 Staaten mit 97 Delegierten
an der Konferenz vertreten sind. Die ukrai-
nische Delegation ist in Wien eingetrof-
fen, kann aber aus technischen Schwierigkeiten
nicht rechtzeitig eintreffen.

Völkerbund

Hierauf wird die Diskussion über den Völker-
bund fortgesetzt. Kossowitz (Polen), Ver-
treter des polnischen allgemeinen jüdischen Ar-
beiterbundes, wendet sich im Namen der Leiden-
den in dieser Organisation vertretenen jüdi-
schen Arbeiter gegen die Antisemiten aller
Länder, fordert durch den Völkerbund die Sicher-
stellung der Lebensrechte des an vielen Orten
mißhandelten jüdischen Volkes und protestiert
besonders auch gegen die judenfeindliche Haltung
der polnischen Sozialdemokratie.

Dr. Zusto (Argentinien) verlangt vom
Völkerbund vor allem aus die Schaffung des
Freihandels und bekämpft grundsätzlich
alle Schutzzoll-Tendenzen, indem er den
Zollschutz als den schlimmsten Ausdruck des
schlimmsten Nationalismus und als die Ursache
vieler internationaler Konflikte bezeichnet. Han-
del und Industrie sollen im internationalen Le-
ben nicht zu einer Quelle von Haß und Feind-
schaft, sondern von Freundschaft werden. Der
Redner ersucht die Internationale, mit
aller Energie gegen das autoritative
Prinzip anzukämpfen, das jetzt wieder
in Paris von mehreren Seiten vertreten wird.

Eisner (München) konstatiert, daß durch
die Annahme der gestrigen Resolution der Völ-
kerbund bereits verwirklicht wurde, nicht
durch eine stürmische Kundgebung, sondern be-
scheidend, wie es sich für ein rechtes Werk ge-
ziem. Das Proletariat muß jetzt in allen Län-
dern sich sofort an die Arbeit machen, im Be-
wußtsein, daß ein wirklicher Friede nur das
Werk eines proletarischen Völkerbundes sein
kann. Die Parteien der einzelnen Länder müs-
sen mit größter Rücksichtslosigkeit der Idee zum
Siege verhelfen. In der bisherigen Debatte
wurde leider mit keinem Wort Erwähnung ge-
tan der gewaltigen Bedeutung der Pr

ohne Verantwortlichkeitsgefühl in allen Län-
dern durch ihre chauvinistische Heße die öffent-
liche Meinung vergiftete. Mit dem Antritt sei-
ner Regierung hat der Sprechende sofort den
schärfsten und erbarmungslosesten Kampf gegen
diese Presse aufgenommen. Eisner richtet einen
Appell an die Vertreter der Presse, daß
sie sich ihrer Verantwortung bewußt werden und
aufhören, durch Lügen und Entstellungen die
Völker zu verheken (Zustimmung). Dem
Völkerbund sollen nicht nur strafrechtliche Kom-
petenzen und wirtschaftliche Zwangsmaßnahmen
gegen diejenigen zustehen, die sich gegen seine
Grundsätze vergehen, sondern es muß in allen
Ländern dahin gewirkt werden, daß die Grund-
sätze des Völkerbundes in das nationale Recht
aufgenommen werden und das jede Staats-
mann, der entgegen den Rechtsjahungen zum
Kriege aufruft, des Verrates schuldig erklärt
und entsprechend bestraft wird.

Zu den französischen und englischen Delegier-
ten gewendet, erklärt Eisner, daß das bisher
militaristischste Volk, das deutsche Volk, durch die
Erfahrungen im Kriege so antimilitari-
stisch geworden ist, daß es nicht einmal mehr
wünscht, daß die frühere sozialdemokratische För-
derung durchgeführt und an Stelle des stehen-
den Heeres die Volkswehr eingeführt wird. In
Deutschland, auf alle Fälle jedenfalls im Süden
Deutschlands, ist keine Forderung vollstümlicher,
als die gänzliche Abschaffung der Wehrpflicht.
Die Idee der Volkswehr, wie sie von der
Schweiz durchgeführt worden ist, war gewiß
seinerzeit berechtigt, als der Ausdruck der Wehr-
haftigkeit eines freien Volkes, das entschlossen
war, seinen Herd gegen fremde Eingriffe zu ver-
teidigen, aber in der Zeit der Giftgase, der 42
Zentimeter-Kanonen und der Maschinengewehre
läßt sich der alte Charakter der Volkswehr doch
nicht mehr aufrechterhalten und sie müßte, wie
die stehenden Heere, zu einem militärischen In-
strument werden.

Eisner setzt seine ganze Hoffnung auf die
neue Jugend, die den noch notwendigen
geistigen Kampf zu Ende führen wird. Schon
jetzt müssen wir den Bund der Völker
sehen, sonst diktiert Paris einen Völker-
bund, der nicht unserem Ideal entspricht. (Bei-
fall.)

Hermann Müller, Deutschland, ist ange-
nehm berührt durch den warmen Appell von
Macdonald und Frau Snowden an die deutschen
Delegierten. Der Krieg hat das Leben allgemein
so erschüttert, daß er leider auch das soziali-
stische Parteiprogramm erschüt-
tert hat. Wenn in Paris die volle Ab-
rüstung beschlossen wird, so wird Deutschland
mit Freuden dem zustimmen. Leider ist aber zu
befürchten, daß sich gegen die völlige Abrüstung
in Paris Widerstände geltend machen. Die deut-
schen Delegierten stimmen der Völkerbundsreso-
lution freudigen Herzens zu.

Henderson-England, Chef der englischen
Arbeiterpartei, drückt seine Genugtuung aus über
die Debatte, die zu einstimmigen und prä-
zisen Beschlüssen über den Völkerbund
führen muß. In Paris gibt es viele, die nach
Bern blicken und von Bern eine nachdrück-
liche Aeußerung zur Gestaltung des Völkerbun-
des erwarten. Die Berner Konferenz muß auch
nachdrücklich ihren Willen zur Geltung bringen.
Das Prinzip des Gleichgewichtes der Kräfte hat
mit dem Weltkrieg völligen Schiffbruch ge-
litten und hat die Völker nur auf die Schlacht-
bank geführt. Redner kritisiert in scharfen Wor-
ten die Geheimdiplomatie die sofort
beseitigt werden soll. Henderson legt auf das „so-
fort“ das größte Gewicht und verlangt, daß der
Völkerbund sofort geschaffen wird. Redner legt
Nachdruck besonders auf folgende Punkte: Der
Völkerbund muß eine Vereinigung aller
freien Völker sein, im Geiste der neuen

Zeit. Die neue Demokratie muß einen gerech-
ten Frieden machen, wie er dem Symbol
einer großen Völkerfamilie entspricht. Die bri-
tische Delegation mißt der Erklärung der deut-
schen Delegation über den Willen des deutschen
Volkes, den Militarismus endgültig abzuschaf-
fen, die größte Bedeutung bei. England ist ent-
schlossen, die allgemeine Dienstpflicht wieder ab-
zuschaffen (Beifall). In Paris dürfen kei-
nerlei politische oder wirtschaftliche Beschlüsse ge-
faßt werden, zugunsten oder zuungunsten eines
Staates. Wir wollen auch keinerlei Kriegsent-
schädigungen noch Wiedervergeltungen, sondern
es genügt, daß denen recht geschieht, die Unrecht
erlitten haben (Beifall). Der Redner befürchtet,
daß noch nicht alle Delegierte in bezug auf die
Regelung der territorialen Fragen völ-
lig vom internationalen Geist erfüllt sind. Der
neue Völkerbund muß alle Nationen, selbst die
kleinsten umfassen, die volle Gelegenheit er-
halten sollen, ihre wirtschaftlichen und kulturel-
len Fähigkeiten zu entwickeln, um ihre nationale
Unabhängigkeit zu erhalten. (Starker Beifall.)

Hysmans befürwortet kurz einen Zusat-
zsantrag zu der gestern eingebrachten Völkerbunds-
resolution, durch den ausdrücklich festgestellt wer-
den soll, daß nicht allein durch den Völkerbund
die Rechte der Staaten, sondern aller Na-
tionalitäten geschützt werden sollen.

Cohn-Palästina stellt im Sinne der gestri-
gen Ausführungen seines Kollegen Loder zur
Völkerbundsresolution folgenden Antrag:
Der Völkerbund darf nicht bloß ein Bund
von Staaten sein, sondern ein wahrer
Bund der Völker, in dem auch die
schwachen Nationen und insbesondere die nicht
staatslich organisierten Nationen und in fremden
Staaten lebenden Nationsteile einen Schutz und
eine wirksame Stütze finden sollen. Zu diesem
Zwecke wird beim Völkerbund ein Gerichts-
hof für nationale Angelegenheiten errichtet.
In die Kompetenz dieses Gerichtshofes fallen
alle Fälle der Unterdrückung des nationalen Be-
kenntnisses, der nationalen Kultur, Sprache,
Schulen usw., aber auch alle Fälle der Schmäle-
rung der staatsbürgerlichen Rechte, wirtschaft-
licher Bedrückung und Verfolgung aus nationa-
len Motiven.“

Renaudel-Frankreich erklärt, daß die
Grundsätze eines gerechten Friedens übereinstim-
men müssen mit den Grundsätzen der Gesellschaft
der Nationen. Zu den deutschen Delegierten
gewende:

„Wir wollen nicht die Erschöpfung Deutsch-
land, noch die Zerstörung seiner Einheit, noch
seine wirtschaftliche Schwächung, wie wir das zu
verschiedenen Malen im Parlament schon gesagt
haben (starker Beifall). Wir machen einen Un-
terschied zwischen der deutschen Regierung und
dem deutschen Volk. Wenn auch Reparationen
gerecht sind, so wollen wir doch, daß die Gleich-
heit wieder hergestellt wird zwischen allen Na-
tionen.“

In der Erkenntnis, daß die wirtschaftlichen
Probleme die Grundursache waren zu dem Krieg,
verlangen wir, daß die Gesellschaft der Natio-
nen jeden Protektionismus aus-
schließt und die Harmonie herstellt in der
Verteilung der Rohstoffe und eine Organisation
der Arbeit in der ganzen Welt schafft zum Heil
aller Menschen. Die Internationale, die den
Krieg nicht verhindern konnte, muß heute ihrer
Macht bewußt sein.

Paris muß man zwingen, mit dem
Willen von Bern zu rechnen. Der Red-
ner betont zum Schluß, daß seine Anklage gegen
die deutsche Mehrheitspartei nicht ein Ausfluß
des Hasses war, und daß er sich freut, daß mit
der Schaffung der Demokratie Deutsch-
land der Weg frei ist für den Eintritt in
den Völkerbund als gleichberechtigtes Glied. Da-
mit dieser Völkerbund wirklich ein Bund der
Völker werde, müssen seine Statuten vorher de-

Genehmigung der Völker selbst unterbreitet wer-
den. (Starker Beifall.)

Als letzter Redner erhält das Wort der Präsi-
dent der Kommission, Wibaud, Holland, der
als Ziel des Völkerbundes die Sozialisie-
rung des Wirtschaftslebens bezeichnet.
Der Redner ist nicht derselben Meinung wie
Macdonald, daß die durch den Krieg zerstörten Län-
der für den Wiederaufbau ihrer Wirtschaft einen
besondern Schutz brauchen. Immerhin sollen diese
Fragen unterjocht werden unter Vermeidung
der Schaffung neuer Konflikte. Das Proletariat
muß mit der ganzen Kraft seiner politischen und
gewerkschaftlichen Organisationen hinter uns
stehen, damit wir nicht bloß eine Resolution fas-
sen, sondern auch Taten vollbringen können.
(Beifall.)

Präsident Branting teilt mit, daß, da der
Zusatzantrag Cohn, Palästina, betreffend den
Schutz der Nationalitäten sich mit dem Zusatzan-
trag Hysmans deckt, ersterer seinen Antrag zu-
rückgezogen habe. Branting beantragt Annahme
der beiden Zusätze Hysmans und Macdonalds,
die bestimmen, daß in der Zentralbehörde des
Völkerbundes nicht Delegierte der Regierun-
gskabinette, sondern Delegierte der Volks-
vertretungen (Parlamente) sitzen sollen,
damit der Völkerbund nicht eine Allianz von Ka-
binetten, sondern einen wirklichen Bund der Völ-
ker bilde.

Die Völkerbundsresolution ein-
stimmig angenommen

In der Abstimmung wird die gestern bereits
bekanntgegebene Völkerbundsresolution zusam-
men mit den Zusatzanträgen Hysmans und
Macdonalds einstimmig angenommen. (Starker
Beifall.) — Die Verhandlungen werden hier um
1 Uhr 10 Min. abgebrochen. Fortsetzung nachmit-
tags.

Die Internationale Sozialisten-Konferenz in Bern.

Antwort an die Tschechen.

(Telegramme der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 7. Februar.

Der Berichtsteller der Kommission für die Behandlung der territorialen Fragen, der französische Genosse **Misral**, hat heute nachmittag vor den Konferenztisch die von der Kommission beschlossene Resolution begründet und in der sich die wesentlichen Punkte der Resolution befinden und die von der Kommission beschlossene Resolution begründet und in der sich die wesentlichen Punkte der Resolution befinden und die von der Kommission beschlossene Resolution begründet und in der sich die wesentlichen Punkte der Resolution befinden.

Remeé begann seine Rede mit der Erklärung, daß die tschechoslowakischen Sozialisten für die Resolution nur dann stimmen könnten, wenn der Punkt 3 der Resolution, der alle gewaltsamen oder verheerenden Annexionen auf Grund sogenannter historischer Ansprüche oder angeblicher ökonomischer Notwendigkeiten verweist, dadurch erweitert wird, daß auch die gewaltsame oder verheerete Annexion von Gebieten verworfen wird, die gewaltsam oder durch fremdes Kapital internationalisiert worden sind. Er stellte dar, daß die Druck- oder gewaltsamen Annexionen der böhmischen, mährischen und schlesischen Teile durch die Gewalt des internationalisierten Kapitalismus geworden seien, daß man die tschechischen Arbeiter jahrzehntlang gezwungen habe, ihre Kinder in deutsche Schulen zu schicken, und daß die Mutterzunge der überwiegenen Mehrheit in diesen Gebieten die tschechische sei, auch wenn sich die Bevölkerung dort jetzt vielfach zur deutschen Umgangssprache begeben. Er zählte alle Länder auf, die die österreichischen Regierung gegen die tschechischen Arbeiter in der Vergangenheit gemacht hätten, daß im besonderen ihre Metallarbeiter-Genossenschaft tschechoslowakischen Arbeiter mit dem Strick um den Hals herumgehört müßten, weil sie sich nicht so loyal verhalten wollten wie ihre deutschen Genossen.

Der Satz, der die historischen Rechte und die wirtschaftlichen Notwendigkeiten als mitbestimmend für die Entscheidung der territorialen Fragen verweist, sagte **Remeé**, ist auf Antrag unserer deutschösterreichischen Genossen angenommen worden. Sie verlangen, daß die Internationale die Verwaltungen, die sich die Tschechen Romm, die Dabeburger, dreihundert Jahre lang gegen das tschechische Volk zu schulden kommen ließen, sanktionieren soll. Entschließen sich die Internationale, im Sinne der Interessen Deutschösterreichs zu entscheiden, so können wir das nur bedauern, aber auf unsere Anschlüssen kann diese Entscheidung keinen Einfluß haben. Wir müssen uns fragen, ob wir Tschechoslowaken berechtigt sind, einen selbständigen Staat zu gründen oder nicht. Sind wir dazu berechtigt, so müssen wir eben einen selbständigen Staat gründen. Den Deutschen im tschechoslowakischen Staat werden wir dieselben Rechte geben, die wir selbst haben. Wenn die Deutschen behaupten, daß wir sie verewaltigen würden, so widerstrebe ich dem auf das Schärfste. Wohl aber haben wir eine Minderheit von 400.000 Tschechen in Wien, die auch heute noch nicht ihre eigenen Schulen errichten dürfen. Es ist aus wirtschaftlichen Gründen unerlässlich, daß der schmale Streifen Landes längs der Grenzen unseres Staates, wo auch Deutsche wohnen, beim tschechoslowakischen Staate verbleibe, sonst wäre die Republik gefährdet und der Staat für und für gestürzt. Ich glaube, daß die Not der Zeit uns zusammenführen wird, und wenn sich deutsche und tschechische Sozialdemokraten nicht gegenseitig schaden, so fallen sie der Nation zum Opfer. Wir müssen uns zusammenfinden, eine Föderation freier Republiken gründen und nachdem wir der Demokratie zum Siege verholfen haben, die Sozialisierung in die Wege leiten.

Der Kongreß aber muß der Welt durch die Annahme unseres Zusatzantrages zeigen, daß die Internationale ein festes Volkswort nicht nur für die großen Staaten, sondern auch für die kleinen Nationen ist.

Ellenbogens Antwort.

Im Namen der deutschösterreichischen Delegation erwiderte **Ellenbogen**: Der Genosse **Remeé** hat vor Ihren Augen ein Bild des alten Oesterreichs erstellt. Das Bild, das er entworfen hat, ist viel zu schwach und matt und Sie werden am Ende meiner Ausführungen vielleicht erkennen, warum uns das Leben in diesem Staate so unerträglich war, warum auch mit den Tag herbeigesehnt haben, an dem dieses alte Oesterreich auf dem Schindanger der Weltgeschichte verreckt ist. **Remeé** glaubt uns zu benutzieren, indem er sagte, daß wir auf diese Resolution Einfluß genommen haben. Er stellt der Intelligenz aller übrigen Genossen auf dieser Konferenz wohl ein großes Armutszeugnis aus, wenn er glaubt, daß sie sich von falschen Argumenten bestechen lassen! Wenn wir Deutschen Oesterreich es aber mit Erfolg versuchen können, den Kongreß zu überzeugen, ja warum kann dann der Genosse **Remeé** nicht dieselbe Kraft anwenden, um den Kongreß auf seine Seite zu bringen? Wir deutschen Sozialdemokraten Oesterreichs können wohl mit reinem Gewissen vor diese Konferenz treten, denn das, was wir heute verlangen, verlangen wir seit dreißig Jahren. Wir haben es vor dem Kriege verlangt und wir haben schon im Jahre 1898 das Bedürfnis empfunden, die unerträglichen nationalen Streitigkeiten zu lösen. Wir haben als erste unter allen Sozialdemokraten der Welt ein Programm zur Lösung dieser Fragen aufgestellt. Wir sind von diesem Programm abgewichen, aber immer weiter vorwärts, dem Selbstbestimmungsrecht der Völker zu! Niemand kann leugnen, daß wir gegen unsere eigene Bourgeoisie Tag für Tag gekämpft haben, daß wir als Vertreter unserer Nation bekämpft worden sind, weil wir unerschrocken für das Recht der Tschechen einzutreten wagten! Wir haben uns während des Krieges auf drei Reichskonferenzen für das Selbstbestimmungsrecht der Tschechen und der anderen Nationen eingesetzt! Wir haben nicht nur gegen die Verfalls der Dynastie und die Dummheit der Bürokratie, sondern auch gegen die eigene nationale Bourgeoisie kämpfen müssen. Wir haben gekämpft, nicht um uns ein Verdienst zu erwerben, sondern aus unserem sozialistischen Gewissen heraus. Ich selbst bin noch in einer der letzten Sitzungen des alten Parlamentes unter dem Beifall der Tschechen für das Recht der Tschechen und für die Polen eingetreten und der folgende deutschbürgerliche Redner hat mich höhrend zugerufen: „Natürlich, der deutsche Sozialdemokrat unterstützt die Polen und Tschechen!“ So ist es uns immer gegangen. Wir haben immer Dohn und Spott und Beschimpfungen bei unserer eigenen Bourgeoisie gerntet! Und nun kommen wir zu der sozialistischen Internationale, verlangen für die Deutschen Oesterreichs den selbständigen Staat, nicht mehr und nicht weniger, als daß die Deutschen Oesterreichs über ihre Zukunft selbst bestimmen können, und ich muß sagen, es ist unerhört, daß sich nur ein Mensch, geschweige denn eine Partei findet, die den Deutschen Oesterreichs dieses klare, selbstverständliche Recht bestreitet...

hergestellt würde. Andererseits werde die Linie Prag—Pilsen Stuttgart—Straßburg—Paris der früheren Hegemonie Deutschlands eintrag tun.

Die Konferenz mit den russischen Regierungen.

Moskau, 6. Februar. (Radio.) In dem Telegramm der Sowjetregierung, worin diese ihre Bereitwilligkeit ausdrückt, Vertreter zu der Konferenz auf den **Prinzeninseln** oder an einem anderen dazu bestimmten Ort zu entsenden, werden die Verbandsmächte ersucht, bekanntzugeben, wann, wohin und auf welchem Wege die Vertreter der Sowjetregierung ihre Fahrt antreten sollen.

Arbeit in den Kommissionen.

Paris, 6. Februar. (Neuer.) Nach der Abreise **Bloyds Georges** am 8. d. und des Präsidenten **Wilson** am 13. d. wird eine Periode angestrengter Arbeit in den Kommissionen der Friedenskonferenz eintreten.

Remeé: Es handelt sich nur um eine kleine Minderheit! — **Ellenbogen**: Auch darauf komme ich noch zu sprechen, ich werde Ihnen gar nichts schenken. Genosse **Remeé** (Weiterkeit.) Wenn Sie im übrigen so sicher sind, daß die Deutschböhmen zu Ihnen gehören: warum lassen Sie sie dann nicht selbst entscheiden?

Die tschechischen Delegierten sehen Ihre Zwischenrufe fort. **Vorsitzender**: Ich bitte die tschechischen Delegierten, den Genossen **Ellenbogen** mit der gleichen Ruhe anzuhören, mit der die deutschösterreichischen Delegierten den Ausführungen des Genossen **Remeé** gefolgt sind!

Ellenbogen (fortfahrend): **Remeé** hat dann an das Gefühl des Kongresses appelliert, indem er von der Ausbeutung des tschechischen Volkes gesprochen hat. Ja wohl, auch nach Brüg und Tur sind tschechische Arbeiter gekommen, aber wir bestreiten diesen Arbeitern das Selbstbestimmungsrecht nicht, wir wollen nicht wie Sie, Genosse **Remeé**,

jemanden aus wirtschaftlichen Gründen vergewaltigen!

Der Genosse **Remeé** hat dann geglaubt, einen besonderen Trick auszuspielen, als er von den Indiern und den Irländern gesprochen hat. Nun ich glaube, wenn das Selbstbestimmungsrecht der Indier und der Iren auf der Tagesordnung stünde, die englischen Parteigenossen würden sich nicht gegen das Selbstbestimmungsrecht der Völker wenden! Bundesgenossen! werden Sie, Genosse **Remeé**, bei den englischen Delegierten nicht finden, da müssen Sie sich schon an Herrn **Bloyd-George** nach London wenden! (Großer Beifall.) Aber wenn Sie Ihrer Sache so sicher sind, Genosse **Remeé**, dann frage ich Sie: Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß deutsche und ungarische Gebiete von Ihrer Bourgeoisie durch Waffengewalt besetzt werden!

Remeé: Das machen die Ameen der Entente!

Ellenbogen: Sie sehen, wie hier operiert wird! Also auf einmal sind diese tschechoslowakischen Soldaten Entente-Truppen! Und was sagen Sie dazu, Genosse **Remeé**, daß die selbstgewählten Vertreter Deutschböhmens verjagt und verfolgt werden, daß der Genosse **Seltzer** nur durch die Flucht einer Verhaftung entgangen ist? Was sagen Sie dazu, daß die Vertreter des deutschen Volkes in Böhmen gezwungen waren, über Deutschland nach Wien zu flüchten?

Remeé: Sie werden zurückkehren dürfen!

Ellenbogen: Jawohl. Wir werden stark genug sein, Ihre Gewalttätigkeit zu verhindern! Aber ich frage weiter: Wie stehen Sie dazu, daß nach viereinhalb Jahren eines mörderischen Krieges nunmehr Ihre Truppen den Krieg fortsetzen, daß Sie gewaltsam in Deutschösterreich, in Südmähren, in Ungarn eindringen? Parteigenossen, damit Sie die Gerechtigkeit der tschechischen Regierung kennen lernen, will ich Ihnen ein Telegramm vorlesen, das in diesem Augenblick hier eingetroffen ist. (Beif.) Uebermitteln Sie dem Kongreß die Unterstützung der ungarländischen Sozialdemokratie gegenüber der Brutalität der Rumänen, Tschechen und Serben. Im Bistytal haben die Rumänen 71 Einwohner geprügelt, in Ljonez sind 70 Personen verhaftet worden! In Preshburg haben die Tschechen die Führer der Sozialdemokraten verhaftet! In ganz Oberungarn ist allgemeiner Streik wegen der Brutalität der Tschechen, alle Betriebe, Industrien, Bergwerke stehen still. (Große Bewegung.)

Ellenbogen (fortfahrend): Wie mir von ungarischen Genossen mitgeteilt wird, sind gegenwärtig große Kämpfe im Gange, bei welchen Hunderte von Toten zurückgelassen sind. Das ist die Art, in der, ich will milde sein, der tschechische Imperialismus die Nationalitätenfrage zu lösen sucht! Ich sage Ihnen, wir Parteigenossen, wenn Sie die Frage nicht in dem Sinne unserer Resolution lösen, dann werden Sie die Schuld auf sich laden, daß weiter Tausende von Toten auf den Schlachtfeldern liegen bleiben!

Aber ich frage den Genossen **Remeé** weiter: Wie stehen Sie zu der Tatsache, daß Ihre Bourgeoisie den § 65 des alten Strafgesetzes anwendet, den Hochverratsparagrafen gegen diejenigen, die die Absicht haben, sich als Deutsche im tschechischen Gebiet zu bekennen? Genossen, es müßte so kommen! Wer mit einer Sünde beginnt, kann nur in ihr fortfahren. Das ist der Fluch der bösen Tat, daß sie fortzeugend Böses muß gebären! Wenn Sie drei Millionen Deutsche gegen deren Willen in den tschechischen Staat werden hineinzwingen wollen, so werden Sie das nur können gegen deren Widerstand! Dann werden Sie anfangen beim Paragrafen 65 und enden werden Sie bei den Methoden des alten Oesterreich! Der Genosse **Remeé** hat Ihnen dieses alte Oesterreich geschildert. Ich kann das viel besser (Weiterkeit), aber ich will Sie nicht ermüden und nur feststellen, daß dem Genossen **Remeé** einige, sagen wir, Irrtümer unterlaufen sind. Er hat ein gewisses Dunkel geschaffen, so daß man nicht genau unterscheiden konnte, was die Sozialdemokratie und was das Bürgerium getan hat. Das Wort „man“ spielt in seiner Darstellung eine große Rolle! „Man“ hat verfolgt, „man“ hat gehängt! Der Genosse **Remeé** hat auch von den Kriegsanleihen gesprochen. Unter dem Druck, Kriegsanleihen zu zeichnen, sind wir alle gestanden und es gab auch noch andere Zwangszustände! Manche unserer Genossenchaftlichen Organisationen haben sich dem Zwang sogar gern gefügt; man hat mit den Kriegsanleihen nämlich auch Steuern bezahlen können, wobei die Organisationen wesentliche Erleichterungen für die Erfüllung ihrer Steuerpflicht gefunden haben. Genosse **Remeé** hat erzählt, wir hätten für das Budget gestimmt. Die Parteigenossen werden glauben, daß das Kriegskredit waren. Er hat nämlich nicht gesagt, daß wir ausdrücklich gegen die Kriegskredite gestimmt hätten und es sich darum handelte, uns durch die Erledigung des Budgetvorprojekts das Parlament zu erhalten.

Die Internationale Sozialisten-Konferenz in Bern.

(Telegramm der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 7. Februar.

Der Volksweltismus.

Um 9 Uhr abends trat die Kommission zur Beratung über die Fragen des Volksweltismus und der Demokratie sowie die Kommission zur Beratung des Vorschlags des Herrn Genderson gemacht hatte, zusammen. Dieser Vorschlag geht dahin, daß die Arbeit in einer solchen Weise fortgesetzt werde, die ihr im Interesse der Arbeiter und der sozialistischen Bewegung der vertretenen Länder den größten Einfluß auf die Pariser Konferenz verschafft. Die Konferenz erkennt auch an, daß der Krieg Mißverständnisse und starke Meinungsverschiedenheiten mit Bezug auf die einzunehmende Haltung zur Folge hatte, aber die Konferenz drückt die Hoffnung aus, daß sich die arbeitenden Klassen aller Länder bald auf die Grundsätze der Internationale einigen werden. Sie ernannt eine Kommission, bestehend aus je zwei Vertretern Frankreichs, Großbritanniens und Deutschlands und je einem Vertreter von Deutschösterreich und der Tschecho-Slowakei, nebst Branting, Genderson und Guyzmans, um die Ausführung der Beschlüsse der Konferenz zu überwachen und weiterhin diese Konferenz zusammenzuberufen, sobald Beschlüsse der Pariser Konferenz es notwendig machen, um die Tagesordnung dieser neuen Konferenz vorzubereiten und Schritte zu tun, die zur Reorganisation der Internationale notwendig erscheinen.

Im Apolloaal fand am Abend die angekündigte Versammlung der Schweizer Genossen statt, zu der zahlreiche Konferenzdelegierte der Zimmerwalder Richtung erschienen. Als erster sprach Friedrich Adler, von der dichtgedrängten Masse der Erschienenen stürmisch begrüßt. Er sprach über das sozialistische Problem der Gegenwart und die künftigen Aufgaben der Internationale. Nach ihm sprach Schoeflo (Christiania), ferner hatten sich Burian (Prag), Morgari (Italien), Herzfeld (Deutschland), Fort und Vorriol (Frankreich) in die Redeliste einzutragen lassen.

Die territorialen Fragen.

Aus der sehr ausführlichen Debatte der Konferenz über die territorialen Fragen wäre noch folgendes zu erwähnen:

Grumbach (Elßaß) brachte eine Erklärung der elßaß-Lothringischen sozialdemokratischen Arbeiterschaft und des elßaßischen Gewerkschaftsbundes zur Kenntnis, die den Anschluß an Frankreich lebhaft begrüßt. **Troelstra** (Holland) sprach sehr verständnisvoll: die Abstimmung im Elßaß müsse unter neutraler Kontrolle und voller Freiheit erfolgen. Den ungarischen Genossen, die sich beklagen, daß ihr Land von verschiedenen Mächten, die auf einzelne Gebiete Ansprüche erheben, wie im Kriege befindlich behandelt wird, muß die Konferenz im Sinne der Resolution ihren Schutz angedeihen lassen. Der internationale Gedanke muß siegen über die nationalen Aspirationen. (Beifall.) **Buchinger** schildert in bewegten Worten die Behandlung, die die Invasionstruppen der ungarischen Bevölkerung zufügen. **Gugberg** (Schweden) stellt einen Zusatzantrag, wonach in den Fällen, wo eine systematische Denationalisierungspolitik das freie Wachstum einer Bevölkerung gehemmt hat, der Völkerbund bei der Entscheidung über die territoriale Zugehörigkeit auf diese Tatsache gebührend Rücksicht zu nehmen hätte. **Mitral** (französische Linke) erklärt, daß die französischen Sozialisten nach wie vor für die Volksabstimmung im Elßaß-Lothringen sind und entschlossen in Frankreich dafür eintreten werden. (Beifall.) **Chandranian** (Armenien) schildert die Leiden des armenischen Volkes infolge der brutalen Unterdrückungsherrschaft der Jungtürken und stellt fest, daß zwei Drittel des armenischen Volkes während des Krieges durch die Jungtürken hingerichtet worden sind. Ganz Türkisch-Armenien ist verwüstet. Tausende von Dörfern sind verbrannt. **Tschenkeli** (Georgien) stellt einen Antrag für die Unabhängigkeit des georgischen Volkes. **Zoker** (Palästina) unterbreitet einen Antrag zur jüdischen Frage, der im wesentlichen besagt: Die Konferenz erkennt den internationalen Charakter der Judenfrage an und fordert in Anwendung der allgemeinen Grundsätze des Selbstbestimmungsrechtes ihre Regelung auf folgender Grundlage: 1. völlige bürgerliche Gleichberechtigung in allen Ländern und internationalen Schutz gegen physische Verfolgung und wirtschaftliche Bedrückung; 2. Freiheit der Einwanderung und Auswanderung in allen Ländern; 3. nationale Selbstverwaltung und nationale Gleichberechtigung; 4. Anerkennung des Rechtes des jüdischen Volkes auf Errichtung einer nationalen Heimstätte in Palästina unter dem Schutze des Völkerbundes.

Renaudel (Frankreich) ist mit Kautsky darin einverstanden, daß allein der Wille der Bürger der strittigen Gebiete maßgebend sei. Die elßaßische Frage war für die französischen Sozialisten nie etwas anderes als eine Rechtsfrage, da es unzweifelhaft feststand, daß die elßaßische Bevölkerung wider ihren Willen annektiert worden war und daß sie zu wiederholtenmalen mit der französischen Revolution ihren Willen kundgetan hatte, zu Frankreich zu gehören. Darum halte auch ich es für unerlässlich, daß die elßaßische Bevölkerung um ihren Willen befragt werde, damit die elßaßische Frage endgültig erledigt wird. Zur Frage der Annexion des linken Rheinuvers und des Saarbeckens erklärt Renaudel, daß es in dieser Sache unter den französischen Sozialisten keine Meinungsverschiedenheiten gebe. Die französischen Sozialisten widersehen sich jeder Annexion, ob politischen oder ökonomischen Charakters. Darüber lasse schon die Tagesordnung keinen Zweifel, die von mir läßt im französischen Parlament bereits im Jahre 1917 eingebracht und unter dem Druck der sozialistischen Partei auch einstimmig angenommen wurde und die sich gegen jede Besitzergreifung fremder Gebiete ausspricht. In den Erklärungen der deutschen Mehrheitssozialisten habe ich die glatte Anerkennung vernommen, daß das Deutsche Reich im Jahre 1871 ein Unrecht begangen habe, das es heute wieder gutmachen wolle; mit dieser Erklärung hätten die Deutschen den französischen Chauvinisten die Waffe aus der Hand geschlagen und die Versöhnung zwischen den beiden Völkern erleichtert.

Nach den mit außerordentlich starkem Beifall aufgenommenen Erklärungen Renaudels sprach Seliger Longuet (Frankreich) protestiert im Namen der jüdischen Bevölkerung Rumaniens, die in Bern nicht vertreten ist, auf das energischste dagegen, daß dort eine Million Menschen auf das schlimmste getrieben wird. (Beifall.) **Sakasow** (Bulgarien) fordert, daß bei der Entscheidung über territoriale Fragen auch die Vergangenheit in Betracht gezogen werde.

Damit ist die Aussprache über die Territorialfragen beendet. Branting erklärt, daß morgen vormittag über die Territorialresolution abgestimmt werden wird.

Sonntags-Ausgabe

70. Jahrgang

Inseratenannahme: Publicitas A.-G.
Schweiz, Annoncen-Expedition

Bureau in Bern: Balmhausplatz 2
Telephon 15.97 - Postkassenkonto 111/327

Keine Verbindlichkeit
für Aufnahme der Inserate an bestimmten Stellen
oder Tagen

des Postvereins: halbjährlich Fr. 30., vierteljährlich Fr. 15.-
Leuzb.-Zufendung. Man abonniert direkt bei der Expedition
Postanweisung. - Insertionspreis für die Schweiz 50 Rappen die
für das Ausland 75 Rappen. Gesamtpreis Fr. 2.50 die Kolonietzei-
lungen. Expedition in Bern und deren Filialen im In- und Auslande.

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Sitzung vom 7. februar, nachmittags

ag. Nachmittags wurde die Debatte über die
Territorialfragen

fortgesetzt, wobei sich als erster Redner Buchinger (Ungarn) entschieden gegen die Haltung der Tschechen wandte und feststellte, daß die Slowakei seit 1000 Jahren zu Ungarn gehörte und wirtschaftlich an Ungarn gebunden ist. Er verlangt für die slowakischen Teile Ungarns das Selbstbestimmungsrecht und kritisiert scharf die durch die tschechischen Truppen in Oberungarn verübten Bergewaltigungen an der Bevölkerung, die sich in einer Abstimmung ohne Zweifel für Ungarn aussprechen würde. Buchinger setzt die Bevölkerungsverhältnisse in Ungarn auseinander, wobei er feststellt, daß in dem von Rumänien beanspruchten Gebiet von insgesamt 6,800,000 Einwohnern bloß 2,900,000 Rumänen wohnen, während die übrige Bevölkerung aus drei Millionen Magyaren und der Rest aus Deutschen besteht. In diesem Gebiet wie in den von den Tschechen und von den Jugoslawen beanspruchten Gebieten Ungarns ist ein Plebiszit unerlässlich, wenn wirklich eine gerechte Entscheidung gefällt werden soll. Die neue ungarische Regierung hat der ungarischen Bevölkerung sofort gemäß den Grundsätzen der neuen Demokratie die Selbständigkeit gewährt. Leider ist im alten Oesterreich-Ungarn infolge der früheren Nationalitätenpolitik der Regierung zwischen den einzelnen Völkern ein unglaublicher Haß entstanden, der allen Grundsätzen des Sozialismus widerspricht. Die Gewaltakte müssen aufhören. Die ungarische Republik fordert von der Internationale Unterstützung in ihren gerechten Interessen und darum ersucht sie die Konferenz um Ablehnung des tschechischen Antrages.

Paul Faure (Frankreich) kritisiert an dem Text der Resolution den Passus, der besagt, daß die politische Demokratie den Obrigkeitsstaat vernichtet hat, tatsächlich bestehen nicht nur in Monarchien, sondern auch in Republiken unüberbrückbare Gegensätze zwischen der herrschenden Bourgeoisie und dem Sozialismus. Nicht nur die Monarchien, auch die Republiken haben Geheimverträge abgeschlossen und ohne die russische Resolution hätten wir trotz unserer Republik noch keine Kenntnis über die geheimen Unterhandlungen der Regierungen zu Anfang des Krieges. (Beifall.) Wir erwarten von allen revolutionären Regierungen, daß sie alle Geheimakte veröffentlichen. (Beifall. Zuruf der deutschen Delegation: Sehr gut!) Auch in den Republiken herrscht heute noch eine wirkliche Diktatur der herrschenden Klassen über die Arbeiterklasse.

Präsident Branting stellt fest, daß der besprochene Passus im deutschen Originaltext bereits im Sinne Faures gefaßt sei und daß man deshalb den Antrag Faure als Redaktionsantrag für den französischen Text ohne Diskussion annehmen könne.

Armenien, Georgien, Palästina

Dr. Ohandjantan (Armenien) schildert die Leiden des armenischen Volkes infolge der brutalen Unterdrückungsherrschaft der Jungtürken und stellt fest, daß Zweidrittel des armenischen Volkes, d. h. mehr als eine Million, während des Krieges durch die Jungtürken hingerichtet wurden, ganz abgesehen von den Hunderttausenden, die aus dem Lande vertrieben und in die Fremde verschleppt wurden. Ganz türkisch-Armenien ist verüffelt, Tausende von Dörfern sind verbrannt. Diese Massaker erklären sich nicht allein aus religiösen Motiven, sondern sie sind auch eine Folge des jungtürkischen imperialistischen Planes, der ein gewaltiges türkisches Reich bis nach Turkestan schaffen wollte. Der Vertreter der Armenier verlangt für das armenische

scheint's auch die tschechischen Sozialisten wünschen, d. h. die Völker mit Gewalt in die tschechischen Grenzen hineingepreßt werden, dann würde dieser Staat die Wiederherstellung eines alten Oesterreich in noch schlimmerer Form bedeuten. Dann ist dieser Staat nicht möglich als demokratischer Staat, sondern er kann nur bestehen durch Errichtung einer monarchischen Gewalt, und die tschechischen Sozialisten werden, wenn sie die Politik ihrer Bourgeoisie mitmachen, wider ihren Willen zum Instrument der Gegenrevolution. (Zustimmung aus der österreichischen und deutschen Delegation.) Diese Politik, die sich heute darin äußert, daß die Deutschen mit militärischer Gewalt niedergehalten werden, hat in Böhmen zur Folge gehabt, daß die revolutionären Sozialisten nicht in die Lage kamen, mit den Kriegshekern Abrechnung zu halten, indem es uns verwehrt wurde, durch Mahnen den Willen des Volkes zum Ausdruck zu bringen und die Abrechnung mit der Bourgeoisie vorzunehmen. (Hört, hört.) Diese Politik weiter mitzumachen, können die tschechischen Genossen weder vor der Geschichte noch vor der Internationale und vor dem eigenen Gewissen verantworten. Beifall bei den deutschen und französischen Delegationen.)

Longuet (Frankreich) beschränkt sich auf die Abgabe einiger kurzer Erklärungen zur Territorialfrage, wobei er vor allen Dingen betont, daß gegenüber dem chauvinistischen Sturm, der durch alle Länder geht, die Internationale nicht nationale, sondern allgemein menschliche Interessen vertreten muß. Im Namen der jüdischen Bevölkerung in Rumänien, die an der Konferenz nicht vertreten ist, protestiert Longuet aufs energischste dagegen, daß dort eine Million auf schlimmste geknebelt wird. (Beifall.)

Sakajoff (Bulgarien) fordert von der Internationale, daß sie auch den Nationalitätenproblemen ihre Aufmerksamkeit schenkt, und daß er verlangt, daß alle diese Probleme vom Völkerbund entschieden werden müssen. Bei der Entscheidung über territoriale Fragen muß aber nach der Auffassung der bulgarischen Sozialisten auch die Vergangenheit in Betracht gezogen werden, sie dies von dem tschechischen Redner gestern bereits gefordert worden ist. Bei der Entscheidung über territoriale Fragen darf nicht allein auf die Statistik abgestellt werden, da sonst beklagenswerte infolge der türkischen Ausrottungspolitik in Mazedonien Bulgarien nicht zu seinem Rechte kommen würde. Sakajoff bedauert, daß seine arabischen Genossen da sind, damit das Problem in gemeinsamer Aussprache erörtert werden könnte.

Branting erklärt, daß morgen früh über die Territorialresolution abgestimmt wird, nachdem dazu noch einige Erklärungen abgegeben worden sind.

Schluß der Sitzung 7 Uhr 40.

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Sitzung vom 10. Februar vormittags

Diktatur und Demokratie

ag. Die Konferenz setzte Montag, morgens 9 1/2 Uhr, die Debatte über die Frage „Diktatur und Demokratie“ fort. H u n s m a n s betonte bei Eröffnung der Sitzung, daß die Internationale nicht mit einer Majorität und einer Minorität arbeiten kann, daß deshalb auch in dieser Frage es vermieden werden müsse, Uneinigkeit hervorzurufen.

L o r i o t (Frankreich) wendet sich entschieden gegen die Resolution der Kommissionsmehrheit (Branting), die von den kapitalistischen Regierungen in ihrem Kampf gegen die soziale Revolution als Waffe benutzt werden könnte. Der Gedanke einer Diktatur des Proletariats ist gar nichts neues und entspricht durchaus den Grundsätzen, die die alte Internationale auf ihren früheren Kongressen festsetzte. Die russische Revolution hat jedenfalls mehr für das Proletariat getan und ist weiter gekommen, als alle bisherigen sozialen Bewegungen, darum lehnen wir es ab, sie irgendwie brandmarken zu wollen.

A x e l r o d, Rußland (Menschewik), der bekannte Herausgeber der „Stimmen aus Rußland“ in Stockholm, befürwortet entschieden die Entsendung einer großen internationalen sozialistischen Kommission nach Rußland, zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse. Persönlich ist Axelrod der Meinung, daß das bolschewistische Regime gar keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat bedeutet. Gegenüber der Behauptung Lorient, daß die Bolschewisten wirklich die Interessen des Proletariats vertreten, verweist Axelrod auf eine Reihe von Dokumenten, aus denen hervorgeht, daß die Arbeiterschaft beispielsweise von Petrograd die schwersten Anklagen erhebt gegen die bolschewistische Regierung, die das freie Wort unterdrückt, die Arbeiterorganisationen verfolgt, das Streikrecht verweigert und überdies die ganze Volkswirtschaft zerstört und die Arbeiter zu Sklaven gemacht hat. Die Internationale darf sich daher auf keinen Fall auf den Standpunkt setzen, daß die Bolschewisten wirklich die Vorkämpfer für die Verwirklichung der sozialistischen Ideale bedeuten. Sie muß im Gegenteil von den Bolschewisten fordern, daß sie den russischen Arbeitern zum mindesten jene Freiheiten und Rechte wieder gibt, die sich das Proletariat in andern Ländern errungen hat.

A d l e r (Österreich) konstatiert vorerst mit Bedauern, daß der alte Geist der Internationale in der Konferenz noch nicht zur vollen Geltung kam und daß die Debatten noch deutliche Spuren der Kriegspychose zeigten.

Grundsatz der alten Internationale war es, daß jede Partei den Feind im eigenen Lande belämpfte und die eigene Regierung angriff und den Kampf gegen die Regierungen der andern Länder den dortigen Parteien überließ. Darum hätten, wie es Eisner getan, auch die französischen Redner hier nicht von den Taten der feindlichen Regierungen, sondern von dem erzählen sollen, was ihre eigenen Regierungen taten. (Starker Beifall.) Und es hat uns mit Schmerz erfüllt, daß an der Konferenz kein Wort fiel gegen die Front im Westen, während man jetzt mehr oder weniger versteckt den Versuch machen will, die proletarische Revolution zu brandmarken. Renaudel, Rubanowitsch und andere erblicken im Bolschewismus eine Gefährdung der Menschheit und verlangen eine Intervention der Internationale. Da fragen wir: Wo blieb die Internationale in den 4 1/2 Jahren des Krieges, da die Menschheit in Gefahr war? (Beifall.) Die Konferenz ist schon darum nicht befugt ihr Urteil über den Bolschewismus in Rußland zu fällen, weil, eine Reihe von sozialistischen Parteien, wie die italienische und die schweizerische, hier nicht vertreten sind und vor allem, weil die Vertreter der Bolschewisten sich heute an der Konferenz nicht verteidigen können. Wenn Axelrod der Sowjetregierung vorwirft, daß sie Sozialisten ins Gefängnis setzt, so erinnern wir daran, daß auch K e r e n s k y und mit ihm die Vertreter der Menschewik zur Zeit ihres Regimes Sozialisten ins Gefängnis warfen, und zwar solche, die im Kampfe standen gegen die Fortsetzung des Krieges. (Beifall.) Axelrod ruft: Damals waren es bloß ein paar Leute, heute sind es Zehntausende.

A d l e r: Axelrod gibt damit zu, daß es sich nur um einen Unterschied in der Quantität, nicht in der Qualität handelt. (Große Heiterkeit.) Adler verliest zum Schluß eine

Erklärung

die unterzeichnet ist von einer Reihe französischer, norwegischer und einer Reihe anderer Genossen.

In dieser Erklärung wird vorerst konstatiert, daß gerade die Genossen, die während des Krieges durch ihre Haltung den Zusammenschluß der Internationale verunmöglichten, die heutige Konferenz benutzen wollen zu einer Aktion, die die Schwierigkeiten der Internationale notwendig vermehren müßten. Die Erklärung verwarft sich gegen jede Brandmarkung der Zustände in Rußland, über die genaue Berichte nicht vorliegen, während gleichzeitig die Depeschenagenturen der Entente und der Zentralmächte fortfahren, die Sowjetrepublik durch lügenhafte Darstellungen zu diskreditieren. Wenn auch an dem guten Glauben der an der Konferenz als Ankläger auftretenden russischen Genossen nicht zu zweifeln ist, muß die Internationale doch festhalten am Grundsatz, daß beide Parteien angehört werden. Die von der Mehrheit der Kommission gewünschte Resolution ist auch darum unannehmbar, weil gewisse Abschnitte von der gegenrevolutionären Bourgeoisie gegen die soziale Revolution ausgebeutet werden könnten. (Beifall aus einzelnen Delegationen.)

R u b a n o w i t s c h (Rußland), Menschewik: Die Vertreter der sozialrevolutionären und der menschewistischen Partei Rußlands schlagen gemeinsam vor, eine Kommission nach Rußland zu schicken. Die Diskussion über diesen Vorschlag hat sich erweitert zu einer Aussprache über Diktatur und Demokratie. Als Schüler von Marx ist der Sprechende ein Anhänger der Dik-

Wien

29

K. K.

1918

Veranstaltung

die

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

1918

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Nachsitzung vom Sonntag

In der Sonntag, abends 9 Uhr, beginnenden Nachsitzung wird die Debatte weitergeführt über die

Kriegsgefangenenfragen

Kubanowitsch - Rußland protestiert gegen die schmachvolle Behandlung der russischen Kriegsgefangenen in Deutschland und gegen die Auslieferung russischer gefangener Offiziere an die Bolschewisten. Noch kürzlich sind 750 russische Offiziere den Bolschewisten ausgeliefert und von diesen erschossen worden.

Greenwall - England schließt sich dem Protest seines Kollegen Shidie gegen die Behandlung der englischen Kriegsgefangenen in Deutschland an, die im scharfen Gegensatz stand zu der menschenfreundlichen Art, wie die Deutschen in England behandelt wurden. Er beantragt mit Shidie die Zurückweisung der Resolution an eine Kommission, da die Gleichstellung der Engländer mit den Deutschen für die erstern eine Herausforderung bedeutet.

Huymans konstatiert, daß es sich heute darum handelt, positive Arbeit zu leisten. Die Gefangenen der Ententemächte sind in ihre Heimat zurückgekehrt, diejenigen der Zentralmächte befinden sich noch in der Gefangenschaft. Für die Konferenz der Internationale ergibt sich da nur eine Forderung: Alle müssen zurückkehren können. (Stürmischer Beifall.) Um zu einer Einigung zu gelangen, bittet Huymans Eisner und Renaudel, auf den ersten, die Begründung enthaltenden Teil ihrer Resolution zu verzichten, womit diese einverstanden sind.

Safasoff - Bulgarien verlangt die Rückgabe der 115,000 Bulgaren, und **Buchinger** - Ungarn die Heimkehr der Hunderttausende von Ungarn, die heute noch in Sibirien und Italien in Gefangenschaft sich befinden. In der Abstimmung wird die Resolution **Eisner - Renaudel** einstimmig angenommen. Die Resolution der Mehrheitssozialisten ist durch deren Rückzug kraftlos erledigt.

Zur Behandlung kommt als letztes Thema Diktatur und Demokratie,

worüber **Branting** als Präsident der Kommission berichtet. Die Meinungen in der Kommission und unter den Mitgliedern der Konferenz im allgemeinen über die Behandlung dieser Frage an dem heutigen Kongreß ging wesentlich auseinander, weniger in grundsätzlicher Beziehung, als daß die einen die Auffassung hatten, die bolschewistische Frage sei noch nicht soweit geklärt, daß die Internationale schon jetzt ihr Urteil darüber aussprechen könne, während andere mit großer Entschiedenheit der Meinung waren, die Internationale müsse heute in der Zeit der großen Erschütterungen in aller Offenheit vor der ganzen Welt bekunden, daß die Sozialdemokratie die Gewaltherrschaft einer Minderheit getreu ihren alten Grundsätzen ablehnt, von welcher Seite diese Gewaltherrschaft auch immer kommt. Die Kommission, der verschiedene Anträge vorlagen, hat sich in ihrer großen Mehrheit auf eine Resolution geeinigt, die einestheils der Tatsache Rechnung trägt, daß es Verhältnisse geben kann, die eine revolutionäre Aktion der unterdrückten Arbeiterklasse durchaus rechtfertigt, die aber andernteils feststellt, daß die Errungenschaften einer Revolution nur dann von bleibender Bedeutung sind, wenn die großen Massen des arbeitenden Volkes hinter der Revolution stehen.

Die sozialistische Welt muß aufgebaut werden auf der Demokratie, sie kann niemals dauernd erhalten werden durch eine Diktatur.

Es ist zu hoffen, daß die Arbeiterschaft diese Auffassung als die richtige erkennt, und mit uns entschlossen ist, den Grundsätzen der Demokratie treu zu bleiben, wobei allerdings an die Imperialisten und Gegenrevolutionäre der ganzen Welt die Warnung ergeht, die sozialistische Entwicklung nicht durch Gewaltmaßnahmen zu hemmen und die Welt Erschütterungen auszujucken, die für die ganze Menschheit verhängnisvoll werden müßten. (Starker Beifall.)

Die Kommission unterbreitet der Konferenz folgende Resolution zu der Frage:

Die Konferenz begrüßt die gewaltigen politischen Revolutionen in Rußland, Oesterreich-Ungarn und in Deutschland, die das alte imperialistische und militärische System gebrochen und dessen Regierungen über den Haufen geworfen haben.

Die Konferenz fordert die Arbeiter aller Länder auf, demokratisch-republikanische Einrichtungen zu entwickeln, in deren Rahmen die sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft sich vollziehen kann.

In voller Uebereinstimmung mit allen Kongressen der Internationale steht die Berner Konferenz unerschütterlich auf dem Boden der Demokratie. Eine vom Sozialismus fortschreitend bestimmte Neugestaltung der Gesellschaft läßt sich weder durchführen und erst recht nicht erhalten, wenn sie nicht in dem von der Demokratie errungenen und weiter entwickelten freiheitlichen Grundsätzen fest verankert ist. Diese Grundsätze der Demokratie: Freiheit der Rede, Schrift und Versammlung, allgemeines Wahlrecht, verantwortliches parlamentarisches System, Einrichtungen, welche die Mitarbeit und die Entscheidung des Volkes sichern, Koalitionsfreiheit usw. geben zur selben Zeit dem Proletariat die demokratischen Werkzeuge seines Kampfes.

Die Konferenz will manchen Erscheinungen der Zeit gegenüber den aufbauenden Charakter der sozialistischen Wirtschaftsordnung stark hervorheben. Die Sozialisierung schließt die planmäßige Entwicklung der verschiedenen Wirtschaftszweige unter der Kontrolle der demokratischen Gesellschaft in sich ein. Die willkürliche Uebernahme einzelner Betriebe seitens kleiner Gruppen von Arbeitenden ist nicht Sozialisierung, sondern Kapitalismus mit mehr Aktionären.

Ist nach der Ansicht der Konferenz eine wirkliche sozialistische Entwicklung nur in Verbindung mit der Demokratie möglich, so muß auch von Anfang an die Methode einer Bergesellschaftung ausgeschieden, die keine Aussicht hat, die Mehrheit des Volkes für sich zu gewinnen. Um so gefährlicher wäre jeder Versuch einer solchen Diktatur, die sich selbst nur auf einen Teil des Proletariates stütze. Das kann nur zur Aufrechterhaltung des Proletariates im Bürgerkrieg führen. Das Ende wäre die Diktatur der Reaktion.

Die russischen Delegierten haben vorgeschlagen, die Konferenz möge eine Kommission von Vertretern aller sozialistischen Richtungen nach Rußland senden, um die Internationale über die politische und wirtschaftliche Lage Rußlands unparteiisch zu unterrichten. Die Konferenz ist sich der Schwierigkeiten einer solchen Aufgabe wohl bewußt, aber bei dem allgemeinen Interesse, das das Proletariat hat, die Wahrheit über jene revolutionären Gärungen zu erfahren, empfiehlt sie der permanenten Kommission eine solche Abordnung nach Rußland zu senden.

Die Konferenz setzt auf die Tagesordnung des nächsten Kongresses die Frage des Bolschewismus und beauftragt die Kommission die nötigen Vorarbeiten zu unternehmen. Die Konferenz will aber auch schon jetzt nicht unterlassen, darauf hinzuweisen, daß die Not und das Elend, das über die ganze Welt, am meisten über die besiegten Länder im Gefolge des Krieges gekommen sind, Zustände sozialer

Die Internationale Sozialisten-Konferenz in Bern.

(Telegramme der Arbeiter-Zeitung.)

Bern, 9. Februar.

Die Ueberwachungskommission. — Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschböhmers, Deutschböhmens und Deutschsüdtirols.

Die Konferenz hat heute ihre Arbeiten in beschleunigtem Tempo fortgesetzt und die leichte Nervosität, die sich in den Beratungen namentlich des Nachmittags kundgab, ist nicht zuletzt durch den Wunsch der meisten Delegierten zu erklären, nach zum Teil bereits vierzehntägiger Abwesenheit wieder heimzukehren. Die zwei wichtigsten Ergebnisse des Tages sind die einstimmige Annahme der Resolution Henderson, die die Einsetzung einer Kommission zur Vorbereitung einer neuen Konferenz und zur Ueberwachung der Arbeiten der Pariser Konferenz fordert, sowie die einstimmige Ablehnung der Resolution zu den territorialen Fragen. Entsprechend dem Antrag Henderson wird eine Kommission, bestehend aus je zwei Delegierten aller angeschlossenen Parteien, zur Durchführung der eben erwähnten Aufgaben gebildet werden. Die Exekutive wird in die Hände Hendersons, Brantings und Quysmans gelegt. Die Kommission tritt bereits morgen vormittag zusammen und sie wird auch die Frage zu entscheiden haben, ob ihr Büro in Bern bleiben oder nicht etwa später nach dem Haag verlegt werden soll. Der Kommission sind gleich alle noch unerledigten, minder wichtigen Anträge und Resolutionen, wie die vielfachen Beschwerden über die Pogrome in Polen und die dokumentarisch belegten Klagen der Ungarn, Armenier, Georgier und anderer kleiner Nationen zur Beratung überwiesen worden. Henderson soll sich in den nächsten Tagen mit den beschlossenen Resolutionen nach Paris begeben, sie der Pariser Konferenz vorlegen und gleichzeitig Mitteilung von der Einsetzung dieser Kommission durch die Berner Konferenz machen. Renaudel stellte fest, daß diese Vorbereitungs- und Ueberwachungskommission schon wegen der Abwesenheit der Belgier und Amerikaner nur provisorischen Charakter trage, eine Feststellung, deren Richtigkeit Quysmans bestätigte. Als Quysmans bei dieser Gelegenheit auf die großen ideologischen Unterschiede hinwies, die zwischen der Pariser und Berner Konferenz bestehen, fühlte sich Renaudel verpflichtet, diese Feststellung durch Zwischenrufe einzuschränken. Er fand jedoch großen Widerspruch auf allen Bänken, den heftigsten bei den Genossen von der französischen Linken. Es kam zu einer recht lebhaften Szene und unter allgemeinem Beifall stellte Quysmans fest, daß die Berner Konferenz zwar mit Wilson in dem Wunsche nach Verwirklichung des demokratischen Ideals im Völkerleben völlig übereinstimme, daß aber nichtsdestoweniger zwischen der bürgerlichen Pariser Konferenz und der sozialistischen Berner Konferenz ein tieferreichender ideologischer Unterschied bestehe. Dieser Zwischenfall war typisch für den auffallend scharfen Gegensatz zwischen der Gruppe Thomas-Renaudel und der französischen Linken, der sich immer wieder in den Beratungen des Kongresses zeigte.

Die Resolution über die territorialen Fragen wurde unverändert in der Fassung der Kommission angenommen. Das ist ein Sieg des klaren Grundgedankes vom Selbstbestimmungsrecht der Völker, über alle Bestrebungen dieses einfache und reine Prinzip imperialistisch-historischen oder kapitalistisch-ökonomischen Tendenzen hinweg zu machen. Dieser Erfolg ist gerade für Deutschösterreich, für Deutschböhmen und Deutschsüdtirol von allergrößter Bedeutung. Projiziert auf den konkreten Fall bedeutet die Verwerfung des Antrages Nemeo und das Falllassen des gemeldeten Antrages Engberg, über den die territoriale Kommission noch heute morgen beriet, die Anerkennung des Selbstbestimmungsrechtes Deutschböhmers und der Deutschen Südtirols vor dem Forum der Internationalen! Das Verdienst, das sich die Sozialdemokratie um das freie Selbstbestimmungsrecht der Nationen erworben hat, nachdem nun einmal die tschechischen Anträge und die Debatten über die elsass-lothringische Frage diesen Kongress zur Tribüne für die Austragung nationaler Gegensätze gemacht hatten, kann gar nicht hoch genug eingeschlagen werden. Der Kongress hat aber auch das Recht der kleinen Nationen geschützt. In Besprechung des fallengelassenen Antrages Engberg hat Branting, der Vorsitzende des Kongresses,

ausdrücklich betont, daß die Vize der Nationen als höchste moralische Instanz der Zukunft gewiß in der Lage sein werde, Völkern wie den Armeniern und Georgiern ihr Recht zu sichern sowie auf begangene Verbrechen und Verfallungen der letzten Zeiten Rücksicht zu nehmen, auch wenn die Konferenz es ablehnte, in der Geschichte vergangener Jahrhunderte zu wählen oder kapitalistisch-ökonomische Interessen für die künftigen Entscheidungen über die Schicksale der Völker in den Vordergrund schieben zu lassen.

Die Territorialfragen.

Bern, 9. Februar. (Schweizerische Depeschengenerale.) In der heutigen Nachmittagsitzung wurde die Behandlung der Territorialfragen, die bekanntlich an die Kommission zurückverwiesen worden sind, wieder aufgenommen.

Der schwedisch- (tschechische) Antrag.

Mistrál berichtete, daß sich die Kommission grundsätzlich dafür ausgesprochen habe, daß von der Konferenz nur ein Beschluß gefaßt werden soll, und zwar über die allgemeinen Prinzipien, wie sie in der besagten Resolution niedergelegt worden sind, und daß die von den Vertretern verschiedener Nationalitäten eingebrachten besonderen Resolutionen nicht zur Abstimmung kommen sollen, obwohl deren Forderungen zum Teil gerechtfertigt erscheinen. Daß die Forderungen der Armenier, Bikaner, Georgier, Ukrainer, Kirgisen, Polen u. s. w. nach Selbständigkeit gerechtfertigt sind, erklärt Mistrál, darüber herrscht kein Zweifel, ebensowenig über die Forderungen der Juden. Um aber alle Schwierigkeiten zu vermeiden und zu einem einstimmigen Beschluß zu gelangen, sowie mit Rücksicht darauf, daß eine Reihe der vorgetragenen Wünsche noch einer näheren Prüfung bedarf, bittet die Kommission, diese Sonderresolutionen zurückzuziehen in der Meinung, daß alle diese Fragen von einer hierzu bestimmten Kommission noch besonders untersucht werden sollen. Die Kommission für die territorialen Fragen hat auch einen Zusatzantrag Schwedens über besondere Rücksichtnahme auf die Fälle, in denen die Denationalisierungspolitik die ursprüngliche Mehrheit der Bevölkerung in eine Minderheit verwanbelt hat (wofür wir gestern schon berichtet haben), mit Stimmenmehrheit abgelehnt, in der Erwägung, daß diese Frage in allen ihren Konsequenzen noch weiter untersucht werden soll. Die Fassung des Antrages Schwedens könnte in ihrer Anwendung sonst sogar dazu führen, daß in Amerika und in gewissen Kolonien das Recht der seit Jahrhunderten zurückgebrachten Bevölkerungen gegenüber der heutigen Bevölkerung ausgespielt werden könnte. (Deutlich.)

Engberg (Schweden) erklärt sich damit zufrieden, daß die Konferenz die Bedeutung der von der schwedischen und von anderen Delegationen aufgeworfenen Frage anerkennt und bereit ist, sie näher zu verfolgen, und zieht den schwedischen Antrag zurück.

Gegen die Rede Davids.

Grumbach (Östsch) bemerkt: Seit der Debatte über das elassische Problem ist ein Ereignis eingetreten, das nicht ohne moralischen Resonanztag ist mit dem, was in Bern vorgeht. In der Nationalversammlung zu Weimar hat deren Präsident Dr. David, der Vertreter der Mehrheitssozialisten, in seiner Eröffnungsrede gemäß einem Bericht des Volkswirtschafters Engel, daß Elsass-Lothringen für das Leben Deutschlands notwendig ist, und daß Deutschland nie aufhören wird, für Elsass-Lothringen das Recht der Selbstbestimmung zu fordern. (Ausruf: Troelsström!) Grumbach (zu Troelsström gewendet): Die große Intelligenz Herr Troelsström wird diesem gewiß erlauben, zu erkennen, daß die Erklärung Davids: „Elsass gehöre zum Leben Deutschlands“ nichts anderes heißen will als: Elsass-Lothringen soll kein Selbstbestimmungsrecht haben im Rahmen Deutschlands. Dieser Auffassung widerspricht die Tatsache, daß die deutschen Delegierten auf unserer Konferenz ihre besondere Resolution zur elassischen Frage zurückgezogen haben und sie widerspricht der Antwort, die Ruffe heute auf meine scharfe Rede gegeben hat, und aus der wir den Schluß gezogen haben, daß die elass-lothringische Frage im moralischen Sinne gelöst ist, selbst wenn die Abstimmung noch nicht vollzogen ist, und daß die elassische Frage aus dem Rahmen der internationalen Konflikte endgültig ausgeschaltet werden soll. Angesichts dieser Widersprüche richte ich an die deutsche Delegation die Anfrage, ob sie sich zu der Auffassung bekennt, die David in Weimar kundtut hat.

Herrmann Müller (Deutsche Mehrheitspartei) erklärt unter allgemeiner Spannung: Die von Grumbach vorgelesene Fassung der Rede Davids entspricht nicht der Fassung, die ich vor mir habe. Wir sind ohne jede Verbindung mit Deutschland und können nicht sagen, was David wirklich zu sagt hat. Wir können nur darauf hinweisen, daß die Vertreter von Elsch, zum Teil frühere Parlamentarier, Zutritt zur Nationalversammlung in Weimar verlangt haben und als Vertreter Elsch-Lothringens bereits zweimal abgelehnt worden sind. (Hört! Hört! Rufe aus der deutschen Delegation.) Persönlich bin ich der Meinung, daß die dem Vortrage unter keinen Umständen Rechnung getragen werden soll. David hat noch dem mit vorliegenden Bericht ausgeführt, daß Elsch-Lothringen bis zur Stunde noch zum Deutschen Reiche gehört, womit er nur sagen wollte, daß das Land heute bloß de facto durch die Gewalt der Waffen an Frankreich gefallen ist, daß aber die endgültige Entscheidung erst die Friedenskonferenz zu fällen hat. Das von David ausdrücklich geforderte Recht der Selbstbestimmung liegt im politischen Interesse der deutschen und der französischen Sozialisten. Das Recht der Selbstbestimmung wird von uns verlangt, damit in Deutschland keine Revanchebestimmung auskommen kann, wie sie in Frankreich von 1871 an geherrscht hat und damit ein gedeihliches Zusammenleben der beiden Völker im neuen Völkerbunde gesichert wird. (Sehr richtig!)

Kautsky (deutsche Minderheitspartei) führt aus: Wenn das Telegramm, das Grumbach vorliest, den Tatsachen entspricht, müßten wir die Rede Davids verurteilen als eine unnötige Provokation. (Très bien!) Wir Unabhängigen müssen unter Bedauern aussprechen, daß David, der sich während des Krieges am meisten durch seine Angriffe gegen die Ententeskämpfer hervorhat, heute zum Präsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt worden ist. Wir müssen heute unbedingt zum Frieden kommen und alles tun, um bei den Gegnern den Haß zu vermindern, der sich während des Krieges gegen uns angesammelt hat. Darum hätten wir die Wahl Davids für sehr unglücklich. (Zwischenruf der Unabhängigen: Ein Zeichen für den Charakter der Nationalversammlung!) Wir verurteilen die Erklärung Davids, daß Elsch-Lothringen für Deutschland unbedingt notwendig ist und daß damit wieder Ansprüche darauf erhoben werden, das deutsche Volk war bei den übrigen Völkern verhaßt, weil die deutsche Regierung eine Politik der Zweideutigkeit geführt hat. Die neue Regierung muß alles vermeiden, um auch den Schein einer solchen Zweideutigkeit nicht aufkommen zu lassen. Das deutsche Volk muß das Vertrauen der anderen Nationen wiedergewinnen durch eine Politik der

Der Mißerfolg von Bern.

Der Mißerfolg der Berner Sozialistenkonferenz ist auch durch die langatmigsten Reden und die mühsamsten Kompromisse, die im übrigen fast ausschließlich nur durch das jedesmalige Zurückweichen oder die würdelosen Selbstanklagen der deutschen Delegierten ermöglicht werden, nicht mehr zu verschleiern. In den maßgebendsten Fragen hat sich der Nationalismus, wie vorauszusehen war, stärker gezeigt, als der vielgepriesene Internationalismus, und trotz aller phrasenhaften Resolutionen weisen sowohl die Franzosen für den Elsaß, wie die Tschechen für Deutschböhmen es zurück, daß über die Staatszugehörigkeit dieser Gebiete durch Volksabstimmung entschieden werde. Man erkennt daran abermals deutlich die Hohlheit aller der sozialdemokratischen Redensarten, denn wenn es sich darum handelt, entscheidende Taten setzen zu lassen, fehlt es jedesmal an dem Willen oder der Macht hierzu, zeigen sich sogleich an allen Ecken klaffende Risse und Sprünge. Die rote Internationale wird denn auch auf die Herbeiführung eines Rechtsfriedens voraussichtlich gar keinen maßgebenden Einfluß ausüben können, und insbesondere in den wichtigen deutschösterreichischen Gebietsfragen nicht das Mindeste erreichen. Ihre Wirksamkeit beschränkt sich in dieser Hinsicht auf leere Proteste, bei denen überdies nicht einmal Einstimmigkeit herrscht. Aber auch im Hinblick auf den geplanten Wiederzusammenschluß ist der Berner Kongreß ein Mißerfolg, und der französische Sozialistenführer Thomas sieht sich gezwungen, einzugeschrien, daß höchstens von einer lockeren Fühlungnahme der sozialdemokratischen Parteien gesprochen werden könne. Sehr lehrreich sind schließlich die Feststellungen des russischen Sozialisten Axelrod über die Knechtschaft, in der die russische Arbeitererschaft von den Bolschewiken gehalten wird, und ebenso lehrreich ist die Entgegnung Friedrich Adlers, daß die menschowistischen Sozialisten, als sie unter Kerenski an der Macht waren, ihrerseits die Gefängnisse mit Sozialisten bolschewistischer Richtung angefüllt hätten. Anschauungsunterricht über die Segnungen im sozialistischen Zukunftsstaat, die man auch uns verheißt!

Bern, 10. Februar.

In der gestrigen Nachmittagsitzung der Sozialistenkonferenz rief unter den französischen Genossen ein Telegramm Grumbachs große Erregung hervor, wonach der Sozialistenführer David als Präsident der deutschen Nationalversammlung erlört habe: „Elsaß gehört zum Leben Deutschlands“ — Kautsky (deutsche Minderheitspartei) führt aus: Wenn das Telegramm, das Grumbach vorleat, den Tatsachen entspricht, müßten wir die Rede Davids verurteilen als eine unnötige Provokation. (Die Franzosen rufen: Sehr gut!) Wir Unabhängigen müssen unser Bedauern ausdrücken, daß David, der während des Krieges sich am meisten durch seine Angriffe gegen die Entente Staatsmänner hervorgetan hat, heute zum Präsidenten der deutschen Nationalversammlung gewählt worden ist. Medners Bemerkung, daß die zweideutige deutsche Politik einmal zu Ende sein müsse, löst besonders bei der französischen Delegation starken Beifall aus. Renaudel ruft: „Nur diese Erklärung konnten wir uns befriedigen!“ — Präsident Branting erklärt damit den Zwischenfall für „erledigt“.

Nach einer längeren Erörterung zogen die deutschen Mehrheitssozialisten ihren Antrag, betreffend die Heimführung der Kriegsgefangenen, zurück, dagegen wurde eine sehr weitwärtige Entschlieung Eisners und Renaudels angenommen, so daß die Einstimmigkeit des Kongresses wieder gewahrt blieb.

Ueber die Frage einer Stellungnahme gegen den Bolschewismus kam es zu erregten Auseinandersetzungen, so daß man sich schließlich mit einem Vertagungsantrage Hunsmans behalf. Es prallten in der Debatte hierüber die Gegensätze sehr scharf aufeinander. Mistral (Frankreich) lehnte den theoretischen Abschnitt der Entschlieung, der die Diktatur verurteilt, ab. Rubanowitsch (Rußland) unterbricht den Redner mit der Bemerkung, daß die Entsendung einer Kommission nach Rußland dringend notwendig sei. Renaudel (Frankreich) verurteilte den bolschewistischen Terror. Bonquet (Frankreich) rief: „Bekämpfen wir doch erst den bürgerlichen Terror, bevor wir über den Terror der Bolschewiken sprechen!“ Da infolge verschiedener Zwischenrufe die allgemeine Unruhe zunimmt, wird ein Antrag Hunsmans angenommen, die Verhandlung abzubrechen und die weitere Beratung auf morgen zu verschieben. Die Internationale, sagt er, darf nicht uneinig in dieser Frage auseinandergehen, nachdem sie bisher in allen anderen Fragen zu einstimmigen Beschlüssen gelangt ist.

In der heutigen Vormittagsitzung befürwortete Axelrod (Rußland, Menschewik) entschieden die Ent-

sendung einer großen internationalen sozialistischen Kommission nach Rußland zur Untersuchung der dortigen Verhältnisse, denn das bolschewistische Regime bedeute gar keine Diktatur des Proletariats, sondern eine Diktatur über das Proletariat. Gegenüber der Behauptung Loriais, daß die Bolschewiken tatsächlich die Interessen des Proletariats vertreten, verweist Axelrod auf eine Reihe von Dokumenten, aus denen hervorgehe, daß die Arbeitererschaft, beispielsweise von Petersburg, die schwersten Anklagen gegen die bolschewistische Regierung erhebe, die das freie Wort unterdrückt, die Arbeiterorganisationen verfolgt, das Streikrecht verweigert und überdies die ganze Volkswirtschaft zerstört und die Arbeiter zu Sklaven gemacht habe. Die Internationale dürfe sich daher auf keinen Fall auf den Standpunkt stellen, daß die Bolschewiken wirklich Vorkämpfer für die Verwirklichung des sozialistischen Ideals seien; sie müssen im Gegenteil von den Bolschewiken fordern, daß sie den russischen Arbeitern zumindest jene Freiheiten und Rechte wiedergeben, die sich das Proletariat in anderen Ländern errungen habe.

Adler Anwalt der Bolschewiken!

Dr. Friedrich Adler (Österreich) stellt zunächst mit Bedauern fest, daß der alte Geist der Internationale auf der Konferenz noch nicht zur vollen Geltung gekommen ist und daß die Debatten noch deutliche Spuren der Kriegspsychose zeigen. Er verteidigt dann den Bolschewismus und sagt, wenn Axelrod der Sowjetregierung vorwirft, daß sie Sozialisten ins Gefängnis setze, so erinnere er daran, daß auch Kerenski und mit ihm die Vertreter der Menschewiki zur Zeit ihres Regimes Sozialisten ins Gefängnis warfen, und zwar solche, die sich in Kämpfe gegen die Fortsetzung des Krieges befanden.

In der heutigen Schlußsitzung der Internationalen Gewerkschaftskonferenz fragte Vorsitzender Schmeberger die französischen und englischen Genossen, ob sie keine beruhigenden Erklärungen über die Zwangsarbeit der deutschen Kriegsgefangenen und über die Blockade abgeben könnten. Der Franzose Jouhaux redete sich auf die Deportationen in Belgien und Nordfrankreich sowie auf die Kriegsschäden aus, der Engländer Bunting erklärte, daß die großen englischen Gewerkschaften für die Blockade keine Verantwortung übernehmen können.

Schließlich wird ein Antrag gestellt, den nächsten Kongreß anfangs Mai einzuberufen.

Ein Zeuge der Bolschewikengreuel.

In der Nachmittagsitzung wurde die Debatte über das Thema „Diktatur und Demokratie“ fortgesetzt. Präsident Branting erklärte, daß diese Frage auf der nächsten Konferenz eingehend behandelt werden soll.

Troelstra warnte die Franzosen, die in Paris verhindern müßten, daß der Bolschewismus künstlich in Deutschland gefördert werde.

Gabrainsky (russ. Sozialrevolutionär) schilderte die systematische Verfolgung der anders denkenden sozialistischen Genossen durch die Bolschewiken (welche unsere sozialistische Presse gerne „Märchen“ nennt! D. R.) Die Bolschewiken haben in Rußland Proletariat und Gewerkschaften vernichtet. In einem Jahr bolschewistischer Herrschaft hat Petersburg 65, Moskau 60 Prozent seiner Einwohnerschaft verloren. Die Städte, die Hauptträger des Sozialismus, seien zerstört, der kleinbürgerliche Stand vermehrt worden. Darum solle eine Untersuchungskommission der Internationale sich selbst davon überzeugen, daß die Methoden des Bolschewismus nichts anderes sind als die Methoden des krassesten Jazismus. (Stürmischer Beifall.)

Faure (Frankreich) lehnt jede Aktion gegen den Bolschewismus ab, und spricht sowohl den deutschen wie den französischen Mehrheitssozialisten, die beide während des Krieges die Regierungen unterstützt haben, das Recht ab, im Namen der Demokratie gegen die russische bolschewistische Revolution aufzutreten. — Renaudel und Milhaud protestieren heftig dagegen, daß die französischen Sozialisten auf die gleiche Stufe gestellt werden wie die deutschen Mehrheitssozialisten. (Großer Lärm und Unruhe.) — Faure behauptet, die deutsche und die österreichische Revolution wären ohne die russische niemals möglich gewesen. (1)

Kautsky gegen Adler.

Kautsky spricht sich gegen die Resolution Adlers aus, weil sie den Bolschewismus mit der russischen Revolution identifiziere. Die wichtigste Aufgabe sei heute, die verarmte Menschheit wieder reicher zu machen. Die russische Revolution habe verlagert, sie habe die Großindustrie ruiniert, die Proletarierorganisationen zerstört, und die Arbeiter, die nicht zugrundegegangen sind, gezwungen, wieder aufs Land zurückzuzuwandern. Ihr einziges positives Ergebnis sei die Schaffung eines neuen Militarismus. (Lebhafter Beifall.) Die Konferenz müsse eine klare Stellung

zum Bolschewismus einnehmen, um nicht das Vertrauen der Massen zu verlieren. (Also nur aus Wahlpolitik! D. R.) Wenn die Konferenz die wirklichen russischen Sozialisten gegen den Bolschewismus stütze, mache sie es den Ententestaaten unmöglich, sich in die russischen Verhältnisse einzumischen. (Stürmischer Beifall.)

Die einen über die andern.

28. Moskau, 10. Februar.

Die bolschewistische „Pravda“ schreibt über den Berner Kongreß der Sozialdemokraten: Sie (die Sozialdemokraten) haben die Arbeitererschaft verraten, jeder in seinem Lande, um sie dem Gendarm Wilson auszuliefern. Das wird ihnen aber nicht glücken, denn keine Konferenz, weder die Pariser, noch die Berner, können den ungestümen Lauf der Geschichte aufhalten. Die Zeit des sozialistischen Verrates ist unwiderbringlich dahin.

11. II. 1919

11
33

Internationale Arbeiterkonferenz in Bern

Sitzung vom 10. Februar nachmittags

Diktatur und Demokratie

ag. In der Nachmittagsitzung vom Montag wurde die Debatte über das Thema „Diktatur und Demokratie“ fortgesetzt.

Präsident Branting mahnt die Redner zur Kürze, da alle einzig sind darin, daß die Frage an der nächsten Konferenz eingehend behandelt werden soll.

Troelstra (Holland) betont, daß der Begriff Demokratie sowohl in politischer wie in sozialistischer Hinsicht noch nicht genügend geklärt ist, daß wir heute in der bolschewistischen Frage bereits definitive Stellung nehmen könnten. Die Brusilowsche Offensive bedeutete den Anfang des Bolschewismus und wenn die Stockholmer Konferenz nicht vereitelt worden wäre, hätten sich die Ereignisse in Rußland sicher anders entwickelt. Notwendig ist heute, Paris zu verhindern, den Bolschewismus hauptsächlich in Deutschland zu fördern. Das Proletariat muß in allen revolutionären Stellungen sich gegen die Bourgeoisie festigen, um den Sozialismus verwirklichen zu können.

Gawronski (Rußland), Sozialrevolutionär: Wir treten vor der Internationale nicht auf als Ankläger gegen den Bolschewismus, sondern als Angeklagte. Wir würden uns in Rußland verteidigen, aber unsere Zeitungen sind geschlossen. Unsere Leute befinden sich in Konzentrationslagern oder in Gefängnissen, oder sie sind von den Bolschewisten bereits erschossen worden, die die Verfolgung der andersdenkenden sozialistischen Genossen zum System erhoben haben. Die russische Revolution soll dem Abgrund entgegen, da sie als Erbe des Zarismus die Ankultur des Volkes, den Krieg und eine zerrüttete Industrie übernahm. Die ganze Arbeit der Bolschewisten bestand darin, daß sie die alten aufgewühlten Leidenschaften des zaristischen Rußland schürten und ausnützten, auch wenn das ganze Volk dabei zugrunde ging. Dem Volke versprachen sie alles, ohne tatsächlich etwas zu seinem Wohle durchzuführen. In Rußland gibt es heute überhaupt kein Proletariat mehr und die Gewerkschaften sind so gut wie vernichtet. Einzig die Gewerkschaft der chemischen Arbeiter hat von 40.000 Mitgliedern 30.000 verloren. In einem Jahr bolschewistischer Herrschaft hat Petersburg 65, Moskau 60 Prozent ihrer Einwohner verloren.

Das ganze Ergebnis der sozialen Revolution der Bolschewisten besteht im Zerfall und der Auflösung des Proletariates und der Städte, dieses Hauptträgers des Sozialismus, und in der Entwicklung des Kleinbürgerlichen Standes. Ganz Rußland leidet unter dieser Herrschaft unsagbare Qualen, darum verlangen wir, daß die Internationale durch eine Untersuchungskommission sich selbst davon überzeugt, daß die Methoden des Bolschewismus nichts anderes sind, als die Methoden des trassierten Zarismus. Das Schicksal der Geschichte hat die ganze Welt vor die Wahl gestellt, entweder schon heute den organisch aufgebauten Sozialismus einzuführen oder dem Bolschewismus zu verfallen. (Sehr starker Beifall.)

Faure (Frankreich) warnt den Kongress vor jeglicher Aktion gegen den Bolschewismus, die zur direkten Folge die Intervention der alliierten Bajeonette und die Unterdrückung der russischen Revolution hätte. Weder die deutschen Mehrheitssozialisten noch die früheren französischen Mehrheitssozialisten, die beide während des Krieges an der Seite ihrer Regierungen standen, haben das Recht, im Namen der Demokratie gegen die russische bolschewistische Revolution aufzutreten. (Renaudel und Milhaud protestieren heftig dagegen, daß die französischen Sozialisten auf die gleiche Stufe gestellt werden, wie die deutschen Mehrheitssozialisten. Großer Lärm, Unruhe.)

Faure: Die französischen Regierungsozialisten haben die russische Revolution im Stich gelassen bei Brest-Litowsk. Die deutsche und österreichische Revolution wäre ohne die russische niemals möglich gewesen. Wir lehnen deshalb die Resolution Branting entschieden ab, als einen Versuch, von den echt revolutionären Methoden zurückzuführen zum Revisionismus und Reformismus und weil sie den Kapitalisten und reaktionären Elementen den Kampf erleichtern würde gegen die Revolution.

Kautsky (Deutschland) spricht sich gegen die Resolution seines Freundes Adler aus, schon darum, weil sie den Bolschewismus mit der russischen Revolution identifiziert. Die wichtigste Aufgabe der heutigen Zeit ist es, die verarmte Menschheit wieder reicher zu machen und die Produktion wieder in Gang zu bringen. Es hat sich nun zu entscheiden, welche Gesellschafts- und Wirtschaftsform dazu fähiger ist, die kapitalistische oder die sozialistische. Erweist sich die sozialistische als unfähig dazu, so hat der Sozialismus vorläufig seinen Prozeß verloren. Von diesem Standpunkt aus ist festzustellen, daß die russische Revolution bisher verfehlt hat, indem sie die große Industrie ruinierte, die Proletariatsorganisationen zerstörte und die Arbeiter, die nicht zugrunde gingen, zwang, wieder auf das Land zurückzuwandern. Die Bolschewisten wollen den Sozialismus durchzuführen, in Wahrheit aber ist ihr einziges positives Ergebnis die Schaffung eines neuen Militarismus. (Starker Beifall.) Die Konferenz darf nicht mit Rücksicht darauf, daß einzelne Parteien sich verletzt fühlen könnten, sich abhalten lassen zu einem klaren Bekenntnis zur Demokratie, die allein dem sozialistischen Ideal entspricht. Wir müssen klare Stellung beziehen zum Bolschewismus, um nicht das Vertrauen der Massen zu verlieren. Die Bolschewisten werden sich durch diese Stellungnahme nicht davon abhalten lassen, wieder zu uns zurückzuführen, da sie sich während der Revolution sehr anpassungsfähig erwiesen haben. Ihre während der Revolution an den Militarismus gemachten Konzessionen wird sie nicht hindern, gegebenenfalls auch wieder solche an die Demokratie zu machen. Wenn wir die wirklichen russischen Sozialisten gegen den Sozialismus stützen, geben wir den interventionistischen Ententestaaten nicht nur keine Waffe in die Hand, sondern machen es ihnen durch die Entwicklung der wirklichen Volksherrschaft im

Gegenteil unmöglich, sich in die russischen Verhältnisse einzumischen. (Sehr starker Beifall.)

Henderson (England) erklärt sich aus vollem Herzen für die Resolution Branting und bedauert, daß es infolge des Beschlusses des Bureaus, eine Abstimmung nicht vorzunehmen, nicht möglich sein wird, ein klares Bild der Auffassungen der Konferenz über den Bolschewismus zu erhalten. Er schließt sich vollkommen den gestrigen Ausführungen Macdonalds an, die der Auffassung der gewaltigen Mehrheit der englischen Arbeiterschaft vollständig entsprechen. Der Sozialismus muß festgegründet sein auf der Demokratie. Wir besitzen genügend Klarheit über das Wesen des russischen Bolschewismus, um dagegen unser Urteil abgeben zu können. Henderson war selbst in Rußland während der bolschewistischen Revolution und konnte feststellen, daß der Bolschewismus nichts anderes ist als ein System der furchtbaren Unterdrückung und Vergewaltigung. Wir verurteilen jede Gewaltpolitik, ob sie von oben oder von unten kommt. Für den Wiederaufbau der Internationale ist es notwendig, daß wir einen klaren Unterschied machen zwischen dem bloß destruktiven Charakter des russischen Bolschewismus und dem aufbauenden Charakter des wirklichen Sozialismus. (Sehr starker Beifall.)

Bienstock (Rußland), Menschewist, unterstützt die Darlegungen Gawronskis über den desorganisierenden Charakter des Bolschewismus und betont, daß es in Rußland heute nicht mehr ein Räteystem gibt, sondern nur noch die Herrschaft einzelner Diktatoren.

Bernstein (Deutschland), dem die bereits abgerollte deutsche Mehrheit das Wort abgetreten hat, betont, daß die Frage des Bolschewismus für die deutsche Revolution eine Frage auf Leben und Tod bedeute. Der Bolschewismus ist nicht die Revolution, er ist bloß eine Phase, und zwar keine schöne. Wir müssen Stellung nehmen gegen jede Vergewaltigung, von welcher Seite sie auch kommt. Die Bolschewisten sind die wirklichen Gegenrevolutionäre in Rußland. Sie sind der Tod der Revolution. Ihre Berufung auf die Marxistische Theorie der Diktatur des Proletariates beruht auf einer völlig falschen Auslegung. Die Bolschewisten haben nichts geschaffen als eine neue Armee, die besetzt wird von zaristischen Offizieren und die organisiert ist, um gegen die Kundgebung des wirklichen Volkswillens zu kämpfen. Ihre Regierung ist nichts anderes als eine furchtbare Korruption, die sie nun mit ihrem Geld auch in den anderen Ländern auszubreiten suchen. Deutschland hat den Bolschewismus aus der Nähe gesehen und weiß, daß er das Gegenteil ist vom Sozialismus und nicht zum Aufstieg, sondern nur zum Niedergang der Menschheit führt. (Starker Beifall.)

Keto (Finnland) verweist auf die traurigen Erfahrungen, die das finnische Proletariat mit der Diktatur des Proletariates gemacht hat, die zum Bürgerkrieg und zur Niederlage des Proletariates führte, weil die Bourgeoisie der Städte vereinigt mit den Bauern und geführt von der Intelligenz mit allen Mitteln den Kampf aufnahm gegen die Herrschaft der Minderheit, die sich über die Beschlüsse der Volksvertretung hinwegsetzen wollte. Indem die Finnen die Resolution Branting unterstützen, fordern sie zugleich den Kongress auf, gegen den bürgerlichen Terror zu protestieren, der in Finnland nach der Niederlage des Proletariates herrschte.

Weitere Erklärungen für die Resolution Branting und gegen den Bolschewismus werden hierauf noch abgegeben von Tomaso (Argentinien) Bjorgberg (Dänemark), Grumbach (Elsass), der auch darum sich gegen die Resolution Adler ausspricht, weil Kurt Eisner in der Kommission seiner Ueberzeugung Ausdruck gab, daß der alte deutsche Generalstab in Verbindung steht mit den Führern des bolschewistischen Rußland.

Brehmann (Frankreich) bringt zu Protokoll eine besondere Resolution ein, die sich für die Untersuchung der Verhältnisse in Rußland durch eine Kommission ausspricht, im übrigen aber einen Mittelweg sucht zwischen der Resolution Brantings und der Auffassung, wie sie in der Resolution Adler-Faure zum Ausdruck kommt.

Benteiro (Spanien) erklärt, nicht für die Resolution Branting stimmen zu können, da die Frage des Bolschewismus noch nicht genügend abgeklärt erscheint.

Rückhaltlose Zustimmung zu Branting erklären hierauf weiter Martna (Estland), Rusjanow (Rußland), Engberg (Schweden), der betont, daß es zwischen Bolschewismus und Sozialismus keinen Ausgleich geben kann, Sakasow (Bulgarien) und Kossowski (Polen), Tschupad (Rußland) und Silvestri (Italien), Unionist, Kasanowitsch (Polen) kann sich weder für die eine noch die andere Resolution entscheiden, spricht sich aber für die Entsendung einer Kommission nach Rußland aus. Damit ist die Debatte über die Frage „Diktatur und Demokratie“ beendet.

Huymans konstatiert, daß für die Resolution Branting über die nicht abgestimmt werden soll, sich ausgesprochen haben die Delegationen von Schweden, Deutschland (Mehrheitspartei), ferner ein Teil der deutschen Unabhängigen, darunter Eisner und Kautsky, sodann die Vertretungen von Rußland, Estland, Lettland, Georgien, das Elsass, die Hälfte der österreichischen Delegation, die Delegationen von Argentinien, Dänemark, Bulgarien, Armenien, Großbritannien, Ungarn, Finnland, Polen, Frankreich (Minderheit) und Italien (Unionisten). Für die Resolution der Kommissionsminderheit (Adler) haben sich ausgesprochen die Vertreter der französischen Mehrheitssozialisten, von Holland, von Norwegen und persönlich für sich ein Vertreter aus Griechenland.

Zu dieser Feststellung ruft Renaudel: Es kann kein Zweifel sein, daß die überwältigende Mehrheit der Konferenz durch ihre Erklärungen sich unzweideutig gegen den Bolschewismus ausgesprochen hat, eine

Erklärung, die mit Protestrufen von Seiten der französischen Mehrheit beantwortet wird.

Schluß der Konferenz

Präsident Branting richtet hierauf ein Schlußwort an die Konferenz, in welchem er unter anderem ausführt: Es kann kein Zweifel bestehen, daß die Konferenz für den Wiederaufbau der Internationale nützlich gearbeitet hat. Die Voraussagen derer, die meinten, die Konferenz von Bern werde in einer Dissonanz enden, haben nicht recht bekommen, obwohl gerade in der letztbehandelten Frage die Meinungen noch auseinandergingen. Die Konferenz hat vor allem eine Klärung gebracht in der Schulfrage und sie hat durch die Tatsache, daß sich zum erstenmal Angehörige bisher feindlicher Länder zu gemeinsamer Aussprache zusammenfanden, den Beweis erbracht, daß die Arbeiterklassen aller Länder immer bereit sein werden, sich zur Verständigung auf der Grundlage des Rechtes die Hand zu reichen. (Beifall.)

In den territorialen Fragen hat sich die Konferenz über die allgemeinen Grundsätze geeinigt, und es besteht kein Zweifel, daß die vorhandenen Differenzen mit der Hilfe eines Bittlerbundes aus der Welt geschafft werden können. Bern bedeutet den ersten Schritt zur Wiedervereinigung der Arbeiterklassen aller Länder, und wir hoffen, daß diesem ersten Schritt bald neue folgen werden, so daß es der Internationale wirklich gelingt, etwas Wertvolles für die Entwicklung der Menschheit zu tun. Wir erwarten, daß die von der Berner Konferenz aufgestellten Forderungen, entsprechend der Macht der Arbeiterschaft aller Länder, von der Pariser Konferenz berücksichtigt werden. Branting schließt seine Rede mit dem Hoch auf die Internationale, in das die Versammlung einstimmt.

Das Wort erhält noch Troller (Deutschland), der der Internationale den Gruß der neuen deutschen Jugend bringt, die bereit ist, mit der sozialistischen Jugend aller Länder für die Ideale des Sozialismus und der Menschlichkeit zu kämpfen. (Beifall.)

Tomaso (Argentinien) ver dankt namens der Konferenzteilnehmer dem Vorsitzenden Branting seine unparteiische Geschäftsleitung und richtet besondere Worte des Dankes noch an Huymans, der als Sekretär des internationalen sozialistischen Bureaus auch in den schwersten Zeiten während des Krieges immer eine Stütze bildete für die Hoffnungen auf einen Wiederaufbau der Internationale; er dankt endlich ebenfalls unter starkem Beifall Henderson, der den ersten entscheidenden Anstoß für die Wiedererrichtung der Internationale gab, wofür er seinen Ministerposten und sein Mandat als Abgeordneter geopfert hat. Branting schließt um 7 Uhr 10 den internationalen Sozialistenkongress.

13. II. 1919

Bundesvertrag des Völkerbundes

Der Entwurf des schweizerischen Bundesrates zu einem Bundesvertrag des Völkerbundes hat folgenden Wortlaut:

Im Namen der von ihnen vertretenen Völker — folgen die Namen der Völker,

beseelt von dem Bestreben, die internationalen Beziehungen auf die alleinige Grundlage des Rechtes und der Gerechtigkeit zu stellen und den Frieden zu einem unverbrüchlichen und dauernden zu machen,

in der Erkenntnis, daß der Friede unter den Staaten seine größte Sicherheit in dem Rechte des Volkes, über seine Geschichte zu bestimmen, und in der Gerechtigkeit der politischen und sozialen Ordnung findet,

erklären feierlich:

A. Der Vertretung des Volkes oder dem Volke selbst ist ein maßgebender Einfluß auf die wichtigsten Geschäfte der auswärtigen Politik einzuräumen, und es soll das Volk von allen in seinem Namen eingegangenen Verpflichtungen Kenntnis haben.

B. Die Rechtsgleichheit, die Gewissensfreiheit und der freie Gebrauch der Landessprachen ist jedermann zu gewähren.

C. Es ist außer der Friedenssicherung die vornehmste Aufgabe des Völkerbundes, durch Organisation der internationalen Regelung des Arbeitsrechtes den Staaten die fortschreitende Verbesserung der Arbeitsverhältnisse möglich zu machen.

D. Die militärischen Rüstungen sind auf das geringste, mit den Interessen des Völkerbundes und der inneren Sicherheit der Staaten vereinbare Maß zu beschränken.

E. (Wirtschaftliche Freiheiten), und

schließen einen unauflöslichen Bund

auf Grundlage der folgenden Bestimmungen:

Art. 1. Die vertragschließenden Staaten begründen einen Völkerbund. Gleichzeitig mit diesem Vertrage ist die Verfassung des Völkerbundes vereinbart worden. Sie ist eine Anlage zu diesem Vertrage und bildet einen integrierenden Bestandteil desselben.

Die Verfassung kann nach Maßgabe der in ihr festgesetzten Bestimmungen revidiert werden.

Durch die Revision der Verfassung kann weder die materielle Zuständigkeit des Völkerbundes gegenüber seinen Gliedern erweitert noch können Sonderrechte und Sonderpflichten der einzelnen Staaten oder Gruppen von Staaten begründet, abgeändert oder aufgehoben werden. Die Abänderung der hierauf bezüglichen Bestimmungen bedarf der freien Zustimmung der Beteiligten.

Art. 2. Die Staaten des Völkerbundes verpflichten sich, alle zwischen ihnen vorkommenden Streitigkeiten und Anstände, welcher Art immer sie seien, gemäß der Verfassung des Völkerbundes beizulegen, sofern dies nicht auf dem Wege unmittelbarer Verhandlungen geschieht.

Art. 3. Die Staaten des Völkerbundes verzichten unbedingt auf alle Akte der Selbsthilfe in ihren gegenseitigen Beziehungen. Vorbehalten bleiben die Maßnahmen, die gemäß der Verfassung des Völkerbundes zur Wahrung des Friedens und zum Schutze des Rechtes getroffen werden.

Art. 4. Die Staaten des Völkerbundes verpflichten sich, gemäß der Verfassung des Völkerbundes, an dem Ausbau der internationalen Rechtsordnung mitzuwirken und die mit verbindlicher Kraft erlassenen Vorschriften gleich den von ihnen abgeschlossenen Verträgen zu befolgen.

Art. 5. Die Staaten des Völkerbundes verpflichten sich, keine Abkommen irgend welcher Art unter sich oder mit dritten Staaten abzuschließen, welche dem Völkerbunde und den Rechten der ihm angehörenden Staaten widersprechen. Sie verpflichten sich, ihre sämtlichen Verträge nach deren Ratifikation bekannt zu machen und den Staaten des Völkerbundes zur Kenntnis zu bringen, damit diese, sowie die Organe des Völkerbundes, ihren allfälligen Einspruch geltend machen können.

Geheime Verträge sind nicht verbindlich.

Art. 6. Die ständigen Institutionen des Völkerbundes und des internationalen Roten Kreuzes befinden sich auf dem Gebiete der schweizerischen Eidgenossenschaft, deren dauernde Neutralität anerkannt ist, sowie folgender Staaten, welche ebenfalls durch ihre Geschichte und ihre fortgesetzte Friedenspolitik dauernde Garantien ihrer Unparteilichkeit bieten, nämlich: (Folgen die Neutralen Staaten.)

Das Gebiet dieser Staaten ist unverletzlich und bleibt in jedem Falle außerhalb der militärischen Operationen sowohl bei Kriegen, an

denen nicht zum Völkerbunde gehörende Staaten beteiligt sind, wie bei militärischen Maßnahmen, die vom Völkerbunde selber zum Schutze des Rechtes und zur Erhaltung des Friedens ergriffen werden.

Die Verteidigung dieser Gebiete gegen jegliche mit den Grundsätzen der Neutralität unvereinbare Einbeziehung in militärische Unternehmungen liegt den betreffenden Staaten ob. Diese Staaten sind berechtigt, im Notfall Hilfskräfte vom Völkerbunde zu verlangen.

Art. 7. Die Staaten des Völkerbundes verpflichten sich, Streitigkeiten mit Staaten außerhalb des Bundes entsprechend den Grundsätzen des Völkerbundes friedlich zu erledigen. Sie sichern sich gegenseitig ihre guten Dienste zur Erreichung dieses Zweckes zu.

Sie behalten sich vor, gegen widerrechtliche Angriffe von Staaten außerhalb des Völkerbundes sich einzeln oder gemeinsam jede Hilfeleistung zuzusichern.

Art. 8. Dieser Bundesvertrag tritt in Kraft, sobald er von — folgt die Zahl — Signatarstaaten ratifiziert ist.

Staaten, welche diesen Bundesvertrag nicht unterschrieben haben oder Signatarstaaten, welche ihn nicht bis zum — festgesetzter Zeitpunkt — ratifiziert haben, können sich ihm jederzeit anschließen, sofern sie für die Erfüllung der aus diesem Vertrage und der Verfassung des Völkerbundes sich ergebenden Pflichten hinreichend Gewähr bieten. Sofern über die Erfüllung dieser Voraussetzungen keine allseitige Übereinstimmung besteht, wird über die Aufnahme eines Staates nach Maßgabe der Verfassung des Völkerbundes entschieden.

Anlage zu diesem Bundesvertrag ist die Verfassung des Völkerbundes, deren Inhalt und Einteilung wir in der letzten Nummer angegeben haben.

Die Neutralität der Schweiz und der Völkerbund

Memorandum des Bundesrates betreffend die Neutralität der Schweiz

In dem Zeitpunkt, in dem die in Paris versammelten Vertreter der Mächte daran gehen, die internationale Ordnung auf neue Grundlagen zu stellen, legt die schweizerische Eidgenossenschaft Wert darauf, den Ursprung und das Wesen ihrer Neutralität in Erinnerung zu bringen. Sie glaubt auch, die Notwendigkeit dieser auf Jahrhunderte zurückblickenden Institution betonen und deren Bedeutung in der Zukunft hervorheben zu sollen.

Treu ihrer überlieferten Politik hat die Schweiz am 4. August 1914 eine Neutralitätserklärung an die Mächte erlassen, in der namentlich folgendes gesagt ist:

„Im befohlenen Auftrag der Bundesversammlung erklärt der Bundesrat ausdrücklich, daß die schweizerische Eidgenossenschaft während des bevorstehenden Krieges mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln ihre Neutralität und die Unverletzbarkeit ihres Gebietes, so wie sie durch die Verträge vom Jahre 1815 anerkannt worden sind, aufrechterhalten und wahren wird. Sie wird selber gegenüber den kriegführenden Staaten die strengste Neutralität beobachten.“

Die Mächte haben die Neutralität der Schweiz ausdrücklich anerkannt. Die Unverletzbarkeit des schweizerischen Gebietes ist aufrechterhalten worden.

Durch die Bewachung ihrer Grenzen während der ganzen Kriegsdauer hat die Schweiz gewissenhaft ihr Wort gehalten, das sie im Jahre 1815 aus freiem Entschluß gegeben und das ihr, mit der Ausnahme berechtigter Verteidigung, die Teilnahme an jedem Kriege verweigert.

Die Eidgenossenschaft kann mit Recht darauf hinweisen, daß ihre Neutralität nicht gelegentlich gewährt, sondern immerwährend ist. Ihre Friedenspolitik entspringt einem Grundsatz, der zu Beginn des 16. Jahrhunderts zur Staatsmaxime erhoben worden ist. Die Schweizer haben zwar in fremden Diensten auf allen Schlachtfeldern Europas ihr Blut vergossen, aber gleichwohl ist von ihnen die Neutralität als Grundlage ihrer eigenen Politik angenommen und festgehalten worden. Sie haben dem Grundsatz der Neutralität in der Verfassung ihres Bundesstaates Ausdruck gegeben. Die Erklärung des Bundesrates vom 4. August 1914 ist nur die Wiederholung zahlreicher übereinstimmender Beschlüsse, welche die eidgenössischen Tagsatzungen im Laufe von vier Jahrhunderten gefaßt haben. Die Schweizer haben damit vor allen andern Völkern einen Entschluß ausgesprochen, der als eine höhere Politik betrachtet werden muß,

und der nun auch dazu berufen ist, im Völkerbunde zum Durchbruch zu gelangen. Diese planmäßige Friedenspolitik hat in der Geschichte ihresgleichen nicht.

Die Neutralität der Schweiz besteht nicht nur in der Beobachtung der Vorschriften des Völkerrechts und der internationalen Übereinkünfte. Sie entspringt der innersten Ueberzeugung und dem entschlossenen Willen, die das Schweizervolk in unwandelter Aufrichtigkeit und Treue an den Tag gelegt hat. Es würde den Schweizern unverständlich sein, wenn sie einen politischen Grundsatz aufgeben müßten, dessen Wert ihnen durch eine Erfahrung von Jahrhunderten bestätigt worden ist.

Diese Neutralität unterscheidet sich von jeder andern. Sie ist für die Schweiz eine der wesentlichsten Voraussetzungen des Friedens im Innern und damit der Unabhängigkeit des Landes, das so viele nach Sprache und Kultur verschiedene Bestandteile in sich vereinigt. Und die Schweiz hängt an ihrer Mannigfaltigkeit. Denn diese ist für sie, trotz dem bescheidenen Umfang ihres Gebietes, die unverstößliche Quelle eines besonders regen und reichen nationalen Lebens.

Die Erhaltung dieser seit Jahrhunderten bestehenden Institution ist aber auch für ganz Europa nicht weniger wertvoll wie für die Schweiz selbst. Mit vollem Recht haben die 1815 in Paris versammelten Großmächte erklärt, daß „die Neutralität und Unverletzlichkeit der Schweiz und deren Unabhängigkeit von jedem fremden Einfluß im wahren politischen Interesse des gesamten Europa gelegen sei“. Diese Erklärung hat ihren vollen Wert beibehalten.

Die Schweiz muß, wie in der Vergangenheit, so auch fernerhin die treue Hüterin der Alpenpässe bleiben.

Im gegenwärtigen Krieg, wie schon 1871, hat die neutrale Schweiz der Menschheit weit größere Dienste leisten können, als wenn sie am Kampfe teilgenommen hätte: Dank dieser immerwährenden Neutralität konnte das auf ihrem Boden gegründete Internationale Rote Kreuz seine fruchtbare Tätigkeit entfalten und gegenwärtig selbst bis in die der Anarchie verfallenen Gegenden vordringen. Dank ihrer Neutralität war der Schweiz nach gänzlichem Abbruch der Beziehungen unter den Kriegführenden die Lösung der dankbaren Aufgabe möglich, auf dem Gebiete der Wohltätigkeit eine Arbeit zu leisten, die der Welt eine Verschärfung ihrer Leiden erspart hat. Als friedliche Insel inmitten des Krieges war die Schweiz während vier Jahren für die Unterbringung und die Heimfördernde der Opfer des Krieges, für die Versorgung von Gefangenen und Bevölkerungen mit Lebensmitteln nach allen Richtungen tätig und hat durch die Vermittlung zahlloser Korrespondenzen teure, vom Krieg zerrissene Bande neu geknüpft. In gleicher Weise konnte die Eidgenossenschaft dank ihrer Neutralität mitwirken an der Aufrechterhaltung der diplomatischen Beziehungen unter den kriegführenden Staaten.

Die Schweiz begrüßt mit Freude das Entstehen eines Völkerbundes, der die internationalen Beziehungen auf der unerschütterlichen Grundlage des Rechtes und der Gerechtigkeit aufbaut. Sie hofft in diesem Bunde die Stellung zu finden, die ihren Ueberlieferungen als einer föderativen und friedlichen Demokratie entspricht.

Vielleicht wird die große Idee des Völkerbundes nur schrittweise zur Wirklichkeit werden. Es ist denkbar, daß in einem solchen Bunde vorderhand der Krieg auch weiterhin zugelassen bleibt in Fällen, in denen alle vorgeschriebenen Vermittlungsversuche scheitern. Alsdann würde sich die Eidgenossenschaft wieder in einer Lage befinden ähnlich der, aus welcher die immerwährende Neutralität der Schweiz hervorgegangen ist.

Aber auch wenn, wie die Schweiz es angelegentlich wünscht, der Völkerbund den Krieg im herkömmlichen Sinne rechtlich und tatsächlich verbietet, bleibt im Hinblick auf die militärischen Vollstreckungen, die der Bund allenfalls anordnen müßte, die Aufrechterhaltung der überlieferten Neutralität gerechtfertigt. Gerade durch die Behauptung ihrer Neutralität würde die Schweiz alsdann dem Völkerbunde größere Dienste leisten, als wenn sie an seinen militärischen Maßnahmen, selbst gegen ihre Nachbarstaaten, teilnähme. Sie wird fortfahren, mit ihrer eigenen Wehrkraft die Festung im Herzen Europas zu schützen und dem Internationalen Roten Kreuz, sowie den diesem angegliederten Unternehmungen ein sicheres Obdach zu gewähren.

Die Neutralität hat in der Schweiz während Jahrhunderten Stämme verschiedener Abkunft,

Sprache und Konfession zu einer Einheit zusammengefaßt. Dank diesem unentwegt festgehaltenen Grundsatz konnten die schweizerischen Kantone unter sich eine Geistesart entwickeln, die auf die wechselseitige Achtung aller ihrer nationalen Eigentümlichkeiten gerichtet ist. Die Schweiz, als älteste der bestehenden Republiken, würde es sich zur Ehre anrechnen, in den Völkerbunde die Erfahrung mitzubringen, die sie im Laufe der Jahrhunderte in einer langsamen und keineswegs kampflösen Entwicklung ihres Bundeswesens sich erworben hat. Die Schweiz glaubt, daß sie nur dann, wenn sie ihren Ueberlieferungen und Grundsätzen treu bleibt, im Völkerbunde zum Wohle aller den Platz einnehmen kann, den ihre Geschichte ihr zuweist.

Bern, den 8. Februar 1919.

13. II. 1919

13
37

Der Schweizerische Vorentwurf eines Völkerbundes

Der Bundesrat teilte der Bundesversammlung am Mittwoch den Vorentwurf zu einem Bundesvertrag des Völkerbundes mit, den die Expertenkommission ausgearbeitet hat. Der Entwurf hat 65 Artikel nach folgender Einteilung: Die Staaten des Völkerbundes, die Organe des Völkerbundes, das Verfahren zur Erhaltung des Friedens, die Beschlussfassung durch den Staatenkongress, die Sanktionen, Revision der Verfassung.

Als Organ des Völkerbundes dienen: Der Vermittlungsrat, der internationale Gerichtshof, der Konfliktshof, der Staatenkongress und die Kanzlei. Für die Erhaltung des Friedens sind vorgesehen: Das Vergleichs- und Untersuchungsverfahren, der Rechtsweg, das Vermittlungsverfahren, Aufhebung von Staatsverträgen und von Beschlüssen des Staatenkongresses.

Den Inhalt des Entwurfs geben folgende Beilegerklärungen des Bundesrates an:

1. Der Entwurf zerfällt in zwei Teile: einen Bundesvertrag, der die grundlegenden Bestimmungen enthält und nur durch Vereinbarung abgeändert werden kann, und eine Verfassung des Völkerbundes, die unter gewissen Voraussetzungen durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse abgeändert werden kann. Zweck dieser Teilung ist folgender: einerseits soll den Staaten eine Gewähr geboten werden, daß ihnen keine zurzeit unübersehbare Verpflichtungen aus dem Bunde erwachsen, andererseits soll der Völkerbund entwicklungsfähig sein und darf nicht von dem Prinzip der Einstimmigkeit beherrscht sein, da dessen starre Durchführung in allen Staatenverbindungen, nicht zuletzt in der Schweiz, verhängnisvoll war.

2. Das Projekt stellt sich auf den Boden, daß jede Selbsthilfe unter den Staaten des Völkerbundes ausgeschlossen sein soll. Das Gerichts- und Vermittlungsverfahren soll überall, wo ein freiwilliger Vergleich nicht erreicht wird, einen endgültigen vollstreckbaren Entscheid sichern. Es zielt deshalb auf eine grundsätzliche Neugestaltung der internationalen Verhältnisse ab, im Gegensatz zu den Vorschlägen, nach welchen der Krieg als letztes Mittel zur Wahrung der staatlichen Interessen vorbehalten bleibt.

Andererseits beschränkt sich das Projekt darauf, Organe zur Sicherung des Friedens und zur Weiterbildung des internationalen Rechts vorzusehen. Die materiellen Grundlagen eines dauernden Friedens, mit Ausnahme des Ausbaues des internationalen Arbeitsrechts (Demokratisierung der auswärtigen Politik, Rechtsgleichheit, Gewissens- und Sprachfreiheit, wirtschaftliche Freiheiten), sind lediglich programmatisch oder andeutungsweise in einer dem Bundesvertrag vorausgestellten Erklärung festgelegt.

3. Der Völkerbund muß auf dem Grundsatz der Gleichheit der Staaten beruhen. Dies hindert nicht, daß in der Organisation den besonderen Verhältnissen der Staaten Rechnung getragen wird (Verfassung Art. 2). Kleine Staaten, die durch ihre Geschichte und ihre konstante Friedenspolitik dauernde Garantien ihrer Unparteilichkeit bieten, insbesondere die Schweiz mit Rücksicht auf ihre traditionelle, verfassungsmäßig festgelegte und völkerrechtlich anerkannte Neutralität, eignen sich als Sitz der ständigen Institutionen des Völkerbundes, und ihren Vertretern sollte in gewissen Organen des Völkerbundes (Vermittlungsrat und Kanzlei) eine besondere Stellung eingeräumt werden. Damit diese Staaten gerade in besonders akuten Konflikten ihre volle Unabhängigkeit bewahren, sollte ihr Gebiet in jedem Falle unverletzlich sein

und außerhalb der militärischen Unternehmungen bleiben.

In der Organisation des Mediationsrats, speziell der Ständigen Delegation dieses Rates, kann dem Umstande Rechnung getragen werden, daß einzelne Staaten in viel höherem Maße als andere instand sind, den Frieden und die Rechtsordnung im Völkerbunde durchzusetzen. Ferner ist bei den wichtigen Beschlussfassungen des Staatenkongresses und des Vermittlungsrates der verschiedenen Größe der Staaten in bezug auf ihre Bevölkerung dadurch Rechnung getragen, daß nicht nur die Staatenstimmen gezählt werden, sondern in teilweiser Anlehnung an die Bestimmung der Bundesverfassung auch die von diesen Staaten repräsentierten Volkszahlen. Auf diese Weise ist eine Majorisierung der großen Staaten durch die kleinen oder umgekehrt ausgeschlossen. Die Zahl von 100 Millionen als Maximum der anzurechnenden Volkszahlen ist als ungefähre Durchschnitt der Bevölkerungszahl der Großmächte und ihrer Kolonien gewählt worden. Die freien Vereinbarungen unter einer größeren oder kleineren Zahl von Staaten sind im Völkerbund keineswegs ausgeschlossen, sofern sie diesem nicht widersprechen.

4. Die Staaten des Völkerbundes müssen befreit sein, auch gegenüber den diesem Bunde noch nicht angeschlossen Staaten eine konsequente Friedenspolitik zu treiben. Eine vollkommene Friedensordnung ist aber nur im Völkerbunde zu erreichen; deshalb soll der Bund allen Staaten offen stehen, welche die Gewähr bieten, daß sie die mit der Mitgliedschaft zusammenhängenden Pflichten erfüllen werden. Im Falle, daß Bedenken gegen die Zulassung bestehen, entscheidet der Staatenkongress mit einer Mehrheit von Staatenstimmen, welche die Mehrheit der Bevölkerung des Völkerbundes repräsentieren. Die wichtigsten Entscheidungen über den territorialen Umfang des Völkerbundes werden aber voraussichtlich im Zeitpunkt seiner Gründung schon getroffen werden, so daß die beitretenden Staaten im Klaren sein werden, welche Grundlage der Bund haben wird.

5. Die wichtigsten Organe des Völkerbundes würden folgende sein:

A. Im Völkerbund verkörpert der Mediationsrat vor allem das Element der Ständigkeit und sichert durch die Art seiner Zusammensetzung den Zusammenhang mit den Regierungen der einzelnen Staaten und unter ihnen. Er ist nicht eine Regierung, aber er ist geeignet, fortgesetzt die Politik zu beobachten und im Sinne guter Beziehungen unter den Staaten zu beeinflussen.

Nicht nur werden aus ihm die Vergleichskommissionen durch die streitenden Parteien gebildet, sondern seine ständige Delegation entscheidet die Streitigkeiten, welche weder durch Vergleich noch durch Richterspruch entschieden werden können. Durch ihre Zusammensetzung bietet die Delegation die Gewähr, daß ihre Vermittlungsentseide sowohl unparteilich sind, als auch, daß sich die Staaten des Völkerbundes für die Durchführung des Spruchs und damit für die Erhaltung des Friedens einsetzen werden.

Die Frage, ob nicht alle durch Vergleich nicht beigelegten Streitigkeiten auf den Rechtsweg gewiesen werden könnten, hat die Kommission intensiv beschäftigt. Es hat schließlich die Auffassung überwogen, wonach Konflikte, bei denen die Möglichkeit einer Entscheidung nach Rechtsfahen bestritten wird oder wo die politische Seite des Streitfalles die rechtliche weit überwiegt, vom Mediationsrat beigelegt werden sollen, da neben rechtlichen Erwägungen hier auch solche der politischen Zweckmäßigkeit Anwendung finden müssen. Entscheidungen dieser Art, bei denen

es sich um Schaffung neuen Rechts im Einzelfalle handeln kann, können einem Gerichtshof nicht zugewiesen werden, wenn in diesem politische Einflüsse streng ausgeschlossen bleiben sollen. Der Vollscheid darüber, ob ein Streitfall an den Vermittlungsrat zur endgültigen Entscheidung gelangen könne, wird stets von einer richterlichen Instanz getroffen. In jedem Falle kommt es zu einem vom Völkerbund gewährleistetesten und vollstreckbaren Entscheide.

B. In der Organisation der Gerichte anerkennt der Völkerbund in erster Linie die Freiheit der Parteien, Schiedsgerichte nach eigener Wahl zu bilden; er stellt ihnen aber auch einen stets zugänglichen, nicht von Fall zu Fall zu bildenden Gerichtshof zur Verfügung. Dieses Gericht ist überdies stets zuständig, wo eine Einigung der Parteien auf ein Schiedsgericht nicht erreicht wird.

Für die Organisation dieses Internationalen Gerichtshofes kann weder eine gleichzeitige Vertretung aller Staaten, noch eine Veräußerung großer und kleiner in Betracht kommen. Durch die vorgeschlagene Art der Wahl der Richter wird einerseits die Heranziehung der geeignetsten Persönlichkeiten, andererseits durch das System der Refusationen bei der Bestellung der Spruchkollegien die größtmögliche Unparteilichkeit gesichert. Die Schwierigkeiten, an denen die Projekte der Haager Konferenz für einen ständigen Gerichtshof und einen Weltschiedsvertrag gescheitert waren, dürften durch die hier angenommene Lösung sowie durch die prozeduralen Bestimmungen im wesentlichen behoben sein.

C. Der Konfliktshof, der teilweise nach Analogie der Schiedsgerichte gebildet wird und in dem das richterliche Element durch die Mitglieder des Internationalen Gerichtshofes und das politische durch die Bevollmächtigten im Vermittlungsrat vertreten ist, tritt nur in außergewöhnlichen Fällen in Wirksamkeit.

D. Der Staatenkongress unterscheidet sich nicht nur durch seine Periodizität von den meisten bisherigen internationalen Konferenzen, sondern namentlich dadurch, daß er in gewissen, durch die gleichzeitig mit dem Bundesvertrag angenommene Verfassung oder spätere einseitige Vereinbarung bestimmten Materien allgemein verbindliche Beschlüsse fassen kann. Auch auf den Gebieten, wo das Ratifikationsrecht der Staaten vorbehalten ist, soll die allgemeine Annahme von Kongressbeschlüssen, hinter denen starke Mehrheiten stehen, nach Möglichkeit erleichtert werden.

6. Die Sanktionen sind nur nach der Seite der Kompetenz geordnet. Es muß hier dem Vermittlungsrat eine möglichst große Freiheit gelassen werden. Durch das Mittel der Publikation und der vorsorglichen Maßnahmen wird in der Regel die Unterwerfung der Staaten speziell durch den Druck der öffentlichen Meinung erreicht werden. Genügt dies nicht, so wird der Vermittlungsrat von Fall zu Fall Zeitpunkt und Art des Vorgehens bestimmen.

7. Die Revision der Völkerbundsverfassung, allerdings nur auf dem Wege wiederholter und qualifizierter Mehrheitsbeschlüsse, bedeutet eine einschneidende Neuerung auf völkerrechtlichem Gebiete. Die Möglichkeit einer solchen Weiterbildung der organisatorischen Bestimmungen ist aber notwendig, wenn der Völkerbund sich den Anforderungen der Zukunft ohne Gefährdung seiner Existenz anpassen soll können.

Der Bundesrat hat den Entwurf auch den an der Konferenz in Paris beteiligten Staaten sowie allen Staaten, mit denen die Eidgenossenschaft diplomatische Beziehungen unterhält, zur Kenntnis gebracht.

Die Neutralität der Schweiz
Dem Entwurf liegt ein Memorandum bei betreffend die Neutralität der Schweiz, wie sie sich im Laufe von vier Jahrhunderten herausgebildet hat. Die Neutralität der Schweiz, sagt das Memorandum, entspringt der innersten Ueberzeugung und dem entschlossenen Willen, die das Schweizer Volk in unwandelbarer Aufrichtigkeit und Treue an den Tag gelegt hat.

Die Neutralität hat in der Schweiz während Jahrhunderten Stämme verschiedener Abkunft, Sprache und Konfession zu einer Einheit zusammengefaßt. Dank diesem unentwegt festgehaltenen Grundsatz konnten die schweizerischen Kantone unter sich eine Geistesart entwickeln, die auf die wechselseitige Achtung aller ihrer nationalen Eigentümlichkeiten gerichtet ist. Die Schweiz, als älteste der bestehenden Republiken, würde es sich zur Ehre anrechnen, in den Völkerbund die Erfahrung mitzubringen, die sie im Laufe der Jahrhunderte in einer langsamen und keineswegs kampflösen Entwicklung ihres Bundeswesens sich erworben hat. Die Schweiz glaubt, daß sie nur dann, wenn sie ihren Ueberlieferungen und Grundsätzen treu bleibt, im Völkerbund zum Wohle aller den Platz einnehmen kann, den ihre Geschichte ihr zuweist.

Schweizerischer Entwurf eines Völkerbundsvertrages.

Zu dem von der bundesrätlichen Expertenkommission ausgearbeiteten Entwurf eines Völkerbundsvertrages und einer Verfassung des Völkerbundes führt ein einlässlicher Bericht des Bundesrates an die Bundesversammlung aus, daß der Bundesrat zwar noch nicht zu allen Punkten dieser Vorlage Stellung genommen habe. Er erkläre aber in grundsätzlicher Hinsicht auch heute, wie schon früher, daß er mit Freude eine neue, auf das Recht und auf die Selbstbestimmung der Völker gegründete internationale Gemeinschaft begrüßt, die den Frieden wirksam gewährleisten und künftige Kriege verhindern soll.

Eingehend verbreitet sich der Bericht über die Arbeit der aus Angehörigen der parlamentarischen Parteien, der Diplomatie, der Justiz und der Wissenschaft gebildeten Kommission. Die Kommission wurde präsidiert von Bundesrat Calonder, Chef des Politischen Departements. Die Berichtserstattung war dem Rechtskonsulenten des Departements, Prof. Max Huber, übertragen. Auf Grund einer ersten Resolution, sowie der Beratungen einer Subkommission wurden vom Rechtskonsulenten Entwürfe einer Organisation des Völkerbundes, sowie Thesen über verschiedene mit diesem Problem zusammenhängende politische Fragen ausgearbeitet. In einer zweiten Plenarsitzung wurden diese Entwürfe und Thesen beraten. Die Kommission befaßte sich auch speziell mit der Frage der Neutralität der Schweiz und deren Verhältnis zum Völkerbunde. Ein besonderer Redaktionsausschuß stellte den definitiven Text des Völkerbundsvertrages fest. Der Bericht des Bundesrates führt dann weiter aus:

Eine Reihe wirtschaftlicher Fragen (Handelsfreiheit, freie Verkehrswege für die Binnenländer nach dem Meere, Niederlassungsfreiheit usw.), die häufig mit dem Völkerbund in Verbindung gebracht werden, sind von der Kommission nicht eingehend behandelt worden, weil sie von den zuständigen Departementen oder den von diesen bestellten Fachkommissionen studiert werden. Was die Postulate der internationalen Sozialpolitik anbelangt, so hat die Kommission den Standpunkt eingenommen, daß eine Einigung über die materiellen Fragen (Arbeitszeit, Minimallohn usw.) nicht sofort erreicht werden könne, daß es aber möglich sei, im Völkerbund unmittelbar die Organisation zu schaffen, welche den Ausbau des internationalen Arbeitsrechtes in die Wege leiten soll. Es ist deshalb für den Staatenkongreß die hierfür erforderliche Kompetenz zu bindenden Beschlüssen in Anspruch genommen worden, in der Meinung, daß die im Völkerbund vereinigten Staaten so rasch als möglich an eine Lösung der dringendsten Aufgaben herantreten möchten.

Die Kommission hat sich auch mit der Frage befaßt, in welcher Weise einer den Frieden gefährdenden Irreführung der Presse begegnet werden könnte. In dem Projekt ist vorgesehen, daß die Organe des Völkerbundes nicht nur das Recht haben, ihre Entscheidungen und die Ergebnisse ihrer Untersuchungen in allen Staaten bekannt zu machen, sondern selber einen unabhängigen und unparteiischen Nachrichtendienst zu organisieren, soweit ein solcher den Völkerbund interessiert. Von dieser positiven Tätigkeit wird ein größerer Erfolg als von strafrechtlichen Vorschriften erhofft.

Die Kommission war entschieden der Ansicht, daß eine unerlässliche Voraussetzung dauernden Friedens eine gesunde und gerechte Ordnung nicht nur in wirtschaftlicher und sozialer, sondern auch in politischer Beziehung sei. Eine allgemeine Regelung politischer und bürgerlicher Rechte erscheint aber mit Rücksicht auf die außerordentliche Verschiedenheit der Verhältnisse sehr schwierig. Jedenfalls würde nicht nur der Abschluß, sondern namentlich auch die parlamentarische Genehmigung eines Völkerbundsvertrages, der so tief in die staatsrechtlichen Verhältnisse der einzelnen Staaten einschneiden würde, in manchen Ländern auf fast unüberwindliche Hindernisse stoßen und das Zustandekommen des Bundes wäre dadurch in eine ungewisse Zukunft hinausgeschoben.

Aus ähnlichen Überlegungen ist in dem Entwurf auch von einer weitgehenden Durchführung des demokratischen Prinzips in der auswärtigen Politik Umgang genommen worden. Zwei wichtige Grundzüge in dieser Richtung sind jedoch festgelegt worden: die Offenheit der Verträge als Voraussetzung der Verbindlichkeit dieser und das Referendum an die Parlamente gegenüber der Ablehnung von Vereinbarungen seitens kleiner Minderheiten. Die Kommission hat auch die Frage der Einfügung einer Parlamentsvertretung in die Völkerbundsorganisation erwogen; indessen war sie der Ansicht, daß eine solche Vertretung in einem möglichst umfassenden Bunde entweder viel zu groß werden müßte oder bei Beschränkung auf eine mäßige Zahl von Abgeordneten den kleinen Staaten und zumal deren politischen Minderheiten keinerlei Einfluß mehr gewähren könnte. Auch ist nicht zu erwarten, daß eine demokratische Organisation des Völkerbundes wirksam sein könnte, sofern nicht in den einzelnen Gliedstaaten die politischen Parteien in der Lage sind, auf staatsrechtlichem Boden sich einen maßgebenden Einfluß auf die auswärtige Politik zu verschaffen. Ist aber dieser Einfluß vorhanden, so macht er sich auch innerhalb des Völkerbundes geltend, im Staatenkongreß sowohl, als namentlich im Vermittlungsrat, in dem die politisch führenden Staatsmänner jederzeit selber Land vertreten können.

Ueber den Entwurf der Kommission werden folgende erläuternde Bemerkungen beigelegt:

1. Der Entwurf zerfällt in zwei Teile: einen Bundesvertrag, der die grundlegenden Bestimmungen enthält und nur durch Vereinbarung abgeändert werden kann, und eine Verfassung des Völkerbundes, die unter gewissen Voraussetzungen durch qualifizierte Mehrheitsbeschlüsse abgeändert werden kann. Zweck dieser Teilung ist folgender: einerseits soll den Staaten eine Gewähr geboten werden, daß ihnen keine zurzeit unübersehbare Verpflichtungen aus dem Bunde erwachsen, andererseits soll der Völkerbund entwicklungsfähig sein und darf nicht von dem Prinzip der Einstimmigkeit beherrscht sein, da dessen starre Durchführung in allen Staatenverbindungen, nicht zuletzt in der Schweiz, verhängnisvoll war.

2. Das Projekt stellt sich auf den Boden, daß jede Selbsthilfe unter den Staaten des Völkerbundes ausgeschlossen sein soll. Das Gerichts- und Vermittlungsverfahren soll überall, wo ein freiwilliger Vergleich nicht erreicht wird, einen endgültigen vollstreckbaren Entscheid sichern. Es zielt deshalb auf eine grundsätzliche Neugestaltung der internationalen Verhältnisse ab, im Gegensatz zu den Vorschlägen, nach welchen der Krieg als letztes Mittel zur Wahrung der staatlichen Interessen vorbehalten bleibt.

Andrerseits beschränkt sich das Projekt darauf, Organe zur Sicherung des Friedens und zur Weiterbildung des internationalen Rechts vorzusehen. Die materiellen Grundlagen eines dauernden Friedens, mit Ausnahme des Ausbaues des internationalen Arbeitsrechtes (Demokratisierung der auswärtigen Politik, Rechtsgleichheit, Gewissens- und Sprachenfreiheit, wirtschaftliche Freiheiten), sind aus den oben erwähnten Gründen lediglich programmatisch oder andeutungsweise in einer dem Bundesvertrag vorausgestellten Erklärung festgelegt.

3. Der Völkerbund muß auf dem Grundsatz der Gleichheit der Staaten beruhen. Dies hindert nicht, daß in der Organisation den besonderen Verhältnissen der Staaten Rechnung getragen wird. Kleine Staaten, die durch ihre Geschichte und ihre konstante Friedenspolitik dauernde Garantien ihrer Unparteilichkeit bieten, insbesondere die Schweiz mit Rücksicht auf ihre traditionelle, verfassungsmäßig festgelegte und völkerrechtlich anerkannte Neutralität, eignen sich als Sitz der ständigen Institutionen des Völkerbundes, und ihren Vertretern sollte in gewissen Organen des Völkerbundes (Vermittlungsrat und Kanzlei) eine besondere Stellung eingeräumt werden. Damit diese Staaten gerade in besonders akuten Konflikten ihre volle Unabhängigkeit bewahren, sollte ihr Gebiet in jedem Falle unverletzlich sein und außerhalb der militärischen Unternehmungen bleiben.

In der Organisation des Mediationsrates, speziell der Ständigen Delegation dieses Rates, kann dem Umstande Rechnung getragen werden, daß einzelne Staaten in viel höherem Maße als andere imstande sind, den Frieden und die Rechtsordnung im Völkerbunde durchzuführen. Ferner ist bei den wichtigen Beschlussfassungen des Staatenkongresses und des Vermittlungsrates der verschiedenen Größe der Staaten in bezug auf ihre Bevölkerungen dadurch Rechnung getragen, daß nicht nur die Staatenstimmen gezählt werden, sondern in teilweiser Anlehnung an die Bestimmung der Bundesverfassung, auch die von diesen Staaten repräsentierten Volkszahlen. Auf diese Weise ist eine Majorisierung der großen Staaten durch die kleinen oder umgekehrt ausgeschlossen. Die Zahl von hundert Millionen als Maximum der anzurechnenden Volkszahlen ist als ungefähre Durchschnitt der Bevölkerungszahl der Großmächte und ihrer Kolonien gewählt worden.

Die freien Vereinbarungen unter einer größeren oder kleineren Zahl von Staaten sind im Völkerbund keineswegs ausgeschlossen, sofern sie diesem nicht widersprechen.

4. Die Staaten des Völkerbundes müssen bestrebt sein, auch gegenüber den diesem Bunde noch nicht angeschlossenen Staaten eine konsequente Friedenspolitik zu treiben. Eine vollkommene Friedensordnung ist aber nur im Völkerbunde zu erreichen; deshalb soll der Bund allen Staaten offen stehen, welche die Gewähr bieten, daß sie die mit der Mitgliedschaft zusammenhängenden Pflichten erfüllen werden. Im Falle, daß Bedenken gegen die Zulassung bestehen, entscheidet der Staatenkongreß mit einer Mehrheit von Staatenstimmen, welche die Mehrheit der Bevölkerung des Völkerbundes repräsentieren. Die wichtigsten Entscheidungen über den territorialen Umfang des Völkerbundes werden aber voraussichtlich im Zeitpunkt seiner Gründung schon getroffen werden, sodas die beitretenden Staaten im klaren sein werden, welche Grundlage der Bund haben wird.

(Schluß folgt.)

26. III. 1919

Der Sitz der westukrainischen Volksrepublik befand sich in Stanislaw, während in Borslaw ein Generalkommissariat

Die Offensive der bolschewistischen Armeen. Ubergreifen der Bolschewistenbewegung auf Ostgalizien.

Wien, 25. März.

Auf Ersuchen der neuen ungarischen Regierung hat der Kommissar für auswärtige Angelegenheiten Russlands, Schischigin, die gegenwärtige militärische Lage Russlands in großen Zügen skizziert. Danach sei eine angeblich von der Entente angeordnete große Offensive sowohl von den Westgrenzen Russlands als auch aus dem Uralgebiete, also von den östlichen Grenzen des europäischen Russland, gegen das Innere des Landes im Gange.

An der russischen Westfront sollen im Angriff sein: eine deutsche Armee unter dem Oberbefehl Hindenburgs, eine polnische und eine ukrainische Armee.

Es ist nicht bekannt, daß die Armee Hindenburg einen Angriff vorbereitet hätte. Sie wurde mit dem Schutz der bedrohten Grenzen Ostpreußens betraut und hatte ihr Hauptquartier nicht in Kolono, sondern bis in die letzte Zeit in Königsberg. Wir haben keinen Anlaß, zu bezweifeln, daß in den rein defensiven Aufgaben dieser Armee eine Aenderung eingetreten sei.

Ueber die militärischen Verhältnisse Polens herrscht wenig Klarheit. Doch kann die Behauptung, polnische Truppen ständen in den Gouvernements Wilna und Minsk, zutreffen.

Ueber die Verhältnisse in der Ukraine sind wir dahin orientiert, daß das Direktorium nach der Räumung von Kiew nach Winniza und späterhin nach Proskurov überfiel und neueren Meldungen zufolge nach Stanislaw in Galizien verlegt wurde. In diesen Rückschlüssen des Regierungssitzes spricht sich die ungünstige Lage, in die die Streitkräfte des Generals Petljura gerieten, aus. Es ist Tatsache, daß die bolschewistischen Truppen an der galizisch-bukowinischen Ostgrenze stehen. Mittlerweile breitet sich in Ostgalizien der Bolschewismus immer mehr aus und hat bereits den Charakter einer starken revolutionären Bewegung angenommen. In den Petroleumgruben von Drohobycz und den benachbarten Gruben von Kalusz haben sich Sowjets gebildet, die vom Direktorium dorthin gesandten Kadatruppen schlossen sich, wie ein Funkpruch der Sowjetregierung in Moskau meldet, den Aufständischen an. Bodbajec, Galicz, Rohatyn, Brzezany und Ploczow erklärten sich als Sowjetrepubliken. Drohobycz liegt nur etwa 70 Kilometer Luftlinie von der ungarischen Grenze entfernt, Kalusz, 30 Kilometer westlich von Stanislaw, ebenfalls in bedenklicher Nähe der ungarisch-galizischen Grenze. Der ganze Stanislawer Bezirk befindet sich im Aufbruch. Galicz, 20 Kilometer nördlich von Stanislaw, dann ebenfalls in nördlicher Richtung Rohatyn, Bodbajec, zwischen den beiden genannten Orten östlich gelegen, Ploczow, südlich von Brody, halbwegs auf der Straße nach Brzezany, sind nach der Moskauer Meldung bolschewistisch gesinnt.

Der Funkpruch aus Moskau meldet ferner, daß sich die Bewegung auch auf die von polnischen Truppen besetzten Gebiete ausbreitet. In Lemberg habe der im geheimen gebildete Sowjet der Arbeiterdeputierten den Generalsstreik proklamiert.

Auch in der Richtung Odesa wie im ganzen Gebiete von Cherson erzielten die Bolschewiki in den letzten Wochen große Erfolge. Sie sind vornehmlich darauf zurückzuführen, daß das Direktorium nur über etwa 40.000 bis 50.000 meist minder disziplinierte Soldaten verfügt, während die bolschewistische Armee die doppelte bis dreifache Zahl von Streitern zählen soll, die, gut versorgt und ausgerüstet, durch eine eiserne Disziplin zusammengehalten werden.

Die bolschewistischen Fortschritte in der Ukraine bedrohen Bessarabien und die rumänische Moldau und veranlaßten die Bukarester Regierung, Schutzmaßregeln zu treffen, die um so dringender sind, da die ukrainischen roten Truppen im Gebiete von Schmerinka mit den Aufständischen, die Mohilew-Bobolsk besitzgen, nach der neuesten Moskauer Meldung bereits mit den Aufständischen des nördlichen Bessarabiens in Verbindung stehen.

Der Kampf um Lemberg zwischen Polen und Ukrainern hat die Schlagkraft der ukrainischen Armee gegenüber den russisch-bolschewistischen Truppen empfindlich beeinträchtigt. Die Bemühungen der Entente, den polnisch-ukrainischen Streit in Galizien zu schlichten, waren unter andern wohl auch von der Absicht diktiert, dem drohenden Einbruch bolschewistischer Massen in Ostgalizien einen Damm entgegenzusetzen. Die Lage hat sich durch das Waffenbündnis, das Ungarn mit der Sowjetrepublik einging, erheblich verschlechtert, und nur die Aufbietung bedeutender rumänischer Streitkräfte in der Moldau und in Bessarabien könnte Ostgalizien, die Bukowina und die Karpathen vor der Gefahr schützen, neuerlich zum Kriegsschauplatz zu werden.

Die militärische Leitung der Sowjetrepublik hat den Schwerpunkt der Operationen offensichtlich nach dem Südwesten Russlands verlegt in der Hoffnung, Galizien, Ungarn, Rumänien und den Balkan durch militärischen Druck, beziehungsweise durch die Aussicht auf militärische Hilfe zum Bolschewismus zu bekehren. Die Ukraine bietet hierbei, dank ihres Bodenreichtums, eine vortreffliche materielle Basis.

Zur Behinderung eines militärischen Zusammenstoßens Ungarns mit der Sowjetregierung führt die Entente zunächst eine hermetische Absperrung des ungarischen Territoriums durch. Der erste Schritt hierzu war das Verschieben der Demarkationslinie. Die nächsten Maßregeln kündeten sich in den Einberufungen an, die in der Slowakei seitens der Prager Regierung verfügt wurden und die in Rumänien und Serbien bevorstehen sollen. Das Ergebnis dieser Vorbereitungen für einen neuen Feldzug muß allerdings abgewartet werden.

Die an der russischen Ostfront aus dem Ural und Kaukasusgebiet gegen die Bolschewiki geführten militärischen Unternehmungen werden auf die Ereignisse, die sich an der galizisch-rumänischen Front vorbereiten, nicht stärkeren Einfluß nehmen können, da ihr Schauplatz weit entfernt von Ostgalizien liegt. Immerhin ist die Sowjetrepublik genötigt, einen Teil der Kräfte an ihrer Ostfront zu befehlen.

Die Erfolge, welche die Bolschewiki in den letzten Wochen erzielten, mögen zum nicht geringen Teile der Einheitlichkeit ihrer militärischen Leitung zuzuschreiben sein. Der Widerstand, der ihnen auf der 1300 Kilometer langen Front von Sibau bis Odesa entgegengesetzt wird, entbehrt des inneren Zusammenhanges, der einheitlichen Organisation und der auf ein gemeinsames Ziel gerichteten Idee. Die zur Abwehr des Bolschewismus aufgestellten Armeen führen Kämpfe unter sich, wie das Beispiel der Polen zeigt, die im Norden gegen deutsche Truppen, im Süden gegen Ukrainer Schlachten schlagen.

Die Gefahr eines bolschewistischen Einbruchs nach Ostgalizien und über die Karpathen ist näher geteilt.

Das ostgalizische Aufstandsgebiet.

Wien, 25. März.

Ein Funkpruch der russischen Sowjetregierung meldet, daß sich Ostgalizien in voller revolutionärer Bewegung befinde. Diese habe vom Petroleumgebiete von Drohobycz ihren Ausgang genommen, auf das benachbarte Kalusz übergegriffen, und mit der Ausdehnung über die Städte Bodbajec, Galicz, Rohatyn, Brzezany und Ploczow sowie durch die Besetzung von Stanislaw den ganzen südlichen Teil des ukrainischen Ostgalizien erfaßt. Auch Lemberg sowie die davon westlich gelegenen, zurzeit noch von polnischen Truppen besetzten ukrainischen Gebiete sollen sich bereits im Bannkreise der Bewegung befinden. Damit wäre tatsächlich ganz Ostgalizien in der Hand der ukrainischen Bolschewisten, die sich im bevorzugten Gegensatz zu der die ukrainische Direktorialregierung gegen die Moskauer Sowjets unterstützenden Regierung der westukrainischen Republik (das ist der von den Ukrainern bewohnten Teile Galiziens und der Bukowina) befinden.

Der Ausgangspunkt der Bewegung war das Petroleumgebiet von Drohobycz. Drohobycz liegt an

einem Westflügel der von Lemberg über Strij über den Dulapah nach Ungarn führenden Bahn und zählt ungefähr 40.000 Einwohner. Seinen Beltrug hat die Stadt, die zu den größten Industrieplätzen Galiziens gehört, dadurch, daß die dort 1910 errichtete staatliche Mineralölfabrik mit einer Fassungskraft von 45.000 Zisternenwagen Rohöl die größte Petroleumraffinerie Oesterreich-Ungarns gewesen ist. Sie beschäftigte über 500 Arbeiter und verarbeitete jährlich über 20.000 Zisternen, während alle anderen Naphtharaffinerien Galiziens und der Bukowina jährlich nur gegen 40.000 verarbeiteten. In Drohobycz befanden sich auch zwei weitere große Naphtharaffinerien und kolossale Rohölkreservoirs. In der Nähe befinden sich die Orte Borslaw und Lusanowice, wo sich die Erdölgruben befinden. Vor fünfzig Jahren waren es noch unbekannte ukrainische Gebirgsdörfer, heute sind sie infolge geradezu amerikanischer Betriebsformen außerordentlich stark bevölkert. Der Volksmund nennt das von Bohrlöchern und Gruben durchwühlte Terrain, das sich nach außen als ein Wald von Bohrtürmen darstellt, die „galizische Hölle“. Vulkanartige Brände gehören nicht zu den Seltenheiten. Auch die Umgebung zählt eine Reihe von Naphthagruben. Kalusz, wohin die kommunistische Bewegung zuerst übergriff, ist eine Kleinstadt von 10.000 Einwohnern, deren Industrie die dortige Saline mit Kalisalzgeschichten, den einzigen im ehemaligen Oesterreich bildet. Die Städte, nach denen von dort der Aufbruch sich ausdehnt, zählen zu den bedeutendsten Ostgaliziens. Bodbajec, etwa 7000 Einwohner, bezeichnet den östlichsten Punkt und liegt etwa in der Mitte zwischen Kalusz, das auf der Bahnstrecke Strij-Stanislaw liegt, und Tarnopol. Galicz am Dniester ist die alte ukrainische Fürstentumstadt, von der das Land seinen Namen führt. Rohatyn, etwa 10.000 Einwohner, liegt an der Eisenbahn zwischen Strij und Tarnopol etwa in der Mitte. Etwas östlich davon Brzezany mit 13.000 Einwohnern, in der Schlucht der Jura Ripa, gehört zu den lebenswürdigsten Provinzstädten Galiziens. Der nördlichste Punkt der Bewegung ist Ploczow mit etwa 14.000 Einwohnern an der Bahn Lemberg-Tarnopol. Die bedeutendste Stadt des südlichen Ostgaliziens ist Stanislaw, die drittgrößte Stadt Galiziens überhaupt, mit 64.000 Einwohnern. Stanislaw bildet einen wichtigen Eisenbahnknotenpunkt auf der Strecke der Bahnen aus Westgalizien nach Czernowitz und war zuletzt der Sitz der Regierung der westukrainischen Republik. Bemerkenswert ist, daß alle diese genannten Städte fast gar keine Industrie aufweisen. Nur das Petroleumgebiet von Drohobycz besitzt eine Arbeiterbevölkerung.

Die wirtschaftliche Bedeutung der Besetzung der Rohölgebiete.

Wien, 25. März.

Die Meldung, daß sich in Stanislaw eine Sowjetregierung gebildet habe, welche nunmehr die Herrschaft über das Rohölgebiet ausübt, kommt in einem Momente, in dem es für ganz Oesterreich von größter Bedeutung gewesen wäre, eine Steigerung in den Zufuhren von Mineralölprodukten aus Galizien herbeizuführen. Schon seit vielen Monaten sind nur ganz geringe Zuschübe an galizische Mineralölprodukten nach Oesterreich erfolgt. Der Konsum mußte andauernd gedrosselt werden und die Einlösung der Petroleumkarten stieß auf immer größere Schwierigkeiten. Seit längerem gingen auch die Vorräte an Benzin immer mehr zur Neige, und erst kürzlich wurde daher der Plan erörtert, eine Einschränkung des privaten Automobilverkehrs vorzunehmen. Um eine Besserung in diesen Verhältnissen anzubahnen, wurden Kompensationsverhandlungen mit der westukrainischen Volksrepublik eingeleitet, die in Wien geführt wurden. Aus Ostgalizien sollte die Einfuhr gewisser Mengen von Mineralölprodukten sichergestellt werden, und der Vertrag der diese Importe und den Export österreichischer Industrieerzeugnisse regelt, war im Westen perfekt geworden.

das stets aufs ernstlichste beklagt und die Haltung der Deutschen gegen ihre italienischen Landsgenossen, insbesondere in der Frage der italienischen Fakultät ebenso verurteilt wie die stete Nachgiebigkeit der österreichischen Unterrichtsverwaltung in eben dieser Angelegenheit gegenüber dem hartnäckigen und unsinnigen Widerstande unserer Offizierska unter dem verhängnisvollen Einfluß des Baron Conrad v. Höhendorff und seiner Clique. Daß Oesterreich durch eine nur etwas klügere und menschlichere Politik im ersten Jahrzehnt unseres Jahrhunderts den Krieg mit Italien ebenso wie jenen mit Serbien hätte vermeiden können, unterliegt für mich nicht dem geringsten Zweifel. Nun aber ist Italien daran, die Fehler der österreichischen Politik jener Zeiten nachzumachen und es wird dieselben Früchte ernten. Aufstände über Aufstände, die es mit Blutgerichten wird unterdrücken „müssen“, werden die Folge sein und als letztes Ende ein neuer Krieg. Ob mit demselben glücklichen Erfolge, ist aber recht zweifelhaft.

Was strebt Italien durch die Annexion des deutschen und rätoromanischen Teiles von Südtirol an? Was lockt es in diesem Landesteile? Vielleicht das Holz unserer Waldungen, soweit sie durch den Krieg nicht ohnedies schon devastiert worden sind. Aber können sie das nicht auch durch ein in den Friedensvertrag aufzunehmendes Vorkaufsrecht erhalten? Oder die Wasserkräfte dieser Gebirgsländer, von denen Battisti schwärmte und um derenwillen er die Annexion des Trentino forderte? Aber diese Wasserkräfte der Etsch, des Avisio, der Brenta und der Sarea sind vorwiegend in jenem Teile Südtirols zu fassen, der Italien nach dem Nationalitätenprinzip ohnedies zufällt. Zu diesem Zwecke brauchen sie nicht auch die deutschen Landesteile zu annektieren.

Ein weiteres Motiv für Italien liegt in dem Wunsche nach einer strategisch möglich vorteilhaften Grenze. Sie glauben oder geben vor, diese Grenze allein in dem höchsten Gebirgskamm der Zentralalpen zu finden, und leugnen, daß auch jener Gebirgszug, der mit der Sprachgrenze zusammenfällt, ihnen eine in jeder Beziehung ausreichende Sicherheit gegen einen Angriff bietet. Wenn sie ihre Geschütze auf dem Plateau der Mendel und auf den Grenzbergen des Fassa- und Fleimertales (Val di Stemma) aufstellen, so beherrschen sie von dort aus den Kessel Meran-Bozen-Briggen vollständig und können jeden Anmarsch aus diesem Gebiete sofort vernichten. Freilich für eine Offensiv-Italiens böte die Brennerlinie unschätzbare Vorzüge. Dann könnte es im Raume von Bozen seine Kräfte ungehindert bereitstellen und mit ihnen in Nordtirol und Bayern einfallen. Will es etwa das? Aber Italien strebt doch eher ein neuerliches Bündnis mit Deutschland an, das ihm aus ökonomischen und vielleicht auch aus geopolitischen Gründen wünschenswert ist. Ein solches Bündnis fände nirgend ein größeres Hindernis als in der Unterwerfung und dauernden Unzufriedenheit der deutschen Tiroler, deren Protest mit dem Widerhall, den er in allen deutschen Bauen fände, jeder deutschen Regierung den Abschluß eines solchen Bündnisses unmöglich machen würde. Das Streben nach größerer Sicherheit in einem etwaigen Kriege würde also jenen Krieg geradezu zur Gewißheit machen. Will das Italien?

Nur eine völlig einseitige militaristische Auffassung kann Italien die politischen Nachteile der Annexion eines deutschen Landesteiles übersehen lassen, kann es vergessen machen, welchen hohen Wert die nationale Einheitlichkeit, nicht bloß die nationale Einheit besitzt, nicht nur die Vereinigung aller nationalen, sondern auch die Abwesenheit aller fremden Elemente. Diese Auffassung war vielleicht zurzeit des Londoner Paktes begreiflich, als noch die österreichisch-ungarische Monarchie Italien gegenüberstand. Von dieser mochte Italien vielleicht einen Angriff besorgen. Gewiß hat es keinen von seinen jetzigen Nachbarn im Norden zu fürchten. Auf diese Veränderung der Verhältnisse können sich die andern Kontrahenten des Londoner Vertrages berufen, vielleicht mit mehr Recht, als Italien sich in der Frage Fiumes darauf beruft.

Auch vom französischen Gesichtspunkte aus kann die Annexion nur als nachteilig erscheinen. Das persöhnliche Tirol hätte keine andere Möglichkeit, als sich Bayern in die Arme zu werfen; es bestünde dann

nur noch aus einem einzigen Tal, dem Innthal, das bei Kufstein in Bayern mündet, mit Bayern eine relativ sehr ausgedehnte, mit Oesterreich eine nur ganz kurze Verbindung hätte. Schließt sich aber Tirol an Deutschland an, so bleibt auch dem übrigen Deutsch-Oesterreich kaum etwas anderes übrig, während Frankreich es doch als selbständigen Staat erhalten will. Nicht viel anders müßte England die Frage beurteilen, wenn es ihre Rückwirkungen beachtet. Wie verhängnisvoll für die Schweiz es wäre, wenn sie anstelle des bequemen Oesterreich Deutschland und Italien zu Nachbarn erhielte, bedarf keiner weiteren Ausführung. Für Wilson vollends kann es keinen Augenblick zweifelhaft sein, daß es keine schroffere Verleugnung des Selbstbestimmungsrechtes der Nationen gäbe, als den Bewohnern des fraglichen Teiles von Südtirol die Möglichkeit zu nehmen, in einem unbeeinflussten Plebiszit ihren Willen zum Ausdruck zu bringen. Die Abtretung an Italien wird das Ueberwiegen der militaristischen Auffassung über die ethnische, die Unterordnung des von ihm so hoch eingeschätzten Nationalitätenprinzips unter strategische Erwägungen bedeuten, sie stünde im eklatantesten Widerspruch mit all seinen programmatischen Erklärungen. Es mag sein, daß Wilson diese Tatsachen und diese Konsequenzen bisher verhehlt worden sind. Darum appelliert Tirol an ihn als einen nunmehr vielleicht besser informierten Schiedsrichter. Möge man sich nicht täuschen! Die Frage ist nicht so bedeutungslos, als sie nach Umfang und Volkszahl des betreffenden Gebietes scheint. Wäre eine Entscheidung gefallen, so wäre diese einer gründlichen Revision bedürftig.

Herr Präsident!

In atemloser Spannung hängt die Menschheit in diesen Tagen an Ihren Lippen. Aus Ihrem Munde erwartet sie die Verkündigung der Weltbotschaft, die ihr nach diesen langen Jahren der Kriegsargerei und des namenlosen Elends die Segnungen eines dauernden, auf Recht und Gerechtigkeit aufgebauten Friedens, der den Völkern tagtäglich bringen soll. Aber der Uebermut der Sieger erhebt sich drohend und will Ihre edlen und guten Absichten zunichte machen. Vergebens hat die bangende Menschheit bisher nach Paris gehorcht; aus den verschlossenen Türen der Verhandlungssäle drang kein beruhigendes Wort zu ihr heraus, nur unbestimmte wilde Gerüchte, die die Angst und Sorgen zu vermehren geeignet waren. Nun haben Sie, der, als noch der Kanonendonner die Welt erfüllte, zum erstenmale den Mut hatte, das Wort vom gerechten Frieden auszusprechen, neuerdings durch eine solche Tat die Nebelschleier zerrissen, die sich um die Friedensverhandlungen geballt hatten, Sie haben es gewagt, dem italienischen Imperialismus entgegenzutreten und ihn vor aller Welt zu brandmarken, auf die Gefahr hin, den ehemaligen Bundesgenossen von sich zu stoßen. Aber Ihr Eingreifen erfolgte einseitig, lediglich zugunsten eines einzigen Volkes, des südslawischen, während Sie ein anderes kleines und verlassenes, nach seinem Recht schreiendes Volk, die deutschen Südtiroler, die nicht minder vom italienischen Imperialismus bedroht sind, wie die Südslawen, ganz vergessen zu haben scheinen. Ja, gewisse Wendungen Ihrer Proklamation lassen uns befürchten, daß dieses kleine tapfere Volk von Ihnen bereits preisgegeben wurde. Sie sagen: „Im Norden und Nordosten sind seine (Italiens) natürlichen Grenzen wieder hergestellt, wie auch auf der ganzen Ausdehnung der Alpen von Nordwesten bis Südosten und bis zum Ende der istrischen Halbinsel. Sie umfassen den ganzen Saug, auf dem Triest und Pola liegen und alle jenen schönen Länder, die die Natur selbst gegen jene große Halbinsel orientiert hat, auf der das lateinische Volk im Laufe der Jahrhunderte seine historische Persönlichkeit herausgearbeitet hat. Seine ehemalige Einheit ist wieder hergestellt, seine Grenze reicht bis zu jenen großen Mauer, die seine natürliche Verteidigung darstellt.“

Damit scheinen Sie, Herr Präsident, die Ansprüche Italiens, die man Ihnen mit tendenziös entstellten Karten als in der Natur begründet vorgemäht hat, anerkennen zu wollen. Wir glauben uns aber erinnern zu können, daß Sie selbst der Welt feierlichst verkündet haben, daß für eine neue Ordnung in Europa nicht die selbstsüchtigen Interessen einer einzelnen Macht oder einzelner Mächtegruppen ausschlaggebend sein sollen und daß kein Volk gegen seinen Willen von einem Staate zum anderen geschoben werden solle, als wäre es eine Figur in einem Schachspiele.“ Nun wohl, Herr Präsident, das deutsche Volk Südtirols hat einmütig seinen Willen kundgegeben, daß es nicht unter italienische Herrschaft kommen, sondern bei seiner angekannten Heimat Tirol in Deutsch-Oesterreich verbleiben wolle und Italien kann für seine Ansprüche nichts

anderes geltend machen, als das selbstsüchtige strategische Interesse, denn weder nationale, noch wirtschaftliche Gründe kann es für dieselben ins Treffen führen. Stehen wir da nicht wieder vor dem Ausflusse jenes Miktarismus, zu dessen Niederwerfung Sie, Herr Präsident, das Schwert Amerikas in die Waagschale geworfen haben? Nicht nur national, auch wirtschaftlich wird dieses herrliche Stückchen Erde und seine tüchtige Bevölkerung zugrunde gerichtet, wenn es zu Italien geschlagen wird, denn seine ganze wirtschaftliche Entwicklung war auf den Absatz seiner Produkte nach dem Norden eingerichtet. Nirgends so wie hier hätten die von Ihnen verkündeten edlen Prinzipien ohne Einschränkung zur Anwendung gelangen können. Warum verweigern Sie diesem um seine Freiheit ringenden Volke jenes Recht der Selbstbestimmung, das Sie dem in gleichen Verhältnissen lebenden dänischen Volke Nord-Schleswigs bereitwilligst eingeräumt haben? Um die Rechte Deutsch-Südtirols zu verteidigen, könnten wir keine bereederten Worte finden, als diejenigen, welche Sie selbst, Herr Präsident, in Ihrer Rede vom 24. April dieses Jahres zur Verteidigung der Ansprüche der Südtiroler auf Fiume gebrauchten, wobei wir nur das Wort Fiume durch das Wort Deutsch-Südtirol zu ersetzen brauchen. Sie würden dann sagen: „Deutsch-Südtirol Italien anzuliefern, hieße das Gefühl erwecken, daß wir dieses Land einer Macht zuteilen, von der es keinen integrierenden Bestandteil bildet und deren Herrschaft, falls sie errichtet würde, unvermeidlich als eine fremde und nicht als eine eingeborene und mit dem Handel und der Industrie dieser Gebiete identische erscheinen müßte.“ Und vorher haben Sie gesagt: „Der Krieg wurde beendet, indem Deutschland ein Waffenstillstand und ein Frieden vorgeschlagen wurde, der sich auf gewisse klar umschriebene Grundsätze aufbaute und die bestimmt sein sollten, eine neue Ordnung des Rechtes und der Gerechtigkeit zu schaffen. Wir können den Friedensvertrag in einem Augenblick, wo er bereit ist und daran geht, einen Frieden mit Deutschland zu schließen, nicht ersuchen, auf Grundsätzen anderer Art eine neue Grundlage für die Unabhängigkeit auf das Recht in jenen Staaten zu errichten, die ursprünglich das österreichisch-ungarische Kaiserreich bildeten. Auf die ausdrückliche Anerkennung dieser Grundsätze hin wurde die Initiative zum Frieden ergriffen, auf ihnen muß das ganze Gebäude des Friedens beruhen. Amerika hat das Vorrecht gehabt, die Initiative zum Frieden zu ergreifen, den wir im Begriffe sind, zum Abschlusse zu bringen und zwar zu einem Abschluß auf den Grundsätzen, die es selbst formuliert hatte und deren Wortführer ich gewesen bin. Amerika ist gestowungen, mit diesen Grundsätzen alle Beschlüsse, an denen es teil hat, in Einklang zu bringen. Es handelt sich jetzt nicht um Fragen des Interesses, sondern um das Recht der Völker; diese und nur diese sind die Prinzipien, auf deren Grundsätzen es einem Frieden zustimmen kann.“

Nun wohl, Herr Präsident, wenn Ihre Worte ehrlich gemeint sind, dann können Sie Deutsch-Südtirol nicht den Italienern preisgeben. Niemals mehr würde die Welt Ihren Vorkämpfern Glauben schenken können, wenn Sie in diesem feierlichen Momente sich selbst und Ihre Grundsätze verleugnen wollten. Der Segen, den alle hilflosen, verlassen und unterdrückten Völker auf Ihr Haupt herabzusinken bereit sind, würde sich in einen Fluch verwandeln, der auf ewig mit dem Namen Wilson verbunden bleibe und die Monumente stützen würde, die Ihnen die Völker jetzt in ihren Herzen errichtet haben. Bedenken Sie, Herr Präsident, daß das Wohl und Wehe Europas, ja der ganzen Welt, heute von Ihrer Entscheidung abhängt. Niemals wird sich der selbständige, freie Tiroler Bauer unter das Joch des italienischen Herrn beugen. Das sollen Sie wissen, Herr Präsident, bevor Sie das entscheidende letzte Wort sprechen. Lassen Sie nicht zu, daß das kleine Stück Tiroler Erde, das Sie vielleicht leichtfertig den Ansprüchen Italiens opfern zu können glauben, zur Brandfackel werde, an der sich binnen kurzem der neue Weltkrieg entzünden müßte.

Die Tiroler Landesregierung
im Namen des ganzen deutsch-tirolischen Volkes.

Tirol den Tirolern!

Von Dr. Heinrich Sammasch.

Wohnt es die Tinte und die Druckerschwärze in dem Zeitpunkt, in dem über das Schicksal der Welt entschieden wird, viel Aufhebens zu machen von einem kleinen, armen Ländchen mit nur einer Viertelmillion Einwohner, von dem von Deutschen und Ladinern (Rätoromanen) bewohnten Teile von Südtirol? Samohl. Denn wenn Tinte, Druckerschwärze und Reden dieses Ländchen und sein Volk vor der allmächtigsten Fremdherrschaft nicht retten können, wird es, sobald die deutsche Nation nur einigermaßen wieder zur Kraft gelangt ist, um dieses Volkes willen zum neuerlichen Blutvergießen großen Stiles kommen.

Nicht als Oesterreicher, sondern als einer, dem es um die Wahrung der edlen Grundsätze des Präsidenten Wilson und um die Vermeidung eines sonst rüchlichen Krieges zu tun ist, schreibe ich diese Zeilen. Der Tiroler Volksstamm ist einer der härtesten in Europa. 1809 ist die Probe dafür gewesen. Und die Tiroler des 20. Jahrhunderts sind nicht anders als jene des 19. Sie werden bis auf das äußerste um ihre Selbständigkeit kämpfen. Auch wenn die italienische Herrschaft, wenigstens für den Anfang, noch so milde auftreten sollte, wird sie dieses Volk nicht für sich gewinnen. Umso weniger, da es ökonomisch zu Grunde gerichtet sein wird. Die Produkte des Landes, Wein und Obst, haben für den Norden großen Wert, für Italien aber einen sehr geringen, da es an beidem Ueberfluß in bester Qualität besitzt. Die Kurorte Meran, Gries-Bozen, Briggen werden ihre Frequenz verlieren, die sie nicht so sehr ihrem Klima, in dem sie mit der Riviera nicht konkurrieren können, als dem Umstande verdanken, daß sie den Leidenden und Erholungsbedürftigen die Annehmlichkeiten des „Daheimseins“ boten. Auch der Touristenverkehr des Sommers wird wesentlich abnehmen, wenn er nicht mehr unter der Hegide des deutsch-österreichischen Alpenvereines stehen wird. Das aber waren bisher die Hilfsquellen des Landes, das verelenden wird, sobald sie versiegen oder auch nur erheblich schwächer fließen. Die ökonomische Not in Verbindung mit der nationalen und vielfach auch konfessionellen Erregung in dem zum größten Teil streng katholischen Volke, das mit der stark freigeistig durchsetzten italienischen Beamtenerschaft vielfach in Konflikt geraten wird, müssen zu fortwährenden Reibungen führen. Schon vor dem Kriege war die Spannung zwischen den deutschen und wälschen Tirolern eine sehr intensive. Ich habe

2. 11. 1919

2
51

Die Gesellschaft der Nationen

L

Folgendes ist der Wortlaut des Völkervertrages, wie er am Nachmittag des 29. April von der Sonderkommission der Vollziehung der Friedenskonferenz unterbreitet und von dieser genehmigt wurde:

„Die hohen vertragschließenden Parteien, In Betracht, daß zur Förderung der Zusammenarbeit der Nationen und um ihnen Frieden und Sicherheit zu gewährleisten, es wichtig ist: gewisse Verpflichtungen einzugehen, nicht zum Kriege zu greifen,

in aller Offenlichkeit die auf Gerechtigkeit und Ehre gegründeten internationalen Beziehungen zu pflegen,

genau die Vorschriften des Völkerrechts zu beobachten, die in Zukunft eine wirksame Leitlinie der Regierungen sein werden,

die Gerechtigkeit herrschend zu machen und gewissenhaft alle Verpflichtungen der Verträge in den gegenseitigen Beziehungen der organisierten Völker zu achten,

nehmen den gegenwärtigen Vertrag an, der die Gesellschaft der Nationen errichtet.

Zusammensetzung der Gesellschaft

Art. 1. Gründende Mitglieder (membres originaux) sind diejenigen Unterzeichner, deren Namen im Anhang des gegenwärtigen Vertrages stehen, sowie die ebenfalls im Anhang genannten Staaten, die dem gegenwärtigen Vertrag ohne jeden Vorbehalt beigetreten sind durch eine innert zwei Monaten, von Inkrafttreten des Vertrages an, beim Sekretariat niedergelegte Erklärung, die den andern Mitgliedern der Gesellschaft mitzuteilen ist.

Jeder Staat, jede Dominion oder sich frei regierende Kolonie, die im Anhang nicht erwähnt sind, können Mitglied der Gesellschaft werden, wenn die Zulassung von zwei Dritteln der Versammlung ausgesprochen wird, vorausgesetzt, daß der Eintretende wirksame Garantien gibt für seine ernste Absicht, seine internationalen Verpflichtungen zu erfüllen, und wenn er das von der Gesellschaft aufgestellte Reglement betreffend seine Streitkräfte und militärischen und maritimen Rüstungen annimmt.

Jedes Mitglied der Gesellschaft kann nach einer zweijährigen Kündigung aus der Gesellschaft austreten, unter der Bedingung, daß es in diesem Augenblick all seine internationalen Verpflichtungen mit Einschluß derjenigen des gegenwärtigen Vertrages erfüllt hat.

Organe

Art. 2. Die Tätigkeit der Gesellschaft, wie sie im gegenwärtigen Vertrag bestimmt ist, wird

durch eine Versammlung und durch einen Rat ausgeübt, denen ein ständiges Sekretariat beigegeben ist.

Versammlung

Art. 3. Die Versammlung besteht aus Vertretern der Mitglieder der Gesellschaft.

Sie tritt zu bestimmten Zeiten und, wenn es die Verhältnisse erfordern, zu irgend einem andern Zeitpunkt am Sitz der Gesellschaft oder einem zu bezeichnenden andern Ort zusammen.

Die Versammlung befaßt sich mit jeder Frage aus dem Gebiet der Tätigkeit der Gesellschaft oder die den Weltfrieden berührt.

Jedes Mitglied der Gesellschaft kann nicht mehr als drei Vertreter in der Versammlung haben und verfügt über nur eine Stimme.

Rat

Art. 4. Der Rat besteht aus Vertretern der Vereinigten Staaten von Nordamerika, des britischen Reiches, Frankreichs, Italiens und Japans, sowie Vertretern von vier andern Mitgliedern der Gesellschaft. Bis zur ersten Bezeichnung durch die Versammlung sind die Vertreter von Mitglieder des Rates.

Unter Zustimmung der Versammlungsmehrheit kann der Rat andere Mitglieder bezeichnen, deren Vertretung von da an ständig im Rat sein wird. Er kann mit der gleichen Zustimmung die Zahl der Gesellschaftsmitglieder erhöhen, die von der Versammlung gewählt werden zur Vertretung im Rat.

Der Rat tritt zusammen, wann es die Umstände erheischen, und wenigstens einmal jährlich, am Sitz der Gesellschaft oder einem andern zu bestimmenden Orte.

Der Rat befaßt sich mit allen das Tätigkeitsgebiet der Gesellschaft oder den Weltfrieden berührenden Fragen.

Jedes Mitglied der Gesellschaft, das nicht im Rat vertreten ist, wird eingeladen, einen Vertreter zur Teilnahme an den Verhandlungen des Rates zu entsenden, wenn eine Frage, die es besonders angeht, vor den Rat gebracht wird.

Jedes Mitglied der Gesellschaft, das im Rat vertreten ist, besitzt nur eine Stimme u. d. hat nur einen Vertreter.

Verfahren

Art. 5. Vorbehaltlich einer ausdrücklichen entgegenstehenden Bestimmung des gegenwärtigen Vertrages werden die Beschlüsse der Versammlung und des Rates durch Einstimmigkeit der in der Zusammenkunft anwesenden Mitglieder gefaßt.

Alle Fragen des Verfahrens, die den Zusammenkünften der Versammlung oder des Rates gestellt werden, eingeschlossen die Ernennung von Kommissionen zur Untersuchung besonderer Punkte, werden von der Versammlung oder vom Rat mit der Mehrheit der in der Zusammenkunft vertretenen Mitglieder gefaßt.

Die erste Zusammenkunft der Versammlung und die erste Zusammenkunft des Rates werden auf Einberufung des Präsidenten der Vereinigten Staaten von Amerika erfolgen.

Sekretariat

Art. 6. Das ständige Sekretariat wird am Sitz der Gesellschaft errichtet. Es umfaßt einen Generalsekretär, sowie die nötigen Sekretäre und Personal.

Der erste Generalsekretär ist im Anhang bezeichnet. In der Folge wird der Generalsekretär vom Rat ernannt unter Zustimmung der Mehrheit der Versammlung.

Der Generalsekretär ernennt die Sekretäre und das Sekretariatspersonal unter Zustimmung des Rates.

Der Generalsekretär der Gesellschaft ist von Rechts wegen Generalsekretär der Versammlung und des Rates.

Die Auslagen des Sekretariats werden getragen von den Mitgliedern der Gesellschaft, im Verhältnis, das durch das internationale Bureau des Weltpostvereins festgesetzt wird.

Sitz und Immunitäten

Art. 7. Der Sitz der Gesellschaft wird in Genf errichtet. Der Rat kann jederzeit beschließen, ihn an irgend einem andern Ort zu errichten.

Alle Funktionen der Gesellschaft und der damit in Verbindung stehenden Dienstzweige, eingeschlossen das Sekretariat, sind in gleicher Weise Männern und Frauen zugänglich.

Die Vertreter der Gesellschaftsmitglieder und ihre Beamten genießen in Ausübung ihrer Funktionen die diplomatischen Vorrechte und Immunitäten.

Die von der Gesellschaft, ihren Dienstzweigen und Zusammenkünften gebrauchten Gebäude und Grundstücke sind unverlethlich.

Beschränkung der Rüstungen

Art. 8. Die Gesellschaftsmitglieder anerkennen, daß die Aufrechterhaltung des Friedens die Einschränkung der nationalen Rüstungen auf das geringste Maß verlangt, das vereinbar ist mit der nationalen Sicherheit und mit der Erfüllung der internationalen Pflichten, die durch eine gemeinsame Aktion auferlegt werden.

Der Rat trägt der geographischen Lage und den besondern Verhältnissen jedes Mitgliedstaates Rechnung bei der Ausarbeitung der Pläne für diese Einschränkung; diese Pläne werden den verschiedenen Regierungen zur Prüfung und Entscheidung zugestellt werden.

Diese Programme sollen einer neuen Prüfung unterzogen und gegebenenfalls wenigstens alle zehn Jahre revidiert werden.

In Betracht, daß die private Fabrikation von Munition und Kriegsmaterial schweren Bedenken ruft, beauftragt die Gesellschaft den Rat, die geeigneten Maßnahmen vorzuschlagen, um die bedenklichen Wirkungen zu vermeiden, wobei Rücksicht zu nehmen ist auf die Bedürfnisse der Gesellschaftsmitglieder, die das zu ihrer Sicherheit notwendige Munitions- und Kriegsmaterial nicht herstellen können.

Die Gesellschaftsmitglieder verpflichten sich, sich in offener und vollständigster Weise alle Mitteilungen zu geben über das Maß ihrer Rüstungen, ihre Militär- und Flottenprogramme und über den Zustand ihrer Industrien, die für den Krieg verwendet werden können.

Militärische und Marinekommission

Art. 9. Eine ständige Kommission wird gebildet, um dem Rat ihren Vorschlag über die Ausführung der Bestimmungen der Art. 1 und 8 und allgemein über die militärischen und maritimen Fragen zu machen.

Garantie des Gebietes und der Unabhängigkeit

Art. 10. Die Gesellschaftsmitglieder verpflichten sich, die Unverlethlichkeit des Gebiets und die gegenwärtige politische Unabhängigkeit aller Mitglieder der Gesellschaft zu achten und gegen jeden Angriff von außen aufrecht zu erhalten. Im Fall eines Angriffs, der Drohung oder der

Gefahr eines Angriffs schlägt der Rat die Mittel zum Vollzug dieser Verpflichtung vor.

Kriegsdrohungen

Art. 11. Es wird ausdrücklich erklärt, daß jeder Krieg und jede Kriegsdrohung, ob sie ein Gesellschaftsmitglied unmittelbar betreffe oder nicht, die ganze Gesellschaft angeht und daß diese die nötigen Maßnahmen treffen soll, um den Völkervertrag wirksam zu schützen. In einem solchen Fall ruft der Generalsekretär auf Verlangen eines Gesellschaftsmitgliedes unverzüglich den Rat ein.

Uebrigens wird erklärt, daß jedes Gesellschaftsmitglied das Recht hat, in freundschaftlicher Weise die Aufmerksamkeit der Versammlung oder des Rates auf Umstände zu lenken, die in der Folge den Frieden oder das gute Einvernehmen unter den Nationen, von dem der Frieden abhängt, stören könnten.

Verfahren bei Zwistigkeiten

Art. 12. Alle Gesellschaftsmitglieder kommen überein, daß, wenn unter ihnen eine Meinungsverschiedenheit entsteht, die zu einem Bruch führen könnte, sie den Fall einem Schiedsgerichtsverfahren oder der Prüfung durch den Rat unterziehen. Sie vereinbaren sich ferner, in keinem Fall zum Krieg zu greifen, bevor drei Monate nach dem Schiedspruch oder dem Bericht des Rates verlossen sind.

In all den durch diesen Artikel vorgesehenen Fällen soll der Spruch der Schiedsrichter innert vernünftiger Frist gefällt und der Bericht des Rates innerhalb sechs Monaten vom Zeitpunkt, an dem der Rat damit betraut wurde, festgelegt werden.

Schiedsverfahren

Art. 13. Die Gesellschaftsmitglieder kommen überein, daß, wenn sich zwischen ihnen ein Zwist erhebt, der nach ihrer Ansicht durch Schiedspruch beizulegen ist und der auf diplomatischem Wege nicht befriedigend geschlichtet werden kann, die Streitfrage als Ganzes dem Schiedsverfahren unterstellt wird.

Es wird erklärt, daß zu den Fragen, die allgemein einer schiedsrichterlichen Lösung zugänglich sind, diejenigen gehören, die sich beziehen auf die Auslegung eines Vertrages vollständig völkerrechtlicher Natur, auf das Vorhandensein einer Tatsache, die, wenn sie besteht, den Bruch einer internationalen Verpflichtung bedeutet, oder auf das Maß und die Natur einer Entschädigung für einen solchen Bruch.

Das Schiedsgericht, dem der Fall unterbreitet wird, wird durch die Parteien bezeichnet oder ist in ihren früheren Abmachungen bestimmt.

Die Gesellschaftsmitglieder verpflichten sich, den gefällten Spruch in guten Treuen zu vollziehen und gegen kein Gesellschaftsmitglied, das sich demselben unterzieht, zum Krieg zu greifen. Wird der Entscheid nicht vollzogen, so schlägt der Rat die Maßnahmen zu seiner Inkraftsetzung vor.

Gerichtshof

Art. 14. Der Rat ist beauftragt, einen Entwurf für einen ständigen internationalen Gerichtshof vorzubereiten und den Gesellschaftsmitgliedern vorzulegen. Dieses Gericht wird alle ihm von den Parteien unterbreiteten Streitfragen internationaler Natur beurteilen. Es wird auch Gutachten über alle Streitfragen oder Punkte abgeben, die ihm vom Rat oder der Versammlung vorgelegt werden.

Die Gesellschaft der Nationen

II

Untersuchung von Streitfragen durch den Rat oder die Versammlung

Art. 15. Erhebt sich zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ein Zwist, der zu einem Bruch führen kann und wird der Zwist nicht dem von Art. 13 vorgeesehenen Schiedsverfahren unterzogen, so vereinbaren sich die Gesellschaftsmitglieder, ihn vor den Rat zu bringen. Hierzu genügt, daß ein Mitglied den Zwist dem Generalsekretariat mitteilt, das alle Maßnahmen für vollständige Untersuchung und Prüfung trifft.

In kürzester Frist haben die Parteien die Darstellung ihrer Streitfrage mit allen zugehörigen Tatsachen und den Belegen mitzuteilen. Der Rat kann die sofortige Veröffentlichung dieses Materials befehlen.

Der Rat bemüht sich, den Zwist beizulegen. Gelingt ihm dies, so veröffentlicht er in dem ihm nützlich scheinenden Maß einen Bericht über die Tatsachen, die zudienlichen Erläuterungen und die Bedingungen der Beilegung.

Hat der Zwist nicht geschlichtet werden können, so verfaßt und veröffentlicht der Rat einen Bericht, der entweder einstimmig oder mit Mehrheit gutgeheißen wird, um die Umstände des Zwistes und die Lösungen bekanntzugeben, die er als die billigsten und geeignetsten hält.

Jedes im Rat vertretene Gesellschaftsmitglied kann gleichfalls eine Darstellung der Tatsachen des Zwistes und seine Schlüsse veröffentlichen.

Wird der Bericht des Rates einstimmig angenommen, wobei die Stimme der Vertreter der Parteien nicht mitgerechnet wird, so verpflichten sich die Gesellschaftsmitglieder, gegen keine Partei zum Krieg zu greifen, die sich den Schlüssen des Berichts unterzieht.

Wenn es dem Rat nicht gelingt, seinen Bericht von allen Mitgliedern, außer den Vertretern der Parteien im fraglichen Streitfall annehmen zu lassen, so behalten sich die Gesellschaftsmitglieder das Recht vor, zu handeln wie sie es für die Aufrechterhaltung von Recht und Gerechtigkeit nötig finden.

Behauptet eine Partei und anerkennt der Rat, daß der Zwist eine Frage beschlägt, die das Völkerrecht in die ausschließliche Zuständigkeit dieser Partei stellt, so wird der Rat dies in einem Bericht feststellen, ohne aber irgend eine Lösung zu empfehlen.

Der Rat kann in allen von diesem Artikel vorgesehenen Fällen die Streitfrage vor die Versammlung bringen. Die Versammlung kann gleichfalls mit der Sache befaßt werden auf das Verlangen einer Partei. Dieses Verlangen muß innert 14 Tagen vom Augenblick, in dem die Streitfrage vor den Rat gebracht wird, gestellt werden.

In allen der Versammlung unterbreiteten Fällen gelten die Bestimmungen dieses Artikels und des Artikels 12 betreffend die Aktion und die Vollmachten des Rates auch für die Versammlung. Es ist so zu verstehen, daß ein von der Versammlung mit der Zustimmung der Repräsentanten der im Rat vertretenen Gesellschaftsmitglieder und einer Mehrheit der andern Gesellschaftsmitglieder (in beiden Fällen mit Ausschluß der Parteivertreter) abgefaßter Bericht die gleiche Wirkung hat, wie ein vom Rat einstimmig (außer den Parteivertretern) beschlossener Bericht.

Sanktionen

Art. 16. Greift ein Gesellschaftsmitglied zum Krieg, entgegen den Verpflichtungen, die in den Artikeln 12, 13 und 15 niedergelegt sind, so wird er durch diese Tatsache selbst als im Krieg gegen alle andern Gesellschaftsmitglieder betrachtet.

Diese verpflichten sich, sofort mit ihm alle Handels- und Finanzbeziehungen abzubreaken, alle Beziehungen zwischen ihren Staatsangehörigen und denen des den Vertrag brechenden Gesellschaftsmitgliedes zu untersagen und alle finanziellen, Handels- oder persönlichen Bezie-

hungen dieses Staates und denjenigen irgend eines andern Staates, ob Gesellschaftsmitglied oder nicht, abzubreaken.

In diesem Fall hat der Rat die Pflicht, den verschiedenen interessierten Regierungen die militärischen und maritimen Streitkräfte zu empfehlen, durch welche die Gesellschaftsmitglieder verhältnismäßig an die Bildung der Streitmacht beitragen werden, die dazu bestimmt ist, den Verpflichtungen der Gesellschaft Nachachtung zu verschaffen.

Die Gesellschaftsmitglieder können zudem überein, sich gegenseitig zu unterstützen in der Anwendung der wirtschaftlichen und finanziellen Maßnahmen, die kraft dieses Artikels ergriffen werden müssen, um die Verluste und Unzulänglichkeiten, die daraus entstehen können, auf das Mindestmaß herabzusetzen. Sie leisten sich gleichfalls gegenseitig Hilfe, um jeder Sondermaßnahme zu widerstehen, die gegen eines von ihnen von dem den Beitrag brechenden Staat ergriffen wird. Sie treffen die nötigen Maßnahmen, um den Durchzug über ihr Gebiet zu erleichtern für jedes Gesellschaftsmitglied, das an einer gemeinsamen Aktion teilnimmt, um den Verpflichtungen der Gesellschaft Nachachtung zu verschaffen.

Jedes Mitglied, das sich der Verletzung einer aus dem Vertrag entstehenden Verpflichtung schuldig macht, kann aus der Gesellschaft ausgeschlossen werden. Der Ausschluß wird durch die Stimme aller andern im Rat vertretenen Gesellschaftsmitglieder ausgesprochen.

Zwistigkeiten, die einen oder mehrere Staaten außerhalb der Gesellschaft betreffen

Art. 17. Entsteht ein Zwist unter zwei Staaten, von denen nur einer oder keiner Mitglied der Gesellschaft ist, so werden der oder die der Gesellschaft fremden Staaten eingeladen, sich den Verpflichtungen zu unterwerfen, die den Gesellschaftsmitgliedern auferlegt sind zum Zweck der Beilegung des Zwists, unter den vom Rat als gerecht erachteten Bedingungen. Wird diese Einladung angenommen, so sind die Bestimmungen der Artikel 12 bis 16 anwendbar, unter Vorbehalt der vom Rat als notwendig erachteten Änderungen.

Von Absendung dieser Einladung an eröffnet der Rat eine Untersuchung über die Umstände des Streitfalls und schlägt die Maßnahme vor, die er für den besondern Fall als die beste und wirksamste erachtet.

Weigert sich der eingeladene Staat, die Verpflichtungen eines Gesellschaftsmitglieds zur Beilegung des Zwists auf sich zu nehmen und greift er zum Krieg gegen ein Gesellschaftsmitglied, so sind die Bestimmungen des Artikels 16 auf ihn anwendbar.

Weigern sich eingeladene Parteien, die Verpflichtungen eines Gesellschaftsmitgliedes zur Beilegung des Zwists auf sich zu nehmen, so kann der Rat alle Maßnahmen ergreifen und alle Vorschläge machen, die geeignet sind, den Feindseligkeiten vorzubeugen und die Lösung des Streits herbeizuführen.

Eintragung der Verträge

Art. 18. Jeder Vertrag und jede internationale Verpflichtung, die von einem Gesellschaftsmitglied in Zukunft abgeschlossen wird, ist unverzüglich vom Sekretariat zu registrieren und so bald als möglich zu veröffentlichen. Solche Verträge und Verpflichtungen sind unverbindlich bis zur Eintragung.

Überprüfung der Verträge

Art. 19. Die Versammlung kann von Zeit zu Zeit die Gesellschaftsmitglieder einladen, die unanwendbar gewordenen Verträge zu überprüfen, ebenso die internationalen Lagen, deren Aufrechterhaltung den Weltfrieden gefährden könnte.

Mit dem Pakt unvereinbare Verpflichtungen

Art. 20. Jedes Gesellschaftsmitglied anerkennt, soweit es betroffen ist, daß der gegenwärtige Pakt alle Verpflichtungen und Einverständnisse unter ihnen aufhebt, die den Bestimmungen des Paktes widersprechen, und sie verpflichten sich feierlich, in Zukunft keine solchen Vereinbarungen einzugehen.

Hat ein Mitglied vor seinem Eintritt in die Gesellschaft Verbindlichkeiten auf sich genommen, die mit den Bestimmungen des Paktes unvereinbar sind, so hat es unverzügliche Schritte zu tun, um sich dieser Verbindlichkeiten zu entledigen.

Mit dem Pakt vereinbare Verpflichtungen

Art. 21. Die internationalen Abkommen wie die Schiedsgerichtsverträge oder die regionalen Einverständnisse wie die Monroe doktrin, die der Aufrechterhaltung des Friedens dienen, werden als mit keiner der Bestimmungen des gegenwärtigen Paktes unvereinbar erklärt.

52

Die Gesellschaft der Nationen

III.

Mandate

Art. 22. Folgende Grundsätze gelten für die Kolonien und Territorien, die infolge des Krieges nicht mehr unter der Souveränität der sie früher regierenden Staaten stehen und die von Völkern bewohnt sind, welche sich in den besonders schwierigen Verhältnissen der modernen Welt noch nicht selber regieren können. Das Wohl und die Entwicklung dieser Völker sind eine geheiligte Aufgabe der Zivilisation und es geziemt sich, in den gegenwärtigen Vertrag Garantien für die Erfüllung dieser Mission aufzunehmen.

Die beste Methode, diesen Grundsatz praktisch anzuwenden, besteht darin, diese Völker unter der Vormundschaft jener entwickelten Nationen zu stellen, die dank ihrer Hilfsmittel, Erfahrungen und geographischen Lage am besten imstande und einverstanden sind, diese Verantwortlichkeit zu übernehmen; sie würden diese Vormundschaft in der Eigenschaft als Beauftragte und im Namen der Gesellschaft ausüben.

Der Charakter des Mandats muß nach dem Grad der Entwicklung des Volkes, nach der geographischen Lage des Gebiets, seinen wirtschaftlichen und andern entsprechenden Verhältnissen verschieden sein.

Gewisse Gemeinwesen, die früher zum ottomanischen Reich gehörten, haben einen solchen Entwicklungsgrad erreicht, daß vorläufig ihr Bestand als unabhängige Nationen anerkannt werden kann, unter der Bedingung, daß die Ratschlüsse und der Beistand eines Beauftragten ihre Verwaltung leiten bis zum Augenblick, da sie imstande sein werden, sich allein zu führen. Die Wünsche dieser Gemeinwesen müssen bei der Wahl des Beauftragten in erster Linie berücksichtigt werden.

Der Entwicklungsgrad anderer Völker, insbesondere derjenigen Mittelafrikas, verlangt, daß der Beauftragte dort die Verwaltung des Gebietes übernimmt unter Bedingungen, die mit dem Verbot von Mißbräuchen, wie Sklaven-, Waffen- und Alkoholhandel, die Freiheit von Gewissen und Religion gewährleisten, ohne andere Einschränkungen als diejenigen, die erforderlich sind, um öffentliche Ordnung und gute Sitten aufrecht zu erhalten, Verbot von Festungen und militärischen oder Marinestützpunkten, Verbot der militärischen Instruktion der Eingebornen, außer für die Zwecke der Polizei oder der Verteidigung des Territoriums; damit sollen auch den übrigen Gesellschaftsmitgliedern gleiche Austausch- und Handelsbedingungen gewährleistet sein.

Endlich gibt es Gebiete wie Südwestafrika und gewisse Inseln des östlichen Stillen Ozeans, die infolge der geringen Bevölkerungsdichte, der geringen Ausdehnung, der Entfernung von den Mittelpunkten der Zivilisation, des geographischen Zusammenhangs mit dem Gebiet des Beauftragten oder anderer Umstände am besten unter den Gelehen des beauftragten Staates verwaltet werden als integrierende Bestandteile seines Gebietes, unter Vorbehalt der vorerwähnten Garantien im Interesse der eingebornen Bevölkerung.

In all den oben berührten Fällen soll der Beauftragte dem Rat einen jährlichen Bericht über die ihm anvertrauten Gebiete erstatten.

Sind unter den Gesellschaftsmitgliedern nicht durch eine frühere Vereinbarung über den Grad der Autorität, der Aufsicht oder der Verwaltung Bestimmungen getroffen worden, so wird der Rat darüber ausdrücklich befinden.

Eine ständige Kommission wird beauftragt, die Jahresberichte der Beauftragten entgegenzunehmen und zu prüfen und dem Rat Antrag zu stellen über alle Fragen, die die Ausübung der Mandate betreffen.

Internationale Verwaltung

Art. 23. Unter dem Vorbehalt und entsprechend den Bestimmungen der gegenwärtig bestehenden oder künftig abgeschlossenen internationalen Konventionen werden die Gesellschaftsmitglieder:

a) sich bemühen, billige und menschliche Arbeitsbedingungen zu sichern und aufrecht zu erhalten für Männer, Frauen und Kinder auf den eigenen Gebieten und in allen Ländern, auf die sich ihre Handels- und Industriebeziehungen erstrecken, und zu diesem Zwecke die nötigen internationalen Organisationen errichten und unterhalten;

b) sie verpflichten sich, die billige Behandlung der eingebornen Bevölkerung in den ihrer Verwaltung unterstellten Gebieten zu sichern;

c) sie beauftragen die Gesellschaft mit der Oberaufsicht über die Vereinbarungen über den Nahrung- und Kinderhandel, den Handel mit Opium und andern schädlichen Mitteln;

d) sie beauftragen die Gesellschaft mit der Oberaufsicht über den Handel mit Waffen und Munition mit den Ländern, wo die Aufsicht über diesen Handel im gemeinsamen Interesse unerlässlich ist;

e) sie werden die nötigen Verfügungen treffen, um die Gewährleistung und Aufrechterhaltung der Freiheit der Kommunikationen und des Drucksverkehrs zu sichern, sowie eine billige Behandlung des Handels aller Gesellschaftsmitglieder, wobei es zu verstehen ist, daß die besonderen Bedürfnisse der im Kriege von 1914 bis 1918 verwüsteten Gebiete in Betracht zu ziehen sind;

f) sie werden sich bemühen, internationale Maßnahmen zu treffen, um die Krankheiten zu verhüten und zu bekämpfen.

Internationale Ämter

Art. 24. Alle früher durch Kollektivverträge errichteten internationalen Ämter sollen, unter Vorbehalt der Zustimmung der Parteien, unter die Autorität der Gesellschaft gestellt werden. Desgleichen alle Bureaux und Kommissionen für die Ordnung von Angelegenheiten internationalen Interesses, die später gegründet werden.

In allen Fragen von internationalem Interesse, die durch allgemeine Konventionen geregelt, aber nicht unter die Aufsicht von Kommissionen oder internationalen Ämtern gestellt sind, soll das Sekretariat der Gesellschaft auf Verlangen der Parteien und wenn der Rat zustimmt die nützlichen Erkundigungen einzuziehen und verteilen und allen notwendigen oder erwünschten Beistand leisten.

Der Rat kann beschließen, in die Kosten des Sekretariates diejenigen der unter die Autorität der Gesellschaft gestellten Ämter oder Kommissionen einzuschließen.

Notes Kreuz

Art. 25. Die Gesellschaftsmitglieder verpflichten sich, die Errichtung und Zusammenarbeit der freiwilligen nationalen Rotkreuzorganisationen zu ermuntern und zu begünstigen, wenn sie gehörig ausgewiesen sind und nur die Hebung der Gesundheit, den vorbeugenden Schutz gegen die Krankheit und die Linderung der Leiden der Welt zum Zweck haben.

Revison

Art. 26. Abänderungsanträge zum gegenwärtigen Pakt werden in Kraft treten mit ihrer Gutheißung durch diejenigen Gesellschaftsmitglieder, deren Vertreter den Rat bilden, und durch die Mehrheit derjenigen, deren Vertreter die Versammlung bilden.

Jedem Gesellschaftsmitglied steht es frei, Abänderungsbeschlüsse abzulehnen, in diesem Fall scheidet es aus der Gesellschaft aus.

Anhang zum Pakt

Folgendes ist das Verzeichnis der Gründungsmitglieder der Gesellschaft der Nationen, Unterzeichner des Friedensvertrages, deren Namen in dem in Art. 1 des Pakts vorgesehenen Anhang stehen:

Vereinigtes Königreich von Amerika, Belgien, Bolivien, Brasilien, Britisches Reich (Kanada, Australien, Südafrika, Neuseeland, Indien), China, Cuba, Ecuador, Frankreich, Griechenland, Guatemala, Haiti, Hedschas, Honduras, Italien, Japan, Liberia, Nicaragua, Panama, Peru, Polen, Portugal, Rumänien, Serbien, Siam, Tschechoslowakien, Uruguay.

In der letzten Sitzung der Kommission ist überdies folgender Beschluß vorgeschlagen worden:

Die Kommission ist der Ansicht, daß die Konferenz den Präsidenten der Kommission beauftragen soll, sieben Mächte, wovon zwei neutrale, einzuladen, daß sie Vertreter bezeichnen für ein Komitee, dem folgende Aufgabe zufällt:

a) Entwürfe für die Organisation der Gesellschaft vorzubereiten.

b) Entwürfe für die Errichtung des Sitzes der Gesellschaft vorzubereiten.

c) Entwürfe und die Tagesordnung für die erste Sitzung der Versammlung vorzubereiten.

Diese Kommission wird dem Rat und der Versammlung Bericht erstatten.

Petersburg von den Bolschewiken geräumt

ag. London, 1. d. (Havas. Ein Telegramm aus Abo an die „Times“ meldet, daß die Bolschewiki Petersburg geräumt haben. Die Finnen rechnen damit, daß sich die Stadt binnen wenigen Wochen ergeben wird. Ein Tele-

Die Möglichkeit einer Selbständigkeits- erklärung von Tirol. Zur Rettung von Deutschsüdtirol.

Wien, 3. Mai.

Die Tiroler Landesversammlung hat heute mit überwiegender Mehrheit einen wichtigen Beschluß gefaßt, dem auch die Wiener Regierung zustimmte. Dem Präsidenten Wilson soll zur Kenntnis gebracht werden, daß Tirol jedes Opfer zu bringen entschlossen sei, um Deutschsüdtirol bis zur Salurner Klausel zu retten. Tirol würde sich entschließen, vom Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen und ein selbständiges demokratisches und neutrales Staatswesen zu werden, falls nur dadurch die Einheit des Landes gewährleistet wäre. Damit soll allen Vorwänden der Italiener über die militärischen Notwendigkeiten der Boden entzogen werden. Die Landesversammlung erklärt jedoch zugleich, sich im Falle einer Vergewaltigung an die deutsche Republik anschließen zu wollen. Der Landeshauptmann Schraffl, Dr. Wackernell und der Bürgermeister von Innsbruck Dr. Greil brachten gleichmäßig den Gesichtspunkt zum Ausdruck, daß alles getan werden müsse, um die Viertel-million Deutscher jenseits des Brenners zu bewahren. Doktor Greil sagte, Tirol sei ein unteilbares Land, und wer den Norden von dem Süden trenne, zerstöre das ganze Deutschsüdtirol und Nordtirol seien ein Volk und immer als solches anerkannt worden.

Nach einer Gegenrede des Abgeordneten Rappoldi wurde die Entschliebung angenommen.

Dieser Ruf von Tirol verdient die ernsteste Beachtung. Denn wir haben jetzt das Erlebnis, daß wir nach einer Monarchie auf Kündigung nun auch ein Deutschösterreich auf Kündigung haben, daß ein Bestandteil, der seit vielen hundert Jahren mit uns vereinigt war und niemals den Zusammenhang mit Wien verlor, der immer als ein Kern unseres Bestandes betrachtet wurde, den Gedanken fassen kann, sich loszulösen und als Ausdruck der äußersten Not das Band zu zerbrechen, das für unzerstörbar gegolten hat. Der Verlust von Tirol, selbst in seiner beschränkten Größe, wäre ein furchtbarer Schlag, schon deswegen, weil dann Salzburg nicht leicht zu halten wäre und damit auch der ganze Bau von Deutschösterreich in seinen Grundfesten erschüttert würde. Deutschösterreich ohne Tirol, ohne dieses altherwürdige Gebiet mit seinen wichtigen Wasserkräften, die erst der Erschließung harren, mit seiner Volkskraft, der wir so viele tüchtige Menschen verdanken, wäre eine Unmöglichkeit. Es müßte zusammenbrechen.

Tirol ist fieberhaft aufgeregte durch die Zustände in den besetzten Teilen. Namen alter deutscher Orte, sogar Berggipfel werden italianisiert und der Unterricht in der deutschen Sprache wird verboten. Dabei vermehren sich die Verhaftungen zusehends. In den letzten Tagen wurden der Landtagsabgeordnete Josef Menz, dessen Bruder, ferner der Gemeindevorsteher von Marling festgenommen und weggeführt. Das Spitzel- und Angeberwesen steigert sich immer mehr und aus den kargen Andeutungen ist zu entnehmen, daß dieser Zustand in einem deutschen Gebiet beinahe unerträglich wird. Um diesem Elend ein Ende zu machen, will sich Tirol zum Äußersten entschließen. Das Land ist auch schwer bemüht durch die Gefahren des Bolschewismus. Die Bauern haben sich wie auch in Salzburg bewaffnet, überall schließen sie sich zusammen und die Ereignisse im benachbarten Bayern haben starken Eindruck hervorgerufen. Tirol ist in der ernstesten Krise seines Bestandes und wir können uns nicht an den Gedanken gewöhnen, daß wir dieses Juwel verlieren sollten, das sicherlich eine große Zukunft hat, wenn der Unternehmungsgeist gefördert und der Ausbau der Wasserkraft ins Werk gesetzt wird.

An der Entente ist es jetzt kundzugeben, was sie eigentlich will und was mit Deutschösterreich, diesem ärmsten Staate, geschehen soll. Aus den Pariser Berichten scheint hervorzugehen, daß wirklich im Vertrage mit Deutschland das Verbot ausgesprochen werden soll, das Schicksal Deutschösterreichs mitzubestimmen. Die grausamste Verleugnung des Selbstbestimmungsrechtes scheint damit gefordert; die volle Entfaltung des deutschen Volkes gegenüber beinahe zehn Millionen Volksgenossen. Was soll mit uns geschehen? Von allen Seiten zurückgestoßen, in unseren Rechten mißachtet, ohne Schutz und ohne leitende Hand, mit heftigen Gärungen, die sich in Zwistigkeiten entladen? Allein können wir nicht leben. Wenn Südtirol uns entzogen wird, so fällt dieser Staat auseinander und dann ist der Übergang zum Deutschen Reich, mag er verboten werden oder nicht, eine unvermeidliche Folge. Aber die Erklärung über Südtirol ist zu gleicher Zeit eine ernste Mahnung zur Veröhnlichkeit. In einer so furchtbaren Krise sollten alle Wünsche, so heftig sie auch sein mögen, zurückstehen. Jetzt handelt es sich wirklich um Sein oder Nichtsein und müßte alle Wietracht, wenigstens vorläufig, zurückgestellt und jeder widerwärtige Zank vermieden werden. Die Einheitsfront zur Rettung unserer bedrohten Gebiete, die Gemeinschaft im Kampfe um unsere teuersten Güter darf nicht zerbrochen werden. Der Gedanke, daß wir Tirol verlieren könnten, ist die schwerste Niederlage, die wir durch die Folgen dieses entsetzlichen Krieges erleiden.

Beschluß der Innsbrucker Landesversammlung zur Rettung Deutschsüdtirols.

(Zitierung des Neuen Freien Presse.)

Innsbruck, 3. Mai.

Die Tiroler Landesversammlung trat heute nachmittags 5 Uhr zu einer Sitzung zusammen, um

zur letzten Erklärung Wilsons über die Nordgrenzen Italiens Stellung zu nehmen. Alle Parteien waren stark vertreten. Außer den Abgeordneten waren im Saale noch verschiedene Tiroler Politiker, die nicht Mitglieder der Landesversammlung sind, und verschiedene Funktionäre anwesend. Die Galerie war überfüllt.

Landeshauptmann Schraffl eröffnete um 5 Uhr 15 Minuten die Sitzung der Tiroler Landesversammlung mit einer Ansprache, in der er auf die denkwürdige Stunde hinwies, die vielleicht die letzte sei, um durch Einigkeit und durch Zusammenfassung des gesamten Volkswillens eine Viertelmillion Deutscher jenseits des Brenners für die deutsche Nation, für Tirol retten zu können. Das Streben um die Errettung Deutschsüdtirols, sagte der Landeshauptmann, richtet sich gegen keine Nation und es ist unser gutes Recht, ein Völkerrecht, ein Menschenrecht, von dem wir Gebrauch machen. Die hohe Landesversammlung ist vollständig einig in dem Ziele, das angestrebt wird; nur bezüglich der Mittel, Deutschsüdtirol zu retten, gehe die Ansicht auseinander. Wir sind uns der Schwierigkeiten, die unserem Willen entgegenstehen, klar bewußt. Wenn ich mir vor Augen halte, was einer der größten Männer, Präsident Wilson, in seinen 14 Punkten aufgestellt hat, kann ich mich der Hoffnung nicht verschließen, daß bei Durchführung dieser 14 Punkte eine Loslösung Deutschsüdtirols nicht Platz greifen kann. Wir haben daher in den letzten Tagen in dem Bestreben, zu retten, was noch zu retten ist, Tag und Nacht beraten und mit größten Bemühungen die Mittel gesucht, um unsere Brüder in Deutschsüdtirol zu retten. Das Ergebnis dieser Beratungen liegt nun heute der Landesversammlung vor. Es ist ein Antrag der bürgerlichen Parteien und eine Erklärung der sozialdemokratischen Partei.

Der Vorsitzende erteilt sodann dem Abgeordneten Doktor Wackernell das Wort, der unter anderem ausführte: In einer ersten und folgenschweren Stunde ist heute die Tiroler Landesversammlung zusammengetreten, um in einer Angelegenheit zu beraten, die wie keine zweite besonders den Tirolern und allen Deutschen überhaupt schwer am Herzen liegt. Es handelt sich um die Erhaltung der staatsrechtlichen Einheit des deutschen Teiles von Tirol und Ladinien. Es handelt sich um einen Schritt, der den Grundsatz des Präsidenten Wilson vom Selbstbestimmungsrecht der Völker zur Tat werden lassen soll. Mit großer Freude kann ich feststellen, daß in diesem Bestreben um die Erhaltung der Einheit unseres Vaterlandes alle Parteien in diesem Hause einig sind. Wenn wir auch in der Ansicht über die Mittel auseinandergehen, so schwächt das die einheitliche Stimmung nach diesem Ziele nicht im geringsten. Ich habe nun die Ehre, im Namen der Tiroler Volkspartei und im Namen der Deutschfreiheitlichen dem hohen Hause folgenden Beschlusantrag zu unterbreiten:

Die Kundgebung der Landesversammlung.

„In historischer Stunde, in der über das Schicksal Tirols die Würfel fallen sollen, erklärt sich die Tiroler Landesversammlung neuerdings und feierlich im Namen des Landes bereit, zur Rettung Südtirols jedes Opfer zu bringen.

Sie beauftragt daher die Landesregierung, der Pariser Konferenz zur Kenntnis zu bringen, daß Tirol entschlossen ist, von dem vom Präsidenten Wilson als Grundlage eines gerechten Friedens wiederholt zugesicherten Selbstbestimmungsrechte Gebrauch zu machen und das geschlossene deutsche und ladinische Landesgebiet bis zur Salurner Klausel als selbständiges demokratisches und neutrales Freistaat Tirol auszurufen, falls nur dadurch die Einheit dieser Gebiete erhalten bleiben kann. Damit soll dem Wunsch und Bedürfnisse des ganzen Landes nach einem dauernden Frieden Ausdruck verliehen und allen militärischen Gründen für eine Annexion Südtirols der Boden entzogen werden. Die Landesversammlung erklärt aber auch gleichzeitig, daß, wenn entgegen den allseitig als Friedensgrundlagen angenommenen Grundsätzen des Präsidenten Wilson Südtirol in Vergewaltigung seines Selbstbestimmungsrechtes abgetrennt werden sollte, das übrige Tirol zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit keine andere Wahl mehr hat, als sich an die deutsche Republik anzuschließen.

Diese Erklärung ist durch die Landesregierung auch allen zuständigen Stellen im In- und Auslande zu übermitteln.“

Der Sprecher der deutschfreiheitlichen Partei.

Hierauf sprach Abgeordneter Bürgermeister von Innsbruck Dr. Granil als Vertreter der deutschfreiheitlichen Partei. Er wies darauf hin, daß das Schicksal Tirols in den nächsten Tagen entschieden sein werde. Ob Tirol weiter bestehen könne oder ob es untergehen müsse, sei eine bange Frage, auf welche wir keine Antwort erhalten. Tirol, sagte Redner, ist ein untrennbares Land. Südtirol kann von Nordtirol nicht geschieden werden. Wer diese beiden Teile scheidet, der zerstört das ganze Land. Wir sind ein armes Land, und mit schwerer Arbeit müssen wir unser Brot verdienen; und trotzdem hängen wir wie kein anderes Volk an unserer Heimat. Deutschsüdtirol und Nordtirol sind ein Volk, herideutsch, tapfer, bieder und ehrlich und als solches von der ganzen Welt anerkannt und geachtet.

Dieses Volk will nun die Pariser Konferenz teilen, ihm seine Kraft nehmen, den herrlichen Boden vom Norden trennen. Diese Empörung erfüllt uns über diesen Frevel. Wir können es nicht fassen, es kann und darf nicht sein. Darum erheben wir in letzter Stunde die Stimme, um dieses entsetzliche Unheil vom Lande abzuwenden. Wir haben schon einmal erklärt, daß wir alle selbst die schwersten Opfer bringen werden, um Südtirol zu erhalten. Wohlstand, das schwerste Opfer wollen wir bringen, indem wir heute auf die Vereinigung mit unseren Volksgenossen, mit der deutschen Volkspartei verzichten. Es ist ein tragisches Geschick des Landes, daß heute, wo eine Vereinigung mit uns

deutschen Brüdern möglich wäre, in Aussicht stünde, ein juchendes Geschick uns bevor zurückhält. Auch dieses schwerste Opfer werden wir bringen, um unsere Brüder aus der Fremdherrschaft zu retten. Unmöglich ist es, was die Entente von uns verlangt, die unter dem Deckmantel der Freiheit aller Völker das freie Tirol knebelt. Wir sind heute machtlos, aber unser Schreier der Entrüstung soll die ganze Welt erschauern. Wir protestieren feierlich gegen die Unterjochung unserer Brüder. Wir sind der festen Überzeugung, daß nur ein ganzes Tirol im Süden Deutschlands, im Norden Italiens den Frieden zwischen den beiden Staaten aufrechterhalten kann, und wenn Deutschsüdtirol uns erhalten bleibt, wird der Friede zwischen Deutschland und Italien ein dauernder sein. In diesem Sinne stimmt unsere Partei für den Antrag des Abgeordneten Dr. Wackernell.

Die Erklärung der Sozialdemokraten.

Sodann ergriff als Vertreter der sozialdemokratischen Partei Abg. Rappoldi das Wort und führte aus: Der Erklärung, Tirol zu einer selbständigen Republik auszurufen, wenn dadurch Deutschsüdtirol uns erhalten bleiben kann, können wir nicht beitreten; erstens weil es dem Grundsatz des Selbstbestimmungsrechtes der Völker widerspricht, von diesem nur nach einer bestimmten Richtung Gebrauch machen zu müssen — nicht Ländern, sondern Völkern muß das Selbstbestimmungsrecht zugehen —, ferner weil von der Entente nach keiner Richtung eine bindende Zusicherung vorliegt, daß sie Deutschsüdtirol einem selbständigen Tirol angliedern und den wirtschaftlichen Bestand Tirols sichern will; zweitens weil wir die felsenfeste Überzeugung haben, daß ein selbständiges Tirol nie ein wirtschaftlich lebensfähiges Staatsgebilde sein könnte und die breiten Schichten der Arbeiter, Beamten und Kleinbauern im Rahmen eines solchen Staates sich nie zu einer menschenwürdigen Existenz emporzuarbeiten in der Lage wären; drittens weil wir uns vom deutschen Volke und von Deutschösterreich, mit dem wir durch die Geschichte, durch die Gemeinamkeit der Sprache und Kultur und durch das Wirtschaftsleben unlösbar verknüpft sind, nicht trennen lassen können, ohne der geistigen und materiellen Verkümmern zu verfallen, und endlich viertens: Die Völker sind keine leblosen Steine, sie sind keine Schachfiguren, die hin- und hergeschoben werden können. Dieses Wort Wilsons gilt auch für alle jene, die unter den Deutschen Grenzen aufzurichten bestrebt sind, die einen Körper zerteilen, der nur als Ganzes leben und sich von den furchtbaren Schlägen des durch unsere Nachbarn mitentfachten und von gewissen bürgerlichen Parteien geschürten Krieges erholen kann.

Der Sprecher der Deutschsüdtiroler.

Abgeordneter Kraft würdigte als Vertreter von Deutschsüdtirol die großen Opfer, die der Norden Tirols seinem deutschen Süden bringe, und wies auf die getroffene Vereinbarung zwischen den beiden großen Parteien hin, welche einstweilen der ganzen Welt kund und zu wissen machen, daß das Land für die Erhaltung der Einheit seines Volkes die größten Opfer zu bringen bereit ist. Redner stimmte dem Deutschsüdtiroler Abgeordneten dem Antrage zu und erklärte, es dürfe kein Friede unterzeichnet werden, der Deutschsüdtirol Italien zuspreche.

Bei der hierauf vorgenommenen Abstimmung wurde der Antrag Wackernell mit allen Stimmen gegen die der Sozialdemokraten angenommen.

Es wurde sodann eine Resolution der Personalvertretung der Staats- und Südbahn verlesen, in der es unter anderem heißt: „Die organisierte Eisenbahnerschaft spricht sich entschieden gegen eine selbständige Republik Tirol aus und wird kein Mittel unversucht lassen, um dies zu verhindern, falls nicht durch eine einwandfreie authentische Erklärung, daß nur dann die Selbständigkeitsklärung und nur durch diese Deutschsüdtirol und das ladinische Gebiet bis zur Salurner Klausel gerettet werden kann, vollkommene Klarheit geschaffen wird.“

Zustimmung der Wiener Regierung zu dem Antrage.

Der Vorsitzende wies sodann in seinem Schlußwort darauf hin, daß der angenommene Antrag Wackernell inhaltlich in dem von der Resolution verlangten Sinne gehalten sei, und gibt der Versammlung bekannt, daß unter den bereits im Antrage vorgesehenen Voraussetzungen auch die Wiener Regierung beschlossen habe, einer etwaigen Selbständigkeitsklärung Tirols zuzustimmen, um Tirol in seiner schweren Lage zu unterstützen und ihm beizustehen.

Nach dieser Erklärung des Landeshauptmannes wurde die Sitzung, die einen feierlichen Verlauf genommen hatte, geschlossen.

Sozialdemokratische Kundgebungen gegen die Ausrufung der Selbständigkeit Tirols.

Innsbruck, 3. Mai.

Eine mehrere hundert Köpfe zählende Menge sozialdemokratischer Parteigenossen, hauptsächlich Eisenbahner, demonstrierte heute um die Mittagsstunde vor dem Landhause gegen eine etwa in der heute nachmittag stattfindenden Landesversammlung erfolgende Erklärung Tirols zu einer selbständigen Republik. Eine Abordnung der Demonstranten sprach beim Landeshauptmann Schraffl vor und ersuchte ihn um Aufklärung darüber, ob es richtig sei, daß in der heutigen Landesversammlung über die Selbständigkeit Tirols entscheidende Beschlüsse gefaßt werden, beziehungsweise ob Tirol heute tatsächlich zur selbständigen Republik ausgerufen werden solle. Die Abordnung verlangte auch die Ablieferung der unter den Tiroler Bauern befindlichen Waffen.

Landeshauptmann Schraffl hielt sodann mit der Abordnung eine kurze Konferenz ab, in der er die in der nachmittägigen Landesversammlung zur Verhandlung gelangende Erklärung zur Kenntnis brachte und auf die Unmöglichkeit der Entwerfung der Bauern hinwies, die auf Grund eines alten Landesgesetzes das Recht der Waffenfreiheit genießen. Mit jenen Fällen aber, wo es sich um widerrechtliche Aneignung von Waffen und Maschinenwahren gelegentlich der Demobilis-

welchem Deutschsüdtirol dem deutschen Volk erhalten werden soll.

In einer Erklärung gegenüber einer sozialdemokratischen Menge, die vor dem Landhause gegen die Selbständigerklärung demonstrierte, suchte Landeshauptmann Schräffl dem Beschlusse seine Schärfe zu nehmen; die Selbständigkeit des Landes, meinte er, sei nur für den Fall gedacht, wenn es nicht auf anderem Wege möglich wäre, Bürgschaften für die Rettung des deutschen Südtirol zu erlangen. Auch wir glauben, daß das letzte Wort in der Sache noch nicht gesprochen ist, und gern klammern wir uns an diese Hoffnung. Es braucht keinem Wiener, keinem Deutschösterreicher gesagt zu werden, was Tirol mit seiner ruhmvollen Geschichte, mit seiner herrlichen Gottesnatur, mit dem kernhaften, treuherzigen Wesen seiner Bewohner für uns bedeutet. Jeder Deutschösterreicher hängt mit einem Stück seines Herzens an Tirol. Man soll mit dem unglücklichen Lande wegen des Beschlusses nicht hadern und nicht rechten; das ist der Verzweiflungsschrei eines Volkes, das wie kein andres durch den Krieg heimgesucht worden und sich jetzt noch von dem schrecklichen Verluste im Süden bedroht sieht. Gleichwohl darf man von den Tirolern erwarten, daß sie eine vierhundertjährige Gemeinschaft mit dem übrigen Deutschösterreich nicht leichtfertig preisgeben und sich nicht in einem Zustande tiefer Erregung zu endgültigen Entschlüssen hinreißen lassen, deren Tragweite unabschätzbar ist.

Das Ereignis von Innsbruck ist für uns aber tieftraurig, es zeigt, wie die Einheit des kimmerlichen Staatsrestes immer weiter abbröckelt. Vorarlberg ist auf dem Sprunge, sich mit der Schweiz zu vereinigen, auch in den übrigen Ländern ist die separatistische Strömung mächtig geworden, und die Gefahr, daß Deutschösterreich schließlich zu einer Stadtrepublik Wien, zu einer Nachahmung der italienischen Stadtrepubliken des Mittelalters zusammenschrumpfe, ist längst kein Phantom mehr. Fehler der inneren Politik haben mitgewirkt, um diesen verhängnisvollen Prozeß der gegenseitigen Entfremdung und der Vöderrung des Gemeinschaftsgefühls zu fördern. Die Wiener Politik hat das liebevolle Eingehen auf die Psychologie der Länder und auf die Denkweise ihrer Bevölkerungen vermissen und sich allzusehr von der Sucht nach theoretischer Gleichmacherei beeinflussen lassen. Ein Staatswesen wie Deutschösterreich, in welchem die alten Autoritäten dahingesunken sind und die neuen Gewalten nur einen sehr begrenzten Einfluß haben, muß vom Gesetze der Verträglichkeit, des Kompromisses und des verständnisvollen Eingehens auf die Sonderart der einzelnen Gebiete geleitet sein. Gelingt es, diesen Geist wieder zur Geltung zu bringen, dann können die separatistischen Strömungen zurückgedämmt werden und die uralte Gemeinschaft mit den uns ans Herz gewachsenen westlichen Gebieten kann wieder in voller Kraft aufleben.

Die Sitzung der Tiroler Landesversammlung.

Innsbruck, 3. Mai. (Privattelegramm.) In der heutigen Sitzung der Tiroler Landesversammlung brachte Abg. Dr. Wadernell im Namen der Tiroler Volkspartei und im Namen der Deutschfreiheitlichen folgenden Antrag ein:

In historischer Stunde, in der für das Schicksal Tirols die Würfel fallen sollen, erklärt sich die Tiroler Landesversammlung neuerlich und festerlich im Namen des Landes bereit, zur Rettung Südtirols jedes Opfer zu bringen. Sie beauftragt daher die Landesregierung, der Pariser Friedenskonferenz zur Kenntnis zu bringen, daß Tirol entschlossen ist, von dem vom Präsidenten Wilson als Grundlage eines gerechten Friedens wiederholt zugesprochenen Selbstbestimmungsrecht Gebrauch zu machen und das geschlossene deutsche und ladinische Landesgebiet bis zur Salurner Klause als selbständigen demokratischen Freistaat Tirol auszurufen, falls nur dadurch die Einheit dieser Gebiete erhalten werden kann. Damit soll dem Wunsche und Bestreben des ganzen Landes nach einem gerechten Frieden Ausdruck verliehen und allen militärischen Kräften für eine Annexion Südtirols der Boden entzogen werden. Die Landesregierung erklärt aber auch gleichzeitig, daß, wenn entgegen dem allseits als Friedensgrundlage angenommenen Grundsatze des Präsidenten Südtirol in Bergewaltigung seines Selbstbestimmungsrechtes abgetrennt werden sollte, das übrige Tirol zur Erhaltung seiner wirtschaftlichen Lebensfähigkeit keinen andern Weg mehr hat, als sich an die deutsche Republik anzuschließen, wodurch aber auch der Zusammenhang des Landes Vorarlberg mit dem Staate Deutschösterreich verloren ginge. — Diese Erklärung ist durch die Landesregierung allen ausländigen Stellen des In- und Auslandes zu übermitteln.

Der Antrag wurde gegen die Stimmen der Sozialdemokraten angenommen, nachdem Abg. Grell im Namen der Deutschfreiheitlichen und Abg. Kappoldi im Namen der sozialdemokratischen Partei sowie Abg. Dr. Kraft im Namen der Deutschen Südtirols gesprochen hatten.

Es wurde sodann eine Resolution der Personalvertretung der Staats- und Südbahn verlesen, in der es unter anderem heißt: Die organisierte Eisenbahnerschaft spricht sich entschieden gegen eine selbständige Republik Tirol aus und wird kein Mittel unversucht lassen, um dies zu verhindern, falls nicht durch eine einwandfreie authentische Erklärung, daß nur durch die Selbständigkeitsklärung und nur durch diese Deutschsüdtirol und das ladinische Gebiet bis zur Salurner Klause gerettet werden kann, vollkommene Klarheit geschaffen wird.

Der Vorsitzende wies sodann in seinem Schlussworte darauf hin, daß der angenommene Antrag Wadernell inhaltlich in dem von der Resolution verlangten Sinne gehalten sei, und gab der Versammlung bekannt, daß unter den bereits im Antrag vorgesehenen Voraussetzungen auch die Wiener Regierung beschlossen habe, einer etwaigen Selbständigkeitsklärung Tirols zuzustimmen, um Tirol in seiner schwierigen Lage zu unterstützen und ihm beizuhelfen.

Nach dieser Erklärung des Landeshauptmannes wurde die feierlich verlaufene Sitzung geschlossen.

Eine sozialdemokratische Demonstration vor dem Landhause.

Innsbruck, 3. Mai. Eine mehrere hundert Köpfe zählende Menge sozialdemokratischer Parteigenossen, hauptsächlich Eisenbahner, demonstrierte heute um die Mittagstunde vor dem Landhause gegen die erwartete Erklärung Tirols zu einer selbständigen Republik. Eine Abordnung der Demonstranten sprach beim Landeshauptmann Schräffl vor; sie verlangte auch die Ablieferung der unter den Tiroler Bauern befindlichen Waffen.

Landeshauptmann Schräffl hielt sodann mit der Abordnung eine kurze Konferenz ab, in der er die in der nachmittägigen Landesversammlung zur Verhandlung gelangende Erklärung zur Kenntnis brachte und auf die Unmöglichkeit der Entwaffnung der Bauern hinwies, die auf Grund eines alten Landesgesetzes das Recht der Waffenfreiheit genießen. Mit jenen Fällen aber, wo es sich um widerrechtliche Aneignung von Waffen und Maschinengewehren gelegentlich der Demobilisierung handele, werde sich die Staatsanwaltschaft in der erforderlichen Weise beschäftigen.

Nach Beendigung dieser Konferenz erschien Landeshauptmann Schräffl mit der zu ihm entsandten Abordnung und den anwesenden Herren der Landesregierung auf dem Balkon des Landhauses und teilte der Menge, vielfach unterbrochen zur Vernehmung der Demonstranten das Ergebnis der Besprechungen mit und insbesondere, daß es sich bei der heutigen Landesversammlung nicht um die Ausrufung der Selbständigkeit Tirols handele, daß dies nur dann erfolgen würde, wenn es auf einem andern Wege nicht möglich wäre, Garantien für die Erhaltung von Deutschsüdtirol zu erlangen.

Nachdem noch Landeshauptmannstellvertreter Dr. Grueber (Sozialdemokrat) beruhigend zu den Demonstrierenden gesprochen hatte, entfernten sich diese in vollkommener Ruhe.

Die Vorarlberger für den Anschluß an die Schweiz.

Vorläufige Volksabstimmung. Der Vorarlberger Landesrat stellte durch den Landeshauptmann Dr. Ender folgende Anfrage:

1. Dem Vorarlberger Volke ist folgende Frage zur Abstimmung vorzulegen: „Wünscht das Vorarlberger Volk, daß der Landesrat der Schweizerischen Bundesregierung die Absicht des Vorarlberger Volkes, in die Schweizerische Eidgenossenschaft einzutreten, bekanntgebe und mit der Bundesregierung in Verhandlungen eintrete?“

Loslösung Tirols von Deutschösterreich?

Kein Tag ohne Hiobspost. Noch sind die Herzen erfüllt von dem Kummer über die drohende Annexion Deutschsüdtirols durch Italien, und schon liegt eine neuerliche tief betrübende Nachricht aus Innsbruck vor: der Tiroler Landtag hat einen Beschluß gefaßt, der, wenn er wörtlich zu verstehen ist, den Verlust ganz Tirols für Deutschösterreich bedeuten würde. Der Beschluß verkündet die Bereitwilligkeit, Tirol als selbständige Republik zu erklären, wenn auf keine andre Art das deutsche Südtirol samt dem ladinischen Gebiete vor der Annexion gerettet werden könnte; wäre jedoch die Annexion nicht aufzuhalten, dann müßte der verbliebene Rest des Landes, der für sich allein nicht bestehen kann, den Anschluß an Bayern vollziehen. In beiden Fällen wäre also der Zusammenhang mit Deutschösterreich gelöst, in beiden Fällen auch Vorarlberg von Deutschösterreich völlig abgeschnitten. Landeshauptmann Schräffl betonte, die Wiener Regierung habe die Zustimmung zu dem Innsbrucker Beschlusse bereits erteilt, sofern anders Südtirol nicht zu retten sei; die Loslösung Tirols von Deutschösterreich ist offenbar das „große und ernste Opfer“, auf das der freitägige Beschluß des Kabinettsrates hindeutete, das Opfer, mit

Denn die Wiener Regierung bringt es fertig, in ihrer Erklärung, die ein verhüllter Verzicht auf die unglückselige Anschlußidee ist, in der Verweigerung des Selbstbestimmungsrechtes für Tirol einen Grund zu finden, daß „Deutschösterreich in noch höherem Maße als bisher zum Anschluß an das Deutsche Reich gezwungen wäre“. Warum? Tirol ist kein reiches Land, dessen die österreichische Wirtschaft bedarf, und auch ohne Tirol würde Oesterreich noch größer sein als Holland, volkreicher als die skandinavischen Staaten oder die Schweiz. Der Versuch, den Anschluß als Erpressungsmittel zu gebrauchen, kann für Oesterreich nur schädlich sein. Im übrigen wird bereits aus Berlin, Wien und Paris gemeldet, daß der Verzicht auf den Anschluß eine Friedensbedingung der Entente ist. So entschieden wir ihn bekämpft haben, so wenig ist es zu billigen, daß das Selbstbestimmungsrecht einfach für Oesterreich und Deutschland aufgehoben wird. Der Anschluß wäre ein Fehler; das Anschlußrecht jedoch besteht unanfechtbar. Es hätte durchaus genügt, eine längere, etwa zehnjährige Frist zu setzen, um den Oesterreichern Gelegenheit zu geben, ihre Verhältnisse neu zu ordnen, engere Bande mit den Nationalstaaten zu knüpfen, und man darf gewiß sein, daß dann mehr als neun Zehntel der Oesterreicher bei einer Abstimmung sich gegen das Verschlucktwerden ausgesprochen hätten. So wird jene Bestimmung, wie sehr sie auch den österreichischen Interessen dient, als Demütigung empfunden und von der nationalistischen deutschen Propaganda mißbraucht werden. Die Formel des neutralisierten und unter dem Schutze des Völkerbundes stehenden Oesterreichs ist einstweilen, solange der Gegensatz zu Tschechen und Südslawen so schroff ist, die gegebene; es bleibt zu hoffen, daß sie nicht mehr als ein Uebergang zu einem Wirtschaftsbunde aller jener Staaten ist, der den Osten Europas zu einem aufblühenden Zweckverbände zusammenfaßt. Die Balkanisierung jenes riesigen Gebietes von Bardenach bis Mazedonien kann unmöglich das letzte Ziel politischer und ökonomischer Weisheit darstellen. Von selbst wird die Notwendigkeit hier neue Formen der Zusammenarbeit bei voller Wahrung der Selbständigkeit der einzelnen Nationalstaaten finden. Denn die Notwendigkeit ist erheblich klüger als Diplomaten und Staatslenker.

Sollte tatsächlich der Gelehrhut im deutschen Südtirol aufgerichtet werden, so würde dies das langsame und verzweifelte Sterben eines zähen, mit seiner Scholle verwachsenen Stammes sein, dessen Nationalcharakter dem des Italiens ganz entgegengesetzt ist und jede Assimilierung ausschließt. Eine leidenschaftliche Irredenta und ein Haß ohnegleichen würde dort einsetzen und die Schwierigkeiten Italiens, die schon jetzt wahrlich nicht gering sind, vermehren. Es heißt, daß Wilson erwarte, bei der Besprechung des Präliminarfriedens mit Deutschen und Oesterreichern wieder Gelegenheit zu finden, seine alten Forderungen zu erheben. Uns scheint eine solche Auslegung reichlich optimistisch; warum sollte er dann eher in der Saarfrage, in Danzig und in Tirol dem Rechte zum Siege verhelfen können als bisher? Die Welt, die nur an die Entlastung des Augenblicks denkt und von dem Worte „Frieden“ sehr begreiflicherweise hypnotisiert ist, ist in den letzten Tagen pöflich sehr optimistisch geworden. Sie sieht in München die Kommunisten niedergeworfen, erwartet in den nächsten Tagen den Sturz der widerwärtigen Pöbelherrschaft in Budapest und wird mit Meldungen von Niederlagen und vom bevorstehenden Zusammenbruch des russischen Bolschewismus überschüttet. Sie erblickt die deutschen Unterhändler in Versailles, erwartet nicht ohne Grund, daß diese nach allerlei Wendungen und Versuchen und nach gegönnten Scheinfolgen ihre Unterschrift auch unter den Gewaltfrieden setzen werden, und so meint sie, daß dieses Produkt eines destillierten Clemenceau-Geistes dasjenige schaffen werde, was man übereingekommen ist, Ruhe und Ordnung zu nennen; sie erwartet die Deffnung der Grenzen, die Wiederbelebung der Wirtschaft, mit einem Worte, die Fortsetzung der Welt dort, wo sie im Juli 1914 stand, nur daß statt der deutschen Vormacht dann eine solche der Angelsachsen bestehen wird. Die Optimisten irren jedoch; der Gewaltfrieden kann und wird nicht das letzte Wort in diesem Kriege sein. Das sagt nicht etwa bloß ein verständiger Idealismus, der sich selbst betrügen will, sondern das ist die klare Folge einer nicht mehr rückgängig zu machenden geistigen und wirtschaftlichen

Entwicklung. Wenn die Auflösung des alten Imperialismus sich infolge der Niederlage des Bolschewismus nicht als Diktatur des Proletariats und als blutiger Terror vollziehen wird, so wäre das natürlich ein Segen für die Menschheit; aber vollziehen muß sich jene Auflösung dennoch, weil einerseits die Ueberwälzung der Kriegslasten auf die Besiegten undenkbar ist und weil andererseits die regierenden bürgerlichen Klassen der Sieger zu schwach sind, um sie selbst zu tragen. Vor allem aber, weil in allen Völkern ein tiefer Abscheu gegen Militarismus und Kriege und eine tiefe Sehnsucht nach wahrer Brüderlichkeit und nicht nach dem ententistischen Possenspiel eines Völkerbundes lebt. Die Absage der französischen Sozialisten an Clemenceau, diese Art von Krigerklärung an den Bismarck von Paris, zeigt, wie isoliert die Machthaber sind, die heute glauben, befehlen zu dürfen.

Sollte der Präliminarfrieden nach den Andeutungen der Wiener Regierung in Wien alle geacht Denkenden gepöflicht werden, so kann seine Folge nur eine baldige, mutige oder dumme Revolution oder ein naher Krieg sein. Es wird die Aufgabe der Deutschen und Oesterreicher in Versailles und St. Germain sein, dies mit aller Deutlichkeit auszusprechen und von den Regierungen an die Regierten zu appellieren, die Methode Wilsons anzuwenden. Je mehr die Oesterreicher von dem Anschluß abrücken, desto stärker wird ihr politischer Kredit sein. Freilich hat Dr. Franz Klein, der als Führer ihrer Abordnung genannt wird, sich bisher zwar als ausgezeichneter Jurist und liebenswürdiger Gentleman, jedoch nicht als Staatsmann bewährt. Daß der unglückselige Außensekretär Dr. Otto Bauer nicht genannt wird, ist immerhin ein Zeichen, daß endlich auch die etwas harthörigen Wiener Sozialisten bezweifeln, wie die Zeit für die große deutsche Spielerei ist. Es wäre ihre einzige Stärke, wenn sie nichts Unmögliches forderten, nichts, was ihren Nachbarn aus dem Leben gehen würde. Die Forderung nach Deutschböhmen würde dazu gehören, wobei jedoch durchaus denkbar ist, daß Oesterreich als Vaterland der Alliierten Aussichten hat, die angrenzenden Gebiete im Böhmerwald, in Südnähren und im Westungarn als Patenzschenkung und als Versorgungsgebiet für Wien zu erhalten. Für Deutschböhmen muß die volle und durch internationale Bürgerschaft gesicherte Gleichberechtigung der dort wohnenden Deutschen durchgesetzt werden; seine Abtrennung wäre für Tschechien wie für Deutsche eine Katastrophe. Anders liegt der Fall im deutschen Kärnten und im deutschen Tirol, und hier werden die Unterhändler ihre ganze Festigkeit aufwenden müssen. Groß sind die Aussichten für sie freilich vorerst nicht; jedoch ist es ein Irrtum, daß mit dem Präliminarfrieden alles bereits beendet wäre. Es wird viel Wasser die Seine hinunterfließen, bis aus dem Pariser Diplomaten-Laborat ein wirklicher und lebendiger Friede wird. Gerade weil Oesterreich sich an Deutschland nicht anschließt, fehlt es den Italienern, italienischen und tschechischen Imperialisten an irgend einem Grunde, um ihre Ablehnung des Selbstbestimmungsrechtes durchzusetzen, und den Franzosen, deren Schöpfung ja eben das neutrale Oesterreich ist, muß wie Wilson daran liegen, es innerhalb der ohnehin einz gezogenen Umrisse des Erreichbaren zu befriedigen. Je fester die Deutschen und die österreichischen Unterhändler bleiben und je weniger sie sich durch die materielle Uebermacht der Sieger einschüchtern lassen, desto mehr untergraben sie die Position ihrer imperialistischen Gegner. Die Einladung nach St. Germain ging von Clemenceau, dem großen Protagonisten der Vergangenheit, aus; doch erst die Zukunft wird den wahren Frieden sehen.

Die Einladung nach St. Germain.

Die Alliierten haben die Wiener Regierung aufgefordert, am 12. Mai in St. Germain-en-Laye zur Prüfung der Friedensbedingungen zur Stelle zu sein. Unter den Mächten, die jene befehlende Einladung entsendet haben, fehlt Italien, das noch immer schmolend abseits steht und auf das Honorar für seine pathetischen Drohungen wartet. Der Dreierrat hat sich dadurch nicht abhalten lassen, den Oesterreichern einen Termin zu bestimmen, und das beweist zweierlei: erstens, daß er den Ueberschwang der südländischen Entrüstung nicht allzu tragisch nimmt, und zweitens, daß es ihm ferne liegt, einfach vor ihrem Theaterzorn erschrocken zu kapitulieren. In der Einladung an Oesterreich liegt zugleich eine Art Ultimatum an Italien; wenn es bis zum 12. Mai nicht wieder in Paris vertreten ist, so wird dann eben in Abwesenheit Italiens mit den Oesterreichern verhandelt werden. Damit taucht vor den Herren in Rom das Gespenst des Sonderfriedens auf. Man darf vermuten, daß ihre Tapferkeit nicht ohne die Begleitung der Vorsicht ausgeht, wofür auch die sehr allgemein gehaltene Textierung der Regierungsvollmacht in Monte Citorio spricht. Natürlich werden es Wilson, Clemenceau und Lloyd George nicht an Entgegenkommen fehlen lassen, und irgendein schwächerer Kompromiß dürfte bereits im Wege sein. Die Abstinenzpolitik wäre ein solcher Selbstmord Italiens, daß es Italien bei seinem gut entwickelten Selberhaltungstrieb und dem Trieb, etwas zu erhalten, darauf nicht ankommen lassen wird. Das ganze Unglück der italienischen Imperialisten besteht ja darin, daß sie ihre Beutewünsche nicht durchaus auf Kosten der Deutschen, Magnaren und Türken verwirklichen können, die vogelfrei sind, sondern daß sie auch die Südslawen, die Bundesgenossen der Entente, ausplündern möchten. Deshalb verklang der Verzweiflungsschrei der Viertelmillion deutscher Südtiroler ungehört, wogegen der Zorn der Dalmatiner und der slawischen Anrainer von Fiume in Paris mehr beachtet wurde. Sehr spät hat die Tiroler Landesversammlung die sonderbar bedingte Erklärung einer selbständigen Republik Tirol erlassen — unter der Voraussetzung, daß dies die einzige Möglichkeit wäre, das Gebiet von Bozen und Meran bei Tirol zu erhalten. Gleichzeitig hat sie angekündigt, daß bei Nichterfüllung dieses Wunsches der lerge Rest von Tirol gezwungen wäre, sich der deutschen Republik anzuschließen. Die gleiche Auffassung wird in einem amtlichen Protest der Wiener Regierung ausgesprochen, der eine ausgezeichnete Sache höchst töricht und unsympathisch vertritt.

6. IV. 1919

63

Wilson'schen Punkte über die Bestimmung der Nordgrenze Italiens nach klar erkennbaren nationalen Linien.

Vor der ganzen Welt erhebt Tirols Universität in flammender Empörung entschiedenste Einsprache gegen eine solche, jeder Gerechtigkeit und Menschlichkeit sowie den feierlich verkündeten Friedensgrundlagen höhnisch sprechende Vergewaltigung.

Das Verbot der Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland.

Die Auffassung in Ententekreisen.

Ein im gestrigen Montagsblatt enthaltenes Telegramm unsres Berner Korrespondenten hat die offiziellen Pariser Ausführungen zum Verbote der Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland mitgeteilt. Diese Pariser Kommentare befassen sich ausschließlich mit einer Seite der Frage, da sie nur dargelegen, daß Frankreich das Entstehen eines auch Deutschösterreich einschließenden Großdeutschland nicht zulassen könne, weil sonst „alle Garantien, die der Völkerbund für die Sicherung des Friedens schaffen wolle, illusorisch wären“. Dies ist selbstverständlich eine rein negative Auffassung eines bedeutungsvollen Problems, das durch den Friedensschluß eine positive Lösung erhalten muß. Das bloße Verbot der Angliederung würde seinem vorgeblichen Zweck, der Friedenssicherung zuwiderlaufen, wenn seine Folge das Entstehen eines isolierten und existenzunfähigen Deutschösterreich wäre.

Von einer hier weilenden Persönlichkeit der Ententekreise erhalten wir nun Mitteilungen, die darauf hinweisen, daß sich die Absichten der Pariser Konferenz nicht auf das bloße Verbot der Angliederung beschränken. Werde ein solches Verbot tatsächlich zu einer der Friedensbedingungen gemacht, dann solle dadurch auch — so versichert unser Gewährsmann — die Grundlage für eine befriedigende Lösung der deutschösterreichischen Frage geschaffen werden. Befriedigend natürlich zunächst im Sinne der Ententepolitik insofern, als für Deutschösterreich Verhältnisse aufzubauen wären, in denen der Anschluß nicht mehr als Existenzbedingung erscheinen müßte. Die ganze Konzeption geht von wirtschaftlichen Erwägungen aus. Das Hauptmittel ihrer Verwirklichung würde sie darin erblicken, daß, vorläufig wenigstens, Deutschösterreich und die aus Oesterreich-Ungarn hervorgegangenen Nationalstaaten untereinander ein Freihandelsgebiet bilden würden. Dies hätte nicht notwendigerweise gemeinsame Währung und gemeinsame wirtschaftliche oder finanzielle Einrichtungen zur Voraussetzung. Nach Ansicht der Ententekreise, die für diesen Gedanken eintreten, würde schon der durch keinerlei Zollschranken und sonstige Belästigungen behinderte freie Handels- und Reiseverkehr zwischen den Gebieten der einstigen Doppelmonarchie genügen, um Deutschösterreich einen gesunden wirtschaftlichen Boden zu geben. Diese Kreise sind geneigt, den Vorteil eines solchen wirtschaftlichen Neuaufbaues so hoch einzuschätzen, daß sie glauben, es würden dann auch die Loslösungseinigungen in Tirol erlöschen. Denn die Entente würde den Abfall Tirols von Deutschösterreich nicht gern sehen, weil dadurch Deutschösterreich von Westen her gänzlich abgeriegelt werden könnte.

Vom wirtschaftlichen Gebiete greifen diese Erwägungen auf das finanzielle über. Die Verfechter des oben ange deuteten Planes der Schaffung eines, wenn auch nur losen einheitlichen Wirtschaftsgebietes an Stelle des ehemaligen Dabzburgerreiches glauben nämlich, daß ihr Gedanke einer erträglichen Regelung der österreichischen und ungarischen Schuldverpflichtungen förderlich werden müßte. Sie verweisen darauf, daß ein erster Schritt in dieser Richtung bereits durch die Note geschrieben sei, die Sir Thomas Cuninghame an die deutschösterreichische Regierung gerichtet hat und in der von einer unpräjudizierlichen Zahlung des Aprilcoupons die Rede war.

Unser Gewährsmann verhehlt durchaus nicht, daß bis zu diesem Augenblick für die Verwirklichung der soeben dargelegten Konzeption noch keinerlei positive Schritte geschehen sind. „Koalitionen handeln bekanntlich sehr langsam“, meinte er. Aber er glaubt dennoch, daß, sobald einmal das Verbot der Angliederung Deutschösterreichs an Deutschland festgelegt sei, die weitere Entwicklung der Dinge sich notwendigerweise in der Richtung bewegen werde, daß auch das selbständige Dasein der deutschösterreichischen Republik gesichert erscheine. Und diese für die Entente so wichtige politische Aufgabe sei nicht anders zu lösen als durch wirtschaftlichen Neuaufbau, durch den Deutschösterreich die notwendige Luft zum Atmen und Leben

7. 10. 1919

Österreich-Ungarn:

Morgen- und Abendblatt mit täglich einmaliger Postverteilung:

Monatlich	9 K 50 h
Vierteljährig	24 K — h
Halbjährig	50 K — h
Jahresabgabe	112 K — h

Tätlich zweimaliger Postverteilung:

Monatlich	10 K 50 h
Vierteljährig	31 K — h
Halbjährig	62 K — h
Jahresabgabe	124 K — h

Für das Ausland:

Mit täglich einmaliger Postverteilung für Deutschland vierteljährig 34 K für die andern Länder des Postvereines 36 K.

Mit den Postämtern vierteljährig in Deutschland Post 15.—, Sonstige 17.—.

Abbestellungen übernehmen alle Postämter in- und ausländ. Einzelbestellungen direct.

ll.

53. Jahrgang.

Vor den Friedensunterhandlungen.

Von Heinrich Friedjung.

Alle Kraft des Geistes, Klugheit und Vorsicht sind anzuspannen, um die Stellung der Vertreter Deutschlands und Deutschösterreichs bei den Friedensverhandlungen zu stärken. Jedwedes ist zu unterlassen, was ihr moralisches Gewicht verringert und den Feinden die Möglichkeit gibt, sie als Schwächlinge oder als Minderwertige zu behandeln. Sie müssen vor einer geschlossenen Front ihres eigenen Volkes stehen; und wenn durch die Zerklüftungen, zumal in Deutschland, genug Unheil auch in dieser Beziehung angerichtet ist, so läßt sich doch durch Besonnenheit noch Schlimmeres vermeiden. Am allerwenigsten dürfen wir uns durch Selbstvorfürfe schwächen. Wenn manche Leute in Deutschland die Mittelmächte als die am Weltkrieg Schuldigen hinstellen, so geben sie den Siegern eine neue Waffe in die Hand, um uns zu demütigen und auszublindern. Genug an Torheit ist darin geleistet worden! Um nur auf das alte, nunmehr beseitigte System so viel Schmach zu häufen wie möglich, ist die deutsche Nation als solche den ärgsten Verleumdungen ausgesetzt worden.

Wie haben sich doch diejenigen Politiker und Parteien in Deutschland getäuscht, die, auf die tönenden Redensarten Wilsons vertrauend, gehofft hatten, die Sieger würden einen Unterschied machen zwischen dem monarchischen und dem republikanischen Mitteleuropa! Die Falle war von den Feinden geschickt gelegt, und Idealisten wie die reinen Toren sind hint in die Fufangeln getreten. Zahllos waren die Artikel und Reden, in denen gesagt war, daß, wenn in Deutschland und in Oesterreich nur das persönliche Regiment ein Ende hätte, die freien Völker diesseits und jenseits des Ozeans sich als Freunde in die Arme sinken würden. Um diesen Prozeß der allgemeinen Verbrüderung zu beschleunigen, wurde mit großer Leichtfertigkeit auch bei uns die Geschichtsfabel verbreitet, die edlen und selbstlosen angelsächsischen und romanischen Nationen und Regierungen würden am liebsten in Frieden gelebt haben, wenn nicht die Könige und die Fürsten Mitteleuropas aus blinder Machtgier sie zum Kriege genötigt hätten. Nach dieser Geschichtsklitterung seien die englischen Imperialisten, die französischen Machepolitiker, die italienischen Irredentisten, endlich die großserbischen Verschwörer die unschuldigen Lämmer gewesen, in deren Häuden die Hohenzollern und die Habsburger wie die Wölfe gebrochen wären. Wie wird diese moralische Selbstzerfleischung Deutschlands jetzt von seinen Gegnern ausgebeutet, um es mit der Geißel von Milliardenzahlungen zu züchtigen! Noch ist, da die französischen Archive geschlossen sind, keine Möglichkeit vorhanden, sich von Poincarés Verhandlungen mit der russischen Regierung auch nur annähernd ein Bild zu machen. Um den Uebergang zur neuen Ordnung der Dinge in Deutschland rasch zu vollziehen, gaben die republikanischen Hühnerköpfe das ganze alte Regiment als angebliche Verbrecher an der Menschheit preis. Aber die verbündeten Gewaltherren zu Paris, die die deutsche Nation in eiserne und in goldene Ketten zu schlagen entschlossen waren, beuteten die Vorwürfe aus und rufen den jetzt in Mitteleuropa herrschenden Klassen und ihren Führern zu, sie müßten Zahlung dafür leisten, daß sie die Macht über nicht bloß geschuldet,

7. V. 1919

Deutschösterreich und die Friedensverhandlungen.

Mitteilungen des Staatssekretärs Dr. Bauer über die Richtlinien und die Friedensdelegierten im Hauptausschusse.

Wien, 6. Mai.

Die Parteien der Nationalversammlung befassen sich mit den bevorstehenden Friedensverhandlungen. Der Staatssekretär Dr. Bauer hat heute in der Sitzung des Hauptausschusses die Richtlinien auseinandergesetzt, welche die deutschösterreichische Regierung an den Friedensverhandlungen in St. Germain einzuhalten gedenkt.

Den Parteien wurde heute vom Staatsamte für Neuzeres auch die Liste der Bevollmächtigten übermittelt, die an den Friedensverhandlungen teilnehmen sollen. Diese Liste stößt bei den bürgerlichen Parteien, insbesondere bei den Christlichsozialen, vielfach auf Widerstände.

Die Sozialdemokraten und die Großdeutschen haben die Absicht, nächsten Sonntag in Wien große Demonstrationen für den Anschluß an das Deutsche Reich abzuhalten. Die Nationalversammlung hat heute nur eine ganz kurze Sitzung abgehalten.

Deutschösterreich als neutraler Staat bei den Friedensverhandlungen.

Eine Erklärung der Regierung in der Begründung des Gesetzentwurfes über das neue Staatswappen.

Wien, 6. Mai.

Der Nationalversammlung ist heute von der Regierung ein Gesetzentwurf über das Staatswappen und das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich übermittelt worden.

betrachtet sich als neutraler Staat und wird nur als Interessent an den für seine Zukunft wichtigen Fragen an den Friedensverhandlungen teilnehmen. Für die Ratifizierung der Verträge, die Deutschösterreich betreffen, werden das Staatsiegel und das Staatswappen erforderlich sein.

Der Wortlaut des Gesetzentwurfes.

Der heute in der Nationalversammlung eingebrachte Gesetzentwurf über das Staatswappen und das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich lautet:

„Das Staatswappen der Republik Deutschösterreich besteht aus einem freischwebenden, einköpfigen, schwarzen, golden gewaffneten und rot bezungten Adler, dessen Brust mit einem roten, von einem silbernen Querbalken durchzogenen Schildchen belegt ist.

Das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich weist das beschriebene Staatswappen mit der Umschrift: „Republik Deutschösterreich“ auf.

Je ein Exemplar des Siegelstockes wird vom Präsidenten der Nationalversammlung und vom Staatskanzler verwahrt.“

Aus der Begründung der Vorlage.

In der Begründung des Entwurfes wird ausgeführt: Hat die Republik Deutschösterreich bisher mehr oder weniger nur Verträge für sozusagen laufende Geschäfte abgeschlossen, so steht nunmehr unser Staatswesen vor einer großen Schicksalsfrage, da bekanntlich in der nächsten Zeit die Teilnahme der Republik Deutschösterreich an den Friedensverhandlungen einsehen wird.

Zur Erklärung des Wappenbildes sei erwähnt, daß durch den einköpfigen Adler die Lebenskraft und das Aufstreben des neuen Freistaates symbolisiert werden soll und die Vereinigung der Symbole des Bauern (Sichel), des Arbeiters (Hammer) und des Bürgers (Mauerkrone) im Adler andeuten soll, daß die Arbeiterschaft, der Bauernstand und das Bürgertum ihre Kräfte diesen gleichen Zielen widmen werden, während das rot-weiß-rote Bindenschild auf der Brust des Adlers das Territorium in seiner Gänge kennzeichnen soll.

Die deutschösterreichischen Friedensdelegierten.

Wien, 6. Mai.

Das Staatsamt für Neuzeres hat den Parteien der Nationalversammlung eine Liste der Bevollmächtigten übermittelt, die an den Friedensverhandlungen teilnehmen sollen. Diese Liste enthält folgende Namen:

Für das Staatsamt für Neuzeres: Dr. Franz Klein, der mit der Führung der Delegation betraut werden soll, Sektionschef Johann Eichhoff, Sektionschef Franz Peter, Sektionschef Dr. Richard Schüller, Professor Dr. Rudolf Lamm, Legationsrat Georg Franckenstein.

Für das Staatsamt für Finanzen: Sektionsrat Doktor Viktor Brauneis, Sektionsrat Dr. Hans Baxauer.

Für das Staatsamt für Heerwesen: Oberst Karl Scheller.

Für das Staatsamt für Verkehrsweisen: Ministerialrat Dr. Otto Müller-Martini.

Ferner als Sachleute: Für Völkerrecht Professor Doktor Heinrich Lamm, für Kriegsgefangenenwesen Rudolf Slatin, für Finanzfragen der Präsident der Anglo-Oesterreichischen Bank Dr. Julius Landesberger, für geographische Fragen der Grazer Universitätsprofessor Dr. Robert Sieger, für Statistik Dr. Wilhelm Winkler, Ministerialsekretär im Staatsamte für Heerwesen.

Als Vertreter für die besetzten Gebiete: Für Deutschböhmen Landeshauptmann Dr. Rudolf Lodgman, Landeshauptmannstellvertreter Josef Seliger, für das Sudetenland Landeshauptmann Dr. Robert Freißler, für Mähren Dr. Stephan Licht, für Steiermark Dr. Kamniker, für Kärnten Dr. Martin Wutte, für Tirol Abgeordneter Simon Abram (Sozialdemokrat), der frühere Kreisgerichtspräsident von Trient Abgeordneter Hofrat Dr. Franz Schumacher (christlichsozial) und ein Tiroler Mitglied der Großdeutschen Vereinigung, wahrscheinlich Dr. Sepp Straßner, für Vorarlberg Landeshauptmann Dr. Otto Eder, für Westungarn Bär.

Dr. Franz Klein wurde, nachdem er schon vorher zur Leitung der Vorbereitungen für die Friedensverhandlungen ins Staatsamt für Neuzeres berufen worden war, Ende März vom Staatssekretär Dr. Bauer mit der Stellvertretung und mit der Revision der politischen Sektion betraut.

Sektionschef Johann Eichhoff war vor dem Kriege im Ministerium des Innern tätig und wurde während des Krieges in der Quartiermeisterabteilung des Armeekorps oberkommandos als Berater in allen legislativen Angelegenheiten verwendet. Er wurde wiederholt mit besonderen Aufgaben betraut, welche die einstmalige österreichische Verfassung und deren Reform betrafen.

Sektionschef Franz Peter war auch viele Jahre im Konsulardienste tätig.

Professor Dr. Rudolf Lamm ist ordentlicher Professor der Verwaltungslehre und des österreichischen Verwaltungsrechtes an der Wiener Universität, an der er, ein gebürtiger Deutschböhme, seine Studien vollendet und sich habilitiert hatte.

Professor Lamm ist Mitglied des internationalen Rates der Zentralorganisation für einen dauernden Frieden im Haag und hat als Vertreter der österreichischen Liga für Völkerbund an deren Tagungen 1917 in Christiania und Bern und zuletzt auf der Wiener Völkerbundskonferenz im März 1919 teilgenommen. Bereits im Jahre 1917 stellte er den Antrag auf Regelung aller strittigen Gebietsfragen durch Volksabstimmung nach Gemeinden. Professor Lamm ist schon seit einigen Jahren dem früheren Ministerratpräsidium zugeteilt gewesen, wo er die Vorarbeiten für die damals geplante Verfassungsreform machte, und ist jetzt im Staatsamt für Heerwesen bei politischen und legislativen Arbeiten tätig.

Sektionschef Dr. Richard Schüller ist Chef der handelspolitischen Sektion im Staatsamt des Neuzeres und hat seit vielen Jahren an allen Handelsvertragsverhandlungen teilgenommen. Er war auch Vertreter der deutschösterreichischen Regierung bei den Verhandlungen in Paris, welche über die Deckung des Lebensmittelbedarfes vor zwei Monaten stattfanden.

Sektionsrat Dr. Brauneis hat gleichfalls an den Pariser Verhandlungen teilgenommen und ist Referent der Kreditsektion des Staatsamtes der Finanzen.

Sektionsrat Dr. Baxauer ist Referent des Staatsamtes der Finanzen für die Vorbereitung des Friedens.

Ministerialrat Dr. Müller-Martini hat in wichtigen Eisenbahnfragen, insbesondere in den Fragen der Südbahn, hervorragend mitgewirkt.

Der Präsident der Anglo-Oesterreichischen Bank, Doktor Landesberger, hat an internationalen Finanzfragen wesentlichen Anteil genommen und vor dem Kriege rege Verbindungen mit dem Pariser Plage unterhalten.

Der Vertreter des Staatsamtes für Heerwesen Oberst Karl Scheller stand während des Krieges wiederholt in besonderer Verwendung, ward eine Zeitlang dem Armeekorpskommando zugeteilt und zeichnete sich nach schnellstem Avancement zuletzt als Kommandant eines Infanterieregiments an der italienischen Front aus.

Professor Dr. Robert Sieger ist Ordinarius für Geographie an der Grazer Universität, korrespondierendes Mitglied zahlreicher geographischer Gesellschaften des In- und Auslandes und hat sich durch eine Reihe von Arbeiten auf politisch-geographischem Gebiete vornehmlich der österreichischen Alpenländer bekannt gemacht.

Rudolf Slatin, der bekannte Afrikareisende, der als österreichischer Offizier in anglo-ägyptische Dienste getreten und elf Jahre in der Gefangenschaft des Mahdi war, ist unter dem Namen Slatin Pascha bekannt. Er nahm als Gouverneur des Sudans seinen Abschied aus englischen Diensten und hat sich während des Krieges in seiner österreichischen Heimat in hervorragender Weise auf dem Gebiete der Kriegsgefangenenfürsorge betätigt.

Professor Dr. Heinrich Lamm war Mitglied des internationalen Schiedsgerichtshofes im Haag und genießt als Völkerrechtslehrer bedeutenden internationalen Ruf. Professor Lammach war bekanntlich der letzte Ministerpräsident vor dem Umsturz in Oesterreich.

Der Fachmann für Statistik Dr. Wilhelm Winkler ist Ministerialsekretär im Staatsamt für Heerwesen. Dr. Winkler stand früher im böhmischen Landesdienst, hat den Feldzug an der Front mitgemacht, war dann im Kriegsarchiv tätig und hat vor kurzem die Ergebnisse seiner statistischen Kriegsstudien in der Schrift „Die Totenverluste der österreichisch-ungarischen Monarchie nach Nationalitäten“ niedergelegt, der in kürzester Zeit eine zweite Schrift über die Verteilung der Toten- und Invalidenverluste nach Berufen folgen wird.

Legationsrat Georg Franckenstein ist dazu anzuersuchen, in den nächsten Tagen nach Frankreich voranzufahren und die Verhandlungen über die Unterbringung der österreichischen Abordnung sowie über die Form der Verhandlungen und die Art des Verkehres mit den französischen Behörden einzuleiten.

Vorschläge der Entente an Deutschösterreich.

Dr. Bauer hat keine Mitteilung gemacht. — Präsident Seitz soll als Führer nach Paris.

Der Hauptausschuß der Nationalversammlung ist gestern nachmittags wiederum mit dem Kabinettsrat zu einer gemeinsamen Sitzung zusammengetreten, um über die Vorbereitungen für die Friedenskonferenz zu beraten und Beschluß zu fassen. Die Sitzung dauerte mehr als vier Stunden, die Beratung war wieder streng vertraulich. Vorher hatten die Klubs zu dem Exposé, das Dr. Bauer im Hauptausschuße vorgestern gehalten hatte, Stellung genommen. Die Christlichsozialen sind mit der Leitung unserer auswärtigen Politik durch Dr. Bauer nicht einverstanden, auch sein Stellvertreter Dr. Franz Klein erfreut sich nicht des Vertrauens dieser Partei. Sie machen dem Staatssekretär den Vorwurf, daß er in wichtigen Lebensfragen Deutschösterreichs ohne das Einverständnis mit der Nationalversammlung oder mit den Vertretern ihrer Parteien vorgegangen sei. Die Vertreter der Westmächte haben angeblich schon vor längerer Zeit unser Auswärtiges Amt über die

Haltung der Entente in der Anschlußfrage

informiert und die Leitung unserer auswärtigen Politik wissen lassen, welche Vorteile die Pariser Konferenz Deutschösterreich bei einem freiwilligen Verzicht auf den Anschluß an Deutschland gewähren wolle und welche Garantien geboten werden sollten, um Deutschösterreich ein selbständiges wirtschaftliches und politisches Leben und eine rasche Heilung der ihm durch den Krieg geschlagenen Wunden zu ermöglichen. Es soll dem Staatssekretär des Neuhörsen bedeutet worden sein, daß im Falle eines freiwilligen Verzichts Deutschösterreichs auf den Anschluß die Friedenskonferenz Vorsorge zu treffen geneigt sei, **Deutschböhmen und Sudetenland** vor allem zu bewahren, was diese Länder unter

nationale Fremdherrschaft

bringen könnte. Die übrigen von Deutschösterreich beanspruchten wirklich deutschen Gebiete mit Einschluß von **Deutschwestungarn** sollten ihm ebenfalls zugesprochen werden. Die Liquidation des alten Oesterreich-Ungarn sollte in einer den gerechten Ansprüchen Deutschösterreichs weit entgegenkommenden Weise unter der Ägide der Entente durchgeführt werden. Dazu kämen noch eine Reihe finanzieller, wirtschaftlicher und verkehrspolitischer Vorteile, die das Aufblühen und Gedeihen des jungen Staates zu fördern geeignet wären.

Von diesen Vorschlägen habe der Staatssekretär Dr. Bauer keinerlei Mitteilung gemacht, ja er habe auf diese Anerbietungen auch nicht Rücksicht genommen. Gleich nach den Wahlen, als Dr. Franz Klein unterlegen war, sei dessen Berufung als Staatssekretär des Neuhörsen betrieben worden. Die Christlichsozialen nahmen damals schon gegen diesen Plan entschiedene Stellung. Dr. Franz Klein wurde die rechte Hand Doktor Bauers und sollte jetzt die Friedensdelegation Deutschösterreichs führen. Wie bereits bekannt, lehnten die Christlichsozialen sofort diesen Vorschlag ab. Sie stellten sich auf den Standpunkt, daß mit der Führung unserer Friedensdelegation nicht eine Persönlichkeit betraut werden dürfe, die sich in der Anschlußfrage öffentlich zu weit vorgewagt und festgelegt hat und die auch nicht das Vertrauen der zweitgrößten Partei der Nationalversammlung genießt.

Für die Bewahrung unserer deutschen Volksgenossen in den Sudeten- und Alpenländern vor einer drückenden Fremdherrschaft müsse alles aufgeboten und jedes Opfer gebracht werden.

In der gestrigen Sitzung des Christlichsozialen Klubs kam übereinstimmend die Auffassung zur Geltung, daß sich die Partei in diesen Fragen, die die wichtigsten Lebensinteressen der Deutschen Oesterreichs berühren, nicht majorisieren lassen könne; die wenigen Stimmen, die den Sozialdemokraten und Großdeutschen zusammen das numerische Übergewicht geben könnten, dürften in so wichtigen Fragen nicht entscheidend sein.

Mit dieser Auffassung gingen die Christlichsozialen in den Hauptausschuß. Die Haltung der Sozialdemokraten und der Großdeutschen Vereinigung ist bekannt. Nach vierstündiger Beratung kam ein Kompromiß zustande: Mit der Führung der Friedensdelegation soll der Präsident der Nationalversammlung Seitz selbst betraut werden. Im übrigen soll die Delegation im großen und ganzen zusammengekehrt sein, wie bereits gemeldet wurde; auch Dr. Klein soll mitfahren.

Da der Hauptausschuß nur das Vorschlagsrecht hat, trat der Kabinettsrat gestern abends noch einmal zur Beschlussfassung zusammen. Präsident Seitz hat sich bis heute mittags Bedenkzeit vorbehalten. Der Hauptausschuß wird heute mittags neuerlich zusammentreten. Nachmittags 3 Uhr findet eine Sitzung der Nationalversammlung mit folgender Tagesordnung statt:

1. Wahl des Leiters der Friedensdelegation.
2. Bericht des Hauptausschusses über den Gesetzesentwurf betreffend das Staatswappen und das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich.

Ueber die Sitzung des Hauptausschusses wurde amtlich mitgeteilt:

„Der Hauptausschuß hielt heute unter dem Vorsitz des Präsidenten Seitz eine mehrstündige Sitzung ab. Es wurden die von dem Staatssekretär Dr. Bauer vorgelegten Richtlinien für die Instruktion der Vertreter zur Friedenskonferenz und die Mitteilungen über die Zusammensetzung der Kommission einer eingehenden Erörterung unterzogen. Der Hauptausschuß genehmigte einstimmig die Richtlinien. Die Wahl der Vertreter sei Sache der Regierung. Schließlich wurde an den Präsidenten Seitz die Bitte gestellt, als Leiter an die Spitze der Delegation zu treten. Präsident Seitz erklärte, daß er gegen diesen Vorschlag, so ehrenvoll er für ihn sei, politische und staatsrechtliche Bedenken hege und daß auch sein Gesundheitszustand ihm nicht gestatte, die Beschränklichkeiten einer größeren Reise und eines längeren Aufenthaltes im Auslande auf sich zu nehmen. Nichtsdestoweniger faßte der Hauptausschuß einstimmig den Beschluß, der Nationalversammlung in ihrer morgigen Sitzung den Antrag zu unterbreiten, den Präsidenten Seitz an die Spitze der Friedensdelegation zu stellen. Präsident Seitz hielt sich bis morgen mittags 12 Uhr Bedenkzeit vor.“

Die deutschösterreichische Friedensdelegation wird voraussichtlich nächsten Dienstag, jedenfalls aber nicht vor dem nächsten Sonntag, abreisen. Legationsrat Frankenstein fährt morgen voraus.

Kein Diktatfriede für Deutschösterreich

Wie wir aus unbedingt zuverlässiger Quelle erfahren, beabsichtigt die Entente nicht, Deutschösterreich einen Diktatfrieden aufzuerlegen. Im Gegenteil geht die Absicht der französischen Politik, die für die Gestaltung der mitteleuropäischen Verhältnisse maßgebend ist, dahin, den Friedensvertrag der verbündeten und assoziierten Mächte mit Deutschösterreich auf dem Wege von Verhandlungen festzusetzen.

und Berlin nur noch kontrollierte Handelstelegramme übermitteln.

Klausel für das Flugwesen: Die dritte Abteilung nimmt Deutschland das Recht, irgend ein militärisches Flugwesen zu Land und zu Wasser oder irgend ein Luftschiff zu besitzen und zwar: 1. durch die Demobilisation des Personals; 2. durch die auf die Flugfelder bezüglichen Verpflichtungen; 3. durch die Abgabe des Materials. Das Personal soll innerhalb zweier Monate demobilisiert sein und es soll kein Flugplatz und kein Hangar für Luftschiffe erhalten werden, auf eine Distanz von 50 Kilometer östlich des Rheines und von 150 Kilometer westlich der Ostgrenze und nördlich der deutschen Südgrenze. Die Piloten der Alliierten haben das Recht, in Deutschland Flüge, Landungen und Ueberfliegungen vorzunehmen. Alles Material für Land- und Seeflugzeuge soll ausgeliefert werden.

Deutschland werde eine Frist von drei Monaten gestellt, in welcher Zeit es seine Gesetzgebung mit allen vorstehenden Bestimmungen in Uebereinstimmung zu bringen hat. Es werden interalliierte Kommissionen eingesetzt, die in Deutschland die Kontrolle über die Durchführung der Klauseln ausüben, die die Entwaffnung in den festgesetzten Fristen zum Zwecke haben.

Der Vertrag legt Deutschland die Verpflichtung auf, jedwede von dem Räte des Völkerbundes mit Stimmenmehrheit beschlossene Untersuchung zuzulassen.

Kriegsgefangene: Die deutschen Kriegs- und Zivilgefangenen werden unter der Fürsorge und auf Kosten der deutschen Regierung so bald als möglich heimgeschafft werden, diejenigen ausgenommen, die seit dem 1. Mai 1919 wegen disziplinarischer Vergehen verurteilt wurden. Die Heimschaffung kann übrigens hingenommen werden, bis allfällige noch in Deutschland befindliche Gefangene oder Angehörige der alliierten und assoziierten Mächte heimgeschafft sind.

Militärgräber: Die alliierten und assoziierten Regierungen und die deutsche Regierung verpflichten sich, die Grabstätten der auf ihren respektiven Gebieten beerdigten Soldaten und Seeleute zu unterhalten und jedem Begehren auf Ueberführung der sterblichen Hülle in die Heimat zu entsprechen.

Wilhelms Verfolgung.

Kriegsverantwortlichkeiten und Strafverfahren: Wilhelm II. wird wegen schwersten Vergehens gegen die internationale Moral und gegen die Heiligkeit der Verträge in öffentlichen Anklagezustand versetzt. Ein Sondergerichtshof, bestehend aus fünf Richtern, die von den hauptsächlichsten Mächten ernannt werden, wird über ihn urteilen. In die Niederlande wird das Begehren auf Auslieferung gerichtet werden.

Die Verteilung der Kolonien.

Paris, 8. Mai. (Telegraphenkompanie.) Der Rat der Drei hat über die ehemaligen deutschen Kolonien folgende Entscheidung gefällt: Deutsch-Ostafrika wird an England, Deutsch-Südwestafrika an die Südafrikanische Union, Samoa an Neuseeland und die anderen deutschen Besitzungen im Großen Ozean südlich vom Äquator an Australien übergeben. Eine Ausnahme bildet Nauru, das unter englisches Mandat gestellt wird. Die anderen Inseln nördlich vom Äquator werden an Japan fallen. Ueber Togo und Kamerun wird später eine Entscheidung getroffen werden. Wahrscheinlich kommen diese Gebiete an Frankreich und England.

Die deutschösterreichischen Delegierten für die Friedensverhandlungen.

Führer: Staatskanzler Dr. Renner.

Die Nationalversammlung hat heute nach langen und umfangreichen Verhandlungen den Führer der deutschösterreichischen Delegation zu den Friedensverhandlungen bestimmt: es ist der Staatskanzler Dr. Karl Renner. Der Hauptausschuß, dem gemäß der Verfassung die Vorbereitung zufiel — aber man hatte heute nicht gerade den Eindruck, daß er die Dinge beherrsche — war bekanntlich gestern zu dem einstimmigen Beschluß gelangt, die Führung der Delegation dem Präsidenten der Nationalversammlung, dem Genossen Karl Seiß, anzubieten und anzuzuvertrauen. Seiß hatte sich, wie bekannt, Bedenken vorbehalten, erklärte aber dem Hauptausschuß, der nun mittags zusammengetreten war, daß die politischen und insbesondere die staatsrechtlichen Bedenken, die er gegen den Vorschlag schon gestern erhoben habe, in der Zwischenzeit verstärkt worden seien. Er sehe sich daher zu der Erklärung gezwungen, daß er die Berufung unbedingt ablehnen müsse. Dieser Entscheidung habe sich auch der Abgeordnetenverband einer Partei angeschlossen, und sie sei daher unwiderstößlich. Inzwischen begann die Sitzung der Nationalversammlung, die für 3 Uhr anberaumt war, und erledigte (ohne Debatte) den Gesekentswurf über das Staatswappen. Die Sitzung wurde unterbrochen und der Hauptausschuß trat neuerlich zusammen. Nun wurde, von verschiedenen Seiten, der Vorschlag gemacht, den Staatskanzler zu ersuchen, als bevollmächtigter Vertreter der Republik die Führung der Friedensdelegation zu übernehmen. Der Vorschlag wurde einstimmig angenommen und danach auch von allen Parteien genehmigt. Als politische Berater wurde von den Christlichsozialen Dr. Gürtler und von den Großdeutschen Dr. Schönbauer beigezogen. Damit war die schwierige Frage erledigt, und um 1/2 Uhr abends wurde zur Vornahme der Wahl die Sitzung der Nationalversammlung wieder aufgenommen. Berichterstatter war Dr. Weiskirchner. Die Sitzung nahm dann diesen Verlauf:

Die Wahl der Friedensdelegierten.

Präsident Seiß: Wir gelangen nunmehr zur Wahl des Leiters der Friedensdelegation.

Berichterstatter Dr. Weiskirchner: Der Hauptausschuß der Nationalversammlung hat sich in mehreren von dem tiefen Ernste der Lage getragenen Sitzungen mit der Frage der Friedensverhandlungen befaßt. Er hat die Richtlinien, welche Staatssekretär Dr. Bauer in ungemein klarer und fesselnder Weise zum Vortrage brachte, einstimmig genehmigt und sich mit der Frage beschäftigt, welche Personen als bevollmächtigte Vertreter der deutschösterreichischen Republik zu den Friedensverhandlungen zu entsenden sind. Dies erschütterte von dem Eindruck der heute

Dr. Renner — Führer der Friedensabordnung.

Der gestrige Tag brachte eine Reihe politischer Ueberraschungen. Der vom Hauptauschuß einstimmig genehmigte Vorschlag, den Präsidenten Seid als Führer der Friedensabordnung zu kandidieren, fand sowohl bei den Großdeutschen als auch den Christlichsozialen einmütige Zustimmung. Der Sozialdemokratische Klub tagte bis 1 1/2 Uhr und faßte den Beschluß, seinem Mitgliede Seid die Teilnahme an der Fahrt nach Frankreich zu untersagen. Maßgebend für diese Entscheidung war neben andern Gründen die Erwägung, daß die Partei es ablehnen müsse, in gewissem Sinne allein die Verantwortung für den Friedensschluß zu tragen, was eintreten würde, wenn ein Parteigenosse an die Spitze der Delegation treten würde. Unter Berufung auf den Beschluß des Klubs lehnte Präsident Seid hierauf die Annahme der Kandidatur ab.

In einer Beratung im Präsidialsalon suchten nun die Parteiführer einen Ausweg aus der mit einem Schläge wieder kritisch gewordenen Situation. Vorerst gänzlich ergebnislos. Die Stimmung, die vormittags eine vollkommen beruhigte gewesen war, wurde wieder sehr erregt, und allerhand Krisengerüchte flatterten auf, die von den Abgeordneten teilweise bestätigt wurden. Knapp vor der Hausitzung trat der Hauptauschuß wieder zusammen, und es wurden zunächst neue Kandidaten vorgeschlagen, die aber keine Zustimmung fanden. Dann fiel der Name Doktor Renner's, und damit erschien die Möglichkeit der Entwirrung gegeben. Die Sozialdemokraten traten dem Vorschlag näher und stellten die Forderung, es mögen, um dem oben gekennzeichneten Standpunkt des Klubs zu entsprechen, Vertreter der beiden andern Parteien als Berater gewählt werden, die neben Doktor Renner zu amtierten hätten und sich mit ihm in die Verantwortung für den Friedensschluß teilen würden. Großdeutsche und Christlichsoziale stimmten zu, und es wurde beschlossen, die Plenarsitzung zu unterbrechen, um eine Stellungnahme der Parteien zu dem neuen Vorschlag zu ermöglichen.

In den Klubitzungen der Großdeutschen und Christlichsozialen wurde die Kandidatur Dr. Renner's angenommen. Die ersteren delegierten den Abg. Dr. Schürbauer, die letzteren den Abg. Dr. Gürtler als Berater. Die Sozialdemokraten blieben über eine Stunde verammelt und pflogen eine eingehende Debatte über die Frage der Entsendung Dr. Renner's nach Saint-Germain. Anfangs war die Mehrheit für die Ablehnung des Vorschlages mit dem Hinweis darauf, daß die bürgerlichen Parteien für den Siegfrieden gearbeitet hätten und jetzt auch die Verantwortung für den Diktatfrieden tragen müßten. Ihre Haltung im Sozialisierungsausschuß empfehle es nicht, ihnen die Situation jetzt zu erleichtern. Dann griff Dr. Renner in die Debatte ein und ihm gelang es, den Widerstand zu brechen und die Zustimmung des Klubs zu erlangen.

So erfolgte dann im Plenum die Wahl der genannten drei Politiker einstimmig. Ihre Abreise wird am Sonntag gemeinsam mit den Fachdelegierten erfolgen. Die Vertretung des Kanzlers übernimmt während dessen Abwesenheit Vizekanzler Finl. Zum interimistischen Staatssekretär des Innern dürften entweder Abg. Eidersch oder ein höherer Beamter dieses Staatsamtes gewählt werden.

Ueber den Verlauf der Sitzungen des Hauptauschußes wird folgender amtlicher Bericht ausgegeben: Der Hauptauschuß der Nationalversammlung trat mittags 12 Uhr zu einer Sitzung zusammen. Präsident Seid sprach zu Beginn der Beratung abermals seinen Dank für die Berufung zum Leiter der Friedensdelegation aus. Er müsse jedoch mitteilen, daß die politischen und insbesondere die staatsrechtlichen Bedenken, die er schon gestern gegen den Vorschlag erhoben habe, in der Zwischenzeit verstärkt worden seien. Er sehe sich daher zu der Erklärung gezwungen, daß er die Berufung unbedingt ablehnen müsse. Dieser Entscheidung hat sich auch der Abgeordnetenverband seiner Partei angeschlossen und sie sei daher unwiderruflich.

Hierauf wurde die Sitzung zum Zwecke von internen Parteiberatungen unterbrochen und um 1 Uhr nachmittags fortgesetzt.

Nach Wiederaufnahme der Verhandlung des Hauptauschußes wurde der Vorschlag unterbreitet, den Staatskanzler Dr. Renner zu ersuchen, als bevollmächtigter Vertreter der Republik bei den Friedensverhandlungen die Führung der Friedensdelegation zu übernehmen, und auf Vorschlag des Abg. Dr. Weiskirchner als politische Berater namens der Christlichsozialen Partei Abg. Dr. Gürtler und namens der Großdeutschen Vereinigung Abg. Dr. Schönbauer namhaft gemacht. Diese Vorschläge wurden einstimmig angenommen. Zum Referenten für das Haus wurde Abg. Dr. Weiskirchner bestellt.

Die Wahl des Leiters der Friedensdelegation.

(Sitzung der Nationalversammlung vom 8. Mai.)

Einstimmig hat die Nationalversammlung gestern den Staatskanzler Dr. Renner zum Führer der deutschösterreichischen Friedensdelegation gewählt; dem Beschlusse gingen mehrere Besprechungen des Hauptauschußes und Klubitzungen der Parteien voran; und die Wahlitzung selbst vollzog sich in zwei Teilen. Sinn und Zweck des Vorschlages des Hauptauschußes, den Staatskanzler mit der Führerrolle zu betrauen, legte Doktor Weiskirchner als Berichterstatter in ersten knappen Worten dar. Die Frage des Präsidenten Seid, ob er die Wahl annehme, beantwortete Dr. Renner mit einer kurzen Rede, die, mit sichtbarer starker innerer Bewegung vorgebracht, tiefen Eindruck auf die Versammlung machte. Der Führer der Delegation erklärte sich der hohen Verantwortung bewußt, die ihm seine Sendung auferlege, die am Tage nach der Belannigabe des Diktatfriedens für Deutschland erfolge. Er betonte das unzerstörbare Einheitsgefühl aller Deutschen, unterließ aber die praktisch programmatische Festlegung und hob die schwere Ungunst der Verhältnisse hervor, unter denen unsere Delegation die Verhandlungen aufnehmen müsse, das zwingende Gebot, den realen Tatsachen zu gehorchen. Ernste Stimmung kennzeichnete die kurze Sitzung.

Nachstehend der Bericht:

Präsident Seid eröffnete die Sitzung um 3 Uhr 45 Minuten und teilt mit, daß der für den Wahlkreis Salzburg Nr. 19 gewählte Abgeordnete Johann Lachner sein Mandat in die Nationalversammlung niederlegt, da er nach der Salzburger Landesverfassung nicht zugleich Landesrat und Abgeordneter der Nationalversammlung sein kann. Wegen Einberufung des Ersatzmannes wird das Notwendige veranlaßt werden.

Eine vom Staatsamte für Justiz eingebrachte Gesetzesvorlage über die Erhöhung der Wertgrenzen im bürgerlichen Streitverfahren wird dem Justizauschuße zugewiesen.

Staatswappen und Staatsiegel.

Präsident Seid schlägt im Einvernehmen mit dem Hauptauschuße vor, eine Umstellung der Tagesordnung in der Art vorzunehmen, daß zunächst der den zweiten Gegenstand der Tagesordnung bildende Bericht des Hauptauschußes über den Gesetzentwurf betreffend das Staatswappen und das Staatsiegel zur Verhandlung gelangt; sodann soll eine mindestens einstündige Unterbrechung der Sitzung eintreten, nach Wiederaufnahme der Sitzung Punkt 1 der Tagesordnung, das ist die Wahl des Leiters der Friedensdelegation, in Verhandlung gezogen werden.

Das Haus stimmt dem Vorschlage des Präsidenten zu.

Die Vorlage betreffend das Staatswappen und das Staatsiegel der Republik Deutschösterreich wird nach einem Berichte des Referenten Dr. Ramek in zweiter und dritter Lesung unbedeutend angenommen, worauf die Sitzung um 3 Uhr 55 Minuten nachmittags unterbrochen wird.

Der Führer der Friedensabordnung.

Nach einer fast zweistündigen Unterbrechung schritt das Haus sofort zur Wahl des Leiters der Friedensdelegation.

Berichterstatter Dr. Weiskirchner: Der Hauptauschuß der Nationalversammlung hat sich in mehreren von dem tiefen Ernste der Lage getragenen Sitzungen mit der Frage der Friedensverhandlungen befaßt. Er hat die Richtlinien, welche Staatssekretär Dr. Bauer in ungemein klarer und fesselnder Weise zum Vortrage brachte, einstimmig genehmigt und sich mit der Frage beschäftigt, welche Personen als bevollmächtigte Vertreter der deutschösterreichischen Republik zu den Friedensverhandlungen zu entsenden sind. Tief erschüttert von dem Eintrude der heute bekannt gewordenen Friedensbedingungen an die deutsche Republik, sind wir in die Beratung eingegangen, und waren uns bewußt der Bedeutung und Tragweite unsrer Entscheidung. Im Hinblick auf die ganze Lage hielten wir es für geboten, den Herrn Staatskanzler Dr. Renner zu ersuchen, daß er als bevollmächtigter Vertreter der deutschösterreichischen Republik die Führung der Friedensdelegation übernehme. (Lebhafte Zustimmung.)

In dankenswerter Weise hat der Herr Staatskanzler dieses schwierige, verantwortungsvolle, aber historisch ewig denkwürdige Amt übernommen. Der Staatskanzler ist nach der Auffassung des Hauptauschußes staatsrechtlich der verantwortliche Leiter. Es erschien jedoch zweckmäßig, dem Herrn Staatskanzler Berater aus den politischen Parteien des Hauses auf die Reise mitzugeben, welche gegenüber ihren Parteien die Verantwortung mittragen, und den Verkehr mit ihren Parteien aufrechterhalten, um auf diese Weise auch für die Friedensverhandlungen in der Nationalversammlung selbst rechtzeitig und zweckmäßig die nötigen Vorbereitungen zu treffen. Ich kann nur meinen Wünsche Ausdruck geben, daß es den Führern unsrer Friedensdelegation und allen Mitgliedern dieser Delegation gelingen möge, ein Ergebnis der Verhandlungen mit nach Hause zu bringen, das uns nicht nur den Frieden, sondern auch die Möglichkeit der Existenz und die Möglichkeit des wirtschaftlichen Wiederaufbaues gewährleistet. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) In diesem Sinne stelle ich namens des Hauptauschußes, der diesen Beschluß einstimmig gefaßt hat, den Antrag:

Als bevollmächtigter Vertreter der deutschösterreichischen Republik bei den Friedensverhandlungen wird der Staatskanzler Dr. Renner bestimmt, dem als politische Berater die Abgeordneten Dr. Gürtler und Dr. Schönbauer beigegeben werden. Ich bitte um die Annahme dieses Antrages. (Lebhafte Beifall.)

Der Antrag wird einstimmig angenommen. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.)

Präsident Seid: Ich richte nunmehr die Frage an den Herrn Staatskanzler, ob er bereit ist, die Mission anzunehmen.

Rede des Staatskanzlers.

Staatskanzler Dr. Renner: Ich bin zu sehr ergriffen durch das Gefühl der hohen Verantwortung, die das Haus mir übertragen hat, um viele Worte zu machen. Ich bin um so ergriffener, als dieser Betrauung die Nachricht von den Friedensbedingungen vorangeht, die gestern der deutschen Nation, unsrer Nation, gestellt worden sind. Das ganze Haus ist mit mir und dem Herrn Berichterstatter eins in dem tiefen Mitgefühl mit unsrer Nation, ist mit mir zu tiefst ergriffen und erschüttert durch das Schicksal, das ihr droht und das — so wollen wir hoffen — durch die wachsende Erkenntnis der Völker dieser Erde gemildert werden soll. Nach der Unglücksbotschaft von gestern wird der Gang, den die Friedensdelegation jetzt unternimmt, nicht so sehr einem Gang an den Beratungstisch als einem Buhgange gleichen. Aber es war immer so in der Geschichte, daß die Völker für das Böse, was die Herrschenden verbrochen haben. (Lebhafte Zustimmung.)

Ich weiß es und ich bin dessen Zeuge, daß die breiten Massen — und nicht nur die Arbeitermassen allein, sondern die breiten Massen des Volkes von Deutschösterreich — niemals einen Krieg gewollt und keinen Krieg verschuldet haben. (Lebhafte Beifall.) Ich bin aber ebenso dessen gewiß, daß wir die Verantwortung werden übernehmen müssen. Wir alle wissen, daß die Republik Deutschösterreich entstanden ist nach dem Kriege, daß sie nie einen Krieg geführt, daß unser junges Staatswesen sich bemüht hat, Frieden nach allen Seiten zu halten, Frieden selbst um den Preis empfindlicher Opfer. Und trotzdem wird die Last dieses Friedens auf unser junges Staatswesen fallen. Wir können nicht anders, wir müssen weil wir verantwortlich gemacht werden.

Auf dem Wege, den die Friedensdelegation unternommen wird, wird uns ein Leitstern führen. Für unser Verhalten besteht eine feste gesetzliche Richtlinie. Wir sind gewillt, die Politik festzuhalten und fortzuführen, die durch die Beschlüsse vom 12. November 1918 von der provisorischen Nationalversammlung zum erstenmal gefaßt und von der konstituierenden Nationalversammlung einstimmig bekräftigt worden sind. (Lebhafte Beifall und Händeklatschen.) Wir sind gewillt, die Politik fortzuführen, die, von dem vereinigten Dr. Viktor Adler eingeleitet, von Staatssekretär Dr. Bauer fortgeführt worden ist und weiter geleitet wird. (Lebhafte Beifall.)

Es ist ja unstrittbar: Physische Uebermacht kann uns zwingen, höhere Gewalt können unser Handeln zurückbannen und können bewirken, daß unser Ziel jetzt nicht ganz oder vielleicht auch gar nicht erreicht wird. Aber unser Ziel steht fest, so wahr wir Deutsche sind. (Anhaltender Beifall und Händeklatschen.) Man kann uns das Herz nicht aus dem Leibe reißen, wenn wir fortleben sollen. So wird man es niemals und nimmer mehr vermögen, uns vergessen zu machen, daß wir Deutsche und damit Kinder der unglücklichsten Nation der Welt sind. (Bewegung.) Es kann aber sein, daß eine geschichtliche Phase gegen uns ist, es ist möglich — wir wissen es nicht — aber es wird sich erweisen, früher oder später, daß das tausendjährige Band des Blutes stärker ist als der geschichtliche Eintag. Wir werden uns selbst treu bleiben, wenn wir auch den Notwendigkeiten der Zeit, vielleicht mehr als wir wünschen, Rechnung tragen müssen.

Ich danke für das mir und meinen Mitglieðern bewiesene, einstimmig ausgesprochen

und die besonderen Interessen ihres Landes betreffen.

Die Liste der Mitglieder der Friedensdelegation wurde gestern dem französischen Gesandten überreicht. Nach ihr werden sich namens Deutschösterreichs an den Friedensverhandlungen beteiligen:

Als Bevollmächtigter der Staatskanzler Doktor Karl Renner und als Vertreter der Nationalversammlung deren Mitglieder Dr. Alfred Girtler und Dr. Ernst Schönbauer.

Für das Staatsamt des Aeußern reisen nach St. Germain: der Stellvertreter des Staatssekretärs für Aeußeres Dr. Franz Klein, Minister a. D., und die Sektionschefs Franz Peter, Johann Eichhoff und Dr. Richard Schüller. Ferner Legationsrat Georg Frankenstein, Professor Dr. Rudolf Lann, Konsul Edgar Prochnik, Konsul Walter Mayerhauser, der Leiter des Pressendienstes Otto Böhl und als Vertreter des Telegraphen-Korrespondenzbureaus Dr. Josef C. Birtl.

Das Staatsamt für Heerwesen wird vertreten durch Oberst im Generalstab Karl Schneller, das Staatsamt für Finanzen durch Sektionsrat Dr. Viktor Brauneis und Oberfinanzrat Doktor Johann Bahauer,

und das Staatsamt für Verkehrswesen durch Postrat Dr. Otto Müller-Martini.

Als sachliche Berater werden den Verhandlungen beigezogen: für völkerrechtliche Fragen der Ministerpräsident a. D. Dr. Heinrich Lammasch, für die Angelegenheiten der Kriegsgefangenen General Rudolf Slatin, für Finanzfragen Präsident Professor Dr. Julius Landesberger, für Fragen der Geographie der Universitätsprofessor Dr. Robert Steger und für Statistisches Ministerialsekretär Dr. Wilhelm Wintler.

Als Vertreter der bestrittenen Gebiete werden an den Friedensverhandlungen teilnehmen: für Böhmen Landeshauptmann Doktor Rudolf Lodgman-Auen und Landeshauptmannstellvertreter Josef Seliger, für den Böhmerwaldgau Anton Klement, für das Sudetenland Landeshauptmann Dr. Robert Freißler, für Tirol die Mitglieder der Nationalversammlung Simon Abram und Dr. Franz Schumacher und der Landeshauptmannstellvertreter Dr. Paul Sternbach, für Vorarlberg Landeshauptmann Dr. Otto Ender, für Untersteiermark Dr. Franz Kamniker, für Kärnten Dr. Martin Wutte und Landesrat Vinzenz Schumy, und für Deutschwestungarn Dr. Ernst Beer.

Nach Bedarf und Fortschreiten der Verhandlungen werden zu den Beratungen der Friedenskonferenz noch andre Vertreter der Staatsämter und Experten einberufen werden, so daß die notwendigen Grundlagen für eine wirkliche Geltendmachung der deutschösterreichischen Interessen stets gegeben sein werden.

Das Staatsamt für Aeußeres hat sich an den Kreishauptmann für das Gebiet Südmähren gewendet mit dem Ersuchen, geeignete Persönlichkeiten für die Berufung als Experten für das Bnaimer Gebiet in Vorschlag zu bringen. Der Kreishauptmann hat, obwohl gegen seine Person öffentlich Bedenken erhoben werden sind, abgelehnt, jemand anders als sich selbst vorzuschlagen. Dadurch kam eine Berufung derzeit überhaupt nicht zustande, jedoch wird das Staatsamt vorzuziehen, daß ein geeigneter Experte nachreisen kann, sobald die Frage von Südmähren bei den Friedensverhandlungen zur Beratung kommt.

Die Entente und die Friedensverhandlungen mit Deutschösterreich.

Nach Mitteilungen aus Ententekreisen.

In Kreisen, die mit den hiesigen Ententemissionen Fühlung haben, ist man der Ansicht, daß die Entente wohl kein ausdrückliches Verbot des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland aussprechen, dagegen die Vorteile eines Nichtanschlusses in praktischer Weise demonstrieren möchten. Dies könne, nach Auffassung der Entente-Staaten, nur durch Friedensbedingungen erreicht werden, die Deutschösterreich bessere Aussichten für die Zukunft eröffnen als der Vertrag von Versailles dem Deutschen Reiche. Daß alle territorialen Wünsche Deutschösterreichs würden erfüllt werden, sei mehr als unwahrscheinlich, aber eine Aussprache über gewisse Punkte sei wohl möglich; dagegen werde man wahrscheinlich frachten, den Wiederaufbau des deutschösterreichischen Wirtschaftslebens nach Kräften zu fördern, da die Entente sich klar darüber sei, daß ein wirtschaftlicher Niederbruch des Landes der Idee der sofortigen Anlehnung an den stärkeren Nachbar mit Macht zum Durchbruch verhelfen würde. Bei einer Gebietsarrondierung, die vor allem den Ernährungs-schwierigkeiten Wiens Rechnung tragen würde, könne man auf das wohlwollende Verständnis der

Neues Wiener

Die Mitglieder der Friedensdelegation.

Das Telegraphen-Korrespondenzbureau schreibt: Als Bevollmächtigter Deutschösterreichs und verantwortlicher politischer Leiter führt Staatskanzler Dr. Renner die Friedensdelegation nach Saint-Germain. Er ist berechtigt, die Haltung der Delegierten entsprechend ihren von der Volksvertretung beschlossenen allgemeinen Richtlinien zu bestimmen und die Verhandlungen zu einem Abschluß zu bringen.

Als seine politischen Berater haben die Vertreter der Nationalversammlung die Abgeordneten Dr. Girtler und Dr. Schönbauer zu gelten. Diesem politischen Komitee untersteht das Komitee der Generalkommissäre, dem unter Leitung des Ministers a. D. Doktor Klein als Stellvertreter des Staatssekretärs für Aeußeres die Sektionschefs im Staatsamte für Aeußeres Peter (Rechtssektion), Eichhof (Politische Sektion) und Dr. Schüller (Handelspolitische Sektion) angehören.

Diese vier Generalkommissäre haben die Vorarbeiten für die Friedenskonferenz geleitet und durchgeführt und sind daher mit allen einschlägigen Fragen aufs innigste vertraut. Sie werden vom Bevollmächtigten Staatskanzler Dr. Renner zu den Einzelverhandlungen delegiert werden. Die Herren Legationsrat Frankenstein und Professor Dr. Lann, die ebenfalls an den Vorarbeiten beteiligt waren, werden ihnen zur Seite stehen.

Zu Sekretären der Friedensdelegation sind die Herren Konsul Prochnik, Konsul Slawatsch und Konsul Mayerhauser bestimmt.

Die übrigen Mitglieder der Delegation sind zum Teil Experten und Leiter des Nachrichtenendienstes für die Heimat und zum Teil Vertreter der bestrittenen Gebiete. Diese letzteren gelten als Vertrauensmänner ihrer engeren Landsleute und gleichzeitig als Sachverständige in den Fragen, die die Abgrenzung

Vom Belt bis Bozen!

Großdeutsche Kundgebungen in Wien.

Wenn Monsieur Allize wahrheitsgemäß nach Paris berichtet, dann muß er seinem Herrn und Meister Clemenceau mitteilen: Wien ist national erwacht! Die großdeutschen Kundgebungen am Sonntag legten so flamendes Bekenntnis zur völkischen Gemeinbürgerschaft ab, waren getragen von so echter Empfindung, daß alle Verschleierungstaktik der altjüdischen Presse umsonst ist. Mag auch das „Neue Wiener Journal“ mit Riesenlettern am Sonntag früh den Wienern verkünden: „Die Anschlussfrage erledigt,“ so hat der Verlauf der Versammlungen bewiesen, daß S o d a s B ü g e n k l i n k e v e r g e b e n s i n d; aber vergessen darf die arische Bevölkerung nie, wie unjagbar schädlich die Haltung der Hebräerpresse war in diesen entscheidenden Schicksalsstunden unseres Volkes! Tausende von Wienern strömten in die Versammlungen, Deutschnationalen, deutschsozialistische Arbeiter, Nationaldemokraten und auch bürgerliche Demokraten, die geistig noch nicht ganz verjudet sind. Wenn auch die christlichsoziale Partei leider keine Versammlung für den großdeutschen Gedanken abhielt — weil Rom und D a s b u r g ihn hassen — so waren doch in allen Versammlungen Christlichsoziale deutschen Blutes erschienen, denen das deutsche Herz diese Ehrenpflicht diktierte. Auch die Sozialdemokraten hielten massenhaft besuchte Versammlungen ab. Heute wollen wir uns der würdigeren Haltung der deutschen Arbeiter freuen, wir wollen vergessen, daß diese deutschen Brüder unter dem verderblichen Einfluß ihrer hebräischen Führer viel zu lange teilnahmslos beiseite standen. Das „Neue Montagblatt“ bringt ein bezeichnendes Spottbild: Den bis aufs Hemd ausgezogenen Scheidemann, in beiden Händen ratlos haltend „Vorwärts“ (Frieden ohne Annexionen!) und „Arbeiterzeitung“ (Frieden ohne Kontributionen!). Wilson aber spricht angesichts der raubenden Schnapphähne: „Eigentlich ist es gemein, daß wir den armen Kerl so a u s p l ü n d e r n. Hätte Scheidemanns Partei Deutschland in der entscheidenden Stunde nicht wehrlos gemacht, so wäre es für uns schief gegangen. Daß heute die Sozialdemokraten einsehen, wohin sie Deutschland durch ihren schmachvollen Volksverrat im November 1918 geführt haben, ist ein Beweis, daß die wahrhaft deutschen Arbeiter anders denken, als die hebräischen Führer, von denen die „zionistische Morgenzeitung“ mit Recht sagt, daß sie sich nur als Deutsche „gebärden“. Aber auch Austerlitz und seine Kassegenossen können den großdeutschen Gedanken nicht aufhalten, die Stimme des deutschen Volkes ist nicht zu überhören, kein Lippowitzer, kein Austerlitz ersticht das Gefühl der germanischen Gemeinbürgerschaft vom Belt bis Bozen!

Wir lassen die Berichte über die so glänzend verlaufenen Sonntagsversammlungen in Kürze folgen, da uns der leidige Raummangel Einschränkung auferlegt. Die Hauptsache ist: Der großdeutsche Gedanke marschiert!

Massenkundgebungen für den Anschluß an Deutschland.

Gestern vormittag fanden in Wien eine Reihe von Versammlungen statt, die alles, was in Wien deutsch fühlt, zu machtvollen und überwältigenden Kundgebungen für den Anschluß an das Deutsche Reich und gegen den Versailler Gewaltfrieden vereinigten. Die Versammlungen waren von den Deutschnationalen, den Sozialdemokraten und der bürgerlich-demokratischen Partei veranstaltet. Stimmung und Massenbesuch bewiesen, daß die Bevölkerung Wiens sich der einschneidenden Bedeutung dieser schicksalsschweren Tage wohl bewußt und daß sie in ihrer überwiegenden Mehrheit von der unerklärlichen Ueberzeugung durchdrungen ist, ihr Platz könne gerade jetzt, wo es um die Zukunft und den Fortbestand des ganzen deutschen Volkes geht, nur an der Seite der Brüder im Reich sein. Die Stadt der Phäntasmen der Vorkriegszeit, wie Wien so oft mit einer gewissen Veringschätzung genannt wurde, hat sich auch gestern wieder als das erwiesen, was sie seit jeher gewesen ist, als der Hort und Vorposten des Deutschtrums an der Donau. Sie hat gezeigt, daß sie sich ihre deutsche Zukunft nicht um das Unsegergericht dürftiger Zugeständnisse abhandeln lassen wird.

Die deutschnationalen Versammlungen.

Besonders eindrucksvoll gestalteten sich die Versammlungen der Deutschnationalen, die in der Gastwirtschaft Nagler am Rennweg und im Festsaal des Deutschen Schulvereins im 8. Bezirke stattfanden. Die Lokale konnten die Zahl der Erschienenen, unter denen man auch viele Offiziere bemerkte, kaum fassen. In der Versammlung im 8. Bezirke sprachen Prof. Partisch, Hauptschriftleiter Sedlatz, K. D. Wolf und Frau Pachery, auf der Landstraße die Herren Barnert, Dr. Blumel und Dr. Niesel (Nationalsozialistische Arbeiterpartei). Die Ausführungen der einzelnen Redner, die alle der Entrüstung über die dem deutschen Volke im Friedensvertrage gemachten Zumutungen sowie der Ueberzeugung Ausdruck gaben, daß nur der Anschluß Deutschösterreichs Zukunft retten könne, wedeten brausende Wellenstürme. Wir müssen es uns infolge Raummangels leider versagen, auf den Verlauf der Versammlungen näher einzugehen.

Andere Versammlungen.

Gestern vormittags haben auch die sozialdemokratische Partei und die bürgerlich-demokratische Partei Kundgebungen für den Anschluß an Deutschland und gegen den Versailler Gewaltfrieden veranstaltet. Die sozialdemokratischen Arbeiter versammelten sich im Rathaus und vor demselben. Hier wie in der Volkshalle sprachen zahlreiche Redner zur Menge. Alle verurteilten den Versailler Friedensvertragsentwurf. In der Volkshalle sprachen Abgeordneter Skaret, Vizebürgermeister Reumann, der Gesandte Professor Hartmann, Dr. Friedrich Adler und schließlich Landeshauptmann-Stellvertreter Seliger namens des deutschböhmischen Proletariats. Vor dem Rathause sprachen Unterstaatssekretär Glödel, die Abgeordneten Leuthner, Rieger, Sever, Volkert, Müller und Hillebrand.

Es wurde folgende Entschliessung angenommen: Die Versammlung des sozialdemokratischen Proletariats in Wien erklärt, niemals den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufzugeben und alle Kräfte einzusetzen, damit durch den Anschluß an Deutschland die volle Verwirklichung des Grundsatzes unserer Verfassung erfolge: Deutschösterreich ist ein Teil der deutschen Republik.

Um 11 Uhr war die Kundgebung zu Ende. Die Arbeiter marschierten in ihre Bezirke zurück.

Bei der Universität begrüßten die Arbeiter die dort schon versammelten Deutschnationalen mit Heilrufen, die stürmisch erwidert wurden.

Die Versammlung der bürgerlich-demokratischen Partei fand im Saale des Gewerbevereins statt. Eine Entschliessung drückt die Empörung der Versammlung gegen die schmachvollen Friedensbedingungen aus und die Solidarität mit den Volksgenossen im Reich fordert die endliche Vereinigung aller Deutschen Mitteleuropas zur Sicherung des künftigen Friedens.

Nationale Kundgebungen.

Teilnehmer an den Versammlungen zogen auf die Ringstraße und von da zunächst vor die tschecho-slowakische Gesandtschaft auf dem Lobkowitzplatz, wo sie nach Abingung der „Wacht am Rhein“ gegen die tschecho-slowakische Regierung und ihre Wiener Vertreter ihrer Mißbilligung und berechtigten Empörung in durchaus würdiger, entsprechender Form Ausdruck gaben. Der Vertreter des Gesandten Tuzar erschien bald darauf beim Staatssekretär für Aeußeres Dr. Bauer, bei dem er wegen dieser Demonstration Beschwerde führte. Der Staatssekretär gab natürlich seinem Bedauern über den Vorfall Ausdruck und verwies dabei auf die begreifliche, tiefgehende Erregung der Wiener Bevölkerung.

Eine andere Gruppe erschien vor dem Zeitungsgebäude des „Neuen Wiener Journals“ in der Viberstraße, sang „Deutschland, Deutschland über alles“ und machte ihrer Entrüstung über die bekannnte schmachliche Haltung dieses Blattes in drastischer Weise Luft.

Kundgebungen in der Provinz.

Aus Innsbruck, Salzburg, Linz und anderen Provinzialstädten lagen gleichfalls Berichte über Demonstrationsversammlungen der Parteien gegen den Pariser Gewaltfrieden, besonders gegen die gewaltsame Verhinderung des Anschlusses Deutschösterreichs an Deutschland, vor. Die Versammlungen verliefen überall ohne Störung.

Eine Ansprache Dr. Kenners.

Nach den Versammlungen der politischen Parteien erschien ein starker Zug von Versammlungsteilnehmern auch vor dem Gebäude der Staatskanzler. Staatskanzler Doktor Kenner betrat den Balkon und hielt folgende Ansprache:

In einer furchtbaren und traurigen Zeit haben Sie sich hier versammelt, um Zeugnis abzulegen für die Stimme Ihres Herzens und für die Stimme Ihres Blutes. (Lebhafte Heilrufe.) Das Schicksal trifft Völker und einzelne ohne Wahl, ohne Vermunft, die deutsche Nation in Europa — und es gibt nur eine einzige deutsche Nation (lebhaftes Heilrufen), ist heimgesucht worden von einem Schicksal, wie sie es in Jahrhunderten und Jahrtausenden nicht erlitten hat. Nach den gewaltigsten Anstrengungen, nach den ruhmvollsten Siegen eine Niederlage, welche der Nation die schwersten Opfer auferlegt. Wir wissen heute noch nicht, wie sich

Die Kundgebungen in der Anschlussfrage. Die Versammlung der bürgerlich-demokratischen Partei.

Wien, 12. Mai.

Die für gestern vormittag von der bürgerlich-demokratischen Partei in dem Saale des Gewerbevereines einberufene Versammlung wies einen zahlreichen Besuch auf. Es sprachen Vorsitzender Bizko, Marianne Hainisch und Dr. Sampe...

Die sozialdemokratischen Versammlungen.

Bei starkem Besuche hat heute vormittag die sozialdemokratische Parteileitung beim Rathaus eine Massenversammlung mit der Tagesordnung: Der Anschluss an Deutschland und das Selbstbestimmungsrecht der Völker veranstaltet.

Ueber die Versammlungen liegen folgende Berichte vor: Der Platz vor dem Rathaus war um 10 Uhr zur Hälfte von den dicht geschichteten Teilnehmern gefüllt. Sie hatten die Säulen und die Arkaden besetzt. Von der Turmuhr aus und von den beiden Plateaus oberhalb der Freitreppe sprach eine Anzahl von Rednern...

Dawald Hillebrand, der von der Tribüne zur linken Seite des Turmes sprach, sagte, vergeblich habe die sozialdemokratische Partei vor dem Kriege gewarnt und vergeblich war sie bemüht, den Frieden zu erhalten. Nunmehr soll über das deutsche Volk furchtbares Schmach gebracht werden...

Abgeordneter Leuthner führte aus, die Nachricht aus Paris über das Friedensangebot hat das gesamte deutsche Volk mit tiefster Erbitterung und Empörung erfüllt. Wenn dieser Friede zur Wahrheit wird, hat Deutschland als selb-

ständiger Staat aufgehört zu bestehen. Die Folge eines solchen Friedens werde sein, daß der Zustand, der sich im letzten Jahre eingestellt habe, ein dauernder werde. Nur in Gehirnen von Bestien konnten solche Friedensbedingungen entstehen.

Abgeordneter Kieger erklärte, das Proletariat werde sich nicht von den Diplomaten der Entente verschachern lassen, der Tag muß kommen, an dem Deutschösterreich mit dem Deutschen Reich vereinigt sein wird. Wir schwören, nicht früher vom Kampfe abzulassen, bis das Ziel erreicht ist.

Auf der rechten Seite sprachen die Abgeordneten Volkert, Müller und Unterstaatssekretär Giedel, deren Ausführungen gleichfalls mit begeisterten Zustimmungskundgebungen aufgenommen wurden. Um 11 Uhr war die eindrucksvolle Kundgebung, die einen würdigen Verlauf nahm, zu Ende.

Zu der Volkshalle.

Lange vor 10 Uhr war die Volkshalle bis auf das letzte Plätzchen gefüllt. Abg. Starck eröffnete die Versammlung mit einer Ansprache, in der er sagte: Durch viereinhalb Jahre haben die Vertreter der Ententemächte uns wissen lassen, daß sie diesen Krieg führen im Namen der Gerechtigkeit, der Befreiung der Nationen, des Selbstbestimmungsrechtes der Völker.

Bürgermeister Reumann begrüßte die Versammlung im Namen der Gemeindeverwaltung Wiens als Vertreter der gegenwärtigen Minorität, die nach der Rekonstitution zur Majorität wird. Die Behinderung des Anschlusses an Deutschland würde bedeuten, daß die Industrie in Wien sich nicht entwickeln und das Heer der Arbeitslosen nicht abgebaut werden könnte.

Gefandter Professor Hartmann führte aus, daß nach dem Sturze der Dynastie Habsburg und Hohenzollern die Ursache der Spaltung Deutschlands weggefallen sei. Die Demokratie verlangt diese Einigung, sie ist eine historische Notwendigkeit (bei diesen Worten erschienen vier Fahnenträger mit mächtigen roten Fahnen auf der Estrade).

Es gibt heute genug Leute, die unter der Maske des Anschlusses eine Antianschlusspolitik machen, und das sind die Geheulisten. Wir dürfen uns auch nicht einschüchtern lassen von den Fejunisten, die da sagen: Alles umsonst, wir müssen tun, was die Entente will. In dem Friedensdokument wird der Anschluss gar nicht verboten, Deutschland hat nur unsere Unabhängigkeit anzuerkennen, die es nie bedroht hat.

Abg. Dr. Friedrich Adler bemerkte einleitend, daß er und Dr. Hartmann während des Krieges weit auseinander gestanden seien. Er war, sagte Redner, am äußersten rechten, ich am äußersten linken Flügel, aber in einem Punkte waren wir während jeder Minute dieses Krieges einig: In dem Abscheu gegen alle Annexionen und in dem Bekenntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.

tung. Von dem Schlagwort, daß das alte Österreich ein Sinnbild der Internationale war, dürfen wir uns nicht irreführen lassen, es war ein Sinnbild der Vergewaltigung aller Völker.

Landeshauptmann Stellvertreter von Deutschböhmen Seliger sagte: Der Friede in Paris wird nicht ein System der Freiheit und des Rechtes begründen, sondern ein solches der Gewalt. Nur eine Kraft kann ihn stützen, die Kraft des internationalen Proletariats.

Auf Antrag des Vorsitzenden Starck wurde einstimmig folgende Resolution beschlossen: Die heute tagende Versammlung des sozialdemokratischen Proletariats in Wien erklärt, niemals den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufzugeben und alle Kräfte einzusetzen, damit durch den Anschluß an Deutschland die volle Verwirklichung des Grundsatzes unserer Verfassung erfolge: Deutschösterreich ist ein Teil der deutschen Republik.

Die deutschnationalen Versammlungen.

In der Versammlung des Nationaldemokratischen Volksvereines beim Ronacher wurde folgende Entschliessung angenommen: Unter schmachlichem Druck der von der Entente gegebenen Zusicherung, den Weltfrieden auf Grundlage der 14 Punkte Wilsons zu schließen, soll das deutsche Volk unter das Joch eines Gewaltfriedens gezwungen werden, der es mit Vernichtung und dauernder Verkrüppelung bedroht.

Auf Anregung des Hilfsvereines für Deutschböhmen und Sudetenland wurde gestern im großen Saale des Wiener Konzerthauses unter Mitwirkung des Wiener Männergesangsvereines und des Schubertbund eine Trauerfeier für die gefallenen deutschen Volksgenossen veranstaltet. Der Saal war dicht gefüllt.

Landeshauptmann Dr. Lodgman ergriff das Wort und führte unter anderm aus: Was man von Paris hört, bedeutet die Vernichtung des deutschen Volkes und müßte den Glauben an seine Zukunft zunichte machen. Aber die Friedenskonferenz kann nur vorläufig über unser Schicksal, niemals aber über unsere Zukunft entscheiden.

Professor Wollan dankte im Namen des Hilfsvereines für Deutschböhmen und Sudetenland für das zahlreiche Erscheinen, das nicht nur eine Kundgebung gegen die Vergewaltigung der Deutschen, sondern für die deutsche Sache überhaupt bedeute, die eine gemeinsame Sache sei.

Professor Kaindl vertrat den großdeutschen Gedanken und wies darauf hin, daß heute Tausende und aber Tausende für diesen Gedanken demonstrieren. Er gedachte dann der gefallenen deutschen Volksgenossen und der gebrachten großen Opfer, aus welchen das deutsche Volk neue Kraft für seine Zukunft schöpfen werde.

Nach Schluß der deutschnationalen Versammlung im Ronacherfoal demonstrierte ein Teil der Versammelten in der Diberstraße vor dem Gebäude des „Neuen Wiener Journal“.

Demonstration vor der czecho-slowakischen Gesandtschaft auf dem Lobkowitzplatz.

In der deutschnationalen Versammlung, die für den Anschluß Stellung genommen hatte und unter deren Leitung sich zahlreiche Couleurjudenken sowie ehemalige Offiziere befanden, war die Parole ausgegeben worden, einen Umzug über die Ringstraße zu veranstalten und später auf dem Lobkowitzplatz vor dem Gebäude der czecho-slowakischen Gesandtschaft zu demonstrieren.

Das Gesandtschaftsgebäude war bei allen Zugängen durch einen Kordon geschützt, und in der Dorotheergasse stand eine größere Bereitschaft der Wache, die jedoch nicht einschreiten mußte.

Ueber den Verlauf der Demonstration vor dem Palais Lobkowitz wurde von czecho-slowakischer Seite dem Ministerium für auswärtige Angelegenheiten in Prag Bericht erstattet, worauf das Amt dem Wiener Bevollmächtigten den Auftrag gab, zu protestieren, geeignete Maßnahmen gegen eine Wiederholung solcher Vorfälle zu verlangen und die strenge Verfolgung der Schuldigen zu heischen.

Entschuldigung des Staatssekretärs Dr. Bauer.

In Vertretung des Bevollmächtigten der czecho-slowakischen Republik begab sich Sektionsrat Sazarik zum Staatssekretär Dr. Bauer, um Genugtuung zu verlangen.

Staatssekretär Dr. Bauer antwortete über den Vorfall seine Bedauern, und erklärte, daß die Demonstrationen durch die Erregung hervorgerufen seien, in der sich die deutsche Feindseligkeit befindet. Die Wiener Bevölkerung hege, bis auf ganz wenige Ausnahmen, keine feindschaftlichen Gefühle gegen die czecho-slowakische Republik.

ost. stimmen.

täglich einmaliger Postausendung
Morgenbl. allein: monatl. K 6.—
vierteljährlich . 18.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich K 8.—
vierteljährlich 24.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich K 9.—
vierteljährlich 27.—
Bei täglich zweimaliger Post-
ausendung
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
monatlich K 8.70
vierteljährlich 26.—
Morgenblatt, Wiener Stimmen
und Neues Montagblatt
monatlich K 9.70
vierteljährlich 29.—
Für Deutschland:
Morgenblatt allein:
vierteljährlich K 23.—
Morgenblatt u. Wiener Stimmen
vierteljährlich K 29.—

XXVI. Jahrgang

in Steiermark.

raten im Grazer Gemeinderate!

Anschlußfrage und Deutschösterreichs Schicksal.

Mitteilungen des Gesandten Hartmann über die Anbote der Sieger.

In einer gestern vormittag von den Sozialdemokraten in und vor dem Wiener Rathhause abgehaltenen Versammlung machte der deutschösterreichische Gesandte in Berlin Dr. Ludo Hartmann nach dem Berichte der Corr. Papp. über die Stellung der Westmächte zur Anschlußfrage folgende aufsehenerregende Mitteilungen:

„Man hat uns allerlei provisorische Lösungen vorgeschlagen, man hat uns gesagt: Wir werden euch alles schenken. Man verspricht uns Milliarden, man verspricht uns Südtirol auf Kosten der Italiener (!), jeder verspricht uns etwas auf Kosten des andern. Um ein paar Milliarden wollen wir nicht unsere Zukunft verkaufen.“

Der Gesandte, dessen Behauptung, daß man uns unser Südtirol „auf Kosten der Italiener“ verspreche, geeignet ist, nicht nur in Tirol, sondern in allen deutschführenden Kreisen die größte Entrüstung hervorzurufen, fügte hinzu: „Um ein paar Milliarden wollen wir nicht unsere Zukunft verkaufen.“ Auch machte er über den wahren Beweggrund der sehr jungen Deutschlandbegeisterung unserer Sozialdemokratie, die man übrigens aus Bauers Aufsätzen im letzten Herbst zur Genüge kennt, in seiner Rede ein bedeutendes Geständnis; während nämlich vier Fahnen-träger mit mächtigen roten Fahnen auf der Estrade erschienen, erklärte der deutschösterreichische Gesandte in Berlin Dr. Hartmann:

„Der Anschluß Deutschösterreichs an das Deutsche Reich soll sich unter dem Zeichen der roten Fahne vollziehen.“

In der gleichen Versammlung erklärte Abg. Doktor Friedrich Adler, derselbe, der im Herbst in einer Rede den Sieg der Entente und den Zusammenbruch des „deutschen Militarismus“ (nämlich der deutschen Wehrkraft) mit großer Begeisterung begrüßt hat: „Wir sind und bleiben international.“

Die Zusammenschlußpolitik der sozialdemokratischen Führer, die wohl unterschieden werden muß, von der Zusammenschlußsehnsucht der übrigen Deutschösterreicher, hat mit dem nationalen Interesse nichts zu tun, sondern wird ausschließlich aus Parteigründen betrieben. Nicht die schwarz-rot-goldene, sondern die rote Fahne ist für die Hartmann, Adler, Bauer und Genossen maßgebend. Für die rote Fahne schlägt Hartmann die Milliarden und Südtirol und andere Dinge, deren Besitz Deutschösterreich im Falle seiner Selbstständigkeit zugesichert werden, großmütig aus; er pfeift auf die Milliarden und läßt bereitwillig Südtirol den Italienern und die andern uns zugesagten Gebiete den andern, den Tschechen, Magyaren und Jugoslawen. Alles der roten Fahne wegen! Deutschösterreich kann wirtschaftlich und finanziell zugrunde gehen, kann zerrissen und zerstückt werden, kann verelenden und verhungern, wenn nur die rote Fahne flattert. Es ist Deutschösterreichs Sterbefahne.

Unsere Friedensverhandlungen

Die heutige Abreise der Delegierten Deutschösterreichs.

Heute abend erfolgt die Abreise unserer Friedensdelegation nach Frankreich. Staatskanzler Dr. Renner hatte vor seiner Abreise nach St. Germain en Laye als Bevollmächtigter bei den Friedensverhandlungen gestern die Vertreter der vier alliierten Mächte empfangen, um mit ihnen über die bevorstehenden Verhandlungen einen Gedankenaustausch zu pflegen und gewisse Einzelheiten der Verhandlungen zu besprechen.

Um halb 10 Uhr vormittags erschien in Vertretung des von Wien abwesenden Sir Thomas Cuninghame der britische Konsul Philips, um 10 Uhr vormittags für die amerikanische Vertretung Prof. Coobidge, um halb 11 Uhr der italienische Vertreter Mario Bivalba und um 11 Uhr der französische Botschafter Mr. Allize. Herr Allize versprach der deutschösterreichischen Delegation in Paris die Wege zu ebnen, und teilte dem Staatskanzler mit, daß Herr Pinault von der französischen Gesandtschaft mit dem Staatskanzler zusammen die Reise nach Paris machen werde.

Von der italienischen Mission dürfte General Alberti gleichfalls nach Paris gehen. Die deutschösterreichischen Friedensdelegierten werden heute Montag um 7 Uhr 20 Minuten abends vom Westbahnhof abreisen.

Der Staatskanzler über Deutschösterreichs Aussichten.

Vom Balkon der Staatskanzlei aus hielt gestern mittag Staatskanzler Dr. Renner, der Führer unserer Friedensdelegation, die heute abend nach Saint Germain en Laye abreist, an eine Menge, die ihm die in einer vormittägigen Versammlung beschlossene Entschliebung mitgeteilt hatte, eine Ansprache, in der er u. a. sagte:

Die deutsche Nation ist heimgesucht worden von einem Schicksal, wie sie es in Jahrhunderten und Jahrtausenden nicht erlitten hat. Nach den gewaltigsten Anstrengungen, nach den ruhmvollsten Siegen eine Niederlage (die von Dr. Adler und Genossen bejubelt, ja mit verschuldet worden ist!), welche der Nation die schwersten Opfer auferlegt. Wir wissen heute noch nicht, wie sich Deutschland entschließt. Aber wir müssen eines verstehen: Wenn auch der Kelch des Leidens noch so bitter ist, unsere deutsche Seele und unser deutsches Wesen werden wir nicht preisgeben. Wenn ich nach Paris gehe, so gehe ich in dem ernstesten Gedanken, für unsere Volkswirtschaft zu retten, was in der furchtbaren Stunde zu retten ist. Unser deutschösterreichisches Staatswesen ist wirtschaftlich in der furchtbarsten Bedrängnis. Die Uebermacht kann uns zu manchem zwingen, was unser Herzenswunsch nie und nimmer sein kann. Wir werden den Frieden nicht bekommen, den wir erwartet haben. Wir sind heute in dem Zustand der tiefsten Erniedrigung. Aber so wahr der weltfällige Frieden zerrissen worden ist, so wird dieser Friede nicht das letzte Wort der Geschichte sein.

Schließlich hat der Kanzler die Anwesenden, in dem Gedanken fest zu bleiben, daß unsere Nationsgemeinschaft, die im Jahre 1866 zerrissen worden ist, aufrecht erhalten wird, daß das Selbstbestimmungsrecht unverzichtbar und unverjährbar ist, daß „wir uns das ewige Recht wieder holen werden, und sei es von den Sternen“.

Großer Sieg der Christlichsozialen in Steiermark.

Mißerfolg der Sozialdemokraten, Zusammenbruch des Freisinn.

Graz, 12. Mai. (Eigenbericht.) Das Ergebnis der gestrigen Wahlen in den steirischen Landtag und in den Grazer Gemeinderat, soweit es bisher vorliegt, bedeutet einen glänzenden Sieg der Christlichsozialen, eine schwere Niederlage der Sozialdemokraten und den völligen Zusammenbruch der Deutschdemokraten.

Bekanntlich waren in den vier Wahlkreisen für den Landtag 70 Mandate zu besetzen, und zwar in Graz und Umgebung 16, in Obersteiermark 20, Oststeiermark 13, Mittel- und Untersteiermark 21 Mandate. Für den Grazer Gemeinderat waren 48 Mandate zu besetzen. Nach den bisher vorliegenden Berichten der Kommissionen scheinen in den Landtag gewählt zu sein: 36 Christlichsoziale, 24 Sozialdemokraten, 8 Bauernbündler und 2 Deutschdemokraten. Bemerkenswert ist die Verteilung auf die Wahlkreise: Es wurden gewählt im

Für das Selbstbestimmungsrecht und den Anschluß.

Die Massenversammlung in und vor dem Rathaus.

Gestern hat die Wiener Arbeiterklasse kundgegeben, daß sie wie immer auch jetzt das Selbstbestimmungsrecht für die Völker fordert...

So bot der Rathausplatz wieder das Bild einer gewaltigen Demonstration. Tausende, Kopf an Kopf, alle besetzt von demselben Gedanken.

Es sprach an verschiedenen Stellen des weiten Platzes Klina, Bauer, Giedel, Hartmann, Sill, Brand, Janetz, Dethner, Rudolf Müller, Sever, Volkert und Liebnerhofer.

Vorsitzender Staret:

Durch vierzehnjährige Jahre haben uns die Vertreter der Entente in den verschiedensten Formen wissen lassen, daß sie den Krieg nur im Namen der Gerechtigkeit...

Bürgermeister Neumann:

In Namen der sozialistischen Gemeinderäte begrüße ich Sie in diesem Hause. Wir schließen uns Ihrem Protest an.

Dr. Ludo Hartmann:

Wir haben uns gestern, als wir im November am Grabe des alten Oesterreich standen. Wir wollen deshalb nicht, daß es wieder aufstehe!

Als die Kronen zu Boden kollerten.

War es selbstverständlich, daß sich der Wunsch nach Einheit in allen Teilen Deutschlands erhob.

Wir verlangen unser Selbstbestimmungsrecht, um den wahren Frieden in Europa zu sichern. Man erzählt uns von verschiedenen Versprechungen...

Lassen Sie sich nicht einschüchtern von den pessimistischen, die sagen: „Es ist alles umsonst, denn die Entente beschließt und was sie beschließt, müssen wir tun.“

Wir können also den Anschluß vollziehen.

Wenn wir ein Plebiszit veranstalten und es für den Anschluß ausfällt, da möchte ich den Völkern sehen, der ihn uns verbietet!

Dr. Friedrich Adler:

Wohl in dem schwersten Augenblick, den wir in den schrecklichen fünf Jahren des Krieges erlebt haben, treten wir heute zusammen.

Bekanntnis zum Selbstbestimmungsrecht der Völker.

Nun stehen wir wieder in einer Lage, wo die Verlockungen, konjunkturpolitisch zu machen, sehr groß sind. Diejenigen, die immer nur den Moment betrachten...

Aus dem, was sich nun vollzieht, werden zwei Konsequenzen gezogen. Die einen, die Imperialisten...

Wir aber als Sozialisten wissen: Wer immer in diesem Kriege gestiftet hätte, es wäre ein Sieg des Imperialismus gewesen.

Wir sind und bleiben Internationale und daraus folgt die Notwendigkeit, für den nationalen Zusammenbruch einzutreten.

Die gemeinsame Sprache, die gemeinsame Kultur.

Sie verbindet aber Deutschösterreich mit Deutschland. Diese Gedanken haben Karl Marx und Friedrich Engels, August Bebel und Wilhelm Liebknecht vertreten.

das alte Habsburgerreich begraben

'ein soll, (Doblinger Beifall.) Andere sagen: Das Wirtschaftliche ist das Wichtigste! Freilich, doch der Mensch lebt nicht vom Brot allein...

Täuschen wir uns aber nicht, daß diese Hülfe nicht allzuzeit sein kann.

Wir werden uns aber nicht, daß diese Hülfe nicht allzuzeit sein kann. Über es ist trotzdem eine Freude...

Seliger (Landeshauptmannstellvertreter Deutschböhmen):

Der Friede, der in Paris geschlossen werden soll, der wird in Europa nicht ein System des Rechtes und der Freiheit errichten...

deutschböhmische Proletariat!) Im Namen des deutschböhmischen Proletariats gelobe ich euch in dieser Stunde: Wir bleiben treu...

Der Beschluß.

Die Versammlung beschloß nun einstimmig und unter großem Beifall folgende Resolution:

Die Massenversammlung des sozialdemokratischen Proletariats in Wien erklärt, daß sie niemals den Kampf für das Selbstbestimmungsrecht der Völker aufgeben wird...

In Begeisterung, weil eben getragen von dem Bewußtsein, daß das wirkliche Recht nicht untergehen kann...

Eine Rundgebung der Deutschnationalen.

Auch die Deutschnationalen hielten eine Versammlung zu Gunsten des Anschlusses und gegen den Staatstanzel.

Das Tscheko-Slovakische Pressbüro meldet weiter über die deutschnationale Rundgebung: Eine Gruppe der Demonstranten...

Rundgebung in Wiener-Neustadt.

Wiener-Neustadt, 11. Mai. (Tel. d. Arb.-Stg.) Die Demonstrationsversammlung gegen den Gewaltfrieden von Paris gestaltete sich zu einer überaus eindrucksvollen Rundgebung...

Rundgebung in Linz.

Lin., 11. Mai. Mitten im Wahlkampf für die in acht Tagen stattfindenden Landtagswahlen haben sich heute alle drei politischen Parteien des Landes zusammengefunden...

Rundgebungen in Tirol.

Immerndorf, 11. Mai. (Tel. d. Arb.-Stg.) In allen nichtbesetzten Städten des Landes waren heute große Volkskundgebungen für den Anschluß...

Vorarlberg für Anschlußverhandlungen mit der Schweiz.

80 Prozent bei der Volksabstimmung für die Einleitung von Verhandlungen.

Wien, 12. Mai.

Die Bevölkerung von Vorarlberg hatte gestern über die Frage zu entscheiden, ob sie wünsche, daß der Landesrat der Schweizer Bundesregierung die Absicht, in die Eidgenossenschaft einzutreten, bekanntgebe und mit der Bundesregierung Verhandlungen beginne. Das endgültige Ergebnis dieser Abstimmung liegt noch nicht vor, doch wird angenommen, daß etwa 80 Prozent der Stimmberechtigten die ihnen vorgelegte Frage bejaht haben.

Vorarlberg hat sich im März dieses Jahres eine Verfassung gegeben, deren grundlegende Bestimmungen lauten: „Das Land ist selbständig, soweit seine Selbstständigkeit nicht durch die Verfassung des Bundesstaates beschränkt ist; es übt als selbständiges Land alle Rechte aus, die nicht ausdrücklich der Gewalt des Bundesstaates vorbehalten sind. Die gesetzgebende Gewalt und die Vollzugsgewalt des Landes stehen der Gesamtheit des Vorarlberger Volkes zu. Sie wird ausgeübt teils unmittelbar durch Abstimmung des Volkes, teils mittelbar durch Landtag, Landesrat und Landesregierung. Alle Gesetze, die nicht dringlicher Natur sind, unterliegen der Abstimmung des Volkes, wenn binnen 21 Tagen nach dem Erlassen des Gesetzes 10.000 Wähler, deren Stimmberechtigung beglaubigt ist, unterschriftlich die Abstimmung verlangen. Der Landtag ist befugt, über die Aufnahme einzelner Grundstücke in ein zu erlassendes Gesetz eine Volksabstimmung ergehen zu lassen. Das Recht des Volksbegehrens umfaßt das Verlangen auf Erlass oder Aufhebung oder Abänderung eines Gesetzes oder auf Abänderung einzelner Teile der Verfassung oder der ganzen Verfassung. Ein Volksbegehren muß zur Abstimmung gebracht werden, wenn es von mindestens 15.000 Wählern unterschriftlich gestellt wird. Dem Landtag steht das Recht zu, neben dem aus der Mitte des Volkes gestellten Auftrage gleichzeitig eigene Anträge auf Verwerfung des Vorschlages oder auf dessen abgeänderte Fassung zu stellen. Die Wahl und die Volksabstimmungen sind allgemein geheim und direkt. Bei allen Volksabstimmungen entscheidet die absolute Mehrheit.“

Auf Grund dieser Verfassung hat die Vorarlberger Landesversammlung die Volksabstimmung über die Frage der Verhandlungen mit der Schweiz angeordnet. In dem Beschlusse wurde ausgesprochen, die Zustimmung habe nur den Sinn, daß der Abstimmende grundsätzlich den Wunsch der Aufnahme des Landes in die Eidgenossenschaft hege, daß aber die Bedingungen der Aufnahme erst durch Verhandlungen festgestellt werden und dann eine neuerliche Volksabstimmung endgültig entscheiden soll, ob unter den vereinbarten Bedingungen der Anschluß vollzogen werde oder nicht. Den verschiedenen Ständen im Lande wurde zugesagt, daß sie Gelegenheit haben werden, Einfluß auf die Verhandlungen zu nehmen. Vom Werbeausschusse für den Anschluß an die Schweiz wurde in der Agitation besonders hervorgehoben, daß erst die zweite Abstimmung die wirkliche Entscheidung bringen werde. Es wurde hinzugefügt, daß die Schweiz nur dann bereit sei, der Frage näherzutreten, wenn das Vorarlberger Volk mit ausgesprochener großer Mehrheit sich für den Anschluß ausspreche. Nur ein Ja, das niemanden binde, öffne den Weg zu Verhandlungen, in denen sich zeigen werde, ob Vorarlberg annehmbare Bedingungen geboten werden. Das Ergebnis der Abstimmung ist einigermaßen überraschend, weil im Lande das sogenannte Schwabenkapitel eine große Propagandatätigkeit für den Anschluß an Württemberg entfaltet hatte. Von dieser Seite wurde geltend gemacht, daß die hoch entwickelte

Industrie Vorarlbergs durch den Anschluß an die Schweiz Schaden nehmen müsse und daß auch aus nationalen Gründen eine Verbindung mit Württemberg vorteilhafter wäre. In einer großen Versammlung, die vor einigen Tagen in Bregenz stattfand, waren die Anhänger dieser letzteren Anschauung in der Mehrheit.

Vorarlberg hat einen Flächenraum von 2602 Quadratkilometer mit einer Bevölkerung von 145.000 Einwohnern. Das Land hat eine bedeutende Industrie, hauptsächlich Baumwollspinnereien, Webereien und Stickerereien. Auch die Viehzucht ist ein wichtiger Erwerbszweig. Kaiser Josef II. hat das Gebiet unbeschadet seiner selbständigen Verfassung im Jahre 1782 mit Tirol vereinigt. Durch den Preßburger Frieden vom Jahre 1805 kam es mit Nordtirol an Bayern, 1814 aber wieder an Oesterreich. In der konstituierenden Nationalversammlung ist Vorarlberg durch vier Abgeordnete vertreten, von denen drei der christlichsozialen und einer der sozialdemokratischen Partei angehören. Der Landtag, der aus 30 Abgeordneten besteht, setzt sich aus 22 Christlichsozialen, 5 Sozialdemokraten, 2 Deutschfreiwirtschaftlichen und einem Mitgliede der unabhängigen Bauernpartei zusammen.

Bevölkerung und Gewerbeverhältnisse in Vorarlberg.

Vorarlberg hat einen Flächeninhalt von 260.203 Hektar und nach der letzten Volkszählung vom Jahre 1910 eine Bevölkerung von 145.408 Einwohnern. Davon waren 126.743 Deutsche und 5857 Italiener. Von der Bevölkerung Vorarlbergs waren 46.018 in der Land- und Forstwirtschaft, 61.058 in Industrie und Gewerbe, 16.907 in Handel und Verkehr und 18.425 im öffentlichen Dienst sowie in freien Berufen tätig. Das gesamte Ackerland hatte 1912 Hektar. Dazu traten 52.137 Hektar in Wiesen und 3187 Hektar in Alpwiesen. Von Bodenfrüchten wurden insbesondere im Durchschnitt der letzten zehn Friedensjahre 1883 Meterzentner Weizen, 1407 Meterzentner Roggen, 2024 Meterzentner Gerste, 3059 Meterzentner Hafer und 12.110 Meterzentner Mais erzielt. Der Obstbau war beträchtlich, das im Lande gewonnene Obst wurde aber nicht verkauft, sondern zur Most- und Brautweinbereitung verwendet. Die Waldfläche Vorarlbergs beträgt 67.475 Hektar. Die letzte Viehzählung vor dem Kriege ergab 3243 Pferde, 58.592 Küder, 10.265 Riegen, 17.131 Schweine, 4686 Schafe. Eisen und Kohle hat das Land nicht, dagegen ein bedeutendes Torfvorkommen.

Vorarlberg ist seit Jahren ein Industrieland. Nach der letzten Gewerbezählung befanden sich im Lande unmittelbar vor Kriegsausbruch 241 Fabriken und 10.458 gewerbmäßige Betriebe. Danach entfielen auf je 100.000 Einwohner 9010 Gewerbetreibende, das ist beinahe mehr als in irgend einem der übrigen Kronländer. Hier machte sich die unmittelbare Nähe der Schweiz geltend. Vorarlberg hat eine reiche Baumwollindustrie und namentlich eine hochentwickelte Maschinisterei, welche nach den siebziger Jahren an Stelle der früher weit verbreiteten Handweberei getreten war. Der Hauptteil aller gewerblichen Tätigkeit ist das Illtal und besonders das Rheintal von Feldkirch bis Bregenz. Auch die Hausindustrie hat zahlreiche Siedelungen, namentlich die hausindustrielle Vorhangstickererei im Bregenzer Wald und im Montafon. Dornbirn hat größere Eisengießereien und Maschinenfabriken, Bludenz erzeugt weitbekannte Emailöfen. Ferner bestehen im Lande 45 Anlagen zur Erzeugung von Dampfmaschinen, Motoren und Maschinen; in Bludenz ist eine bedeutende Uhrenfabrik, in Altstadt eine große Orgelfabrik. Die Vorarlberger Textilindustrie hat gegen 3000 Betriebe, vorwiegend Spinnereien für Seide und Halbschleide, Schafwoll- und Baumwoll-

spinnereien und Webereien, welche gegen 250.000 Feinspindeln und 20.000 Webstühle beschäftigt und ihre Fabrikate nach den Südbalkanländern und bis nach Ungarn und den südlichen Ländern verkauft haben. Die Strick- und Wirkwarenindustrie umfaßt zwanzig Unternehmungen, darunter mehrere große Fabriken. Die Vorarlberger Stickererei war vor dem Kriege in 2625 gewerblichen Unternehmungen vereinigt. Die größten davon sind in Lustenau, Höchst, Dornbirn, Hohenems, Sulz und Ranzina. Die Hälfte der Produktion wurde über die Schweiz nach Amerika, ein Viertel nach England und Kanada verkauft. Die Kettenstickererei hatte gegen 4000 Maschinen beschäftigt.

Das Ergebnis der Abstimmung in Vorarlberg.

Bregenz, 11. Mai.

Bei der heute in Vorarlberg stattfindenden Volksabstimmung, die darüber entscheidet, ob die Landesregierung mit Bern Verhandlungen über einen Anschluß des Landes an die Schweiz einleiten soll oder nicht, wurden von den 120 Gemeinden des Landes bis halb 8 Uhr abends in 81 Gemeinden 41.442 Stimmen mit Ja und 10.591 Stimmen mit Nein abgegeben, beziehungsweise 79,7 Prozent mit Ja und 20,3 Prozent mit Nein. Da von den ausschlaggebenden Gemeinden des Landes bereits das Abstimmungsergebnis vorliegt, dürfte eine wesentliche Abänderung des Verhältnisses durch Stimmen der noch ausstehenden, größtenteils anschlussfreundlichen Gemeinden nicht zu erwarten sein. Voraussichtlich wird das Ergebnis 80 Prozent mit Ja und 20 Prozent mit Nein sein.

Eine Erklärung der Schweizer Regierung.

Bregenz, 11. Mai.

Wie von zuständiger Stelle mitgeteilt wird, hat die schweizerische Regierung erklärt, daß, wenn die ausgesprochene Mehrheit des Vorarlberger Volkes für den Anschluß an die Schweiz stimme, die Bundesregierung die Anschließfrage prüfen werde. Die heutige Volksabstimmung hat nur den Sinn, daß die für den Anschluß stimmenden Verhandlungen mit der Schweiz wünschen, sich aber die endgültige Entscheidung bis zur eventuellen zweiten Abstimmung nach den Verhandlungen vorbehalten. Vorarlberg präjudiziert sich also mit dieser Abstimmung nicht, wie auch die Schweiz noch die Freiheit der Entscheidung hat.

Die Vorarlberger Frage und die Entente.

Wien, 12. Mai.

Von einer parlamentarischen Korrespondenz wird berichtet: Es ist sehr fraglich, ob Frankreich und Italien dem Anschlusse Vorarlbergs an die Schweiz zustimmen werden. Wie verlautet, sehen es diese beiden Staaten nicht gern, daß das deutsche Element in der Schweiz so gestärkt werde, wie dies beim Anschlusse Vorarlbergs an die Schweiz der Fall wäre. Es werden Stimmen laut, die wissen wollen, daß Frankreich und Italien nur dann dem Anschlusse ihre Zustimmung geben würden, wenn an ersteres Neuchâtel und an letzteres der Kanton Tessin abgetreten würden.

Die Zukunft Vorarlbergs.

Von einer politischen Persönlichkeit des Landes.

Wien, 13. Mai.

Von einer politischen Persönlichkeit Vorarlbergs, die heute in Wien eingetroffen ist, erfahren wir über die am Sonntag durchgeführte Volksabstimmung des Landes:

Das Abstimmungsergebnis, 80 Prozent der Bevölkerung für die Einleitung von Anschlussverhandlungen mit der Schweiz und 20 Prozent dagegen, entspricht den augenblicklichen Stimmungen im Lande, es darf aber dabei nicht vergessen werden, daß diese augenblicklichen Stimmungen ganz außerordentlich unter dem Eindrucke der großen politischen Ereignisse des Tages stehen. Auf der einen Seite mußte beargwöhnlich die Veröffentlichung des Versailler Friedensvertrages eine tief eingreifende Wirkung ausüben, auf der anderen Seite stand die wenn auch vorläufig nur bedingte Selbständigkeitserklärung Tirols, die bei ihrer Verwirklichung das Land Vorarlberg vollkommen von Deutschösterreich losrennen würde. Dazwischen kommt die nicht nur in Vorarlberg, sondern in allen Ländern stark zutage tretende Tendenz gegen Wien. Nicht vergessen darf man schließlich auch, daß Vorarlberg seit jeher starke persönliche und wirtschaftliche Verbindungen mit der Schweiz unterhält und daß diese Verbindungen gerade in den letzten Kriegsjahren noch wesentlich enger gestaltet wurden. Eine Volksabstimmung hätte also wohl auch schon vor etlichen Monaten eine Mehrheit für die Einleitung von Anschlussverhandlungen mit der Schweiz ergeben, nur wäre diese Mehrheit vor dem Bekanntwerden des Friedensvertragsentwurfes mit Deutschland und vor dem Beschlusse der Tiroler Landesversammlung in der Südtiroler Frage nicht so groß gewesen.

Die von mehr als drei Vierteln der Bevölkerung verlangten Verhandlungen mit dem Bundesrat in Bern werden nun zweifellos in kurzer Zeit ihren Anfang nehmen, aber von der Einleitung und den Verhandlungen bis zu ihrem Abschlusse ist noch ein weiter Weg, und dieser Weg führt zweifellos über Paris. In der Schweiz sind die Stimmungen geteilt. Man hat sich bisher in Bern außerordentlich zurückhaltend gezeigt und es hat nicht den Anschein, als ob diese Politik des Bundesrates nach dem Ergebnis der Vorarlberger Volksabstimmung eine plötzliche Aenderung erfahren würde. Eine solche wäre dann zu erwarten, wenn bei den Friedensverhandlungen in Paris auch die Tessiner Frage angeschnitten würde. Von gewisser Seite wird die Möglichkeit erwogen, Südtirol, Tessin und Vorarlberg als eine Art Tiroler Kompensationsobjekt zu verwenden in der Weise, daß Italien auf Deutschsüdtirol verzichtet, dafür aber den Tessin erhält, wogegen die Schweiz Vorarlberg als Entschädigung zugesprochen erhielte. Eine solche Lösung wird in italienischen Kreisen erörtert, stößt aber in Frankreich auf Widerstand, weil man dort die damit verbundene deutliche Schwächung des romanischen Elements in der Schweiz fürchtet. Auch in der Schweiz müßte letzten Endes eine Volksabstimmung entscheiden. Ihr Ergebnis vorherzusagen ist heute nicht gut möglich. Es würde von den Pariser Entscheidungen abhängen und von den Bedingungen, mit denen der Gewinn von Vorarlberg zu bezahlen wäre. Auch Vorarlberg würde noch einmal abzustimmen haben. Ob diese Abstimmung bei geklärten politischen Verhältnissen und in Kenntnis der Anschlussbedingungen, die ja wirtschaftlich und finanziell gewiß nicht leicht wären, die gleiche Mehrheit für einen Anschluß an die Schweiz ergeben würde, ist eine Frage, die eher zu verneinen als zu bejahen ist.

Der Verlauf der Volksabstimmung. Telegramm unseres Korrespondenten.

Innsbruck, 13. Mai.

Wie berichtet, hat das Volk von Vorarlberg sich am Sonntag mit 45.560 „Ja“ gegen 11.029 „Nein“ für die Einleitung von Verhandlungen mit der Schweizer Regierung über einen eventuellen Anschluß Vorarlbergs an die Eidgenossenschaft ausgesprochen. In Prozenten ausgedrückt, ergibt dies 80,6 für den Anschluß und 19,4 gegen ihn. Da noch einige kleinere Berggemeinden mit ihrem Resultate ausstehen, so ergibt sich ein Enderesultat von 81 Prozent der Stimmen zugunsten der Schweiz. Die Zahl der abgegebenen Stimmen beträgt 62.000. Von hundertzwei Gemeinden Vorarlbergs gab es nur drei, in denen mit mehr „Nein“ als mit „Ja“ gestimmt wurde. Es sind dies die Stadt Bludenz mit 1148 „Nein“ und 1085 „Ja“, und die zwei Gemeinden des Bregenzerwaldes Bolgenach (164 zu 18 Stimmen) und Hittisau (260 zu 135). Von den drei anderen Vorarlberger Städten brachte die Landeshauptstadt Bregenz 2422 „Ja“ und 2079 „Nein“. Dornbirn erwies mit 4829 „Ja“ und 1901 „Nein“. Schließlich Feld-

Oesterreich für das deutsche Volk zu retten. Daher steht auch die Frage der Befreiung Ihrer schönen Heimat, des Landes Andreas Hofers und Walters von der Vogelweide, im Vordergrund unserer Bestrebungen und bildet eines der Hauptziele, die wir anstreben. Wir hoffen, mit dem Erfolg des geretteten einheitlichen Tirol von der Konferenz zurückzukehren.

Sodann setzte die Delegation die Fahrt nach Paris fort.

Bevorstehende Zukunft der deutschösterreichischen Vertreter in Saint-Germain.

(Telegramm der „Neuen Freien Presse“)

Berlin, 13. Mai.

Aus Versailles berichtet das „Berliner Tageblatt“: Der „Temps“ begünstigt die Oesterreicher, die gestern von Wien nach Saint-Germain abgereist sind, mit einem Leitartikel, der deutlich die Richtlinien zeigt, nach denen die Alliierten das neue Oesterreich behandeln wollen. Diese Behandlung wird von der Deutschlands gänzlich verschieden sein. Die Gefahr wird gezeigt, die ein mit Deutschland verbündetes Oesterreich allen Alliierten und nach der Meinung des „Temps“ auch Oesterreich selbst bringen würde. Oesterreich muß als ein selbständiger, wenn auch gegen früher verkleinerter Staat erhalten werden, um der Verpreßung zu entgehen und eine wichtige Rolle als Vermittler im Welthandel zu spielen. Zu diesem Zweck müssen die Alliierten dafür sorgen, daß Lebensmittel und Kredit ihm zur Verfügung gestellt werden. Den Oesterreichern dürfe man nicht sagen: Unterschreibt den Vertrag und seht zu, wie ihr fertig werdet. Die Erhaltung des neuen Oesterreich liege im Interesse aller Alliierten.

Deutschösterreich im Friedensvertrage.

Wien, 13. Mai.

Pariser Blätter bringen schon heute Mitteilungen über die Friedensbedingungen, die den deutschösterreichischen Delegierten vorgelegt werden sollen. Diese Mitteilungen sind lückenhaft, aber wenn sie richtig sein sollten, würden alle Befürchtungen gerechtfertigt sein, mit denen den Vorschlägen der Entente entgegengeesehen werden mußte. Ganz Deutschböhmen und Deutschmähren sollen verloren sein. Nicht einmal der Böhmerwaldgau und Deutschsüdmähren, von denen wiederholt angekündigt wurde, sie würden Deutschösterreich zugesprochen werden, sind in den Pariser Meldungen ausgenommen. Ueber Südkärnten und Südstyrien soll eine Abstimmung entscheiden. Das ist eine Forderung, welche die Deutschen immer aufgestellt haben, aber es muß Bedenken erregen, daß sogar Klagenfurt als eine Stadt angeführt wird, deren Besitz als strittig angesehen wird. Die Entscheidung, daß Deutschösterreich allein die Kriegsschulden Oesterreichs übernehmen soll, wäre ebenso ungerecht, wie sie uns eine Last auferlegen würde, die wir nicht zu tragen vermöchten. Morgen früh treffen unsere Unterhändler in Paris ein und man wird bald die volle Wahrheit kennen. Die Sorge wird durch solche Meldungen erhöht, daß auch uns ein ungerechter Gewaltfriede zugemutet werden wird, der zu neuen Verwicklungen führen muß.

Verpflichtung zur Anerkennung der Ententevereinbarungen mit den Nationalstaaten.

Amsterdam, 13. Mai.

„Allgemein Handelsblad“ meldet aus Paris: Die Präliminarien mit Oesterreich werden vermutlich dieselbe Formel enthalten, die auch in dem Friedensvertrag mit Deutschland aufgenommen wurde, nämlich, daß Oesterreich die besonderen Regelungen, die später für die neuen Nachbarstaaten Oesterreichs festgestellt werden sollen, annehmen muß.

Wahrscheinliche Zuweisung Deutschsüdtirols an Italien.

London, 13. Mai.

Reuter meldet aus Paris: Wie verlautet, wird Südtirol, obwohl es eine deutsche Bevölkerung hat, in die italienische Grenze einbezogen, um Italien eine strategische Grenze zu geben, die ausreichenden Schutz gewährt.

Die Klausel über die Verantwortlichkeiten.

London, 13. Mai.

Reuter meldet aus Paris: Der Friedensvertrag mit Deutschösterreich nähert sich seinem Abschluß. Die Klausel über die Verantwortlichkeiten ist mit jener im deutschen Vertrag identisch, unterläßt aber jede Erwähnung des Kaisers. Sie sieht die Einleitung von Verfahren gegen „militärische Verbrecher“ vor einem internationalen Schiedsgericht vor.

Die Frage einer Kriegsentschädigung.

Zürich, 13. Mai. (Z. S.)

Aus Paris trifft heute vormittag folgende Nachricht hier ein: Wie in Konferenzkreisen verlautet, wird dem bisherigen Oesterreich-Ungarn im Friedensvertrage keine Kriegsentschädigung auferlegt werden.

Italien soll die österreichisch-ungarische Flotte erhalten und auf einen Anteil an der deutschen Flotte verzichten.

Neue Freie

Die Notwendigkeit von Kompromissen zur Rettung aller deutschen Gebiete.

Eine Ansprache des Staatskanzlers auf der Durchreise in Innsbruck.

Innsbruck, 13. Mai.

Heute morgen fuhr hier die deutschösterreichische Friedensdelegation auf dem Wege nach Paris durch. Im Bahnhofe hatten sich in Vertretung der Landesregierung Landeshauptmannstellvertreter Dr. Pusch, eine Anzahl Abgeordnete und eine Abordnung der Südtiroler sowie verschiedene andere Persönlichkeiten eingefunden.

Der Empfang der Friedensdelegation gestaltete sich zu einer großen Kundgebung für die Rettung des bedrohten Südens. Der Bund „Heimat“ war durch einen ansehnlichen Teil seiner Mitglieder vertreten.

Als der Staatskanzler Dr. Renner den Wagen verlassen hatte, wurden ihm durch den Senatspräsidenten Schumacher drei Vorstandsmitglieder des Bundes vorgestellt. Ein Vorstandsmitglied richtete an den Staatskanzler folgende Ansprache:

Herr Staatskanzler! Der Vorstand des Bundes für Südtirol „Heimat“, einer Vereinigung, die Hunderte von Mitgliedern aus allen Städten und Dörfern des besetzten Gebietes und ebenso zahlreiche Freunde aus dem übrigen Tirol umschließt, bittet, der Friedensdelegation folgendes zur Kenntnis bringen zu dürfen: Wir sind dank unserer Fühlung mit allen Schichten des besetzten Südens des Landes das berufenste Sprachrohr der so arg bedrängten Deutschen und Ladiner südlich des Brenners. Wir kennen die wahre Stimme des Volkes von ganz Tirol, von dem gut neun Zehntel auf unserer Seite steht. Es ist nur eine kleine Zahl, die uns widerspricht und durch viel Geschrei und Aufsehen sich den Anschein geben möchte, ein gewichtiger Teil des Volkes zu sein. Eine Abstimmung im unbefestigten Tirol würde schlagend die Wahrheit unserer Worte bezeugen. Im besetzten Tirol ist sie schon erfolgt und liegt der Friedenskonferenz vor. In uns erheben ganz Tirol und ganz besonders die unter welschem Druck schmachtenden Deutschen und Ladiner die Stimme. Wir verwerfen jede Politik, die unsere Heimat der Zerspaltung zuführt, als land- und volksfeindlich. Wir sehen eine besondere Gefährdung unserer Heimat im hartnäckigen Festhalten am sofortigen Anschluß an Deutschland. Wir werten nationale Taten nicht nach dem augenblicklichen Bilde der Gegenwart, sondern nach der Wirkung auf die Zukunft des deutschen Volkes. Wenn eine politische Grenze die deutsche Republik mit Einschluß Deutschösterreichs umschließen würde, dabei aber über den Brenner liefe, so wäre das kurzfristige Tagespolitik, die uralte deutsche Südländer dem Feinde preisgäbe und dieses deutsche Südländer bei dem rücksichtslosen Vorgehen der Italiener — wir sehen täglich, mit welchen Mitteln sie arbeiten — nur zu bald deutsch gewesen. Die Zukunftsmusik von späterer Befreiung wird in wenigen Jahren kein Objekt mehr haben. Nur das ist nationale Tat, die deutschen Boden und deutsches Volk vor dem Verschwinden rettet, da die Stunde der politischen Einigung noch nicht gekommen ist. Darum fordert Tirol, daß die Delegation den einzigen und letzten deutschen Süden auf jedem Wege rettet und keinen Frieden unterzeichnet, der diesen preisgibt.

Die Erklärung Dr. Renners.

Staatskanzler Dr. Renner erwiderte mit folgenden Worten: Eine schwere Verantwortung lastet auf uns. Unsere Stellung ist sehr schwierig, denn wir stehen als Besiegte den Siegern gegenüber, die gesonnen sind, ihren Sieg voll auszunützen und uns einen Machtfrieden aufzuzwingen. Diese besondere Lage erfordert von uns Klugheit und Zurückhaltung, besonders über die Wege, die uns zum Ziele führen können, doch werden wir alle Mittel anwenden und nichts unterlassen, was Erfolg verspricht. Wir werden zu Kompromissen greifen müssen, um möglichst alle deutschen Gebiete des ehemaligen

Der Bundesfreistaat gewährleistet den Ländern ihr Gebiet, ihre Selbständigkeit und Landesverfassungen. Besondere Bündnisse und Verträge politischen Inhalts sind den Ländern untersagt und sie sind nicht berechtigt, stehende Truppen zu halten. Jeder Staatsbürger ist wehrpflichtig, zum Dienst mit der Waffe können nur Männer herangezogen werden. Mütter, die ihre Kinder betreuen, sind der Wehrpflicht entbunden. Letztere beruht auf dem Milizsystem.

Der Wirkungsbereich der Bundesgewalt umfaßt alle gemeinsamen Angelegenheiten, so die Entscheidung über Krieg und Frieden, und alle auswärtigen Angelegenheiten, insbesondere den Abschluß von Staats- und Handelsverträgen. Staatsbürgerrecht, Vereins- und Versammlungsrecht usw. werden in besonderen Gesetzen geregelt. Gemeinschaftlich sind noch die Heeresangelegenheiten, der Bundeshaushalt, das Auswanderungswesen, das Hochschulwesen, das Arbeiterrecht, der Frauen- und Kinderchutz, das soziale Versicherungswesen, die gesamte Justizpflege und das Polizeiwesen, das Verkehrsweisen, das Handelsrecht usw.

Die übrigen Angelegenheiten fallen in den Wirkungsbereich der Länder. Die Landesgesetzgebung über die nationalen und konfessionellen Verhältnisse, über das untere und mittlere Bildungs- und Erziehungsweisen, über das Sanitäts- und Veterinärwesen, über das Kredit-, Bank- und Gewerbewesen, über das Wasserrechtswesen, über Jagd und Fischerei usw. erfolgt unter Mitwirkung der Bundesregierung, ebenso jene Landesgesetzgebung, die Bundesmittel in Anspruch nimmt.

Alle Gewalt ruht beim Volke und geschieht nur im Namen des Volkes. Sie wird durch die Volksabstimmung oder durch die Nationalversammlung geübt. Die Nationalversammlung besteht aus zwei Kammern, dem Nationalrat und dem Ständerat. Sie wird auf sechs Jahre gewählt und tritt jährlich mindestens einmal zusammen. Ein Nationalrat wird auf je 40.000 Staatsbürger eines Landes nach dem Proportz gewählt. Wahlberechtigt ist jeder Zwanzigjährige, wählbar jeder Fünf- und zwanzigjährige. Der Ständerat setzt sich aus je drei Vertretern aus den Landtagen zusammen, ebenso entsenden die Räteorganisationen als Berufsorganisationen entsprechend ihrer Mitgliederzahl ihre Vertreter im Verhältniswahlverfahren auf sechs Jahre in den Ständerat.

* * *

Dieser Entwurf ist ersichtlich nach dem Muster der Schweizer Bundesverfassung ausgearbeitet. Die Länder sollen die Stelle der Schweizer Kantone einnehmen. Entscheidend für die praktische Durchführbarkeit einer derartigen kantonalen Verfassung ist eine Verteilung der Befugnisse zwischen Staat und Ländern, welche geeignet ist, die allgemeine Wohlfahrt zu fördern, insbesondere das Wirtschaftsleben nicht zu behindern. Ob auf diesen wichtigen Umstand bei dem christlichsozialen Entwurf Rücksicht genommen worden ist, muß bezweifelt werden. Schon bei der Gründung des Freistaates Deutschösterreich kam der Grundsatz zur Geltung, daß die Länder neben der autonomen Verwaltung auch die staatliche Verwaltung in zweiter Instanz ausüben. Die Landeshauptleute erhielten den Wirkungsbereich der Statthalter; die Machtbefugnis der Länder wurde auf diese Weise sehr erweitert. Allein ihre Bestrebungen nach noch größerer Ausdehnung ihrer Kompetenzen dauern fort.

Die Staatskanzlei hat daher bereits vor längerer Zeit die Ausarbeitung einer neuen Verfassung angekündigt, welche die Staatseinheit wahren und gleichzeitig den Ländern entgegenkommen soll. Die Großdeutschen beschäftigen sich ebenfalls bereits mit der Reform der Verfassung. Die Christlichsozialen haben nunmehr den Versuch gemacht, die Angelegenheit zur Erörterung zu stellen. Der Entwurf der Christlichsozialen geht in einzelnen Be-

stimmungen weit über das Schweizer Vorbild hinaus; so will er den Ländern auch das Kredit-, Bank- und Gewerbewesen zuweisen, das praktisch nur einheitlich für den ganzen Staat geregelt werden kann, weil sonst die wirtschaftlichen Existenzbedingungen in den Ländern zu verschiedene wären. Die Schweiz hat sich weiter für das ganze Gebiet die Oberaufsicht über die Ausnutzung der Wasserkräfte vorbehalten, desgleichen die Fortleitung und Abgabe der elektrischen Energie, weil an elektrischen Fernleitungen mehrere Kantone interessiert sein können. Bei der Regelung der konfessionellen Verhältnisse macht die Schweiz strengste Wahrung der Gewissensfreiheit zur Voraussetzung. Was unsere besonderen Verhältnisse in Deutschösterreich betrifft, werden alle, denen die Volksbildung am Herzen liegt, verlangen, daß die einheitlichen Grundlagen unseres Schulwesens unangetastet bleiben mögen.

Diese Einwände werden sicherlich erhoben werden, wenn die Christlichsozialen mit ihrem Entwurf in der Nationalversammlung hervortreten werden. Auch der Plan, die Stadt Wien einem selbständigen Land gleichzustellen, wird sich in mancher Hinsicht als schwer durchführbar erweisen, da Wien und Niederösterreich bezüglich der Wohlfahrtspflege, der Approvisionierung, der Landesbahnen vielfach gleichlaufende Interessen haben. Bemerkenswert ist an dem Entwurf, daß er die Heranziehung der Frauen zur Wehrpflicht in Aussicht nimmt. Alle Frauen, mit Ausnahme derer, die Kinder betreuen, wären verpflichtet, während einer bestimmten Zeit sich der öffentlichen Wohlfahrtspflege zu widmen. Neben die Nationalversammlung soll weiter ein Ständerat treten, der aus Vertretern der Länder und den Räteorganisationen bestehen würde. Ob sich das Neue so leicht mit dem Alten verbinden lassen wird, bleibt abzuwarten.

In der Schweiz, in Deutschland, in den Vereinigten Staaten von Amerika macht man überall die Erfahrung, daß die Einzelstaaten, die unseren Ländern entsprechen, freiwillig einen Teil ihrer Befugnisse an den Gesamtstaat abgeben, weil die wirtschaftliche Entwicklung dazu drängt. Darum wird man es sich wohl überlegen müssen, den Ländern Befugnisse zu übertragen, die ohne Nachteil des Ganzen nur vom Staate ausgeübt werden können. Der vorliegende Entwurf der Christlichsozialen bringt die Erörterung über diese Grenzen des Möglichen in Fluß.

Deutschösterreich als Bundesstaat.

Ein christlichsozialer Verfassungsentwurf.

Die Christlichsozialen beschäftigen sich seit längerer Zeit mit dem Plane, Deutschösterreich in einen Bundesstaat, der aus den einzelnen Ländern bestehen soll, umzuwandeln. Ein vorläufiger Entwurf sagt hierüber folgendes: Die freien Völker der selbständigen Länder Niederösterreich, Oberösterreich, Salzburg, Steiermark, Kärnten, Tirol, Vorarlberg, Heizenland und der Freistadt Wien in ihrem gegenwärtigen Umfange schließen aus eigenem Antriebe und aus freiem Entschlusse sich zum deutschen Freistaat Oesterreich zusammen.

Das Gebiet der Freistadt Wien ist jenem eines Landes gleichzustellen, wie überhaupt Wien die in der Bundesverfassung vorgesehenen Freiheiten, Rechte und Pflichten eines selbständigen Landes und der Wiener Gemeinderat die Rechte und Pflichten eines Landtages genießen.

Der deutsche Freistaat Oesterreich ist ein Bundesstaat der vorangeführten Länder und bezweckt die gemeinsame Vertretung und Verteidigung nach außen usw. Die Länder sind selbständig, soweit ihre Selbständigkeit nicht durch die Bundesverfassung eingeschränkt ist, und untereinander gleichberechtigt. Sie stehen in unauflöslicher Wehrgemeinschaft und bilden ein einheitliches Zoll- und Wirtschaftsgebiet.

14. IV. 1919

fassungen der Schweiz und der Vereinigten Staaten von Nordamerika zugrunde. Deutschland stand unter dem preussischen Zentralismus und ist trotzdem gegenüber einem Amerika unterlegen, das bundesstaatlich, wie wir es werden sollen, organisiert war; Oesterreich war zentralistisch und „Wien“ will es heute noch sein und dennoch war die nachbarliche Schweiz als Bundesstaat nicht nur nicht schwächer, sondern hat sogar Teile von uns unwillkürlich angezogen. Die politische Wirkung der freien föderativen Verfassung äußert sich auf solche Art am deutlichsten. Uebrigens sind auch einige Vorschläge des Kerner'schen Entwurfes einer allgemeinen Landesverfassung aufgenommen. Dies möge die Besorgnisse unserer Zentralisten vor den Folgen der bundesstaatlichen Neuordnung beruhigen.

Die Zukunft Wiens.

Eine große Schwierigkeit wird die Stellung Wiens im neuen Bundesstaate sein. Zur Zeit des Höhepunktes des Vereinigungsgedankens mit Deutschland plante man die Millionenstädte Wien und Berlin zu Gliedstaaten der deutschen Republik zu machen; es sollte auch Wien auf diese Art „reichsunmittelbar“ werden, ein Gedanke, der übrigens schon vor einem Jahrzehnt in Wien eine gewisse Popularität genoss. Es wurde damals aber nicht nur eingewendet, daß der deutsche Charakter Wiens, wenn es in einem national gemischten Staate reichsunmittelbar geworden wäre, gefährdet worden wäre und die Reichsunmittelbarkeitspläne der jüngsten Vergangenheit, die zu Wien einen großen Teil Niederösterreichs dazuschlagen wollten, hätten die Stadt von ihrem natürlichen Hinterlande losgerissen. Anders ist die Lösung, die der christlichsoziale Verfassungsentwurf vorsieht: **Wien soll ein Freistaat werden**, mit gleichen Rechten wie ein Land, und der Wiener Gemeinderat soll die Rechte und Pflichten eines Landtages tragen im Bunde mit den Landtagen der übrigen selbständigen Länder. Denn Wien braucht für seine Ernährung ein agrarisches Hinterland und da selbst die weitest gezogenen Grenzen des Staates hierfür nicht ausreichen, ist es auf den Zusammenhang mit den Ländern um so mehr angewiesen. Andererseits wird auch in Zukunft die Pflege der Landeskultur die vornehmste Aufgabe der Landtage sein und es wird erklärt, daß es widersinnig wäre, in einem gemeinsamen niederösterreichischen Landtage 68 Wiener Vertreter gegen 52 Landesabgeordnete die Landeskultur bestimmen zu lassen. Damit Wien in seiner Zukunft als Haupt-Handelsplatz gesichert werde, soll sein Gebiet durch **Angliederung der Donauufer und der Landstriche in der Richtung des geplanten Donau-Oberkanals vergrößert werden**; man denkt daher an die **Eingemeindung** etwa von Klosterneuburg, Kierling, Gugging, Weidling, Inzersdorf, Alt- und Neu-Erlaa, Uggersdorf, Mauer, Liesing, Albern, Mannswörth, Schwechat, Alt- und Neu-Kettenhof, Rannersdorf, Klebring, Ober- und Unter-Laa, Rothneusiedl, Lang-Enzersdorf, Stammersdorf, Gerasdorf, Süssenbrunn, Oberlaa, Deutsch-Wagram, Breitenlee, Eßling, Raasdorf, Groß-Enzersdorf und Mühllaiten. Gemäß der erhöhten Stellung Wiens würde die Stadt aus einer Bezirkshauptmannschaft ein Land, der Bürgermeister zum Landeshauptmann und Statthalter. — Es ist selbstverständlich, daß die christlichsozialen Wiener Vertreter bei Beratung dieses Entwurfes die Interessen der Stadt sorgfältig prüfen und wahren werden.

Zweikammersystem, Referendum und Initiative.

Der christlichsoziale Verfassungsentwurf schlägt gemäß den Erfahrungen in allen bundesstaatlichen Organismen die **Einführung zweier Kammern** vor. Die **Vollvertretung** — wie der gemeinsame Begriff lauten soll — soll aus dem **Volkshaus** und **Ständehaus** bestehen; das **Volkshaus** wäre wie bisher die Nationalversammlung ungefähr nach deren bisherigem Wahlrechte zu wählen, wobei eine Erweiterung des passiven Wahlrechtes vorgeschlagen wird, das **Ständehaus** besteht aus je drei Vertretern jedes Landes und Vertretern der Berufsorganisationen, wie es dem Räteystem entsprechen würde.

Die zweite Quelle des Volkswillens ist die **Volkstafel** in **münchener** Art, die sich in **Referendum** und **Initiative** äußert. Das **Referendum**, die Befragung des Volkes, muß erfolgen bei **Totalrevision** der Verfassung, bei **Eintritt** in den **Völkerbund**, bei **Eingehen** neuer Staatenverbindung und bei **Teilung** und **Neuaufnahme** von Ländern; sie **kann** erfolgen über einen anderen Gegenstand auf **Anordnung** des **Bundespräsidenten**, auf **Verlangen** einer der beiden Kammern oder auf **entsprechend qualifiziertes Verlangen** aus dem **Volke** selbst. Die **Initiative**, das Recht, ein Gesetz einzubringen, soll **zustehen** dem **Bundespräsidenten**, der **Bundesregierung**, jeder der beiden Kammern, jedem **Mitgliede** derselben, jedem **Landtage** und dem **Volke** unter **entsprechenden Bedingungen**.

Es ist der denkbar demokratischste Föderalismus, den der Entwurf der Christlichsozialen Vereinigung in Vorschlag bringt, um die Einheit Deutschösterreichs auf eine neue, haltbare, vom Volke selbst gebilligte Grundlage zu stellen. Eine solche Aktion darf nicht parteimäßig beurteilt werden, sondern als der letzte Rettungsversuch unserer Zusammengehörigkeit. Würde auch er misslingen, dann würde wohl alle Weisheit seiner Kritiker von heute nicht mehr hinreichen, den Zerfall aufzuhalten.

Deutschösterreichs Föderalisierung.

Der christlichsoziale Verfassungsentwurf für einen Bundesfreistaat.

Der liberale Zentralismus hat in einem halben Jahrhundert Oesterreich zu Tode regiert. Der sozialdemokratische in einem halben Jahre auch Deutschösterreich der Auflösung nahe gebracht. Die Landtagswahlen sind überall ein Zeugnis für die Stärke der autonomistischen Strömungen, die dem Diktate eines Zentralismus den Ruf „Los von Wien“ siegreich entgegensetzen. Das christliche Wien war stets das Herz der deutschen Länder Oesterreichs; gegen das „rote“ Wien bleibt das Mißtrauen der Länder unüberwindlich, wächst der Selbständigkeitswille der Länder, besonders seit den Wahlen vom 4. Mai, täglich mehr. Für die Länder ist ein sozialistisches Wien politisch und wirtschaftlich ein unverdaulicher Brocken; sie wollen die sozialdemokratischen Volksbeglücker in Wien nicht an ihren Experimenten hindern, sie wollen aber auch von den voraussichtlichen wirtschaftlichen Folgen dieser Schlagwortepolitik nicht mithinabgerissen werden. Die Widerstände gegen die Wiener sozialdemokratische Herrschaft sind in den Ländern so groß, daß nicht nur die nichtsozialistischen Kreise, vor allem der Nährstand, von ihnen erfüllt sind, sondern daß selbst die Sozialdemokraten in den Ländern ernstlich damit zu rechnen gezwungen sind.

An diesen Tatsachen ist gegenwärtig nichts zu ändern; es bleibt nur noch, wollen wir beisammen bleiben, der Ausweg, durch einen neuen, föderativen Aufbau Deutschösterreichs den Zerfallsprozeß aufzuhalten und die Einheit durch Zugeständnisse an das Landesbewußtsein wiederherzustellen. Dem Begriffe Deutschösterreich erst einen wirklichen Inhalt zu geben, ist ja die erste Aufgabe der Konstituante, die sich bisher mit dem Probleme nur äußerlich beschäftigt hat. Nun, da die Grenzen des Staates in wenigen Tagen deutlich sichtbar sein werden, nun, da die Bewegung in den Ländern bereits bedrohlichen Umfang annimmt, wie die Ereignisse in Tirol und Vorarlberg bezeugen, nun ist es Pflicht der christlichsozialen Partei, die in den Wahlen sich als die immer mehr erstarkende Vertreterin der d.-ö. Länder erwies, die rettende Tat zu unternehmen, um den Zusammenhalt der deutschen Reste Oesterreichs zu bewahren. Die Christlichsoziale Vereinigung in der Nationalversammlung bereitet daher einen Gesetzentwurf vor, um die freien Völker der selbständigen Länder zu einem **Bundesfreistaat Oesterreich** zusammenzufassen, der eine gemeinsame Vertretung und Verteidigung nach außen, insbesondere die Gemeinsamkeit beim Abschluß von Staats- und Handelsverträgen, Gemeinsamkeit des Staatsbürgerrechtes, Vereins- und Versammlungrechtes, gemeinsamen Bundeshaushalt, gemeinsame Regelung der Auswanderung, des Hochschulwesens, der sozialen Gesetzgebung und Justizpflege, Gemeinsamkeit des Verkehrsrechtes und Handelsrechtes vorsieht. Die im Gesetze nicht besonders angeführten Angelegenheiten fallen in die **Kompetenz der Länder**; doch erfolgt die Gesetzgebung über nationale und konfessionelle Verhältnisse, über die Volks- und Mittelstufen, über Sanitäts- und Veterinärrecht, über Kredit-, Bank- und Gewerbeswesen, über Regelung der Wasserrechte, der Jagd und Fischerei unter **Mitwirkung der Bundesregierung**, der ebenso ein **Witbestimmungsrecht** zusteht, wenn die Landesgesetzgebung **Bundesmittel** in Anspruch nimmt. Die Länder bilden einen **Bundesstaat in unauflöslicher Wehrgemeinschaft** mit einer einheitlichen Wiltz und mit einem einheitlichen Zoll- und Wirtschaftsgebiet. Auch in Zukunft soll der Satz gelten: **Reichsrecht bricht Landesrecht** und den Ländern ist es unterjagt, Sonderbündnisse und Verträge politischen Inhalts abzuschließen.

Die Befugnisse der Bundesgewalt sind somit durchaus nicht gering und der Entwurf trachtet, der Gemeinsamkeit zu geben, was der Gemeinsamkeit ist. Es liegt dem Entwurfe das **Muster der Bundesver-**

15. IV. 1919

Die Unmöglichkeit einer Kriegsentuschädigung Deutschösterreichs.

Wien, 14. Mai.

Heute morgen sind die Unterhändler Deutschösterreichs in Saint-Germain eingetroffen und in wenigen Tagen werden ihnen die Friedensbedingungen der Entente mitgeteilt werden. Am Anfange der nächsten Woche soll der Inhalt dieser Bedingungen veröffentlicht werden. Dann wird es sich zeigen, ob das, was in französischen Blättern über die Ordnung der künftigen Verhältnisse Deutschösterreichs zu den Ententestaaten mitgeteilt wird, der Wirklichkeit entspricht und die tatsächlichen Forderungen der Feinde darstellt, an deren Annahme der Abschluß des fast fünfjährigen Kriegszustandes geknüpft werden soll. Schon jetzt herrscht aber in allen beteiligten Kreisen Wiens die Ueberzeugung, daß ein Friede auf solcher Grundlage, wie er den jetzigen Mitteilungen entspricht, für Deutschösterreich unannehmbar ist und daß vor allem eine Kriegsentuschädigung nach der vorliegenden finanziellen Lage des Staates unmöglich geleistet werden kann.

Soweit sich aus den Mitteilungen der französischen Blätter entnehmen läßt, soll die finanzielle Konstruktion des Friedensvertrages darauf aufgebaut sein, daß die vor dem Kriege bestehenden Staatsschulden von den einzelnen Staaten, in welche die Monarchie zerfallen ist, übernommen und unter sie aufgeteilt werden, während die Kriegsschulden unserem Staate allein zur Last fallen würden. Das ist der alte Standpunkt, der wiederholt angedeutet, von unserer Seite aber mit allen berechtigten Argumenten immer wieder zurückgewiesen wurde. Die Staatsschuld Oesterreichs vor dem Kriege betrug 11-12 Milliarden Kronen, die Kriegsschulden, welche dazugetreten sind, erreichen die Höhe von 68 Milliarden Kronen. Von den letzteren sind 35 Milliarden Kronen die acht Kriegsanleihen, 23-5 Milliarden Darlehen bei der Oesterreichisch-ungarischen Bank, 3-1 Milliarden die Markschulden und der Rest andere schwebende Verpflichtungen. Aus diesen Ziffern ist ersichtlich, daß sich die Staatsschuld im Kriege versiebenfacht hat und daß die Schulden, die vor dem Kriege bestanden, im Verhältnis zu den Kriegsschulden nur eine bescheidene Rolle spielen. Es ist immer wieder mit Recht darauf verwiesen worden, daß die Mittel, welche durch die Kriegsschulden beschafft wurden, allen Ländern und in erster Linie den reichsten Gebieten des czecho-slowakischen Staates zugute gekommen sind. Dort wurden viele Milliarden für landwirtschaftliche Produkte ausgegeben, welche die Bauern und Großgrundbesitzer zu den höchsten Preisen für die Ernährung des Heeres verkauft haben; die czechische Industrie, die Eisenwerke, Kohlengruben, Maschinenfabriken, die großen Textil- und Zuckerraffinerien und viele andere Betriebe mehr haben aus der Kriegskonjunktur, die doch nur durch die Kriegsschulden aufrecht erhalten werden konnte, Gewinne von Milliarden gezogen, riesige Summen sind an Löhnen den czechischen Arbeitern, an Unterhaltsbeiträgen den Familien der Einberufenen zugute gekommen. Man kann sicher sagen, daß weit größere Quoten, als der Bevölkerungsanzahl entsprechen würden, aus den Erfordernissen für die Kriegsführung im czechischen Staate verausgabt worden sind. Gegen die Erhöhung der Unterhaltsbeiträge, welche ja die Aufnahme neuer Schulden zur Voraussetzung hatten, haben im seinerzeitigen Reichsrat auch die czechischen Abgeordneten nicht gestimmt. Mit der gegenwärtigen Regierung der czechischen Republik wurde im Dezember 1918 ein Uebereinkommen über die Aufteilung der Demobilisierungsgüter getroffen; diese Demobilisierungsgüter stammen doch aus der Kriegswirtschaft, welche durch die Erlöse der Kriegsanleihen finanziert worden ist. Das sind die größten inneren Widersprüche. Der Standpunkt der Tschechen sowie der übrigen Nationalstaaten, an der Verzinsung und Tilgung der Kriegsanleihen keinen Anteil zu nehmen, kann vor keinem auch nur halbwegs objektiven Forum aufrecht erhalten werden, vielmehr ist es eine Selbstverständlichkeit, daß die Nationalstaaten einen Teil der Kriegsschulden auf sich nehmen, wie sie auch an den Kriegsgewinnen in so hervorragendem Maße partizipiert haben.

Deutschösterreich soll eine Kriegsentuschädigung aufgetragen werden. Nach den Mitteilungen der französischen Blätter soll diese allerdings unseren Staat nicht allein treffen, sondern es sollen für die Wiedergutmachung der Kriegsschäden alle Staaten der früheren Monarchie verantwortlich gemacht werden. Die Wiedergutmachung der Schäden ist die gleiche Formulierung, wie sie im Friedensangebot an Deutschland enthalten ist. Unter der formellen Konstruktion, daß nicht die Kriegskosten, sondern die Schäden aus der Kriegsführung an die Bevölkerung ersetzt werden sollen, haben sich im deutschen Friedensangebot Forderungen von mehr als 120 Milliarden Mark geborgen; die Höhe der Verpflichtung, welche Deutschösterreich auferlegt werden soll, ist noch nicht bekannt, dürfte aber gleichfalls, wenn sie verwirklicht werden sollte, bedeutende Summen umfassen. Die finanzielle Kraft Deutschösterreichs ist aber im Krieg während seiner fünfjährigen Dauer derart gebrochen, daß eine Möglichkeit, irgendwie nennenswerte Summen an das Ausland herauszuzahlen, absolut nicht besteht. Deutschösterreich ist in hohem Maße auf finanzielle Hilfe des Auslandes angewiesen und derart ausgeblutet, daß es eine weitere Schwächung unter keinen Umständen ertragen könnte, ohne daß der ohnedies so sehr verlangsamte Pulsschlag seiner Wirtschaft vollkommen zum Stillstand gelangen würde. Wie hoch das Nationalvermögen Deutschösterreichs ist, entzieht sich der Berechnung. Sicher ist es aber, daß es in starkem Maße durch die Schulden an das Ausland und die eigene Bevölkerung aufgezehrt wird. In kurzer Zeit soll das Budget vorgelegt werden, welches ein unbedecktes Defizit in der riesigen Höhe von sechs Milliarden Kronen enthält. Bisher fehlen alle sicheren Grundlagen, wie die Bedeckung für solche Ausfälle gefunden werden soll. Die Lebenshaltung der Bevölkerung ist angesichts der enormen Geldentwertung und der zu schwindelnder Höhe emporgestiegenen Warenpreise außerordentlich schwierig geworden. An zureichender Arbeit, welche in der Folgezeit neuen Wohlstand schaffen

könnte, fehlt es, da die Rohstoffe, vor allem die Kohle, nicht gesichert sind. In Naturschätzen ist unser Land arm, und wir hätten nichts, was wir zu Zahlungen an das Ausland zur Verfügung stellen könnten. Das Wenige, was uns für den Export verfügbar ist, benötigen wir für dringende Anschaffungen, insbesondere für Lebensmittel und Rohstoffe, ohne welche die Produktion überhaupt nicht aufgenommen werden kann. Wir haben für die Bezahlung der allernotwendigsten Lebensbedürfnisse, der uns so sparsam zugemessenen Nahrungsmittel und der lärglichen Mengen überflüssiger Produkte, die uns überlassen werden sollen, nur ganz ungenügende Exportgüter, die lediglich einen Teil des Erfordernisses decken können, so daß wir mit großen Beiträgen auf den Kredit angewiesen sein werden. Für eine Entschädigung ist da nicht der geringste Raum vorhanden; wir müßten, wenn wir für solche Zwecke unser Holz, unsere Mineralien und die anderen wenigen verfügbaren Güter hergeben sollten, auf die Befriedigung der Lebensbedürfnisse verzichten, unser Volk wäre der Gefahr des Verhungerns preisgegeben und die Wiederaufnahme der industriellen Arbeit würde zur Unmöglichkeit werden.

Deshalb ist die Zahlung einer Kriegsentuschädigung seitens Deutschösterreichs ganz ausgeschlossen. Das wurde in den vorbereitenden Konferenzen, die während der letzten Monate in Wien geführt wurden, von allem Anfang an betont, und auch die Vertretungen der Feindesländer, namentlich die französische Mission in Wien, wurde darüber nicht im unklaren gelassen, daß die finanzielle Kraft Deutschösterreichs erschöpft sei und eine Belastung durch eine Kriegsentuschädigung nicht getragen könne. Die Instruktionen der Unterhändler, welche nach Saint-Germain gereist sind, wurden nicht in bindender Form festgelegt, da es ja von vornherein nicht unbekannt ist, welche Forderungen von den Feinden gestellt werden sollen. Sicher ist es aber, daß die Friedensunterhändler entschlossen sind, eine Kriegsentuschädigung unter allen Umständen abzulehnen und mit aller Schärfe den Standpunkt zu betonen, daß Deutschösterreich zu einer solchen sich nicht entschließen könnte, ohne einer vollständigen finanziellen Zerrüttung entgegenzugehen.

Die Aufteilung der Staatsschulden.

Vom „Währungsschutz“, Verein zur Erhaltung des Volkvermögens, erhalten wir folgende Zuchrist: Unsere Friedensdelegation in Paris ist einer sehr schweren Aufgabe gegenübergestellt: Sie hat unser gutes Recht und unsere Lebensnotwendigkeiten vor einem Forum zu vertreten, von dem wir bisher durch Monate geradezu hermetisch abgeschnitten waren, während die gegnerischen Argumente dort den weitesten Spielraum zu ihrer Entfaltung hatten. Es ist allerdings auch heute noch fast unmöglich, einzusehen, daß die Großmächte der Entente, insbesondere in der Frage der Kriegsschulden, auch nur vorübergehend und aus taktischen Gründen ein Prinzip aufstellen sollten, das dem Völkerrecht völlig widerspricht, aber überdies in seiner gleichen und unausbleiblichen Anwendung auf andere Länder, man denke zum Beispiel an Rußland, das wirtschaftliche Leben eben dieser Großmächte auf das schwerste schädigen müßte. Um eine grundlegende Aenderung in den Anschauungen der Ententemächte über die wichtigsten wirtschaftlichen Bestimmungen des zu schließenden Friedens herbeizuführen, ist es notwendig, daß unsere Friedensdelegation mit gleicher Deutlichkeit den Verhandlungsgegnern zweierlei vor Augen führt und zum Bewußtsein bringt: Einmal, daß unser Staat nicht leben kann, wenn unter Verletzung der primitivsten Rechtsbegriffe an die Verwirklichung der wirtschaftlichen Berrichtungspläne gedacht wird, und daß in diesem Falle auch jede Kredithilfe von außen für die Dauer keine Rettung bringen könnte. Zweitens aber, daß bei Erfüllung jener Bedingungen, welche von unserer Friedensdelegation gestellt werden, unser Staat durch seine natürlichen Hilfsquellen, die wirtschaftliche Tüchtigkeit seiner Bevölkerung und die hohe Entwicklung unserer Kreditorganisationen und sonstige wirtschaftliche Einrichtungen nicht nur wieder arbeiten und produzieren, nicht nur die ihm zuteil gewordene Hilfe wieder erstatten, sondern wirtschaftliche Funktionen zu erfüllen in der Lage sein wird, welche für die neu aufzurichtende Ordnung Europas kaum entbehrt werden können. So verfehlt und unverantwortlich es wäre, sich auch nur einen Augenblick der Tatsache zu verschließen, daß die wirtschaftlichen Bestimmungen des Friedens für unsere Zukunft entscheidend sind und daß wir — wenn die heute veröffentlichten katastrophalen Bedingungen auch nur annähernd den Tatsachen entsprechen sollten — dem Zusammenbruch reitungslos verfallen wären, so unsinnig und unzumutbar ist es auf der anderen Seite, nach alter osterreichischer Sitte — und in diesem einzigen Punkte sind wir leider wirklich die Nachfolger der ehemaligen Monarchie geblieben — vor jeder schweren Entscheidung das Vertrauen in die eigene Kraft zu verlieren und nach innen und außen die alles negierende Schwarzseherei zum Leitmotiv des politischen Denkens und Handelns zu erheben. Wir müssen und dürfen verlangen, daß uns nicht zum Scheitern Vorteile anderer — denn letzten Endes würde unser Zusammenbruch auch die anderen aufs schwerste schädigen — unmögliche und unerträgliche Lasten aufgebürdet werden. Wir können aber andererseits nur erwarten, daß uns die früheren Gegner helfen, wenn wir ihnen die Entschlossenheit und auch den Weg zeigen, auf dem wir uns aus eigener Kraft emporarbeiten werden. In diesem Sinne betrachtet, darf die gesamte Öffentlichkeit wohl überzeugt sein, daß die Ausführungen des Staatssekretärs Dr. Schumpeter in der letzten Beräumung unseres Vereines auch im Auslande die gebührende Beachtung gewiß erfahren werden.“